

Inhaltsverzeichnis

I. Vorwort

II. Armut und soziale Spaltung überwinden

1. Arbeitsplätze: Gut bezahlte feste Stellen schaffen
2. Sozialpolitik: Menschenwürde zur Richtschnur machen
3. Gesundheit: Gute Versorgung im ganzen Land sichern
4. Kinderarmut: Soforthilfe für Familien organisieren
5. Rente: Soziale Sicherheit im Alter garantieren

III. Die Wirtschaft ist für die Menschen da

1. Investieren: Mit der Millionärssteuer wieder handlungsfähig werden
2. Industrie: Arbeit sichern und ökologisch umbauen
3. Forschung: Mehr Zeit und Geld in sinnvolle Entwicklungen stecken
4. Mitbestimmung: Die Wirtschaft demokratisieren
5. Infrastruktur: Den öffentlichen Ausverkauf aufhalten
6. Kommunen: Mehr Geld für die maroden Städte bereitstellen
7. Wohnen: Öffentlich bauen und Mieten bezahlbar machen
8. Verkehr: Fahrscheinlos mit Bus und Bahn das Klima schützen
9. Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig

IV. Allen Menschen gute Bildung und Ausbildung garantieren

1. Kita: Kinder gebührenfrei und besser betreuen
2. Schule: Für weniger Druck und mehr persönliche Förderung sorgen
3. Ausbildungsplätze: Mangel beseitigen und Qualität verbessern
4. Hochschule: Mehr Studienplätze und sichere Arbeitsplätze schaffen
5. Weiterbildung: Angebote ausbauen und Personal anständig bezahlen

V. Diskriminierung verhindern und Gleichberechtigung verwirklichen

1. Frauen: Zeit und Arbeit neu verteilen
2. Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen
3. Queer: Gleichstellung und Akzeptanz aller Lebensweisen erreichen
4. Inklusion: Vollständige Teilhabe für Menschen mit Behinderungen ermöglichen

VI. Die Zerstörung unserer Umwelt beenden

1. Umweltschutz: Sich gemeinsam den Konzernen entgegenstellen
2. Naturschutz: Artenvielfalt durch den Schutz der Lebensräume
3. Landwirtschaft: Nachhaltig produzieren ohne Gifte und Antibiotika
4. Tiere: Mit Respekt behandeln und artgerechter halten
5. Wasser: Unsere Lebensgrundlage besser schützen
6. Luft: Schadstoffe vermeiden und für mehr Filter sorgen
7. Bodenschutz: Sanieren und weitere Belastungen vermeiden
8. Energie: Wir brauchen einen sozial-ökologischen Umbau

VII. Rechtsruck aufhalten und Grundrechte stärken

1. **Antifaschismus: Gemeinsam Stärke zeigen gegen Neonazis und Rassismus**
2. Nein zum anti-muslimischen Rassismus
3. Grundrechte: Demokratie verteidigen, Überwachung stoppen
4. Gewalt: Menschen schützen und Opfern helfen
5. Justiz: Große Fische fangen statt Gefängnis für Schwarzfahrer*innen
6. Drogen: Nüchtern aufklären, Cannabis legalisieren
7. Verbraucher: Wirksamen Schutz sicherstellen
8. Mehr Demokratie: Wahlrecht erweitern, Bürger*innenentscheide vereinfachen
9. Laizismus: Staat und Religionen konsequent trennen

VIII. Netzpolitik, Medien und Kultur

1. Netzpolitik: Für ein freies Internet, das Allen gehört
2. Medien: Die Vielfalt erhalten und Beschäftigte gut bezahlen
3. Kunst und Kultur für uns Alle: Schützen, unterstützen und finanzieren

IX. Internationale Solidarität

1. Konsequenz für Frieden und Abrüstung
2. Nein zur EU der Banken und Konzerne – Nein zu den Freihandelsverträgen

1 AUFBRUCH ZU EINEM SOZIALISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS

2 Liebe Leserin, lieber Leser,

3 DIE LINKE NRW legt hier ihr Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017 vor. Es ist in Zusammenarbeit mit
4 Hunderten von Aktiven aus der Gewerkschaftsbewegung, Erwerbslosengruppen, Umwelt-, Friedens-
5 und Fraueninitiativen, aus der Bewegung zur Verteidigung und zum Ausbau der demokratischen
6 Grundrechte und nicht zuletzt der Solidaritätsbewegung mit den Flüchtenden, die in NRW eine neue
7 Heimat suchen, entstanden. Das ist Markenzeichen der LINKEN NRW; so ist sie als Partei entstanden
8 und so wird sie auch nach den Landtagswahlen 2017 weiterhin Politik machen: Kompromisslos und
9 konsequent für die Interessen derjenigen, die seit Jahrzehnten zu kurz kommen und sich zu Recht als
10 Opfer der Politik aller neoliberalen Parteien fühlen. Alle anderen Parteien wollen Interessen
11 ausgleichen, wo es nichts auszugleichen gibt, DIE LINKE NRW will Interessen und Forderungen
12 formulieren, die bei anderen unter den Tisch fallen und angeblichen „Sachzwängen“ geopfert werden.

13 Wir wollen Hoffnung machen für eine andere Gesellschaftsordnung, in der die Politik nicht mehr von
14 den Interessen weniger Superreicher, Banken und Konzerne bestimmt wird, sondern von den
15 Bedürfnissen der Mehrheit der Bevölkerung.

16 In allen auf den folgenden Seiten behandelten Einzelthemen wird Eines deutlich: Die grundsätzliche
17 Richtung der Politik muss sich ändern. Richtschnur politischen Handelns darf nicht mehr das
18 wirtschaftliche Privatinteresse einer ökonomisch mächtigen Minderheit sein. Nirgends ist das so
19 offenkundig wie beim Thema Armut und Reichtum. In Nordrhein-Westfalen leiden viele Menschen
20 unter Armut, vor allem Kinder. Gleichzeitig ist NRW die Heimat größten Reichtums. Diese schreiende
21 Ungerechtigkeit bei der Verteilung von Einkommen, Vermögen und der daraus ermöglichten
22 Lebenschancen ist keine Naturkatastrophe. Sie ist Ergebnis einer seit Jahrzehnten verfolgten
23 Wirtschafts- und Sozialpolitik, eines Systems, das heute wieder Kapitalismus genannt werden darf.
24 Alle anderen Parteien haben sich dieser sozial ungerechten Politik verschrieben. Und die neueste
25 Parteigründung, die „Alternative für Deutschland“ ist in dieser Hinsicht sogar eine besonders
26 schreckliche und brutale Variante.

27 Das Programm dieser Parteien ist ganz einfach: Die Politik muss für eine Umverteilung von Unten
28 nach Oben sorgen, die Reichen müssen noch ein bisschen reicher und die Armen leider noch ärmer
29 werden. Die Gewinne müssen sprudeln und die Löhne müssen sinken. Das große Lügenmärchen, das
30 mit dieser Politik seit Jahren verbreitet wird, lautet: Wenn wir diese neue Umverteilung nach Oben
31 gemacht haben, dann wird daraus eine Win-Win-Geschichte entstehen, denn es wird wieder
32 Wirtschaftswachstum und neuen und mehr Wohlstand für Alle geben.

33 Die Umverteilung ist erfolgreich: In Form von Hartz-IV-Gesetzen, der Schaffung eines
34 Niedriglohnsektors, der Senkung der Renten und aller anderen Sozialleistungen, der Senkung der
35 Steuern für die Reichen und der Erhöhung der indirekten und Verbrauchssteuern für Alle, der
36 Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnerhöhungen und der Kürzung bei allen sozialen Ausgaben
37 für Infrastruktur und Kultur. Dabei gab es eine festverwurzelte Arbeitsteilung zwischen den Bundes-
38 und Landesregierungen auf der einen und den privaten Unternehmer*innen auf der anderen Seite.
39 Was Hartz-IV nicht allein schaffte, wurde durch betriebliche und tarifvertragliche Verschlechterungen
40 ergänzt.

41 Nicht eingetreten, ist allerdings das versprochene Wirtschaftswachstum und der Wohlstand für Alle.
42 Die Versprechen von CDU, SPD, Grünen und FDP haben sich als das große Märchen des 21.
43 Jahrhunderts herausgestellt.

44 DIE LINKE NRW ist deshalb ohne Wenn und Aber eine Partei der Umverteilung in die andere Richtung.
45 Die Verteilung von Vermögen und Einkommen muss gerechter werden. Deshalb ist DIE LINKE NRW für
46 eine Erhöhung der Renten, der Löhne und aller davon abgeleiteten Sozialleistungen. DIE LINKE NRW
47 ist für das sofortige Ende des menschenfeindlichen Hartz-IV-Regiments in den Jobcentern. Die Steuern
48 für die Reichen – Einkommens- Erbschafts- und Vermögenssteuer – müssen steigen, die Steuern für
49 die niedrigen und mittleren Einkommen sowie die indirekten Steuern müssen sinken.

50 DIE LINKE NRW ist die Partei der Umverteilung – auch bei der Arbeit. Es ist eine skandalöse
51 Ungerechtigkeit, dass Hunderttausende keine Arbeit haben oder in prekären
52 Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen, während die Anderen Unmengen an Überstunden
53 leisten und auch die reguläre Arbeitszeit stetig verlängert wird. DIE LINKE NRW kämpft für die 30-
54 Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich – eine dringend erforderliche und schnell
55 durchzuführende Maßnahme.

56 DIE LINKE NRW ist für eine andere Richtung im Wohnungsbau. Niedrige Miete – statt hoher Rendite ist
57 die Leitlinie. Wir fordern 100.000 neue günstige Wohnungen im Jahr und dafür muss die Privatisierung
58 von Boden gestoppt und zurückgedrängt werden.

59 Auch diese Umverteilungen in die andere Richtung gelingen nur durch konfliktbereite
60 gewerkschaftliche und betriebliche Interessenskämpfe mit parlamentarischer Unterstützung aus dem
61 Landtag und den kommunalen Vertretungen.

62 Diese Umverteilung in die andere Richtung ist zu einem großen Teil Bundes- und sogar Europapolitik.
63 Aber eine andere Regierung und eine andere Politik auf Landes- und sogar Kommunalebene können
64 viel erreichen. Sie können entsprechende Initiativen auf Bundesebene ergreifen, sie können sich in
65 den Auseinandersetzungen auf die Seite der Beschäftigten und Erwerbslosen stellen; sie können in
66 den landeseigenen und kommunalen Betrieben mit Beispielen und Leuchtturminitiativen vorangehen.
67 Unser Programm ist voll von Vorschlägen für eine solche andere Politik der sozialen Gerechtigkeit.

68 Die „großen Themen“ der Weltpolitik machen nicht Halt vor Nordrhein-Westfalen.

69 Die seit 1989 vermehrt auf der Welt stattfindenden Kriege um die Neuaufteilung der Welt in Märkte
70 und Einflusszonen; zwischen neuen nationalistischen Kräften und kriminellen Banden in den zerstörten
71 Regionen haben Elend, Armut und Flucht erzeugt. Gleichzeitig zerstören die angeblich freundlich
72 geordneten internationalen Freihandelsbeziehungen im großen Stil die Lebensgrundlagen von
73 Millionen. Letztlich führen auch die in erster Linie durch die großen Industriemächte verursachten
74 Klimazerstörungen zu Flucht und Vertreibung. 65 Millionen Menschen sind auf dem Erdball auf der
75 Flucht als Folge von Krieg, Freihandel und Umweltzerstörung. Nur ein kleiner Teil davon erreicht das
76 reiche Europa und Deutschland und bittet um Aufnahme.

77 DIE LINKE NRW ist bedingungslos auch auf der Seite dieser Opfer der Weltpolitik. Die Parteimitglieder
78 beteiligen sich an der Willkommens- und Solidaritätsbewegung. Es ist die große Lüge der vergangenen
79 beiden Jahre, dass es angeblich kein Geld für eine humane und nachhaltige Aufnahme dieser
80 Menschen gäbe. Wer im Handstreich hunderte von Milliarden zur Bankenrettung oder fünf Milliarden
81 Euro Abwrackprämie als Hilfe für die Autokonzerne auftreibt, der könnte auch sofort die Milliarden für
82 eine andere Politik gegenüber den Flüchtenden zur Verfügung stellen.

83 DIE LINKE NRW ist für eine andere Handels- und für eine friedliche Außenpolitik, sie ist für die
84 Bekämpfung der Fluchtursachen dort, wo sie entstehen. Aber es gibt für die Flüchtenden nach
85 Deutschland keine Obergrenze. Das Asylrecht muss ausgebaut und nicht weiter eingeschränkt
86 werden. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der Gelder für die Kommunen und eine große

87 Anstrengung von Stadtverwaltungen, Städteplaner*innen, Hilfsorganisationen und Selbsthilfegruppen
88 der Flüchtenden, um allen Wohnungen, Bildung und soziale Integration zu geben.

89 Aber DIE LINKE NRW fordert auch politische Rechte für die Flüchtenden. Sie sind hier, weil die reichen
90 Staaten in ihren Heimatländern Zerstörung und Ausplünderung hinterlassen haben. Wir wollen eine
91 politische Bewegung der Flüchtenden, um die Verhältnisse weltweit zu ändern.

92 Der Krieg wird auch in Nordrhein-Westfalen gemacht. Hier sind wichtige Think Tanks und
93 Verwaltungsstrukturen der Nato und große deutsche Rüstungsbetriebe ansässig. DIE LINKE NRW will
94 die Auflösung dieser Strukturen und die Umstellung der Rüstungsproduktion – und zwar so schnell wie
95 möglich. Kein*e Beschäftigte*r dieser Einrichtungen und Betriebe braucht Verluste bei Einkommen
96 und Lebensstandard befürchten. Wir sind für eine staatliche Garantie der Einkommen der
97 Beschäftigten, bis die Umstellung und Umrüstung abgeschlossen sein wird.

98 DIE LINKE NRW ist für eine Friedenspolitik und Beendigung aller Kriegsforschung und Kriegswerbung
99 an Schulen, Universitäten, Jobcentern und öffentlichen Einrichtungen.

100 Bei keinem der „großen Themen der Weltpolitik“ ist ein so umfangreicher und schneller
101 Handlungsbedarf, aber auch ein so großer direkter und sichtbarer Interessensgegensatz vorhanden,
102 wie beim Thema Klima- und Umweltschutz. Um die Erderwärmung zu drosseln, ist eine Umkehr der
103 Politik in die komplett andere Richtung erforderlich. Nicht mehr Stromverbrauch, sondern weniger;
104 nicht mehr Verkehr und Transporte, sondern weniger; nicht mehr Produktion überflüssiger Güter, die
105 nur aus Profitgründen auf den Markt geworfen werden, sondern weniger. Die Fachleute aller
106 Umweltverbände sprechen zu Recht von der Notwendigkeit einer Revolution in unseren Konsum- und
107 Produktionsverhältnissen, um auch nur die minimalen und bei Weitem nicht ausreichenden Ziele des
108 aktuellen Pariser Klimaabkommens zu erreichen. NRW muss nicht nur aus der Atomtechnologie,
109 sondern auch aus der Braun- und Steinkohleproduktion aussteigen. Wichtige Sektoren der Chemie-,
110 der Stahl- und Aluminiumproduktion müssen auf den Prüfstand. Die seit Anfang der Bundesrepublik im
111 großen Stil betriebene Förderung des Automobilverkehrs und des dafür erforderlichen Straßenbaus
112 müssen eingestellt werden. Auch hier gilt: Eine große Investitionsoffensive und staatliche
113 Bürgschaften werden nicht alle der alten Arbeitsplätze der Beschäftigten erhalten, aber sie werden
114 Bestandsschutz bei den Einkommen geben.

115 Keine der bisherigen Regierungen und der sie stellenden Parteien waren bisher bereit, sich im Sinne
116 einer solchen Revolution mit den großen Energie- und Industriekonzernen anzulegen. Es wird aber
117 nicht ohne diese Auseinandersetzung gehen.

118 Wir verraten jetzt noch ein Geheimnis: Wer diese Ziele einer politischen Umkehr in allen großen
119 Themenbereichen erreichen will, der oder die wird das nicht mit den jahrelang gepredigten
120 Glaubensbekenntnissen von CDU, SPD, Grünen und FDP bewerkstelligen. „Privat vor Staat“,
121 „Wirtschaftspolitik wird in der Wirtschaft gemacht“, „Die Gewinne von Heute, sind die Arbeitsplätze
122 von Morgen“, „Wachstum, Wachstum, Wachstum“ – und wie die Sprüche alle heißen, müssen
123 endgültig der Vergangenheit angehören. Diese zu Recht als bürgerliche Parteien bezeichneten
124 Vollstreckerinnen der Interessen der Banken und Konzerne müssen für eine solche andere Politik erst
125 einmal regierungsfähig werden. Sie könnten dies sofort und jeden Tag beweisen, indem sie die
126 Forderungen der entsprechenden Initiativen und –Bewegungen aufgreifen und sich an den Aktionen
127 beteiligen, aber sie tun es bekanntlich nicht.

128 DIE LINKE NRW hat seit ihrer Gründung bewiesen, auf welcher Seite sie in diesen politischen und
129 Interessensauseinandersetzungen steht. Daran wird sich nichts ändern, egal, ob DIE LINKE in der
130 Opposition ist oder in Zukunft Regierungsverantwortung übernehmen werden wird.

131 Viele unserer Forderungen, die in diesem Programm aufgelistet werden, können und werden auch
132 durch eine starke gesellschaftliche und parlamentarische Opposition erreicht. Wir wollen die
133 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse ändern, weil nur dadurch die Politik wirklich verändert wird. Und
134 wenn die anderen Parteien uns Regierungsgespräche anbieten, dann wird das und nichts Anderes
135 unser Maßstab sein. SPD und Grüne verwalten in Nordrhein-Westfalen mehr schlecht als recht die
136 bestehenden Verhältnisse. Wir wollen diese Verhältnisse ändern.

137 Wir hören es jetzt schon: Die bürgerlichen Parteien werden uns vorwerfen, wir wären Dinosaurier der
138 Planwirtschaft und altbackene Sozialist*innen. Es soll uns ein Ehrentitel sein. Wir wissen besser als
139 alle anderen, was am Sozialismus der Vergangenheit schief gelaufen ist und wie es zu ändern ist.
140 Unser Ziel heißt soziale Gerechtigkeit, umfassende Demokratie, Schutz des Klimas und der Umwelt für
141 unsere Kinder und Enkel und friedliche Politik auf dem gesamten Erdball. Um dorthin zu gelangen,
142 dürfen die bestehenden Wirtschafts- und Besitzverhältnisse nicht so bleiben wie sie sind. Deshalb tritt
143 DIE LINKE NRW für einen Aufbruch zu einem Sozialismus des 21. Jahrhunderts ein.

144 **II. Armut und soziale Spaltung überwinden**

145 Wofür arbeiten wir eigentlich? Für einen guten Lohn? Um das zu produzieren, was wir Menschen zum
146 Leben brauchen, um Menschen zu helfen, sie zu bilden, zu pflegen oder auch zu unterhalten? Wir
147 wollen uns mit Arbeit ein sorgenfreies Leben finanzieren. Wir wollen das tun, was wir gut können in
148 einem guten Klima ohne Angst. Wir wollen dazu lernen, die Gesellschaft zusammen halten und
149 gemeinsam Probleme lösen.

150 Tatsächlich nutzt unsere Arbeit aber immer mehr den wachsenden Profiten der wenigen Menschen,
151 denen die Unternehmen gehören. 124 der 500 reichsten Deutschen wohnen bei uns in NRW. Sie
152 besaßen 2015 ein geschätztes Privatvermögen von über 145 Milliarden Euro. Bei so viel Reichtum
153 sehen wir nicht ein, dass immer mehr Menschen unter der Armutsgrenze leben müssen.

154 Es gibt ganze Stadtteile in NRW, in denen über die Hälfte der Kinder in Hartz IV aufwachsen müssen.
155 Das ist gesetzlich verordnete Armut. Uns lässt das keine Ruhe. Wir wollen und wir müssen an diesen
156 Zuständen etwas ändern.

157 Wir finden gut, dass in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit viel darüber gesprochen wird, was man gegen
158 die wachsende Armut unternehmen kann. Es gibt dazu viele Vorschläge. Auch die Frage der fehlenden
159 Arbeitsplätze ist ein großes Thema geworden.

160 Wir haben uns mit Fachleuten aus den Sozialverbänden und Gewerkschaften zusammengesetzt und
161 ein Konzept erarbeitet. In unserem Programm zur Landtagswahl stellen wir eine Reihe sehr konkreter
162 Maßnahmen vor, mit denen man gute Arbeitsplätze schaffen und die Menschen aus der Armut
163 herausholen kann. Die Politik muss nur wollen, dann kann sie die Lebensbedingungen der Menschen
164 sehr schnell deutlich verbessern.

165 Noch wichtiger als klare Ziele und praktische Verbesserungsvorschläge ist es für uns, mit den
166 Menschen gemeinsam aktiv zu sein. Deshalb sind wir mit dabei, wenn sich die Mieterinitiative gegen
167 Zwangsräumungen wehrt und wenn die Erzieher*innen für ein besseres Gehalt auf die Straße gehen.
168 Auch wenn die Verkäufer*innen und ihre Gewerkschaft ein familienfreundlicheres Ladenschlussgesetz
169 vom Landtag fordern, unterstützen wir sie dabei.

170 Wir finden, Politik braucht eine ehrliche Haltung, klare Ziele, konkrete Schritte und vor allem den
171 direkten Bezug zu den Menschen, um die es geht.

172 **1. Arbeitsplätze: Gut bezahlte, feste Stellen schaffen**

173 Menschen wollen selbstbestimmt, in Würde und ohne Angst vor Armut leben. Dazu gehören
174 Arbeitsplätze, die ein sicheres und gutes Leben ermöglichen. Dazu gehört die Vereinbarkeit von Beruf
175 und anderen Lebensbereichen wie das Leben mit Kindern, Teilhabe an politischen Entscheidungen
176 etc. Hierfür fehlen uns in NRW mindestens die 500.000 tariflich bezahlten unbefristeten Arbeitsplätze,
177 die der DGB in seinem „Memorandum 2020“ fordert. Rund 250.000 Arbeitsplätze in der Industrie sind
178 seit dem Jahr 2000 weggefallen. Zugleich fehlen zehntausende Beschäftigte in Schulen und
179 Hochschulen, Kitas, Krankenhäusern, Pflegeheimen, Jugendzentren...

180 Die bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Familie und Freizeit hat eine immer größere Bedeutung
181 bekommen. Im Unterschied zu früher wollen und müssen Frauen ein eigenes Einkommen haben. Was
182 für die meisten Mütter schwierig zu erreichen ist, ist für viele Alleinerziehende nahezu unmöglich:
183 Gleichzeitig Kinder und eine existenzsichernde Arbeit zu haben. Wir wollen das ändern, damit Familien
184 endlich nicht mehr zu kurz kommen.

185 Die anhaltend hohe Zahl an Erwerbslosen, Aufstocker*innen und Ergnzer*innen führt bei vielen
186 Menschen zu Existenzangst. Wo Beschäftigte sich mit Betriebsräten organisieren wollen, gibt es durch
187 die Arbeitgeber*innen vielfach Behinderungen oder Anfeindungen bis hin zu Kündigungen. Auch vor
188 dem öffentlichen Dienst hat dieses Klima der Lohndrckerei durch Angst und Stress nicht Halt
189 gemacht. Unter solchen schlechten Arbeitsbedingungen leiden nicht nur die Beschäftigten, sondern
190 auch die Qualität der Arbeit.

191 ***Was tun?***

- 192 • *Unbefristete armutsfeste Arbeitsplätze mit planbaren Arbeitszeiten schaffen*
- 193 • *Löhne durchsetzen, von denen man ohne Transferleistungen nach dem SGB II leben kann*
- 194 • *Nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutz verankern*
- 195 • *Soziale Sicherheit und Freiheit von Diskriminierung für die Beschäftigten schaffen*

196 Während die Einen höchstens einen schlecht bezahlten Minijob ergattern können, arbeiten
197 Vollzeitbeschäftigte tatsächlich meist mindestens 40 Stunden in der Woche. Plus Überstunden und
198 Fahrtzeit bleibt für das eigene Leben, für Kinder, Sport, Kultur und Freizeit vom Tag nur wenig übrig.
199 Wir müssen die Arbeit neu verteilen. Unser Ziel ist eine 30-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit. Die
200 ersten Schritte dahin können sofort beginnen.

201 **Mindestlohngesetz NRW statt Lohndumping und 1 Euro-Jobs**

202 Zahlreiche Bundesländer wie Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen haben eigene
203 Mindestlohngesetze eingeführt. Die Gesetze gelten für alle Landesbeschftigten, alle öffentlichen
204 Aufträge und alle Träger, die öffentliche Zuwendungen erhalten. Gerade NRW als Land mit vielen
205 Niedriglohnbeschftigten braucht ein solches Signal für eine deutlich höhere Lohnuntergrenze.

206 ***Was tun?***

- 207 • *Ein Mindestlohngesetz für NRW mit einer Lohnuntergrenze von 12 Euro beschließen*
- 208 • *Mindestlohngrenze jährlich an die allgemeine Lohnentwicklung anpassen*

209 Wer Hartz IV bezieht, wird häufig von den Jobcentern gezwungen, 1 Euro-Jobs anzunehmen. Diese sind
210 menschenverachtend, weil sie die betroffenen Menschen zwingen, für Hungerlöhne und ohne
211 arbeitsrechtliche Standards wie Kündigungsschutz, Urlaub etc. zu arbeiten. Von 1 Euro-Jobs
212 profitieren allein die Maßnahmenträger, bzw. Kommunen. Deshalb fordert DIE LINKE seit langer Zeit
213 die Abschaffung von 1 Euro-Jobs und ihre Ersetzung durch sozialversicherte und tariflich bezahlte
214 Arbeitsverhältnisse.

215 ***Was tun?***

- 216 • *Ausbeutung durch 1 Euro-Jobs in NRW beenden*
- 217 • *Nur sozialversicherte Tarifarbeitspltze bei Land, Kommunen und öffentlichen Aufträgen*
218 *zulassen*

219 **Tarifverträge statt Werkverträge**

220 Sichere Arbeitsverträge und die Einhaltung von Tarifverträgen schützen vor Lohndumping. Sie stärken
221 den Beschäftigten den Rücken, damit sie gemeinsam für höhere Löhne und bessere
222 Arbeitsbedingungen kämpfen können.

223 Immer mehr Unternehmen drücken sich durch Tariffucht vor einer angemessenen Behandlung der
224 Belegschaften. Landtag und Landesregierung müssen die Möglichkeiten des Tarifvertragsgesetzes
225 besser ausschöpfen, um Tariflöhne und tariflich geschtzte Arbeitsbedingungen in NRW zu stärken.

226 **Was tun?**

- 227 • *Missbrauch von Werkverträgen gesetzlich stoppen*
- 228 • *Tariffucht aufhalten und Tarifverträge zum Standard machen. Unter anderem durch*
- 229 *einfachere Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen*

230 **Feste Stellen statt Leiharbeit und Minijobs**

231 Gut 190.000 Menschen in NRW arbeiten in Leiharbeitsunternehmen. Für sie heißt das meist:
232 Niedrigere Löhne, schlechtere Berufsperspektiven und nur selten die Übernahme in feste Jobs. Das
233 mittlere Einkommen von Beschäftigten in der Leiharbeit liegt bei nur 57 Prozent des mittleren
234 Einkommens aller Beschäftigten. Die Stammbeschaften werden immer weiter reduziert und durch
235 wechselnde Leiharbeiter*innen ersetzt.

236 **Was tun?**

- 237 • *Lohndumping durch Leiharbeit beenden: Gleicher Lohn plus Flexibilitätszuschlag*
- 238 • *Aus- und Verleihdauer auf höchstens 3 Monate begrenzen*
- 239 • *Volle Sozialversicherungspflicht von der ersten Arbeitsstunde an gewährleisten*
- 240 • *Statt Minijobs sozialversicherungspflichtige, tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse schaffen*
- 241 • *Bildung von Initiativen auf Landesebene, um Leiharbeit auf Bundesebene per Gesetz zu*
- 242 *Gunsten regulärer Beschäftigung zu verbieten*

243 **Schluss mit dem Missbrauch von Befristungen**

244 Befristete Verträge für ein oder wenige Jahre sind bei Neueinstellungen fast zur Regel geworden. Im
245 öffentlichen Dienst sind sie vor allem an Hochschulen, im Ganztage an Schulen und in Kitas ein
246 häufiges Problem. Darunter leiden nicht nur die Beschäftigten, deren Leben dadurch nicht planbar ist
247 und die in ständiger Sorge um ihren Arbeitsplatz leben. Auch die Qualität der Arbeit wäre ohne diesen
248 Druck und ständige Wechsel auf den Stellen besser.

249 **Was tun?**

- 250 • *Befristungen von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund abschaffen*
- 251 • *Kettenbefristungen wirksam unterbinden*
- 252 • *Hohe Anforderungen für Befristungen mit Sachgrund stellen*

253 **Tariftreue- und Vergabegesetz verbessern**

254 Das Land NRW kann nicht nur als Arbeitgeber von Lehrer*innen oder Polizist*innen, sondern auch bei
255 der Vergabe von Aufträgen durch Land und Kommunen einen Einfluss auf bessere Arbeitsbedingungen
256 nehmen. Dazu hat der Landtag 2011 auf Drängen von LINKEN und Gewerkschaften ein
257 Tariftreuegesetz beschlossen.

258 Es steht unter ständigem Beschuss von CDU und FDP, die an ihrer Politik der niedrigen Löhne und der
259 wachsenden Armut festhalten und deshalb die Einhaltung von Tarifverträgen entgegen der Realität als
260 bürokratische Zumutung für Arbeitgeber*innen darstellen.

261 Auch SPD und Grüne stellen unter dem Einfluss von Konzernlobbyist*innen und Handwerkskammern
262 die Lohnuntergrenze von 8,85 Euro für NRW in Frage.

263 Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften das Tariftreuegesetz verbessern und im Landtag von
264 NRW einbringen.

265 **Was tun?**

- 266 • *Tariftreue bindend bei Aufträgen einhalten*
- 267 • *Repräsentativen Tarifvertrag bei der Vergabe von Buslinien anwenden*
- 268 • *Tariftreue bei Vergabe durch Wirtschaftsministerium und Kommunen überprüfen*
- 269 • *Ausbildende Unternehmen fördern*
- 270 • *Beschäftigte mit Behinderung fördern*

271 Mit einer Vorschlagsliste für häufig benötigte Produkte soll das Land es den Kommunen außerdem
272 einfacher machen, nur Produkte einzukaufen, die nicht aus Kinder- und Sklavenarbeit stammen und
273 Equal Pay, Koalitionsfreiheit und weiteren sozialen und ökologischen Standards der Internationalen
274 Arbeitsorganisation (ILO) entsprechen.

275 **Mehr Respekt und mehr Gehalt: Frauenerwerbsarbeit aufwerten**

276 Frauen wollen und müssen heute erwerbstätig sein, um die eigene Existenz zu sichern. Auf dem
277 Arbeitsmarkt sind sie aber noch immer vielfach benachteiligt. Vor allem werden Berufe, die
278 überwiegend von Frauen ausgeübt werden, systematisch schlechter bezahlt.

279 In Minijobs oder Teilzeit dient die Arbeit der meisten Frauen bis heute nur der Ergänzung des
280 Familieneinkommens. Selbst Vollzeitstellen reichen in niedrig bezahlten Dienstleistungsberufen nicht
281 zur eigenen Absicherung. Mit nur 47 Prozent Frauen, die erwerbstätig sind, ist NRW auch hier
282 Schlusslicht.

283 Gerade in den überwiegend von Frauen besetzten Berufen fehlen massenhaft Stellen und
284 Ausbildungsplätze. Das sind die sozialen Dienstleistungen, die Erziehungs- und Pflegeberufe sowie
285 Verkäufer*innen. Wir wollen neue Stellen schaffen und diese besser bezahlen.

286 **Was tun?**

- 287 • *Aufwertung und gerechte Bezahlung der Sozial- und Erziehungsberufe*
- 288 • *Ausbildungs- und Stellenoffensive für Frauen*
- 289 • *Arbeit umverteilen, Vollzeit verkürzen und längere Teilzeit anbieten*
- 290 • *Arbeitsbedingungen und Personalausstattung in Gesundheit und Pflege verbessern*
- 291 • *Entgelttransparenzgesetz für Alle*

292 **Arbeit umverteilen: Kürzere Vollzeit und neue Stellen schaffen**

293 Bund, Länder und Kommunen sind seit Jahren die härtesten Gegner*innen der Beschäftigten, wenn es
294 um Arbeitszeiten und um Arbeitsverdichtung geht. Immer mehr Aufgaben sollen von immer weniger
295 Beschäftigten immer schneller bewältigt werden. Stellen bleiben unbesetzt oder werden ganz
296 gestrichen.

297 Behörden werden immer bürger*innenunfreundlicher, Bibliotheken und Jugendzentren werden
298 geschlossen. Familien mit Problemen fehlen Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen müssen auf
299 Teilzeitstellen ganze Kita-Gruppen betreuen, und Lehrer*innen sollen 30 verschiedene Jugendliche
300 gleichzeitig individuell fördern.

301 In den vergangenen Jahren sind den Beschäftigten immer längere Arbeitszeiten und immer mehr
302 Aufgaben zugemutet worden. Bei den Beamt*innen schreibt das Land NRW in der
303 Arbeitszeitverordnung sogar eine Wochenarbeitszeit vor, die mit 41 Stunden deutlich höher als bei
304 den Tarifangestellten ist. Während Angestellte des Bundes und der Kommunen tariflich 38,5

305 Wochenstunden leisten müssen, hat die schwarz-gelbe Regierung 2006 für die Angestellten des
306 Landes 39,5 Wochenstunden durchgesetzt.

307 Diesem Trend wollen wir uns entgegenstellen, mit Perspektive auf die 30-Stunden Woche.

308 ***Was tun?***

- 309 • *Schrittweise Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und Stellenausgleich*
- 310 • *Offensive für Umverteilung der Arbeit hin zur 30-Stunden-Woche starten*
- 311 • *Wenn ein Feiertag auf den Sonntag fällt, den Montag arbeitsfrei stellen*
- 312 • *Arbeitszeit der Beamt*innen von jetzt 41 Stunden deutlich senken und dafür neue Stellen*
313 *schaffen*
- 314 • *Mehr Stellen entsprechend dem realen Bedarf in Bildung, Sozialem und Gesundheit*
- 315 • *Qualifizierungs- und Vollzeitangebote für die unfreiwillig in Teilzeit Beschäftigten*

316 **Ladenöffnungszeiten reduzieren**

317 In NRW dürfen Geschäfte in der Woche rund um die Uhr öffnen, an Samstagen bis 22 Uhr. Der
318 Lebensmitteleinzelhandel öffnet oft von 7 bis 22 Uhr, teilweise bis 24 Uhr. Die längeren
319 Öffnungszeiten werden insbesondere von großen Handelsketten und Konzernen und in den Zentren
320 genutzt. Klein- und Mittelbetriebe in kleineren Orten und den Stadtteilen der Großstädte geraten so
321 unter Druck. Die Grundversorgung in Wohnungsnähe als eine wichtige Bedingung unter anderen für
322 eine menschen- und umweltfreundliche Verkehrspolitik ist immer weniger vorhanden.

323 Unternehmen, die von den längeren Öffnungszeiten Gebrauch machen, verstoßen häufig gegen
324 Arbeitszeitbestimmungen tariflichen Mindeststandards.

325 Die längere Ladenöffnung hat eine Zunahme von prekären Jobs und einen Rückgang regulärer
326 Beschäftigung gebracht. Nur noch 38 Prozent der Einzelhandelsbeschäftigten arbeiten in Vollzeit.

327 Die heutigen Arbeitszeiten im Handel sind familienfeindlich und schließen die Beschäftigten oft vom
328 sozialen und kulturellen Leben aus. Deshalb unterstützen wir die breite soziale Kampagne für den
329 arbeitsfreien Sonntag und die Gewerkschaft ver.di bei ihren Forderungen für ein sozialeres
330 Ladenschlussgesetz in NRW.

331 ***Was tun?***

- 332 • *Deutlich kürzere Öffnungszeiten im Ladenschlussgesetz festschreiben*
- 333 • *Geschlossene Läden und freie Zeit an Sonn- und Feiertagen*
- 334 • *Kontrolle des Ladenöffnungsgesetzes verstärken*

335 **Mehr Demokratie am Arbeitsplatz**

336 Ohne Betriebsräte endet die Demokratie am Werkstor. Ihre wichtige Arbeit für die Interessen der
337 Beschäftigten muss von der Landesregierung gefördert und die Betriebsräte müssen vor der
338 Missachtung ihrer Rechte im Unternehmen geschützt werden.

339 Einige Unternehmen setzen Betriebsräte, Gewerkschaften und Beschäftigte mit Hilfe spezialisierter
340 Anwaltskanzleien durch einen juristischen Kleinkrieg unter Druck. Für solche „Union Busting“-
341 Praktiken gibt es viele Beispiele in NRW. Etwa von Seiten der Fastfood-Kette Burger King oder des
342 Textildiscounters KiK. DIE LINKE NRW steht bei solchen Konflikten immer an der Seite der
343 Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften.

344 ***Was tun?***

- 345 • *Schwerpunktstaatsanwaltschaft NRW zur Verfolgung der Behinderung von*
- 346 *Betriebsratsgründung und -arbeit schaffen*
- 347 • *Druck auf antidemokratische Unternehmen durch die Landesregierung*

348 **Mitbestimmung im Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) erweitern**

349 Unter CDU und FDP wurden vor 2010 die Mitbestimmungsrechte der Personalräte im öffentlichen
350 Dienst massiv verschlechtert. 2011 wurde das LPVG auf Betreiben der Gewerkschaften mit Hilfe der
351 LINKEN im Landtag wiederhergestellt und verbessert. 2017 muss es verlängert werden. Wir wollen die
352 Mitbestimmung für die Beschäftigten erweitern. Bisher haben die Arbeitgeber*innen noch die
353 Letztentscheidung in Konfliktfällen. Wir wollen stattdessen die Einigung auf Augenhöhe erreichen.

354 ***Was tun?***

- 355 • *Mitbestimmung bei Abmahnungen und Kündigungen einführen*
- 356 • *Keine Spaltung mehr in Beamt*innen und Arbeitnehmer*innen zulassen*
- 357 • *Zusammenarbeit der Personalvertretungen bei kommunalen Kooperationen fördern*
- 358 • *Verbindliche Entscheidung der Einigungsstelle im Konfliktfall festschreiben*

359 In Kommunen soll die Bildung von Konzernbeschäftigtenvertretungen ermöglicht werden. So können
360 die Personalräte der öffentlichen Verwaltungen mit den Betriebsräten der privatrechtlich organisierten
361 Bereiche (z.B. Stadttöchter als GmbH) miteinander verschränkt werden. Das leisten die bisherigen
362 Konzernbetriebsräte nicht, weil sie nur den privatrechtlich organisierten Bereich erfassen. So könnten
363 die Interessen der Beschäftigten im Gesamtkonzern Stadt wirksamer verteidigt werden, wenn etwa
364 Personalabbau oder Privatisierung auf der Tagesordnung stünden:

365 ***Was tun?***

- 366 • *Gemeinsame Vertretung aller Beschäftigten bei den Kommunen*
- 367 • *Bundratsinitiative zur Zusammenfassung von Vertretungen im Betriebsverfassungsgesetz*
- 368 • *Mehr Mitbestimmungsrechte bei Eigenbetrieben und Anstalten öffentlichen Rechts*

369 Alle diese Forderungen wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalvertretungen
370 diskutieren und im Landtag durchsetzen.

371 **Ausbildung und Beschäftigung statt Massenarbeitslosigkeit und Verelendung**

372 In NRW, besonders im Ruhrgebiet, sind seit Jahrzehnten Arbeitsplätze im großen Stil vernichtet
373 worden. Die verantwortlichen Konzerne sind unter anderem Thyssen-Krupp, Mannesmann, Opel und
374 die Ruhrkohle AG. Sie haben über viele Jahrzehnte mit der Arbeit der Menschen hier Profite gemacht
375 und lassen mit dem Strukturwandel ihre Industrieruinen zurück.

376 Der Anteil der Erwerbslosen und der prekär Beschäftigten liegt in NRW deutlich über dem
377 Bundesschnitt. Die betroffenen Menschen brauchen dringend eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt.

378 Bis heute sehen die Regierungsparteien in Bund und Land, SPD, CDU, FDP und Grüne dabei zu, wie die
379 größte Industrieregion Europas nach und nach verarmt.

380 Das wollen wir beenden. Mit einer groß angelegten Offensive für Investitionen und öffentliche
381 Beschäftigung soll das Land die kaputten Städte, Schulen, Krankenhäuser und Straßen reparieren und
382 modernisieren. Diese Investitionen schaffen Arbeitsplätze und sichern die Zukunftsfähigkeit.

383 Der Bedarf an Stellen in den Schulen, Kitas, Hochschulen, Krankenhäusern und in der Pflege muss
384 ohnehin dringend gedeckt werden. Die Politik in NRW soll sich endlich darum kümmern, dass die
385 Menschen hier Ausbildung und sichere Arbeitsplätze erhalten.

386 Langzeiterwerbslose dürfen nicht länger dauerhaft von der Gesellschaft abgehängt und mit dem Hartz
387 IV-System ausgegrenzt werden. Doch in NRW sind nach aktuellen Zahlen des Instituts für
388 Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB 324.000 Menschen davon betroffen, und der Anteil der vom
389 Arbeitsmarkt völlig Ausgeschlossenen stieg in NRW allein in den Jahren von 2012 bis 2014 um 25
390 Prozent.

391 Doch die Landesregierung schaut dieser Entwicklung hilflos zu, und die Bundesregierung kürzt sogar
392 noch die Mittel für die Arbeitsmarktförderung. Sanktionsbewehrte Ein-Euro-Jobs haben nur zur
393 weiteren Verdrängung regulärer Beschäftigung geführt, schlecht bezahlte Kurzarbeitjobs bei
394 Leiharbeitsfirmen wirken als Drehtüren zurück in das Hartz IV-System.

395 Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Berufsausbildung ebenso wie ältere Erwerbslose besonders
396 in den von Strukturwandel und Deindustrialisierung betroffenen Regionen in NRW dürfen nicht länger
397 mit der Aussicht eines Lebens fern vom Arbeitsmarkt konfrontiert werden. Ihre Perspektiven auf
398 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und der Erwerbsarbeit dürfen nicht länger der schwarzen Null
399 geopfert werden.

400 DIE LINKE fordert deshalb, auch in NRW mit dem Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungsprogramms
401 zu beginnen.

402 Dieses öffentliche Beschäftigungsprogramm führt die steuerlichen Mittel aus Arbeitslosengeld II (ALG
403 II), den „Kosten der Unterkunft“ (KdU) und öffentlichen Zuschüssen zusammen, so dass mit
404 ergänzenden Mitteln des Landes und der Kommunen dauerhafte sozialversicherungspflichtige
405 Beschäftigung finanziert werden kann.

406 Bei dem Beschäftigungsprogramm sollen all jene bevorzugt werden, die länger als ein Jahr erwerbslos
407 sind. Diskriminierende Auswahlverfahren über weitere Voraussetzungen - wie zum Beispiel
408 sogenannte Vermittlungshemmnisse - finden nicht statt.

409 Für DIE LINKE sind eine dauerhafte sozialversicherte Beschäftigung, tarifliche und existenzsichernde
410 Bezahlung ohne Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, der Aufbau eigener Ansprüche auf
411 Arbeitslosengeld I, die freiwillige Teilnahme (offene Bewerbung) und ein Vorrang für berufliche
412 Qualifizierung und reguläre Ausbildungsabschlüsse Mindestbedingungen für gute Beschäftigung.

413 Der DGB hat für NRW einen sozialen Arbeitsmarkt mit tariflicher Entlohnung gefordert. Die
414 Landesregierung hat dazu in einigen Modellprojekten erste Erfahrungen gesammelt. Diese
415 Modellprojekte entsprechen allerdings noch nicht unseren Vorstellungen. Unser Programm muss
416 ausreichend finanziert und landesweit in die Praxis umgesetzt werden.

417 Um festzulegen, welche geförderte Beschäftigung vor Ort sinnvoll ist, ohne bisher von der öffentlichen
418 Hand erbrachte Aufgaben zu ersetzen und zu verdrängen, fordert DIE LINKE Runde Tische unter
419 Beteiligung der Betroffenen und der kommunalen Akteur*innen um öffentliche Bedarfe festzustellen.

420 In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie bei gleicher Eignung bevorzugt zu
421 berücksichtigen.

422 Wirtschaftspolitisch braucht das Land eine Politik, die industrielle Arbeitsplätze im Strukturwandel
423 sichert und neue Potentiale erschließt. Wärmedämmung und umweltfreundliche Sanierung, Ausbau
424 des öffentlichen Nahverkehrs, Energieeffizienz-, Recycling und andere umweltfreundliche

425 Technologien erforschen und produzieren stehen auf der To-Do-Liste für neue sinnvolle und
426 zukunftsfähige Arbeitsplätze.

427 **2. Sozialpolitik: Menschenwürde zur Richtschnur der Sozialpolitik machen**

428 Für uns ist das wichtigste Ziel guter Sozialpolitik, dass alle Menschen frei von Armut leben und
429 selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Niemand soll Angst haben, wie er oder
430 sie über den Monat kommt oder ob er am nächsten Tag etwas zu Essen hat. Niemand soll mehr im
431 Winter frieren, weil er oder sie die Heizkosten nicht bezahlen kann. Keine Familie soll künftig ohne
432 Strom sein, weil der vom Energieversorger abgestellt wurde. Und wenn es nach uns geht, wird auch
433 keine Rentnerin mehr aus ihrer Wohnung geworfen, weil ihre Armutsrente nicht mehr für die
434 gestiegene Miete reicht.

435 Dabei geht es uns um nicht weniger als das Versprechen im ersten Artikel des Grundgesetzes: „Die
436 Würde des Menschen ist unantastbar“.

437 **Hartz IV: Die gesetzlich verordnete Armut überwinden**

438 2016 sind in NRW etwa 1,6 Millionen Menschen auf Hartz IV-Leistungen angewiesen. Doch zum Leben
439 reicht der Regelsatz von 404 Euro nicht. Man kann davon gerade eben überleben.

440 Im Hartz-Bezug hat man keine Wahl, wo und wie man lebt. Die von den Kommunen festgesetzten
441 Wohnkosten reichen oft nicht einmal für eine Schlichtwohnung im billigsten Stadtviertel. Betroffene
442 müssen den fehlenden Mietbetrag aus dem Regelsatz bezahlen. Der viel zu geringe Kostenanteil für
443 Energie führt zu massenhafter Überschuldung bis hin zu Strom- und Gassperren. Kein Kino, kein
444 Ausflug, kein neues Spielzeug. Schlimmstenfalls steht man im Winter ohne Strom und Heizung da.

445 Wer nicht bereit oder in der Lage ist, jede schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen, wird mit Sanktionen
446 abgestraft. Dann gibt es noch weniger Geld. Erniedrigungen, pauschale Verdächtigungen und
447 Schikanen sind trauriger Alltag.

448 Für uns ist klar: Hartz IV muss einem System ohne Schikanen und Sanktionen weichen. Wir wollen
449 eine sanktionsfreie soziale Mindestsicherung einführen, die mindestens 1050 Euro in der Summe von
450 Wohn- und Lebenshaltungskosten beträgt.

451 Um einen direkten Beitrag zur Linderung der Armut im Land zu leisten, soll NRW über den Bundesrat
452 für Verbesserungen sorgen.

453 ***Was tun?***

- 454 • *Erhöhung der Regelsätze auf 560 Euro sofort*
- 455 • *Abschaffung von Sanktionen und Leistungskürzungen*
- 456 • *Keine Anrechnung des Kindergelds mehr auf die Leistungen*
- 457 • *Verbot von Energiesperren und Zwangsumzügen.*
- 458 • *Kosten der Unterkunft sind den tatsächlichen Bedingungen vor Ort anzupassen*

459 **Zwangsumzüge verhindern durch Mietuntergrenzen**

460 Auch wenn die Wohnkosten grundsätzlich von den Kommunen festgesetzt werden, kann das Land
461 Mietuntergrenzen beschließen. So kann es die Kommunen daran hindern, Mietobergrenzen
462 festzulegen, die unterhalb der Mittelwerte der örtlichen Mietspiegel liegen. Die Verschuldung von
463 zigtausenden Hartz IV-Bezieher*innen könnte so verhindert werden. Bislang setzten CDU, FDP, SPD

464 und Grüne in den Landesregierungen auf Verschärfungen statt Verbesserungen. Für DIE LINKE steht
465 dagegen die Beseitigung von Armut ganz oben auf der Liste.

466 **Schluss mit Energiesperren!**

467 Immer mehr Haushalten werden Strom und Gas abgesperrt, weil sie nicht mehr in der Lage sind, ihre
468 Rechnungen zu bezahlen. Wir halten diese Praxis für unzumutbar, weil eine Wohnung ohne Strom oder
469 Gas heutzutage keine menschenwürdige Existenz mehr bietet. Energiesperren verstoßen gegen
470 existenzielle Grundrechte. Dazu wollen wir im Landtag einen Gesetzentwurf einbringen.

471 ***Was tun?***

- 472 • *Verhinderung von Energiesperren*
- 473 • *Ein kostenloses Grundkontingent an Energie zur Verfügung stellen*

474 **Sanktionen verstoßen gegen Menschenrechte**

475 Die Sanktionen gegen Hartz IV-Bezieher*innen nehmen in zahlreichen Kommunen NRWs beständig zu.
476 Jobcenter greifen zumeist zu diesem Zwangsmittel, um erwerbslose Menschen zu bestrafen, wenn sie
477 einen Termin versäumt haben oder sich 1 Euro-Jobs und anderen Maßnahmen verweigern.

478 Das zu wenige Geld noch weiter zu kürzen, bringt die Betroffenen in akute Notsituationen und verstößt
479 gegen die Menschenrechte. Wir wollen, dass bis zur Änderung der Gesetze auf Bundesebene die
480 Leistungskürzungen im Land ausgesetzt werden (Sanktionsmoratorium).

481 ***Was tun?***

- 482 • *Ein Sanktionsmoratorium für NRW umsetzen*
- 483 • *Die Kommunen sollen sich bei den Jobcentern gegen die Sanktionen einsetzen*
- 484 • *Landesweit unabhängige Schiedsstellen für alle Sozialleistungen einrichten*

485 **Offener Zugang zur Schuldner- und Insolvenzberatung**

486 Die wachsende Armut in NRW führt dazu, dass sich immer mehr private Haushalte verschulden. Im
487 Vergleich zu den anderen Bundesländern steigt die Verschuldung in NRW überproportional. Besonders
488 Jüngere, aber auch ältere Menschen sind von einer erhöhten Verschuldung betroffen. Nicht alle
489 Personen, die in einer schuldenbedingten Notlage sind, haben einen offenen Zugang zur
490 Schuldnerberatung.

491 ***Was tun?***

- 492 • *Unabhängige, flächendeckende und kostenfreie Verbraucher- und Schuldnerberatung mit*
493 *ausreichend Personal sicherstellen*
- 494 • *Mehr öffentliche Mittel für Schuldnerberatungsstellen bereitstellen*
- 495 • *Präventionsmaßnahmen für jüngere Menschen hinreichend finanzieren*
- 496 • *Schuldner- und Budgetberatung für ältere Menschen einrichten*
- 497 • *Kommerzielle Schuldnerberatung verbieten*

498 **Sofortmaßnahmen gegen die wachsende Armut**

499 NRW ist das Bundesland, in dem in den vergangenen 10 Jahren die Armut am stärksten stieg: Von
500 14 Prozent auf 18 Prozent seit 2006. Im Ruhrgebiet sind bereits zwischen 20 und 25 Prozent
501 betroffen. Besonders betroffen sind Migrant*innen mit 33 Prozent, Alleinerziehende mit 42 Prozent
502 und Erwerbslose mit 58 Prozent. Frauen sind aufgrund niedrigerer Löhne und weniger Erwerbsjahren

503 weit häufiger arm als Männer. Während die Armutsquote bundesweit kürzlich leicht gesunken ist,
504 steigt sie gegen den Trend in NRW weiter an.

505 Wir wollen nicht länger darüber reden, sondern die Armut wirksam aufhalten. Den Betroffenen muss
506 schnell geholfen werden:

507 ***Was tun?***

- 508 • *Mehr Geld: Aus NRW im Bund für höhere Sozialleistungen und Renten sorgen*
- 509 • *Mehr Bildung: Jedem Kind persönliche Förderung in einer Schule für Alle im gebundenen*
510 *Ganztage*
- 511 • *Mehr Hilfe vor Ort: Investitionsprogramm für Jugendhilfe und Sozialarbeit*
- 512 • *Mehr Arbeit: Sofortprogramm für ein soziales öffentlich getragenes Beschäftigungsprogramm*
513 *mit tariflich bezahlten Arbeitsplätzen und Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für*
514 *Langzeitarbeitslose“*

515 **Reichtum gerecht besteuern, um Armut zu überwinden**

516 Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. In NRW ist neben der Armut auch das
517 Vermögen der Superreichen gestiegen. 124 der 500 reichsten Deutschen leben in NRW. Zusammen
518 besaßen sie 2015 ein geschätztes Vermögen von 145,1 Milliarden Euro, und jeder einzelne von ihnen
519 ein Anlagevermögen von mindestens 250 Millionen Euro. Seit Jahren fordern Sozialverbände und
520 Gewerkschaften, dass große Vermögen gerecht besteuert werden müssen. Aus NRW wollen wir Druck
521 auf die Bundesebene machen, damit das endlich geschieht.

522 Gerecht umsteuern heißt vor allem, eine höhere Besteuerung der Einkommen oberhalb der
523 Millionengrenze und großer Erbschaften, eine Entlastung von Menschen mit geringen und mittleren
524 Einkommen, der Geringverdienenden, die Abschaffung der Abgeltungssteuer für Kapitalerträge und
525 eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. NRW und seine Kommunen würden von den
526 Steuereinnahmen sofort profitieren. Wir könnten sowohl die persönliche Armut beseitigen, als auch
527 die kommunalen Haushalte entschulden und sie für ihre sozialen Aufgaben wieder handlungsfähig
528 machen.

529 ***Was tun?***

- 530 • *Bundesratsinitiative für eine gerechte Steuerreform*
- 531 • *Landesweiter Sozialpass mit einem Sozialticket für Bus und Bahn für 15 Euro*

532 **3. Gemeinsam für ein gutes Leben – Solidarität mit den Geflüchteten**

533 „Wir schaffen das“, dieser Satz von Angela Merkel hat die Debatte um die Flüchtlingsfrage polarisiert.
534 DIE LINKE ist der Meinung, dass es tatsächlich machbar wäre, eine Million Geflüchtete oder noch
535 mehr Menschen zu versorgen und ihnen eine Perspektive zu bieten – ohne dass sich die sozialen
536 Verhältnisse für die arbeitende und erwerbslose Bevölkerung verschlechtern würden.

537 Die Bundesregierung hat ihrem „Wir schaffen das“ allerdings keine entsprechenden Taten folgen
538 lassen. Angesichts der Zuwanderung hätten die öffentlichen Investitionen ausgeweitet werden
539 müssen. Es hätten Programme zum Bau von Wohnungen, Schulen und Kitas, zur Ausbildung von
540 Lehrer*innen und Erzieher*innen in Gang gesetzt werden müssen.

541 Die öffentliche Infrastruktur ist seit Jahrzehnten unterfinanziert, die Kommunen sind gerade in NRW in
542 die Pleite gespart worden. In vielen Städten fehlten schon Tausende Wohnungen, bevor die Zahl der
543 Geflüchteten anstieg.

544 Statt über „Obergrenzen“ für Flüchtlinge zu diskutieren, muss über Obergrenzen für den Reichtum
545 geredet werden. Eine Umverteilung von den Besitzenden und Konzernen zu den Kommunen wäre
546 nötig, um das Leben für alle Menschen zu verbessern.

547 Stattdessen setzt die Bundesregierung ihre Politik der knappen Kassen fort. In der Folge wohnen
548 zehntausende Geflüchtete unter unwürdigen Bedingungen in Turnhallen und anderen Provisorien.
549 Schulen und Vereine können die Hallen nicht nutzen. Es wurden nur wenige neue Arbeitsplätze
550 geschaffen. Um Härte gegenüber Flüchtlingen zu demonstrieren, wurde auch anerkannten
551 Flüchtlingen das Recht auf freie Wahl des Wohnortes aberkannt – mit der Folge, dass diese in
552 Regionen geschickt werden, in denen es sehr wenige Arbeitsplätze gibt.

553 Diese Politik der CDU-CSU-SPD-Regierung auf Bundesebene und der Regierung Kraft in NRW hat
554 Ängste geschürt. Wer die Lebensbedingungen für die Geflüchteten verschlechtert und öffentliche
555 Investitionen einfriert, der rollt für die Rechtspopulist*innen den Teppich aus.

556 Noch immer ist die Hilfsbereitschaft und Solidarität mit den Geflüchteten groß. Ohne die
557 ehrenamtliche Arbeit der Willkommens-Initiativen und privaten Helfer*innen wäre die Lage weit
558 problematischer. Sie haben teilweise Arbeiten geleistet, die eigentlich von Bund, Ländern und
559 Kommunen hätten übernommen werden müssen.

560 DIE LINKE bedankt sich bei diesen Helfer*innen und beteiligt sich an ihren Aktivitäten. DIE LINKE setzt
561 sich für eine Kurswende ein: Wir lehnen die schon beschlossenen und alle weiteren Einschränkungen
562 des Asylrechts und die Beschneidung der Rechte von Flüchtlingen ab.

563 Wir wenden uns gegen die leere Rhetorik der etablierten Parteien, die behaupten „Wir schaffen das“,
564 aber sich weigern, die notwendigen öffentlichen Investitionen bereitzustellen, um die soziale
565 Infrastruktur fit zu machen. Die Zuwanderung von einer Million Menschen oder mehr würde keine
566 Probleme verursachen, wenn endlich umfassend öffentliche Investitionen in Wohnungsbau, Bildung,
567 Infrastruktur und die Schaffung von Arbeitsplätzen fließen würden. Wir setzen uns für ein
568 dementsprechendes Investitionsprogramm des Landes NRW ein.

569 DIE LINKE will das „Lager der Solidarität“ stärken. Kleine Kurskorrekturen innerhalb des neoliberalen
570 Kapitalismus reichen nicht. Wir brauchen einen grundlegenden Wandel. Nur eine „Revolution der
571 Gerechtigkeit“ kann verhindern, dass Millionen Menschen im Alter in Armut leben und Millionen
572 Kinder in Armut aufwachsen. In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, in welche Richtung sich
573 diese Gesellschaft bewegt. Sie steht an einem Scheideweg: Zwischen rechter Hetze und neoliberaler
574 Konkurrenz auf der einen Seite, Demokratie, Solidarität und sozialer Gerechtigkeit auf der anderen
575 Seite.

576 ***Was tun?***

- 577 • *Klare „Willkommens“-Position gegenüber den Zufluchtsuchenden – gegen „Obergrenzen“ und*
578 *Asylrechts-Verschärfungen.*
- 579 • *Stopp sämtlicher Abschiebungen, Bleiberecht für alle Menschen, die es in die Bundesrepublik*
580 *geschafft haben.*
- 581 • *Das Asylrecht muss vollständig wieder hergestellt werden*
- 582 • *Keine schmutzigen Deals wie mit dem Erdoğan-Regime zur Abschottung Europas.*
- 583 • *Keine Kürzungen zu Lasten der Masse der Bevölkerung, weg mit der „Schwarzen Null“, der*
584 *Schuldenbremse und dem als „Stärkungspakt“ schön geredeten Kürzungs-Diktat.*

- 585 • *Eine vollständige Übernahme der Kosten für Unterkunft und Integration der*
- 586 *Zufluchtsuchenden - durch den Bund finanziert durch höhere Steuern auf Reichtum und*
- 587 *Gewinne der Banken und Konzerne.*
- 588 • *Keine Unterbringung von Geflüchteten in Turnhallen, Zeltدörfern, Leichtbauhallen und anderen*
- 589 *Notunterkünften, gutes Wohnen auch für Flüchtlinge.*
- 590 • *Erhalt bzw. Wiederherstellung des Rechts auf freie Wahl des Wohnortes*
- 591 • *Eine konsequente Friedenspolitik, den Stopp sämtlicher Waffenexporte und einer gerechtere*
- 592 *Weltwirtschaftsordnung als Grundlage für eine Bekämpfung der Ursachen der Flucht.*

593 **4. Gesundheit: Gute Versorgung im ganzen Land sichern**

594 *„Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und*

595 *nicht die bloße Abwesenheit von Krankheit oder Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen*

596 *Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse,*

597 *Religion, des politischen Bekenntnisses, der wirtschaftlichen und sozialen Stellung.“*

598 *- Weltgesundheitsorganisation (WHO)*

599 Wer kennt das nicht? Überfüllte Arztpraxen und Abfertigung wie am Fließband. Brillen, Zahnsparungen

600 und Medikamente kosten richtig viel Geld. Schon an den Zähnen der Kinder kann man sehen, ob sie

601 aus einer Familie mit gutem Einkommen stammen oder in Armut leben müssen. Die SPD hat

602 versprochen, keine Zwei-Klassen-Medizin zuzulassen. Tatsächlich ist die Drei-Klassen-Medizin

603 Wirklichkeit. Komfortable Privatversicherungen und Kliniken für die Reichen und eine

604 Grundversorgung für die Normalverdienerin. Die dritte Klasse wird oft übersehen. Das sind die Armen,

605 die nicht mehr zur Ärztin gehen, weil sie sonst den Minijob verlieren, die nicht zur Vorsorge gehen und

606 sich krank sein gar nicht leisten können. 200.000 Menschen in NRW sind sogar ohne

607 Krankenversicherung. Hinzu kommen all diejenigen, die sich ohne Papiere hier aufhalten. Armut macht

608 krank und Krankheit macht arm. Fast alle Gesundheitsreformen der vergangenen Jahre sowohl auf

609 Bundes- als auch auf Landesebene haben zu einer Verlagerung der Kosten auf Versicherte und Kranke

610 geführt, haben Markt und Wettbewerb im Gesundheitswesen durchgesetzt mit der Folge von Über-,

611 Unter- und Fehlversorgung und Vernichtung der im Konkurrenzkampf unterlegenen Einrichtungen.

612 Diesen Kreislauf wollen wir mit einer besseren Gesundheitsversorgung nah am Menschen

613 durchbrechen. NRW soll sich im Bundesrat stark machen für eine sozial gerechte Gesundheitspolitik.

614 ***Was tun?***

- 615 • *Beamtinnen und Beamte, Selbständige und Abgeordnete zahlen in diese Krankenversicherung*
- 616 *entsprechend ihres Einkommens Beiträge!*
- 617 • *Alle Selbst- und Zuzahlungen wie zum Beispiel für Brillen, Medikamente, Zahngesundheit,*
- 618 *Krankenhaus- und Reha-Aufenthalte wieder abschaffen!*
- 619 • *Die defizitäre finanzielle sowie personelle Ausstattung der Gesundheitsämter beenden und*
- 620 *kommunale Angebote erweitern.*

621 **Das Gesundheitswesen in NRW demokratisch und transparent machen**

622 Für NRW wollen wir eine Gesundheitspolitik, die politische Verantwortung und demokratische

623 Mitbestimmung der Bevölkerung verbindet. Wir wollen dafür sorgen, dass krank machende Lebens-

624 und Umweltbedingungen beseitigt werden. Eine umfassende Gesundheitsberichterstattung soll helfen,

625 regionale und geschlechtsspezifische Gesundheitsziele in einem Landesgesundheitsplan zu entwickeln

626 und umzusetzen.

627 Die Gesundheitspolitik und die Planung des Landes mit den Kommunen soll dafür sorgen, dass die
628 Menschen wohnortnah erhalten, was sie brauchen. Das Land NRW sollte sich dieser Verantwortung
629 stellen.

630 ***Was tun?***

- 631 • *Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand organisieren*
- 632 • *Einen Landesgesundheitsplan mit konkret überprüfbaren Zielen aufstellen*
- 633 • *Umfassende und barrierefreie Gesundheitsversorgung für alle Menschen bereitstellen*
- 634 • *Für die Versicherten kostenfreie Präventions- und Rehabilitationsangebote*
- 635 • *Anti-Korruptionsbeauftragten im Gesundheitswesen einsetzen*

636 **Gesunde Krankenhausplanung und -finanzierung**

637 Nordrhein-Westfalen hat mit 352 Krankenhäusern die meisten in Deutschland und sie gehören bundesweit
638 zu denen, die am schlechtesten durch die Landesregierung finanziert werden. Nach Berechnungen der
639 Deutschen Krankenhausgesellschaft liegt der Investitionsstau der Krankenhäuser in NRW bei rund 15
640 Milliarden Euro. Und ca. ein Drittel der Krankenhäuser macht Verluste. Dies weist auf eine bereits
641 jahrzehntelange Unterfinanzierung hin - zu Lasten der Patient*innen ebenso wie der ^{[[]]}_{SEP}Beschäftigten. Um
642 weiterhin die notwendigen Investitionen zu finanzieren handelt man nach dem Motto: Baustellen werden
643 durch Personalstellen finanziert. Von den insgesamt 264.000 Beschäftigten in den Kliniken in NRW ist
644 dabei insbesondere die Pflege durch Personalabbau, Arbeitsstress und Arbeitsverdichtung betroffen. Die
645 Ausgliederung von Personal aus den Krankenhaus-Unternehmen in sogenannte Servicegesellschaften, trifft
646 vor allem die Bereiche außerhalb der ärztlichen und pflegerischen Versorgung. Beabsichtigt ist damit in
647 erster Linie Tarifflicht, um so die Kosten zu senken. Ebenfalls hat die prekäre finanzielle Situation
648 Auswirkungen auf die Qualität der Versorgung. Patient*innen, die mit ihren Betten auf dem Gang liegen
649 müssen, sind dabei noch die harmloseren Folgen dieser Entwicklung. Eine wachsende Zahl von
650 Hygienemängeln und ein eklatanter Anstieg krankenhausbewingter Infektionen enden häufig insbesondere
651 für ältere Menschen tödlich.

652 War es bis 2007 noch so, dass im Landesparlament darüber entschieden wurde, wie viel Geld welches
653 Krankenhaus für welche Investition bekam, schaffte die CDU-/FDP-Landesregierung die bedarfsorientierte
654 Finanzierung einzelner Förderanträge ab. Mit der Einführung einer kompletten Pauschalfinanzierung sollten
655 alle Krankenhäuser etwas für ihre Investitionen erhalten. Hinzu kam noch, dass die Kommunen und Kreise
656 mit einer Erhöhung ihres Anteils an der Krankenhausförderung von 20 Prozent auf 40 Prozent erheblich
657 stärker belastet wurden. Im Parlament wird jetzt nur noch über die Höhe der gesamten Fördersummen für
658 alle Krankenhäuser entschieden aber nicht mehr darüber, wie sie verteilt und wofür sie ausgegeben werden
659 sollen. Damit hat sich das Landesparlament in der Krankenhausplanung und -finanzierung selbst
660 entmachtet. Die schwarz-gelbe Regierung wollte so Verteilungsgerechtigkeit herstellen, da zuvor längst
661 nicht alle Förderanträge bewilligt wurden. Jetzt ist es zwar so, dass Alle etwas erhalten, ob sie einen
662 Förderbedarf haben oder nicht, aber auf jeden Fall ist es für alle erforderlichen Investitionen deutlich zu
663 wenig. So stehen seit dem für alle Krankenhäuser in NRW nur ca. 500 Millionen Euro zur Verfügung. Die
664 Krankenhausgesellschaft-NRW geht hingegen von einem jährlichen Bedarf von mindestens 1,3 Milliarden
665 Euro für ^{[[]]}_{SEP}dringend erforderlichen baulichen Maßnahmen sowie für die sachliche Ausstattung der
666 Krankenhäuser in NRW aus.

667 SPD und ^{[[]]}_{SEP}Grüne versäumen es seitdem, daran etwas zu ändern. Seit Jahren vernachlässigt das Land
668 seine Pflicht zur ^{[[]]}_{SEP}Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser. ^{[[]]}_{SEP}Wir brauchen für NRW
669 dringend eine solide und demokratisch legitimierte Krankenhausplanung, die wieder in vollem Umfang im
670 Parlament entschieden wird und sich am Versorgungsbedarf der Bevölkerung ^{[[]]}_{SEP}orientiert. Deshalb sollten
671 Kommunen, Beschäftigte und Patient*innenvertretungen daran beteiligt werden. ^{[[]]}_{SEP}Wir wollen kommunale

672 Krankenhäuser auch dann erhalten, wenn sie sich vermeintlich nicht rechnen. Denn ^[1]_{SEP} die Menschen
673 brauchen eine gute, zuverlässige wohnortnahe Versorgung. ^[1]_{SEP}
674 DIE LINKE NRW fordert ein gesetzliches Personalbemessungsgesetz, um den Personalnotstand zu
675 bekämpfen und die notwendigen mehr als 40.000 fehlenden Pflegekräfte in NRW einzustellen. Wir
676 brauchen verbindliche Vorgaben, wie viele Pflegekräfte für die vielen Patient*innen benötigt werden. In
677 deutschen Krankenhäusern herrscht Pflegenotstand - es fehlen mehr als 150.000 Pflegekräfte. Immer
678 weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patient*innen in kürzerer Zeit versorgen. Die Folgen: fehlende
679 Zuwendung, mangelnde Hygiene bis hin zu mehr Unfällen.“

680 ***Was tun?***

- 681 • *Krankenhausplanung durch den Landtag, orientiert an Bedarf und Wohnortnähe*
- 682 • *Ausreichende Vorhaltekapazitäten für Notfälle wie Epidemien, Seuchen, Großunfälle*
- 683 • *Schärfere Auflagen beim Infektionsschutz und Krankenhaushygiene durch das*
684 *Gesundheitsamt*
- 685 • *Regionale Zusammenarbeit von Krankenhäusern* ^[1]_{SEP}
- 686 • *Krankenhausfinanzierung des Landes auf mindestens 1,3 Milliarden Euro jährlich erhöhen*
- 687 • *Wiedereinführung der antragsbezogenen Einzelförderung statt Baupauschalen*
- 688 • *Rückführung des Anteils der Kommunen für die Krankenhausfinanzierung auf 20 Prozent*
- 689 • *Anwendung des gültigen Tarifvertrages für alle in einem Krankenhaus Tätigen*
- 690 • *Verbindliche gesetzliche Regelungen für ausreichend Personal im Krankenhaus*
- 691 • *Erhalt kommunaler und frei-gemeinnütziger Krankenhäuser statt weiterer profitorientierten*
692 *privater Klinikketten*
- 693 • *Rückführung privater Krankenhäuser in die öffentliche Hand* ^[1]_{SEP}
- 694 • *Ausgelagerte Dienste (Reinigung, Küche, Labor) zurück in die öffentlichen Kliniken*

695 **Die Bevölkerung in allen Regionen gut versorgen**

696 Wer auf dem Land lebt, kann die Unterversorgung sehen: Es gibt immer weniger Arztpraxen und
697 Apotheken. Eine medizinische Grundversorgung nah am Wohnort ist vielerorts nicht mehr vorhanden.
698 Das wollen wir ändern.

699 Dazu können Modelle aus anderen Bundesländern genutzt werden wie beispielsweise das Docmobil,
700 bei dem Ärzt*innen in Kleinbussen unterwegs sind oder speziell geschulte Gesundheitsfachkräfte, die
701 Hausbesuche machen (VERAH). Ein öffentlich gefördertes Fachkräfte-Programm (AGnES) kann durch
702 Übernahme nichtärztlicher Tätigkeiten Ärzt*innen entlasten. Apotheker*innen können
703 niedrigschwellige Angebote der Gesundheitsberatung und Prävention übernehmen.

704 ***Was tun?***

- 705 • *Mobile Arztpraxen und vernetzte Filialpraxen*
- 706 • *Bessere Kooperation zwischen Krankenhäusern und Arztpraxen*
- 707 • *Hausarztunterstützung*
- 708 • *Einsatz von speziell geschulten Fachkräften*
- 709 • *Barrierefreie Shuttle-Services zu Arztpraxen*
- 710 • *Wohnortnahe Apothekenversorgung*

711 **Selbstorganisation und Patient*innenrechte stärken**

712 Neben dem Ausbau des klassischen öffentlichen Gesundheitsdienstes setzen wir uns für die Stärkung
713 der Selbstorganisation chronisch erkrankter Menschen und die Unterstützung ihrer Organisationen

714 ein. Auch die Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten von Patient*innen müssen weiter gestärkt
715 werden. Wir wenden uns gegen die noch immer vorhandene Ausgrenzung von Erkrankten (wie z.B. im
716 Bereich HIV/AIDS) und wollen eine Landespolitik, die Vorurteile abbaut und nicht schürt.

717 ***Was tun?***

- 718 • *Bessere Förderung unabhängiger gemeinnütziger Organisationen wie der Krebs- und der AIDS-*
719 *Hilfen*
- 720 • *Unabhängige Beratungsstellen für Frauen, Migrant*innen und LGBTTI*
- 721 • *Finanzielle und strukturelle Stärkung der Selbsthilfe im Gesundheitswesen*
- 722 • *Demokratische und finanzielle Stärkung des Landespatientenbeauftragten*
- 723 • *Aufbau und gute Ausstattung einer unabhängigen Patient*innenberatung in NRW*

724 **Psychische Erkrankungen besser behandeln**

725 Bei immer mehr Erkrankungen handelt es sich um psychische oder psychosomatische Krankheiten –
726 bedingt - oder mit bedingt - durch Stress, Mobbing, Arbeitsverdichtung und Erwerbslosigkeit. In NRW
727 fehlen hierfür vielerorts psychologische und psychotherapeutische Hilfen.

728 Die Einführung von Fallpauschalen in psychiatrischen Kliniken und psychiatrischen Abteilungen von
729 Krankenhäusern geht in eine völlig falsche Richtung. Sie würde die Psychiatrien, und damit einen
730 wichtigen Teil des therapeutischen Angebots, drastisch schlechter machen. Durch breiten Widerstand
731 aller beteiligten Berufs- und Selbsthilfegruppen konnte die Einführung des PEPP (Pauschalierendes
732 Entgeltsystem für Psychiatrie und Psychosomatik) vorerst verhindert werden.

733 Wir wollen die Psychiatrien hingegen im Sinne der Patient*innen weiter verbessern. Ein gutes
734 ambulantes Angebot von gemeindepsychiatrischen Einrichtungen wie zum Beispiel Tagesstätten und
735 Kontaktstellen, möglichst in öffentlicher Trägerschaft, hilft Rückfälle und Krankenhausaufenthalte zu
736 vermeiden und stabilisiert die Erkrankten. Eine verbindliche und gute Personalausstattung ist im
737 psychiatrischen Bereich besonders wichtig. Psychiatrie am Fließband vernachlässigt den
738 therapeutischen Ansatz und kann die persönliche Lage der Patient*innen oft nicht berücksichtigen.

739 ***Was tun?***

- 740 • *Bessere psychiatrische und psychotherapeutische Versorgungsstruktur*
- 741 • *Ein unabhängiges psychosoziales Beratungssystem auf kommunaler Ebene*
- 742 • *Die Aufhebung des Sonderplanungsbereichs Ruhrgebiet (Benachteiligung)*
- 743 • *Eine Neuordnung der psychotherapeutischen Versorgungsbezirke*
- 744 • *Erhalt und Ausbau ambulanter Einrichtungen der Gemeindepsychiatrie für alle Lebensalter,*
745 *möglichst in öffentlicher Trägerschaft*

746 **Gutes Leben und Gesundheit für Kinder und Jugendliche**

747 Kinder und Jugendliche aus einkommensarmen Familien haben erhöhte Gesundheitsrisiken. Sie leben
748 oft in Stadtteilen mit höherer Lärmbelastigung und stärkeren Umweltgiften. Folgen sind beispielsweise
749 Häufungen von Atemwegserkrankungen, Allergien, frühkindlichen Entwicklungsstörungen,
750 psychosomatischen Erkrankungen mit Kopf- und Bauchschmerzen. Kinder- und Jugendgesundheit für
751 Alle zu fördern, ist eine öffentliche Aufgabe. Kinder mit chronischen Erkrankungen wie Diabetes,
752 Asthma oder Krebs benötigen besondere Unterstützung, um ihr Recht auf Bildung, Freizeit und Kultur
753 wahrzunehmen. Wir wollen ihre Familien mit Schul- und Kita-Gesundheitsdiensten
754 ("Schulkrankenschwestern") besser entlasten.

755 **Was tun?**

- 756 • *Breitenwirksame Programme für Bewegung und gesunde Ernährung*
- 757 • *Landesfinanziertes gesundes Essen in Kindertagesstätten und Schulen.*
- 758 • *In Kitas und Schulen werden Lebensmittel aus ökologischem und vorrangig regionalem und*
- 759 *saisonalen Anbau angeboten. Dies gilt auch für andere öffentlichen Einrichtungen, die*
- 760 *Verpflegung anbieten (Unis, Krankenhäuser, Altenheime, Reha-Kliniken, JVA's).*
- 761 • *In allen öffentlichen Einrichtungen soll täglich mindestens ein vegetarisches oder veganes*
- 762 *Menü angeboten werden.*
- 763 • *Mehr niedrigschwellige Programme zur Suchtprävention*
- 764 • *Flächendeckende Therapieangebote für Suchtmittel konsumierende Kinder und Jugendliche*
- 765 • *Strukturelle Verzahnung der Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Jugendhilfe*
- 766 • *Aufbau eines Schul- und Kita-Gesundheitsdiensts, in dem Fachkräfte chronisch kranke Kita-*
- 767 *und Schulkinder unterstützen und Präventionsangebote machen.*

768 **Pflege ist wertvoll. Sie muss entsprechend finanziert werden**

769 Pflege ist als Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge Aufgabe der Gesellschaft. Wir wollen eine
770 Politik, die gerecht und solidarisch ist und eine menschenwürdige Pflege gewährleistet. Das bisherige
771 Teilkasko-Prinzip in der Pflegeversicherung bedeutet überwiegend körperbezogene „Pflege“ im
772 Akkord. Persönliche und soziale Bedürfnisse bleiben auf der Strecke. In stationären Einrichtungen
773 haben Betroffene kaum Möglichkeiten, sich gegen Fehlverhalten und schlechte Bedingungen zu
774 wehren. Es gibt lediglich ein Anhör- und Beschwerderecht. Menschen mit Pflegebedarf sollten ohne
775 finanzielle Nöte entscheiden können, ob sie von Angehörigen oder von Fachkräften pflegerisch
776 versorgt werden. Wir wollen eine bessere Unterstützung und Absicherung für pflegende Angehörige.

777 **Was tun?**

- 778 • *Keine Unterstützung für die Einführung einer Pflegekammer mit Zwangsmitgliedschaft für*
- 779 *Pflegekräfte*
- 780 • *Bundesratsinitiative aus NRW: Umfassende Pflegefinanzierung sichern*
- 781 • *Weiterer Ausbau alternativer Wohn- und Versorgungsformen für Menschen mit Pflegebedarf*
- 782 • *Mehr Mitsprache der Betroffenen über ihre Unterkunft und Verpflegung*
- 783 • *Mehr Pflegekräfte ausbilden und einstellen*
- 784 • *Bessere Arbeitsbedingungen durch Verordnung über bessere Bezahlung und Fachkraftquoten*
- 785 • *Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe durch bessere Bezahlung sowie gesetzlich*
- 786 *geregelte, ausreichende Personalbemessung*
- 787 • *Verbesserung der Ausbildungsbedingungen: Auszubildende in Pflegeberufen müssen*
- 788 *freigestellt und dürfen nicht auf Stellenpläne angerechnet werden*

789 **Auch am Lebensende gut versorgt und aufgehoben**

790 Viele Menschen sorgen sich, dass sie am Lebensende oder bei einer schweren Krankheit mit Leid und
791 Schmerz allein gelassen werden oder ihren Angehörigen eine Last sind. Dabei steht fest:
792 Palliativmedizin und gute pflegerische Versorgung am Lebensende können Vielen auch diese letzte
793 Zeit noch lebenswert machen. Hier stehen Lebenszufriedenheit und Leidensminderung im Mittelpunkt.
794 In NRW hat sich in den vergangenen Jahren eine immer bessere Versorgung mit Hospizen,
795 Palliativstationen und ambulanter Palliativversorgung entwickelt. Diese wollen wir weiter fördern und
796 ausbauen. Die Betroffenen und ihre Angehörigen wollen wir besser über die vorhandenen
797 Möglichkeiten informieren.

798 **Was tun?**

- 799 • *Hospize und ambulante palliative Versorgung flächendeckend ausbauen*
- 800 • *Förderung der Begleitung von Angehörigen Schwerstkranker und Sterbender*

801 **5. Kinderarmut: Soforthilfe für Familien organisieren**

802 *„Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf*
803 *gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung. Staat und*
804 *Gesellschaft schützen sie vor Gefahren für ihr körperliches, geistiges und seelisches Wohl. Sie achten*
805 *und sichern ihre Rechte, tragen für altersgerechte Lebensbedingungen Sorge und fördern sie nach*
806 *ihren Anlagen und Fähigkeiten.“*

807 - Landesverfassung NRW, Artikel 6

808 **Der wachsenden Kinderarmut den Nährboden entziehen**

809 Die Kinderarmut in NRW nimmt zu. Mit fast 450.000 unter 15-Jährigen lebt landesweit fast jedes
810 fünfte Kind in NRW in einem Hartz-IV-Haushalt, in Teilen des Ruhrgebiets ist es sogar jedes dritte.
811 Betroffen sind zunehmend Kinder aus Familien mit zu geringem Erwerbseinkommen. Kinder mit
812 Migrationshintergrund sind häufiger, geflüchtete Kinder fast immer von Armut und sozialer
813 Ausgrenzung betroffen. Zu 47 Prozent von Armut betroffen sind Alleinerziehende und ihre Kinder.

814 **Was tun?**

- 815 • *Auf Bundesebene die Hartz-IV-Regelsätze auch für Kinder auf ein bedarfsgerechtes Niveau*
816 *anheben, um das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) überflüssig zu machen.*
- 817 • *Kindergeld auf 300 Euro erhöhen, keine Anrechnung auf Hartz IV*
- 818 • *Keine Sanktionen für unter 25-Jährige im Hartz IV-Bezug*

819 **Familienfreundliche Arbeit für Eltern und gute Ganztagsbildung für Kinder**

820 Nicht nur Kinder leiden unter Armut, sondern die gesamte Familie. Für uns haben alle Menschen das
821 Recht auf ein Leben in Würde und sozialer Sicherheit, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht
822 oder ihrer Herkunft. Kindern zu helfen, bedeutet in erster Linie, dass der ganzen Familie geholfen wird.

823 Damit es Familien besser geht, brauchen beide Eltern sichere Einkommen und die Kinder bessere
824 Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangebote in guten Kitas und Ganztagschulen. Bislang haben es vor
825 allem Mütter schwer auf dem Arbeitsmarkt. In NRW ist nur gut die Hälfte der Frauen berufstätig,
826 darunter die meisten in Teilzeit oder Minijobs. In der Mehrheit der Familien muss der Vater zu lang
827 arbeiten, während die Mutter mit wenigen Stunden das Familieneinkommen ergänzt. Fällt das
828 Haupteinkommen durch Arbeitsplatzverlust weg, ist die Familie schnell von Armut bedroht.

829 **Was tun?**

- 830 • *Unterstützung der Erwerbsarbeit von Eltern mit einer Arbeitsplatzoffensive*
- 831 • *Kürzere Vollzeitarbeit und familienfreundliche Arbeitsbedingungen*
- 832 • *Dauerhaftes Wiedereinstiegsprogramm in den Beruf für Mütter, Väter und vor allem*
833 *Alleinerziehende*
- 834 • *Teilzeitausbildungsplätze mit Kinderbetreuung*
- 835 • *Ausreichende kostenfreie Ganztagsangebote für Kinder in Kitas und Schulen*

836 Landesweites Vor-Ort-Programm gegen Kinderarmut

837 Ein Skandal ist die regional hohe Konzentration von (Kinder-)Armut, die sich vor allem in (Groß-)Städten im
838 Ruhrgebiet und im Rheinland zeigt. Aber auch die Großstädte selbst spalten sich immer stärker in
839 wohlhabende und abgehängte Stadtteile auf, in denen die Risiken des Aufwachsens für Kinder hoch sind.
840 Die Armut und Benachteiligung vieler Kinder, Jugendlicher und ihrer Familien dort wirksam zu bekämpfen
841 ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Und: Armut bekämpft man tatsächlich am besten mit
842 Geld. In der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik des Landes liegen aber Welten zwischen Anspruch und
843 Wirklichkeit. Die Landesregierung propagiert zwar prestigeträchtig „Kein Kind zurücklassen“, richtet dafür
844 aber nur in wenigen Kommunen eine Koordinationsstelle für Prävention ein. Kinderarmut wie Rot-Grün nur
845 mit Prävention, aber ohne Intervention zu bekämpfen, ist unwirksam.

846 Wir schlagen ein landesweites Konzept vor, um Kinder und Familien besonders in benachteiligten
847 Stadtteilen direkt vor Ort zu unterstützen. Eine der wichtigsten Maßnahmen ist, die Städte und Gemeinden
848 finanziell so zu unterstützen, dass die marode Infrastruktur wieder aufgebaut werden kann. Für kaputte
849 Spielplätze, Jugendzentren und Sportplätze, Büchereien und Schwimmbäder muss wieder Geld in die Hand
850 genommen werden.

851 Bei der Neugestaltung von Freizeitangeboten sollen Kinder und Jugendliche in die Planung und Gestaltung
852 einbezogen werden.

853 *Was tun?*

- 854 • *Landesförderung für bestehende und Schaffung neuer selbst verwalteter Kinder- und*
855 *Jugendtreffs*
- 856 • *Betreute Abenteuer- und Naturspielplätze für jedes Wetter*
- 857 • *Förderung der mobilen Spielbetreuung im öffentlichen Raum (Spielmobil)*
- 858 • *Freiflächen zur Verfügung stellen, zum Beispiel durch Förderung öffentlicher Bolzplätze,*
859 *Graffitiflächen, Skater- und Streetball-Anlagen*
- 860 • *Beratungsstellen für Familien, Kinder und Jugendliche, vor allem in benachteiligten*
861 *Wohnvierteln*

862 Kinder- und Jugendhilfe schneller und besser machen

863 Während die sozialen Probleme vieler Menschen wachsen, stellen Land und Kommunen immer
864 weniger Geld für Hilfen zur Verfügung. Diese Negativspirale wollen wir schnell durchbrechen. Familien
865 mit großen Problemen dürfen nicht vom Jugendamt alleine gelassen werden. Wir brauchen
866 Streetworkerarbeit gegen Jugendgewalt und flächendeckende Sozialarbeit in guten Ganztagschulen,
867 Familien- und Jugendzentren. Bestehende Projekte dürfen nicht länger gekürzt, sondern sollten
868 gefördert und besser ausgestattet werden.

869 Wir setzen uns für ein Förderprogramm ein, dass Projekte und Strukturen der Familien-, Kinder- und
870 Jugendhilfe langfristig sichert. Vor allem wollen wir die Kommunen so ausstatten, dass die Jugendhilfe
871 vor Ort langfristig finanziell gesichert und verbessert werden kann.

872 Die Partizipation als Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf Augenhöhe wollen wir stärken.
873 Betroffene müssen an allen sie betreffenden Entscheidungen vor Ort und auf Landesebene gehört und
874 beteiligt werden. Dazu sollen auch Schüler*innenräte in Schulen gestärkt, kommunale Kinder- und
875 Jugendräte gefördert und insbesondere niedrigschwellige Projekte wie das “Projekt Mitwirkung”
876 unterstützt werden.

877 *Was tun?*

- 878 • *Den Kinder- und Jugendförderplan bedarfsorientiert aufstocken*

- 879 • *Kommunen zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben besser finanzieren*
- 880 • *Stärkung der kommunalen Jugendämter als Anwalt der Kinder und Jugendlichen*
- 881 • *Stellen der Sozial- und Erziehungsberufe ausbauen und gerecht bezahlen*
- 882 • *Ausbau der offenen Kinder- und Jugendarbeit stärken, befristete Projekte nur für den Anschub*
- 883 *neuer Themen nutzen*
- 884 • *Keine Privatisierung, sondern gemeinnützige Träger in der Kinder- und Jugendhilfe*
- 885 • *Landesheimrat zur Mitbestimmung in stationären Einrichtungen*
- 886 • *Ausbau und Förderung unabhängiger ombudsschaftlicher Beratungs- und Beschwerdestellen*
- 887 *in der Kinder- und Jugendhilfe*

888 **Ausbau der wohnortnahen Kinder- und Jugendpsychiatrie**

889 Der Kinder- und Jugendpsychiatrie fehlt es wie der Jugendhilfe an allen Ecken und Enden. Auch hier
 890 benötigen wir in NRW ein Sofortprogramm, um bedarfsgerechte Kapazitäten zu finanzieren. Wichtig ist
 891 die Arbeit nach dem Prinzip: Ambulant vor Teilstationär vor Stationär. So kann die Kinder- und
 892 Jugendpsychiatrie näher an die Menschen kommen und Familien helfen, Probleme dauerhaft zu lösen.
 893 Wir wollen nicht länger zusehen, wie 8-Jährige aus der überfüllten Kinderarztpraxis mit Medikamenten
 894 wie Ritalin entlassen werden, damit sie in der Schule besser funktionieren. Wir setzen uns dafür ein,
 895 dass Eltern und Kinder mit Fachleuten Ursachen für Verhaltensprobleme erforschen können und
 896 gemeinsam einen therapeutischen Lösungsweg finden.

897 ***Was tun?***

- 898 • *Kinder- und jugendpsychiatrische Angebote wohnortnah ohne langes Warten*
- 899 • *Verzahnung der Angebote mit der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe*
- 900 • *Dauerhafte Finanzierung und bedarfsgerechte Personalausstattung*

901 **6. Rente: Soziale Sicherheit im Alter garantieren**

902 Wer freut sich nicht darüber? Immer mehr Menschen sind nach dem Erwerbsleben immer länger
 903 gesund und aktiv. Wirklich darauf eingestellt hat sich unsere Gesellschaft aber noch nicht. Denn ältere
 904 Menschen haben eigene Bedürfnisse und wollen selbst über ihr Leben entscheiden. Großeltern sind
 905 nicht der Ersatz für fehlende Kitaplätze. Einen 450-Euro-Job machen zu müssen, weil die Rente nicht
 906 zum Leben reicht, hat mit Selbstbestimmung so wenig zu tun wie Flaschensammeln mit Freizeitsport.
 907 Und ältere Menschen wollen auch dann mobil unterwegs sein können, wenn sie die 100 Meter nicht
 908 mehr unter 10 Sekunden laufen. Sie brauchen eine Infrastruktur ohne Barrieren. Auch beim
 909 Wohnungsbau müssen die Bedürfnisse der Älteren stärker als bisher berücksichtigt werden.

910 Und auch, wenn das Ende des Lebens da ist, wollen sie selbst entscheiden können, wo und wie sie
 911 sterben. Im Umgang mit alten Menschen, gehen Würde und Respekt in der kapitalistischen Welt des
 912 Profits schnell verloren. In der LINKEN arbeiten Junge und Alte gemeinsam daran, dass die
 913 Senior*innen in unserem Land selbstbestimmt und sozial gut abgesichert das Leben genießen
 914 können.

915 ***Was tun?***

- 916 • *Wohnungsbauprogramme, die auf ältere Menschen abgestimmt sind*
- 917 • *Mehrgenerationenhäuser fördern und bauen*
- 918 • *Fußwege barrierefrei und Radwege auch für unsichere Fahrer*innen gestalten*
- 919 • *Haltestellen barrierefrei mit Dächern und Sitzgelegenheiten (um-)bauen*

920 Besonders wichtig ist es uns, etwas gegen die zunehmende Altersarmut zu unternehmen. Bundesweit
921 liegt nach dem Armutsbericht des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2015 die
922 Armutsquote der Rentner*innen mit 15,6 Prozent erstmals in diesem Jahrtausend wieder über dem
923 Durchschnitt der Bevölkerung. Und in NRW sind heute etwa 148.000 Menschen auf die
924 Grundsicherung im Alter angewiesen.

925 **Für sichere Jobs bis zum Rentenalter**

926 Der beste Schutz vor Altersarmut ist eine gute und gut bezahlte Arbeit bis zum wohlverdienten
927 Ruhestand. Doch die Realität sieht für immer mehr Menschen anders aus. Dass 50 Prozent der
928 Betriebe keine Arbeitnehmer*innen über 50 Jahren beschäftigen und dass von den Erwerbsfähigen
929 über 55 nur 40 Prozent einen Arbeitsplatz haben, ist beschämend. Über alters- und altersgerechte
930 Arbeit sind vor Jahren viele schöne Worte gemacht worden, denen jedoch keine nennenswerten Taten
931 folgten.

932 So gelten Erwerbslose von 55 Jahren, die noch mehr als 10 Jahre oder mehr bis zur Rente haben, bei
933 der Bundesagentur für Arbeit bereits als faktisch nicht mehr vermittelbar. Daran wollen wir dringend
934 etwas ändern.

935 In den Betrieben versuchen die Gewerkschaften, Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge
936 durchzusetzen, die älteren Beschäftigten den Zugang zu innerbetrieblicher Qualifizierung sichern,
937 Arbeitsbedingungen so gestalten, dass sie länger am Arbeitsplatz gesund bleiben und es mit
938 Altersteilzeit bis zur Rente schaffen können. Solche Regelungen verdienen die Unterstützung der
939 Landesregierung.

940 ***Was tun?***

- 941 • *Kostenlose Qualifizierung und Weiterbildung für Menschen ab 50*
- 942 • *Förderung der Wieder- und Weiterbeschäftigung von älteren Beschäftigten*
- 943 • *Ältere Erwerbslose bei Einstellungen im öffentlichen Dienst berücksichtigen*

944 **Die Rente muss zum Leben reichen**

945 Über die Grundlagen der Rentenpolitik wird im Bund entschieden. Doch Altersarmut und die Sorge,
946 dass die Rente nicht zum Leben reichen wird, nehmen besonders in NRW zu. Besonders betroffen sind
947 neben Erwerbslosen Teilzeitbeschäftigte, Leiharbeiter*innen und Beschäftigte mit niedrigem
948 Einkommen. Am häufigsten ist das der Fall bei Alleinerziehenden, Migrant*innen und Frauen.

949 Doch auch die NRW-Landesregierung steht in der Verantwortung. Sie muss durch eine aktive
950 Arbeitsmarktpolitik vor Ort die Ursachen zukünftiger Niedrigrenten bekämpfen und sich mit Initiativen
951 im Bund für die Interessen der heutigen NRW-Rentner*innen einsetzen. Der Druck auf die
952 Bundesregierung für einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik muss erhöht werden.

953 CDU, SPD, FDP und Grüne sind gemeinsam verantwortlich dafür, dass gleich mehrere Faktoren nun
954 zur Altersarmut führen: Sie haben 2000 das Rentenniveau von damals 53 Prozent abgesenkt, die
955 Rente erst ab 67 eingeführt und mit ihrer Niedriglohnpolitik für zu geringe Einzahlungen gesorgt. Die
956 AfD würde den neoliberalen Kurs, welcher diese Probleme geschaffen hat, weiter verfolgen und sogar
957 verschärfen. Und der gesetzliche Mindestlohn, den die große Koalition nicht zuletzt auf Druck der
958 Gewerkschaften und der LINKEN eingeführt hat, ist für eine armutsfeste Rente viel zu niedrig.

959 Wir setzen uns ein für eine Umverteilung der Arbeit, vor allem durch Verkürzung der Arbeitszeit. Das
960 betrifft nicht nur die Wochenstunden, sondern auch die Lebensarbeitszeit. Perspektivisch streben wir
961 die 30-Stunden-Woche und die Rente ab 60 nach 40 Beitragsjahren an. Kurzfristig ist die Rücknahme

962 der Rente erst ab 67 und mindestens die Rückkehr zum abschlagsfreien Renteneintritt ab 65 Jahren
963 wichtig.

964 Gerade für NRW ist die damit entstandene soziale Schieflage eine so große Belastung, dass wir
965 dringend für Kurskorrekturen sorgen müssen.

966 ***Was tun?***

- 967 • *Die gesetzliche Rente muss wieder ab 65 Jahren den Lebensstandard sichern*
- 968 • *Die Rente erst ab 67 Jahren abschaffen*
- 969 • *Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten abschaffen und die Zurechnungszeit auf 65 Jahre*
970 *verlängern*
- 971 • *Als Ziel die abschlagsfreie Rente ab 60 Jahren nach 40 Beitragsjahren ansteuern*
- 972 • *Rücknahme der Rentenkürzungen und Rückkehr zu einem Rentenniveau von 53 Prozent*
- 973 • *Einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro netto*
974 *als Zuschlag aus Steuermitteln einführen*

975 Eine sichere Rente ohne Armutsrisiko ist bezahlbar. Dafür dürften Menschen mit sehr hohen
976 Einkommen von der Versicherung nicht länger ausgenommen werden und Beamt*innen und
977 Selbstständige nicht länger außen vor bleiben. Arbeitgeber*innen müssten wieder die Hälfte der
978 Beiträge zur Alterssicherung zahlen und die steuerliche Förderung der Riester-Rente muss abgeschafft
979 werden.

980 Die Fachleute sind sich mit uns einig. Eine solide Rentenversicherung benötigt keine Riester-Rente,
981 dafür aber Beiträge auf alle Erwerbseinkommen.

982 ***Was tun?***

- 983 • *Alle Erwerbstätigen, auch Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Beamt*innen, Selbständige und*
984 *Freiberufler*innen müssen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen*
- 985 • *Perspektivisch keine Obergrenze mehr bei der Heranziehung von Einkommen*
- 986 • *Arbeitgeber*innen zahlen wieder die Hälfte der Beiträge der Alterssicherung*
- 987 • *Keine Steuerförderung der Riester-Rente mehr*
- 988 • *Freiwillige Umwandlung der Riester-Ansprüche in eine höhere gesetzliche Rente*
- 989 • *Rentenbeiträge auf 21 Prozent anheben*

990 Für die Anhebung des Rentenniveaus von 47,9 auf 53 Prozent müssten Beschäftigte mit einem
991 durchschnittlichen Bruttomonatseinkommen von zurzeit 3022 Euro im Monat - wie die
992 Arbeitgeber*innen auch - 33 Euro mehr an Beitrag in die gesetzliche Rentenversicherung zahlen. Im
993 Gegenzug fielen für die Beschäftigten die 108 Euro Riester-Rentenbeitrag weg, die ohne steuerliche
994 Zulagen den für Riester-Renten geforderten 4 Prozent vom Bruttoeinkommen entsprechen.
995 Durchschnittlich verdienende Beschäftigte hätten also durch die Stärkung der gesetzlichen
996 Rentenversicherung derzeit 75 Euro netto mehr in der Tasche. Die Rente einer heutigen
997 Standardrentner*in würde sich um knapp 130 Euro netto erhöhen! Das heißt: Beschäftigte und
998 Rentner*innen würden gewinnen, die Arbeitgeber*innen würden wieder die Hälfte der Kosten der
999 Alterssicherung tragen und die Versicherungen müssten auf die Gewinne aus den Riesterverträgen
1000 verzichten. Umverteilung zu Gunsten von Jungen, Mittelalten und Alten - das ist stark!

1001 III. Die Wirtschaft ist für die Menschen da

1002 In NRW ist in den vergangenen Jahren nicht nur die Armut gewachsen, sondern auch der Reichtum von
1003 wenigen Superreichen wie den Besitzer*innen von ALDI oder der Familie Grillo (mehr dazu in Kapitel
1004 II.). Die Armut der Vielen und der Reichtum der Wenigen sind im Kapitalismus zwei Seiten derselben
1005 Medaille. Wenn die Unternehmen die Menschen für Niedriglöhne arbeiten lassen, bleiben die
1006 Menschen arm, obwohl die Eigentümer*innen große Profite machen. Eben diese Entwicklung hat NRW
1007 besonders getroffen. Vor allem Frauen arbeiten noch immer für deutlich weniger Gehalt als ihre
1008 männlichen Kollegen.

1009 Ein Fünftel der Beschäftigten in NRW arbeitet heute im Niedriglohnbereich. Steuergeschenke an die
1010 Superreichen haben gleichzeitig die öffentlichen Kassen geleert.

1011 Das Wirtschaftswachstum stagniert in NRW, da den Menschen die Kaufkraft fehlt und die Kommunen
1012 nicht investieren können.

1013 Für uns bedeutet gute Wirtschaftspolitik, sich auf die Seite der großen Mehrheit zu stellen und auf
1014 eine Wirtschaft hinzuarbeiten, die den Menschen nutzt und die Umwelt schont.

1015 Wir setzen uns für die Umverteilung des riesigen Reichtums in unserer Gesellschaft und eine echte
1016 Demokratisierung der Wirtschaft ein. Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt. Der von den
1017 Arbeitenden produzierte Reichtum würde es problemlos erlauben, eine würdige Existenz für alle hier
1018 lebenden Menschen zu gewährleisten. Gemeinschaftsgüter könnten allen Menschen frei zugänglich
1019 gemacht werden - von guten Bildungsmöglichkeiten, guter Gesundheitsversorgung und Pflege für Alle
1020 bis zum kostenfreien Nahverkehr. Der Raubbau an der Umwelt und der Zwang zu unbegrenztem
1021 Wirtschaftswachstum könnten beendet, die natürlichen Ressourcen geschont werden.

1022 Dies setzt voraus, dass der neoliberale Einfluss auf die Politik gebrochen wird.

1023 Die Bertelsmannstiftung in Gütersloh verbindet die große Marktmacht und Medienmacht des
1024 Bertelsmannkonzerns, eines der weltweit größten Medienunternehmen, mit einer politischen
1025 Beratungsmacht, die gesellschaftspolitisch eine weitreichende Wirkung entfaltet. Hier wird der
1026 gemeinwirtschaftliche Bereich, der dem Gemeinwohl dienen soll, profitwirtschaftlichen Interessen
1027 untergeordnet. Orientierung bieten neoliberale Heilslehren. Sachzwänge werden erklärt, Alternativen
1028 sind dann überflüssig und erscheinen nur noch als Querulantentum.

1029 Unter anderem förderte die Bertelsmannstiftung wichtige Vorarbeiten für die „Agenda 2010“ und die
1030 sogenannten Hartz-Gesetze der rot-grünen Bundesregierung ebenso wie auch Hochschulreformen.
1031 Weitere Projekte in verschiedenen Feldern wie im Gesundheitswesen und der Bildung bieten Chancen
1032 für die Kapitalverwertung. Viele Menschen bleiben dann allerdings draußen vor der Tür. Immer mehr
1033 Güter und Dienstleistungen in bisher gemeinwirtschaftlichen Bereichen sollen privatisiert werden. Für
1034 Vorhaben der Bertelsmannstiftung bietet dann der Bertelsmannkonzern die Lösung an.

1035 Für die Bertelsmannstiftung wird Gemeinnützigkeit in Anspruch genommen mit dem damit
1036 verbundenen Steuervorteil. Die steuerzahlenden Bürger*innen bezahlen die Konzepte, die ihnen ihre
1037 Mitwirkungsrechte in den gemeinwirtschaftlichen Bereichen wegnehmen. Das Kriterium dafür, dass
1038 einer Stiftung also auch der Bertelsmannstiftung Gemeinnützigkeit verliehen wird, ist Selbstlosigkeit.
1039 Dieses Kriterium dürfte kaum erfüllt sein. Bisher wird nach den üblichen Kriterien die
1040 Gemeinnützigkeit der Bertelsmannstiftung von der Finanzverwaltung anerkannt. Das Steuerrecht und
1041 das Stiftungsrecht sind blind für die Machtverflechtungen großer Wirtschaftsunternehmen. Die
1042 „Bertelsmannrepublik Deutschland“ (so ein Buchtitel) braucht nicht auch noch ein Bertelsmann-
1043 Bundesland NRW.

1044 **Was tun?**

- 1045 • *Der Bertelsmannstiftung muss die Gemeinnützigkeit aberkannt werden, da das Kriterium der*
- 1046 *Selbstlosigkeit nicht erfüllt ist.*
- 1047 • *Eine Reform des Steuerrechts und des Stiftungsrechts ist überfällig. Hierzu ist eine öffentliche*
- 1048 *Debatte zu führen.*
- 1049 • *Lobbyismus muss transparent gemacht werden.*
- 1050 • *Einer Privatisierung der Politik ist Einhalt zu gebieten.*

1051 **Kapitalismus, Krieg und Umweltzerstörung sind nicht das Ende der Geschichte.**

1052 Eine andere Welt ist möglich. Und wir wollen hier und jetzt das Leben der Menschen verbessern. Viele
1053 unserer politischen Vorschläge weisen den Weg in eine alternative Gesellschaft. Schon heute arbeiten
1054 an vielen Stellen Menschen für eine solche bessere Gesellschaft. In Betrieben und Gewerkschaften,
1055 Hochschulen, Genossenschaften, Stadtteilgruppen und Vereinen. Wir wollen zusammen mit diesen
1056 Menschen einer solidarischen Wirtschaft und gerechten Arbeitswelt Schritt für Schritt näher kommen.

1057 **Was tun?**

- 1058 • *Sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze schaffen*
- 1059 • *Orientierung auf den Binnenmarkt nach sozialen und ökologischen Prinzipien*
- 1060 • *Demokratische Kontrolle auch in der Wirtschaft*

1061 **1. Investieren und wieder handlungsfähig werden – keine Steuergeschenke mehr an**
1062 **Millionär*innen, Konzerne und Banken**

1063 Ein armer Staat kann wenig gegen die Armut von immer mehr Menschen unternehmen. Das gilt auch
1064 für NRW und seine hoch verschuldeten Kommunen. Wir haben ein Einnahmen- und kein
1065 Ausgabenproblem. Der Landeshaushalt und erst recht die kommunalen Haushalte sind für die
1066 Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben nicht hinreichend ausgestattet. Die Ursache sind die
1067 ungeheuren Steuergeschenke an Multimillionär*innen, Konzerne und Banken von rund 70 Milliarden
1068 Euro pro Jahr. Zusätzlich gehen der öffentlichen Hand jedes Jahr geschätzt 100 Milliarden durch den
1069 organisierten Steuerdiebstahl und Steuerbetrug der Superreichen verloren.

1070 Um die Einnahmesituation in NRW grundsätzlich zu verbessern, brauchen wir dringend eine andere
1071 Steuerpolitik des Bundes. DIE LINKE hat ein Steuerkonzept vorgelegt, das auf eine gerechte
1072 Besteuerung der Reichen und Vermögenden setzt und die Mittelschicht entlastet.

1073 Würde ein solches Steuerkonzept umgesetzt, entfielen auf NRW rund 21 Milliarden Euro zusätzlicher
1074 Steuereinnahmen pro Jahr.

1075 Wir werden im Landtag noch vor der Bundestagswahl im September 2017 eine Bundesratsinitiative für
1076 eine gerechte Steuerpolitik einbringen. 2017 kann das Wahljahr für eine Wende in der Steuer- und
1077 Wirtschaftspolitik werden. Wir werden entschieden Druck für Verteilungsgerechtigkeit und damit auch
1078 für weniger Armut und für neue Arbeitsplätze machen.

1079 **Mehr Steuerprüfer*innen für höhere Einnahmen**

1080 Als Teil der Lösung des Einnahmeproblems wollen wir zusätzliche Steuerprüfer*innen einstellen. Fast
1081 90 Prozent der Millionär*innen in NRW werden auch in diesem Jahr nicht kontrolliert werden. Auf
1082 jede*n Betriebsprüfer*in kommen in NRW derzeit 551 Betriebe. Auch muss NRW in zusätzliche
1083 Finanzgerichte investieren, um als Land handlungsfähig gegenüber Konzernen, Banken und den

1084 hochbezahlten Wirtschaftskanzleien zu werden, die aus Steuerhinterziehung ein Geschäftsmodell
1085 gemacht haben.

1086 **Investitionen in Arbeitsplätze statt unsoziale Schuldenbremse**

1087 Solange die öffentlichen Haushalte in NRW nicht entsprechend der öffentlichen Aufgaben finanziert
1088 sind, ist die Schuldenbremse in NRW weder gerecht noch nachhaltig. Wir lehnen die Schuldenbremse
1089 als Kürzungsdiktat und Folge der Milliardengeschenke an Konzerne und die Oberschicht entschieden
1090 ab. Die Menschen in NRW brauchen keine schwarze Null, sondern eine Landesregierung, welche die
1091 ausufernde Armut der Menschen und Kommunen anpackt und dafür Geld in die Hand nimmt.

1092 ***Was tun?***

- 1093 • *Investieren! In Arbeitsplätze und moderne Infrastruktur*
- 1094 • *Keine Kürzungen bei Bildung, sozialen Aufgaben, Kultur und Sport*
- 1095 • *Haushalte durch gerechtere Steuerpolitik sanieren*

1096 **Investitionsstau auflösen, neue Arbeitsplätze schaffen**

1097 Wer sorgt sich nicht darum? Die Infrastruktur im Land verfällt. Brücken, Straßen, Schulen und
1098 öffentliche Gebäude werden nicht mehr instand gesetzt. Der Investitionsstau in der öffentlichen und
1099 sozialen Infrastruktur ist nicht nur eine schwere Hypothek für die kommenden Jahre. Es ist auch ein
1100 stiller Abbau der sozialen Rechte für breite Teile der Bevölkerung: All diejenigen Menschen in NRW
1101 zahlen die Zeche für leere öffentliche Kassen, die auf öffentliche Kitas, Jugendzentren und
1102 Schwimmbäder, kulturelle Einrichtungen, Schulen oder Bus und Bahn angewiesen sind.

1103 Ein wichtiger Schritt für die Überwindung der sozialen Spaltung in NRW ist ein mutiges Konjunktur-
1104 und Investitionsprogramm. So wollen wir die Infrastruktur des Landes erneuern, wichtige
1105 Nachfrageimpulse liefern und qualitatives Wirtschaftswachstum in NRW anregen. Wir unterstützen
1106 hierzu die Forderung der Gewerkschaften, bis zum Jahr 2020 mindestens 500.000 Arbeitsplätze zu
1107 schaffen und zu sichern. Vorrang hat die Instandsetzung und Instandhaltung vor dem Neubau von
1108 Leuchttürmen, Renommier-Projekten und Politiker*innendenkmälern. Öffentliche Bauprojekte,
1109 insbesondere Straßenbau, wollen wir nur durchführen, wenn sie ökologisch sinnvoll sind. Für NRW
1110 schlagen wir ein konkretes Investitionsprogramm vor, von dem Alle profitieren können.

1111 ***Was tun?***

- 1112 • *Kita- und Schulgebäude, Spiel- und Sportplätze sanieren und ausbauen*
- 1113 • *Straßen und Wasserleitungen sanieren*
- 1114 • *Öffentlichen Nahverkehr und Schienennetz sanieren und ausbauen*
- 1115 • *Arbeitsplätze in Bauwirtschaft, -Handwerk und Zulieferern schaffen*
- 1116 • *Bildung und Gesundheitswesen mit neuen Stellen verbessern*
- 1117 • *Neuansiedlungen von Betrieben durch bessere Infrastruktur*
- 1118 • *Investitionsfonds zur Beseitigung von Flächenrestriktionen mit dem Ziel des verstärkten*
1119 *Flächenrecyclings*

1120 **Auf dem Weg zur 30-Stunden-Woche**

1121 Immer mehr Waren und Dienstleistungen können dank Informationstechnik und Automatisierung in
1122 immer kürzerer Zeit hergestellt werden. In einer Wirtschaftsordnung, die dem Allgemeinwohl dient,
1123 muss die Produktivitätssteigerung den Beschäftigten zugutekommen. Entweder die Löhne steigen,
1124 und damit die Nachfrage. Oder die Beschäftigten können kürzer arbeiten und bekommen mehr Zeit für
1125 sich, ihre Nächsten, Kultur oder Politik. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung orientiert sich nicht am

1126 Allgemeinwohl. Die Steigerung der Produktivität wurde nur zur Profitmaximierung der
1127 Kapitaleigner*innen genutzt und führte deshalb zu Massenarbeitslosigkeit und sinkenden
1128 Realeinkommen. Während tausende Menschen keinen Job mehr finden, arbeiten sich andere kaputt.
1129 Unsere Lösung für diese Situation ist die Umverteilung von Arbeit, von der alle Beschäftigten
1130 profitieren.

1131 Insbesondere durch den rasanten Fortschritt in der Automatisierung (Industrie 4.0), der Vernetzung
1132 von Maschinen untereinander und der Verfügbarkeit aller benötigten Daten in der Cloud wird sich die
1133 Arbeitswelt verändern. Industrie 4.0 darf nicht zu einem neuen fehlgeschlagenen Strukturwandel
1134 führen.

1135 Wir schlagen eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich vor. Die Idee: Arbeit
1136 wird neu verteilt. Unser Ziel ist eine 30-Stunden-Woche für Alle. Für Erwerbslose entstehen neue
1137 Perspektiven und Arbeitsmöglichkeiten, Beschäftigte in Vollzeit bekommen spürbar mehr freie
1138 Lebenszeit und niemand wird mehr zu Minijobs gezwungen. All dies ist jetzt schon umsetzbar: Wenn
1139 die Löhne entsprechend der Inflation steigen und die Arbeitszeit in gleichem Maße gesenkt wird wie
1140 die Produktivität ansteigt, wäre das ein gangbarer Weg. Der technologische Fortschritt kommt so
1141 nicht mehr nur den Besitzer*innen von Unternehmen zugute, sondern der gesamten Gesellschaft.
1142 NRW muss sich über den Bundesrat für eine bessere Verteilung der Arbeit stark machen.

1143 ***Was tun?***

- 1144 • *Arbeit umverteilen durch gesetzliche Reduzierung der Wochenstunden*
- 1145 • *Politische Initiative aus NRW zur Umverteilung von Arbeit und Gewinnen*
- 1146 • *30-Stunden-Woche als Ziel einer sinnvollen Verteilung von Arbeit*
- 1147 • *Um- und Weiterbildungsangebote ausbauen*
- 1148 • *Bildungsurlaub auf regelmäßige Angebote ausweiten*
- 1149 • *Infrastruktur an den Bedürfnissen lokal produzierender Betriebe ausrichten*
- 1150 • *zukünftige Anforderungen an die Infrastruktur frühzeitig mit einplanen*

1151 **2. Industrie: Arbeit sichern und ökologisch umbauen**

1152 Der Erhalt und der Ausbau der industriellen Kerne in NRW ist eine wichtige Aufgabe. Für uns gilt: Die
1153 bestehenden Arbeitsplätze dürfen nicht ersatzlos wegbrechen. Für die bereits vernichteten
1154 Arbeitsplätze in der Montanindustrie braucht es Neuansiedlungen, damit die Menschen in den
1155 betroffenen Regionen eine Zukunft haben. Die RAG Stiftung muss an den ehemaligen
1156 Steinkohleförderstandorten zur Bewältigung des Strukturwandels selbst investieren. Strukturwandel
1157 und die Kohlekonversion dürfen nicht allein der öffentlichen Hand aufgelastet werden. DIE LINKE NRW
1158 setzt sich für die Schaffung neuer Arbeitsplätze an den ehemaligen Zechenstandorten durch deutlich
1159 mehr Investitionen von Unternehmen der RAG Stiftung ein. Die RAG Stiftung ist mit ihren verbundenen
1160 Unternehmen, zum Beispiel der Evonik AG, durchaus in der Lage, aus eigener Kraft mehr in
1161 erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien zu investieren. Handwerk und Kleinbetriebe
1162 bekommen so neue Geschäftsfelder. Es entstehen zusätzlich neue Arbeitsplätze.

1163 Wir wollen neue Industriearbeitsplätze aufbauen, indem die viel zu niedrigen Innovationen und
1164 Investitionen in NRW erhöht werden. Unser industriepolitisches Ziel ist eine binnenwirtschaftliche
1165 Ausrichtung und sozialökologische Erneuerung der Wirtschafts- und Industriestrukturen mit kleineren
1166 Kreislaufstrukturen.

1167 Auf die humane Ausgestaltung des Fertigungskonzeptes „Industrie 4.0“ soll das Land unter
1168 Einbeziehung der Gewerkschaften hinwirken. Industrie 4.0 darf nicht zu einem Einfallstor für den

1169 Abbau von Arbeitsplätzen, Mitarbeiter*innenüberwachung, Lohndumping, Dequalifizierung und
1170 Entgrenzung von Arbeit werden.

1171 **Arbeitsplätze erhalten durch Vergesellschaftung**

1172 In NRW werden qualifizierte Industriearbeitsplätze vernichtet und Betriebe geschlossen, weil Konzerne
1173 die Produktion an Standorte mit geringeren Kosten verlagern, weil Private Equity Fonds und
1174 Schattenbanken überhöhte Renditen verlangen.

1175 Wo nur für den Profit von einigen Wenigen gearbeitet wird, bleiben die Interessen der Beschäftigten
1176 und der Gesellschaft auf der Strecke. Der Abbau industrieller Arbeitsplätze hat ganze Regionen und
1177 Kommunen und damit viele Menschen in die Armut gedrückt.

1178 Wir wollen die verbliebenen industriellen Kerne erhalten und ausbauen. Dies wird zu einer öffentlichen
1179 Aufgabe, wenn die privaten Besitzer*innen nicht willens oder nicht in der Lage, die Produktion
1180 fortzuführen. Wir setzen uns für die Vergesellschaftung dieser Betriebe unter der demokratischen
1181 Kontrolle der Beschäftigten, ihrer Gewerkschaften und der betroffenen Kommunen und des Landes
1182 ein.

1183 Die Landesverfassung fasst den Begriff der Vergesellschaftung weiter und sieht das öffentliche
1184 Eigentum nicht nur als Notmaßnahme gegen Betriebsschließungen, sondern als Instrument der
1185 Wirtschaftspolitik. Daran will DIE LINKE NRW anknüpfen. Wir wollen eine öffentliche und demokratisch
1186 organisierte Industrieproduktion, die den Beschäftigten, Verbraucher*innen und der Umwelt
1187 verpflichtet ist anstatt den Aktionär*innen und ihren kurzfristigen Profitinteressen.

1188 Wenn Produkte nicht mehr benötigt werden, nicht verkäuflich oder gar schädlich sind, ermöglicht das
1189 öffentliche Eigentum eine Umstellung der Produktion bei Sicherung der Arbeitsplätze und tariflicher
1190 Arbeitsbedingungen.

1191 ***Was tun?***

- 1192 • *Schutzschirm für Arbeitsplätze: Vergesellschaftung von industriellen Betrieben, die von*
1193 *Schließung bedroht sind*
- 1194 • *Demokratische Kontrolle der vergesellschafteten Betriebe durch die Belegschaft,*
1195 *Gewerkschaften und die Landes- bzw. kommunale Politik*
- 1196 • *Wenn nötig: Umstellung der Produktion bei Erhalt der tariflichen Arbeitsbedingungen*
- 1197 • *Artikel 27 der Landesverfassung umsetzen: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und*
1198 *Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in*
1199 *Gemeineigentum überführt werden.“*
- 1200 • *Zum Schutz von Arbeitsplätzen setzen wir uns weiterhin für ein Verbot von*
1201 *Massenentlassungen bei Unternehmen ein, die nicht insolvenzgefährdet sind.*

1202 **Der Schutz von Industriearbeitsplätzen durch eine Industriestiftung NRW**

1203 Wenn sich der Erhalt industrieller Produktion für ein Unternehmen nicht kurzfristig rechnet, sind die
1204 industriellen Kerne der Region bedroht, mit oft schwerwiegenden, langfristigen Folgen für die
1205 Menschen und Kommunen. Das Beispiel der Stahlindustrie im Saarland zeigt aber, dass der Erhalt
1206 industrieller Produktion über die kurzfristige betriebswirtschaftliche Logik hinweg sinnvoll ist – sowohl
1207 sozial als auch wirtschaftlich.

1208 Als Modell einer LINKEN Industriepolitik für NRW soll das saarländische Erfolgsmodell zur Rettung der
1209 industriellen Produktion übernommen und zu einer Industriestiftung NRW weiterentwickelt werden.
1210 Wo Industrieproduktion in NRW bedroht ist, wollen wir eine Weiterführung der industriellen Produktion

- 1211 mit Landes- und Bundesmitteln prüfen. Ziel ist der Erhalt und Ausbau einer sozial und ökologisch
1212 sinnvollen Industrieproduktion in NRW in öffentlicher Hand.
- 1213 Der Einsatz öffentlicher Gelder für den Erhalt von Industriearbeitsplätzen ist sinnvoll, wenn dieser
1214 nicht zur Absicherung privater Profite sondern dem Erhalt von Produktionsbetrieben dient. Wenn
1215 öffentliche Gelder fließen, muss dies zu öffentlichen Beteiligungen durch die Industriefonds NRW
1216 und zur Schaffung von kollektivem Belegschaftseigentum führen.
- 1217 Mit dem Industriefonds möchte DIE LINKE eine der wichtigsten Fragen unserer Gesellschaft neu
1218 stellen: Wem gehören die Unternehmen? Wo nur für den Profit von einigen Wenigen gearbeitet wird,
1219 bleiben die Interessen der Beschäftigten und der Gesellschaft auf der Strecke. Eine demokratisch
1220 organisierte Industrieproduktion, die den Beschäftigten und der Umwelt verpflichtet ist anstatt den
1221 Aktionär*innen, wäre ein Einstieg in diese spannende Frage. Wie wollen wir leben, wie wollen wir
1222 produzieren, wie kann Demokratie in der Wirtschaft umgesetzt werden?
- 1223 Wir möchten modellhaft zeigen, dass Alternativen zum Privateigentum erfolgreich sein können:
1224 Vergesellschaftung ist möglich und sinnvoll. Wir befinden uns dabei im Einklang mit der
1225 Landesverfassung. Dort heißt es in Artikel 27: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und
1226 Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in
1227 Gemeineigentum überführt werden.“
- 1228 An den demokratischen Entscheidungsprozessen des Industriefonds sollen die Landespolitik,
1229 betroffene Kommunalparlamente, die Belegschaften, Gewerkschaften, Betroffenenverbände und
1230 Bewohner*innen betroffener Stadtteile beteiligt werden. Die Mitbestimmungsrechte von vielfältigen
1231 politischen Akteur*innen können dazu beitragen, die Akzeptanz für eine demokratisch gesteuerte
1232 Industriepolitik zu erhöhen. Wir möchten eine demokratische, nicht-privatwirtschaftliche Produktion
1233 als politisches Ziel in NRW populär machen.
- 1234 Wir setzen und für die Bildung einer Industriefonds NRW in konkreten Schritten ein.
- 1235 ***Was tun?***
- 1236 • *Kapital aufbringen durch NRW-Bank, Sparkassen, bisherige Eigentümer*innen, EU-Mittel,*
1237 *später Gewinnausschüttungen der Tochterunternehmen der Stiftung (Beteiligungen)*
 - 1238 • *Umwandlung von Kapitalzuwächsen in dauerhaftes kollektives Belegschaftseigentum mit*
1239 *entsprechenden Mitbestimmungsrechten*
 - 1240 • *Zeitliche Befristung der Stiftungsbeteiligungen an Unternehmen und Auswertung der*
1241 *Erfahrungen*
 - 1242 • *Belegschaftsvertreter*innen im Stiftungskuratorium*
 - 1243 • *Verbindliche Vereinbarungen über Zahl und Qualität der Arbeitsplätze mit den*
1244 *Gewerkschaften*
 - 1245 • *Weitgehende Demokratisierung durch Einbindung der Belegschaft, von Umwelt- und*
1246 *Verbraucherverbänden sowie der Kommunen*
 - 1247 • *Zum Schutz von Arbeitsplätzen setzen wir uns weiterhin für ein Verbot von*
1248 *Massenentlassungen bei Unternehmen ein, die nicht insolvenzgefährdet sind.*
- 1249 **Zukunftsfonds für Industrieinnovationen**
- 1250 Ein wichtiges Hindernis für den Aufbau neuer Arbeitsplätze ist die niedrige Investitionsquote in der
1251 Industrie, die in NRW im Vergleich mit anderen Bundesländern gering ausfällt. Wir machen uns stark
1252 für die Einrichtung eines Zukunftsfonds für Industrieinnovationen.

1253 Das ist ein Einstieg in eine demokratisch organisierte Industrieproduktion, die den Beschäftigten und
1254 der Umwelt verpflichtet ist, nicht den Aktionär*innen.

1255 ***Was tun?***

- 1256 • *Überkapazitäten in gesellschaftlich sinnvolle Bereiche übertragen*
- 1257 • *Sozial-ökologischen Umbau mit Gründungen und Startups voranbringen*
- 1258 • *Unterstützung nur bei Unternehmen mit öffentlicher oder kollektiver Belegschaftsbeteiligung*

1259 **3. Forschung: Mehr Zeit und Geld in sinnvolle Entwicklungen stecken**

1260 In NRW investieren kleine und mittlere Unternehmen im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich
1261 weniger in Forschung und Entwicklung. Wir wollen diese Unternehmen gezielt fördern, damit hier neue
1262 Arbeitsplätze entstehen können. Damit soll die Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten fest
1263 verbunden sein. Wichtig für die Ansiedlung neuer Branchen ist, dass das Land sich besser um
1264 Forschung und Entwicklung kümmert und hierfür auch mehr Geld investiert.

1265 Wir setzen uns für eine öffentliche und unabhängige Forschungs- und Entwicklungspolitik an den
1266 Hochschulen in NRW ein. Dies würde die Drittmittelabhängigkeit der Hochschulen, und damit die
1267 direkte Auftragsforschung, reduzieren. Wir wollen weder Forschung noch Produktion privaten
1268 Unternehmen überlassen.

1269 ***Was tun?***

- 1270 • *Durch öffentliche Förderung erworbene Forschungsergebnisse NRW-Unternehmen zugänglich*
1271 *machen, wenn diese dafür die öffentlichen und kollektiven Belegschaftsbeteiligungen*
1272 *erhöhen.*
- 1273 • *Sozialpolitische und ökologische sinnvolle Forschung und Entwicklung fördern*
- 1274 • *Öffentliche Unternehmen (z.B. Recycling, Logistik, Gesundheit) berücksichtigen*
- 1275 • *Rüstungsforschung an Hochschulen verbieten*

1276 **Kriterien für Wirtschaftsförderung**

1277 Wir wollen, dass in NRW keine Wirtschaftsförderung mehr als Gefälligkeit an Unternehmen geleistet
1278 wird. Auch die reine Hoffnung, die Förderung könnte sich vielleicht für die Menschen auszahlen, kann
1279 uns nach vielen Enttäuschungen im Land nicht reichen. Wirtschaftsförderung muss dem
1280 Allgemeinwohl verpflichtet sein.

1281 Wir wollen im Landtag klare Bedingungen beschließen für den Erhalt von Landesmitteln oder
1282 Landesbürgschaften. Die wichtigsten Ziele für uns sind die Sicherung und Schaffung von
1283 Arbeitsplätzen, Tarifbindung, Mindestlöhne und Mitbestimmung im Betrieb.

1284 ***Was tun?***

- 1285 • *Benachteiligte Gruppen wie ältere Beschäftigte und Erwerbslose berücksichtigen*
- 1286 • *Ausbildung ist Pflicht, Chancen und Perspektiven für die Jugend*
- 1287 • *Städte und Regionen, die besonders von Armut betroffen sind, besonders fördern*
- 1288 • *Ökologisch sinnvolle Wachstumsfelder fördern, zum Beispiel Recycling oder Wärmedämmung*

1289 **4. Mitbestimmung: Die Wirtschaft demokratisieren**

1290 Es ist gefährlich für die Gesellschaft, wenn die wirtschaftliche Macht von Konzernen so groß wird, dass
1291 sie unkontrollierbar wird. Heute haben wir es zu tun mit Lobbyist*innen, die Gesetzesvorlagen
1292 schreiben, großen Konzernspenden an Parteien und Geheimverhandlungen für Handelsabkommen, die
1293 von Konzernen gelesen werden dürfen aber nicht von gewählten Abgeordneten. Wo wirtschaftliche
1294 Macht zu groß wird, erdrückt sie die Demokratie und setzt die Interessen der Reichsten umso
1295 rücksichtsloser gegen die Interessen der Mehrheit durch.

1296 Wir finden, auch die Wirtschaftspolitik braucht dringend mehr Demokratie. Wir wollen das
1297 Mitbestimmungsgesetz für Kapitalunternehmen verbessern, indem die Rechte der Beschäftigten
1298 erweitert werden.

1299 ***Was tun?***

- 1300 • *Einführung eines sanktionsbewehrten Lobbyist*innen-Registers für NRW*
- 1301 • *Bundesratsinitiative: Veränderung der Mehrheitsverhältnisse in Aufsichtsräten zugunsten der*
1302 *Beschäftigten*
- 1303 • *Bundesratsinitiative: Verschärfungen des Kartell- und des Unternehmensstrafrechts*

1304 **5. Infrastruktur: Den öffentlichen Ausverkauf aufhalten**

1305 Alle öffentlichen Dienstleistungen, mit denen sich Profite erwirtschaften lassen könnten, sind von
1306 Privatisierung bedroht unter dem Motto: „Private sind besser, billiger und bürgernäher“. Die
1307 Erfahrungen haben aber schmerzlich gezeigt, dass dies reine Propaganda ist und in Wirklichkeit das
1308 Gegenteil erreicht wird. Denken wir nur an den öffentlichen Verkehr. Privatisierungen führen zu
1309 Personalabbau, Ausdünnung des Angebots und meist auch zu höheren Preisen.

1310 Das Land NRW hat die Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge immer weiter
1311 heruntergefahren. Dadurch ist ein riesiger Investitionsstau entstanden. In Krankenhäusern wird nach
1312 wie vor in Baustrukturen des 19. Jahrhunderts gearbeitet. In Schulen bröckelt der Putz von der Decke.
1313 Brücken und Straßen sind teilweise nicht mehr nutzbar. Das kostet uns am Ende viel mehr, als die
1314 regelmäßige Instandhaltung und Sanierung. DIE LINKE NRW lehnt die weitere Privatisierung
1315 öffentlicher Infrastruktur strikt ab. Bei der Übertragung der unter der Verwaltung des Landes NRW
1316 stehenden Fernstraßen in eine bundeseigene Infrastrukturgesellschaft muss sichergestellt werden,
1317 dass bei Bau und Unterhalt der entsprechenden Straßen private Investoren ausgeschlossen werden.
1318 Projekte sogenannter öffentlich-privater Partnerschaften (ÖPP) erweisen sich als grundsätzlich teurer
1319 als öffentlich finanzierte. Der Bundesrechnungshof weist immer wieder auf diesen Sachverhalt hin.

1320 **Öffentliches Eigentum ist eine Frage der Demokratie**

1321 Gegen Privatisierungen und für Rekommunalisierung haben sich in NRW vor Ort und auf Landesebene
1322 viele Menschen zusammen getan. Beschäftigte und Gewerkschaften, Sozialverbände und
1323 Verbraucherschützer*innen sind seit Jahren gegen den Ausverkauf der Daseinsvorsorge im Einsatz.

1324 Wir sind auch vor Ort mit den Bürger*innen aktiv. In vielen Städten haben wir in den vergangenen
1325 Jahren Bürger*innenbegehren unterstützt. Die demokratische Kontrolle über die Bereiche der
1326 Daseinsvorsorge muss endlich ausgebaut werden. Die Hürden für Bürger*innenentscheide sind in
1327 NRW und den Kommunen leider sehr hoch. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie ein, für
1328 verbindliche Volksentscheide und niedrigere Hürden für Bürger*innenbegehren (siehe Kapitel VII, 5.
1329 Mehr Demokratie).

1330 **Verkäufe stoppen und rückgängig machen**

1331 Neben dem direkten Verkauf von öffentlichem Eigentum gibt es Öffentlich-Private-
1332 Partnerschaftsmodelle, genannt PPP (Public-Private-Partnership). Auch hier werden öffentliche
1333 Aufgaben Privatinvestoren überlassen, mit dem „Kompetenzzentrum Infrastruktur“ und dessen „PPP-
1334 Task-Force“ sollen Privatisierungen im Land vorangetrieben werden.

1335 Weil diese Politik genau in die falsche Richtung geht, wollen wir sie schnell beenden.

1336 ***Was tun?***

- 1337 • *Keine Privatisierungen mehr, Schließung der „PPP-Task-Force“ des Landes*
- 1338 • *Unterstützung der Kommunen bei der Rückabwicklung von Privatisierungen vor allem auch bei*
1339 *der Wohnungs-, Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft*

1340 **Sparkassen sollen für alle da sein**

1341 DIE LINKE steht für den Erhalt der öffentlich-rechtlichen Sparkassen, ihrer kommunalen Einbindung
1342 und der Stärkung ihrer Gemeinwohlorientierung. Die Niedrigzinsphase, der Anstieg des älteren
1343 Bevölkerungsanteils und die Digitalisierung stellen die Sparkassen vor besondere Herausforderungen,
1344 gegen deren Risiken landespolitisch abgesichert werden muss. An dem bewährten System regionaler
1345 Verankerung und gesellschaftspolitischer Verantwortung wollen wir festhalten. Wir setzen uns dafür
1346 ein, dass die Sparkassen in der Fläche erhalten bleiben und allen Menschen zur Verfügung stehen.

1347 ***Was tun?***

- 1348 • *Gebührenfreie Kontoführung zur Entlastung von Menschen mit geringem Einkommen*
- 1349 • *Senkung der Zinsen für Dispokredite*
- 1350 • *Basiskonto für Geflüchtete und Wohnungslose*
- 1351 • *Erhalt der Filialen und Geldautomaten in der Fläche*
- 1352 • *Begrenzung der Bezüge von Vorstandsmitgliedern*
- 1353 • *Transparenz über Spenden und Sponsoring*

1354 **6. Kommunen: Mehr Geld für die maroden Städte bereitstellen**

1355 Kindergärten, Krankenhäuser, Schulen, Stadtbibliotheken, Theater, Grünflächen, Öffentlicher
1356 Nahverkehr oder Straßen - das Alles und noch viel mehr wird über die kommunale Selbstverwaltung in
1357 den Kommunen gestaltet - oder eben nicht gestaltet; vor allem weil die Kommunen seit Jahren
1358 systematisch unterfinanziert sind.

1359 Die Kommunen in NRW haben Ende 2015 einen Schuldenberg von 62 Milliarden Euro - davon 26,4
1360 Milliarden Kassenkredite - aufgehäuft. In vielen Kommunen in NRW geht gar nichts mehr: Kommunale
1361 Infrastruktur wird vernachlässigt oder gar bewusst aufgegeben, weil das Geld fehlt.

1362 Auch die Sozialpolitik folgt unter den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen der Kassenlage:
1363 Während auf der einen Seite notwendige Angebote, Projekte und Einrichtungen wie Jugendzentren,
1364 öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken etc. dicht gemacht, Schulen nicht mehr saniert oder
1365 Spielplätze wegen Sanierungsbedarf abgesperrt werden, steigen auf der anderen Seite Abgaben und
1366 Gebühren wie zum Beispiel die Grundsteuer, Kitagebühren, Müllabfuhr, Straßenreinigung aber auch
1367 Eintrittsgelder für Museen, Schwimmbäder oder Kultureinrichtungen.

1368 Darunter leiden ganz besonders die Armen und auch normalverdienende Menschen. Denn nicht jede*r
1369 hat den Luxus, sich eine private Bibliothek oder einen Swimmingpool leisten zu können. Nicht jede
1370 Familie kann wegfallende Angebote der Jugendzentren aus eigener Tasche bezahlen.

1371 Deshalb sagen wir: Nur Reiche können sich arme Städte leisten. Wir streiten für lebenswerte Städte
1372 mit einem vielfältigen sozialen und kulturellen Angebot, in denen alle Menschen am gesellschaftlichen
1373 Leben teilnehmen können.

1374 Die kommunale Finanznot hat vielfältige Ursachen, doch der deutlich überwiegende Teil der
1375 kommunalen Schulden geht auf Entscheidungen im Bund und im Land zurück. Dabei haben die
1376 Kommunen bei der Gesetzgebung des Bundes keinerlei Beratungs- oder Einspruchsrechte. Die
1377 Kommunen erhalten zu wenig Mittel, dafür aber immer mehr Aufgaben. Beim schleppenden Kita-
1378 Ausbau und den Verschlechterungen für die Kommunen, die Kinder und die Beschäftigten durch das
1379 Landesgesetz KiBiz ist diese Problematik deutlich spürbar.

1380 Der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen des Landes wurde von früher 28 Prozent nach und
1381 nach auf nur noch 23 Prozent reduziert. Das bedeutet für die Kommunen allein im Jahr 2017 einen
1382 Verlust in Höhe von circa 2,5 Milliarden Euro.

1383 Für uns ist es eine zentrale Aufgabe, im Landtag von NRW mit dafür zu sorgen, dass die Kreise, Städte
1384 und Gemeinden für ihre Aufgaben genügend Mittel erhalten. Hierzu ist eine deutliche Neuordnung der
1385 kommunalen Finanzierung dringend erforderlich, zum Beispiel durch eine deutliche Umverteilung von
1386 Steuermitteln zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen. Ein zentraler Punkt der
1387 Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden ist, dass diese für Leistungen wie ALG II, besser bekannt
1388 als Hartz IV, Grundsicherung (besonders auch Grundsicherung aufgrund von Altersarmut), Sozialhilfe
1389 und die sogenannten Aufstocker*innen beziehungsweise Ergänzender*innen-Leistungen für gering
1390 Verdienende aufkommen müssen. Darunter leiden alle Kommunen, jedoch besonders diejenigen mit
1391 einem hohen Armutsanteil unter den Bewohner*innen, die hierdurch auch in besonderem Maße
1392 benachteiligt werden.

1393 Grundsätzlich kämpft DIE LINKE für eine Abschaffung von Hartz IV und Co. zugunsten
1394 menschenwürdiger Sozialleistungen. DIE LINKE will bis dahin, dass die Kosten für diese Leistungen
1395 nicht mehr von jeder Kommune einzeln aufgebracht werden müssen. Das Land und der Bund sollen
1396 innerhalb der nächsten Legislaturperiode diese Kosten zur Entlastung der Städte und Gemeinden
1397 übernehmen, kurzfristig ist für einen finanziellen und für einen Interessenausgleich zwischen Städten
1398 und Gemeinden mit hohen, mittleren und niedrigen Kosten in diesem Bereich zu sorgen.

1399 ***Was tun?***

- 1400 • *Den kommunalen Steueranteil von 23 Prozent wieder auf 28 Prozent erhöhen*
- 1401 • *Einsatz für Mitwirkungsrechte der Kommunen bei sie betreffenden Entscheidungen des*
1402 *Bundes*
- 1403 • *Mehr kommunale Ausgaben als Pflichtaufgaben anerkennen*
- 1404 • *Einhaltung des Konnexitätsprinzips (das heißt Bund und Land sollen für zusätzliche Aufgaben*
1405 *entsprechend zahlen)*
- 1406 • *Mittelfristige Übernahme der Kosten für Sozialleistungen durch das Land und den Bund*

1407 **Die Kommunen entschulden und handlungsfähig machen**

1408 Der sogenannte „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist ein vergiftetes Geschenk für die betroffenen
1409 Kommunen. Anstatt die Einnahmen der Kommunen dauerhaft zu erhöhen, werden die beteiligten
1410 Kommunen zu drastischen Kürzungsmaßnahmen gezwungen.

1411 Die verbindlichen Kürzungsaufgaben führen zu Zwangsbewirtschaftung und bedeuten für die
1412 betroffenen Kommunen die Abschaffung der Selbstverwaltung. Dadurch sind zentrale kulturelle und
1413 soziale Dienstleistungen vor Ort vom Rotstift bedroht. Dabei wären Zukunftsinvestitionen in den
1414 Kommunen bitter nötig, um die Lebensbedingungen vor Ort zu verbessern und öffentliche Nachfrage
1415 zu schaffen. Wir wollen einen echten finanziellen Rettungsschirm für die Kommunen. Dazu gehört
1416 auch eine Bundesratsinitiative zur Weiterentwicklung der Gewerbesteuer in eine
1417 Gemeindegewerbesteuer, in der wirklich alle unternehmerisch Tätigen – Kapitalgesellschaften,
1418 Selbstständige wie Ärzt*innen und Anwalt*innen aber auch freie Berufe bei hinreichenden
1419 Freibeträgen für prekär Selbstständige – einzahlen.

1420 ***Was tun?***

- 1421 • *Sogenannten Stärkungspakt zurücknehmen*
- 1422 • *Entschuldungsfonds für die Übernahme der Altschulden der Kommunen*
- 1423 • *Bundesratsinitiative: Gerechte Gemeindegewerbesteuer statt Gewerbesteuer*

1424 **Städte und Regionen für alle**

1425 Die Regionen Nordrhein-Westfalens sehen sich vielfältigen und unterschiedlichen Problemen
1426 gegenüber: Während die meisten Städte des Ruhrgebietes in der Vergangenheit über viele Jahre
1427 hinweg Einwohner*innen-Verluste zu verzeichnen hatten, wächst die Bevölkerung in anderen Städten,
1428 beispielsweise im südlichen Rheinland. Die soziale Lage ländlicher Regionen unterscheidet sich von
1429 derjenigen in den Großstädten. Es kann also keine einheitlichen Entwicklungsstrategien für alle
1430 nordrhein-westfälischen Städte, Gemeinden, Kreise und Regionen geben.

1431 Wir brauchen regional angepasste Förderprogramme und Strategien. Wir wollen gleichwertige
1432 Lebensbedingungen in allen Regionen und eine nachhaltige Raumentwicklung. Regionale
1433 Kooperationen wollen wir stärken, denn in vielen Fällen lassen sich die kommunalen Aufgaben nicht in
1434 den Grenzen einer Stadt oder eines Kreises, Regionalrates oder Landschaftsverbandes bewältigen.
1435 Strukturen von Politik und Verwaltung gilt es entsprechend anzupassen.

1436 Am Verkehrsverbund Rhein-Ruhr kann man sehen, dass hier großer Handlungsbedarf besteht. Weder
1437 die Fahrpläne, noch die Spurbreiten der Straßenbahnen passen hier zusammen. Im ländlichen Raum
1438 dagegen – oft nur wenige Kilometer außerhalb der Großstädte – gibt es fast überhaupt keine
1439 öffentlichen Verkehrsangebote mehr.

1440 Es ist im Sinne der Menschen in NRW an der Zeit, kommunale Standortkonkurrenzen zu überwinden
1441 und zusammen zu arbeiten. Nur so kann NRW sozialer und umweltfreundlicher werden.

1442 ***Was tun?***

- 1443 • *Bessere Bedingungen für die Zusammenarbeit zwischen Stadt, Umland und Regionen*
- 1444 • *Stärkung von Landschafts- und Regionalverbänden und Direktwahl der Mitglieder der
1445 Verbandsversammlung, wie im Regionalverband Ruhr (RVR) ab 2020 vorgesehen*
- 1446 • *Überprüfung der Strukturen und Demokratisierung der mittleren Verwaltungsebene
1447 (Bezirksregierungen)*
- 1448 • *Starke sozial vernünftige Landesplanung statt kommunaler Konkurrenz*
- 1449 • *Strukturschwache Regionen werden besonders gefördert*
- 1450 • *Beteiligung des RVR an dem Gemeindefinanzausgleich*

1451 **DIE LINKE NRW steht für solidarische Städte in Nordrhein-Westfalen**

1452 Die soziale Spaltung zieht sich unübersehbar auch durch die Stadtgesellschaft. Menschen mit
1453 geringem Einkommen, Erwerbslose und Eingewanderte leben in bestimmten Stadtteilen, die
1454 zunehmend von Armut und Zerfall der Infrastruktur geprägt sind. Sie können ein Leben in anderen
1455 Vierteln nicht bezahlen.

1456 Demgegenüber zieht es diejenigen mit besseren Einkommen zunehmend in die Gegenden, wo die
1457 Mieten für die ärmere Bevölkerung unbezahlbar sind. Es findet immer weniger soziale Durchmischung
1458 statt. Die Unterschiede etwa zwischen den Grundschulen der verschiedenen Stadtteile sind
1459 unübersehbar. Zugleich fallen in den ohnehin schon benachteiligten Stadtteilen immer mehr
1460 öffentliche Angebote – wie Jugendzentren, Stadtteilbibliotheken und Schwimmbäder – dem Rotstift
1461 zum Opfer.

1462 ***Was tun?***

- 1463 • *Vom Land geförderte Stadtplanung und sozialer Wohnungsbau für sozial vielfältige Stadtteile*
- 1464 • *Langfristige und nachhaltige Förderung benachteiligter Stadtteile durch Land, Bund und EU*
- 1465 • *Damit sich auch ärmere Städte Stadtentwicklung und sozial ausgerichtete Projekte leisten*
1466 *können, dürfen die kommunalen Eigenanteile zu EU- und anderen Fördermitteln nicht auf*
1467 *Vorgaben zur Haushaltskonsolidierung angerechnet werden*

1468 **Soziale und nachhaltige Politik braucht öffentlichen Grund und Boden**

1469 Das Privateigentum an Grund und Boden ist eines der zentralen Hindernisse für eine soziale,
1470 ökologische und demokratische Entwicklung in Stadt und Land. Den Mechanismen des privaten
1471 Bodenmarktes können die Kommunen nur in begrenztem Umfang entgegenwirken. Es fehlen ihnen
1472 häufig die finanziellen und rechtlichen Mittel.

1473 Wir brauchen endlich eine tatsächlich „dem Wohl der Allgemeinheit dienende sozialgerechte
1474 Bodenordnung“, wie sie das Baugesetzbuch fordert. Eine plangerechte Nutzung von Baugrundstücken
1475 soll gefördert und der sparsame Umgang mit dem Boden erleichtert werden. So würde die Zersiedlung
1476 der Landschaft gebremst. Wichtig ist, dass Bund und Land den Gemeinden bei der Finanzierung helfen
1477 wird. Dazu benötigen wir eine engagierte Initiative aus NRW auf der Bundesebene.

1478 ***Was tun?***

- 1479 • *Reform der Bodenbesteuerung: Spekulationen verhindern*
- 1480 • *Preisbegrenztes Vorkaufsrecht der Kommunen bei Neuerschließungen*
- 1481 • *Stärkere Bau- und Nutzungsgebote auch aus sozialen Gründen*
- 1482 • *Wohnungsbaugeeignete Grundstücke in öffentlichem Eigentum dürfen nicht veräußert*
1483 *werden, sondern sind für kommunalen Wohnungsbau zu nutzen*
- 1484 • *Die Handlungsspielräume der Kommunen gegenüber Vermieter*innen sogenannter*
1485 *„Schrottimmobilien“ deutlich ausbauen: bis hin zur erleichterten Enteignung*

1486 **Den Bedürfnissen der Menschen bei Bestattungen gerecht werden**

1487 Die zunehmende Zahl an Sozial- und Ordnungsamtsbestattungen ist alarmierend. Es muss
1488 sichergestellt werden, dass jeder Mensch einen würdigen Abschied erhält.

1489 Friedhöfe sind auch Orte des Andenkens und der Ruhe. Um sie dementsprechend zu gestalten,
1490 brauchen wir eine gute Friedhofspflege. Der Naturraum Friedhof besitzt zudem gerade in Großstädten

1491 oft einen unverzichtbaren Wert für die klimatischen Verhältnisse. Dies muss nachhaltig sichergestellt
1492 werden.

1493 ***Was tun?***

- 1494 • *Jedem Menschen eine persönliche Grabstätte ermöglichen*
- 1495 • *Flächendeckend alternative Bestattungsformen wie Friedwälder möglich machen und den*
1496 *Friedhofszwang bei Urnen abschaffen*

1497 **Bundesstadt Bonn**

1498 Mit der Verlegung des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin sind tausende von qualitativ
1499 hochwertigen Arbeitsplätzen, aus der Region Bonn nach Berlin verlagert worden. Die dafür erfolgten
1500 Ausgleichsleistungen waren gut angelegt; sie trugen dazu bei, einen Abstieg der Region zu verhindern.
1501 Nun ist seit Jahren zu beobachten, dass auch die verbliebenen 50 Prozent der Arbeitsplätze Stück für
1502 Stück nach Berlin abwandern. Das Land NRW muss daher an der Seite der Betroffenen stehen und
1503 Garant dafür sein, dass der im Gang befindliche Umzug sozialverträglich, sowohl für die direkt
1504 Betroffenen, als auch für die Region, erfolgt. Dafür sind weitere Ausgleichszahlungen erforderlich.

1505 **7. Wohnen: Öffentlich bauen und Mieten bezahlbar machen**

1506 Während einige Groß- und Mittelstädte wachsen, gilt für viele Regionen: Wir werden weniger, älter und
1507 ethnisch bunter. Der nordrhein-westfälische Wohnungsmarkt ist sehr divers, wir brauchen für alle
1508 lokalen Märkte eine entschlossene solidarische Wohnungspolitik.

1509 Die größte Gefahr für Bewohner*innen, für Mieter*innen in benachteiligten Lagen ebenso, wie für
1510 kleine Hauseigentümer*innen ist ein "Stadtumbau Wild-West", der aufgrund mangelhafter
1511 Wohnungspolitik hier zu Wohnungsknappheit und steigenden Mieten, dort zu einer planlosen
1512 Entleerung bestimmter Stadtgebiete und überall zu Abrissen erhaltenswerter Gebäudesubstanz führt,
1513 die für ihre Bewohner*innen und das städtische Gefüge wichtig ist.

1514 Nicht nur in den Wachstumsmärkten brauchen Mieter*innen bezahlbare Wohnungen als Korrektiv zu
1515 aktuellen Mietsteigerungen. Mieter*innen müssen vor Luxusmodernisierungen und unverhältnismäßig
1516 teuren energetischen Modernisierungen geschützt werden. Hier setzen wir uns für Neubau, Einführung
1517 einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit und das konsequente Nutzen von Verordnungsmöglichkeiten
1518 ein.

1519 Gleichzeitig muss Vermietern ein Riegel vorgeschoben werden, die ihre Häuser völlig herunterkommen
1520 lassen und unter anderem EU-Zuwanderer*innen ausnutzen. Die Wohnungsaufsicht muss weiter
1521 ausgebaut und Pflichtaufgabe für die Kommunen werden.

1522 In beiden Fällen gilt, dass die Mieter*innenbeteiligung ausgebaut werden muss; Mieter*innen müssen
1523 kollektive Mieter*innenschutzrechte erhalten. Bewohner*innen müssen in Planungs- und
1524 Modernisierungsmaßnahmen, die ihr Quartier/Siedlung betreffen, beteiligt werden.

1525 ***Was tun?***

- 1526 • *Bezahlbaren Wohnraum schaffen -> Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit*
- 1527 • *Stärkung der kommunalen Wohnungsaufsicht*
- 1528 • *Stadtumbaukonzepte fördern, die die Menschen beteiligen und die Gesamtbeteiligung*
1529 *berücksichtigen*
- 1530 • *Gemeinnützigkeit für Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften wieder einführen*

1531 **Keine privaten Profite mit der Miete**

1532 Mit der Privatisierung von tausenden Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft LEG bis 2010
1533 hat die Landesregierung einen grundlegenden Lebensbereich zum Spekulationsobjekt gemacht.

1534 Viele Mieter*innen müssen immer mehr für ihre Wohnung zahlen. In Städten wie Köln, Düsseldorf,
1535 Bonn oder Münster sind die Mieten in wenigen Jahren um satte 30 Prozent gestiegen. Aber auch in
1536 ehemals entspannten Wohnungsmärkten wie dem Ruhrgebiet steigen die Mieten in den vergangenen
1537 Jahren wieder an. Die „Mietpreisbremse“ allein wird hieran nichts ändern – erst recht nicht in ihrer
1538 bisherigen unzureichenden Form. Eine echte Mietpreisbremse bei Neuvermietungen müsste
1539 bundesweit und flächendeckend eingeführt werden und die Vermieter*innen verpflichten, beim
1540 Abschluss des Mietvertrags nachprüfbar die Miete des Vormieters oder der Vermieterin zu nennen,
1541 mögliche Modernisierungskosten detailliert anzugeben und zu viel verlangte Miete zurückzuzahlen.
1542 Überdies müssten Mieten, die mehr als 20 Prozent über der Vergleichsmiete liegen, grundsätzlich als
1543 Ordnungswidrigkeit geahndet und mit einem Bußgeld belegt werden. Schließlich sind die
1544 Ausnahmetatbestände der Mietpreisbremse bei Neubauten und Erstvermietung nach umfassender
1545 Modernisierung kritisch zu hinterfragen.

1546 Die Mietpreisexplosion hat mehrere Ursachen: Die Bestandsmieten steigen, vor allem durch
1547 „Aufwertung“ mittels Modernisierung. Große Bestände von Wohnungen im Besitz der öffentlichen
1548 Hand wurden privatisiert und an Finanzinvestoren verkauft. Es werden zu wenige öffentlich geförderte
1549 Wohnungen gebaut, die Zahl der Wohnungen mit Sozialbindung sinkt.

1550 Für Mieter*innen ist Wohnen eine Notwendigkeit, für die Eigentümer*innen und Banken eine Ware.

1551 **Krise des sozialen Wohnungsbaus**

1552 Jedes Jahr fallen mehr Wohnungen aus der Sozialbindung, als neue dazu kommen. Von ehemals
1553 844.000 Sozialwohnungen in NRW im Jahr 2002 waren Ende 2014 nur noch 489.000 sozial gebunden.

1554 Weder freifinanzierter Wohnungsbau noch das Angebot einer öffentlichen Förderung privater
1555 Bauträger im Gegenzug für Mietpreis- und Belegungsbindung ist allein in der Lage, ausreichend
1556 bezahlbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Denn private finanzstarke Investor*innen können vor
1557 allem in Niedrigzinsphasen mit hochpreisigen Wohnungen oder Büros höhere Profite als mit sozialem
1558 Wohnungsbau erzielen.

1559 Öffentliche Förderung ist jedoch sinnvoll, wenn sie von kommunalen oder landeseigenen
1560 Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und kleinen privaten Bauherr*innen mit sozialer
1561 Orientierung in Anspruch genommen wird. Denn selbst in Niedrigzinsphasen wirken Teildarlehen zu
1562 Nullzinsen, Tilgungsnachlässe sowie Mietbindungen mietspreisdämpfend bei sozial orientierten
1563 Unternehmen. Überdies verhilft die Belegungsbindung bedürftigeren Wohnungssuchenden zu einem
1564 privilegierten Zugang zu günstigem Wohnraum.

1565 Mit ihrer Vernachlässigung der Förderung von kommunalen oder landeseigenen
1566 Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und kleinen privaten Bauherr*innen mit sozialer
1567 Orientierung ist die Landesregierung beim Bau von Sozialwohnungen deutlich unter den Möglichkeiten
1568 geblieben. Bereitgestellte Fördermittel wurden nicht einmal vollständig abgerufen. Eine Übertragung in
1569 das neue Haushaltsjahr ist nicht möglich.

1570 Unter den bestehenden Bedingungen auf den Kapital- und Wohnungsmärkten ist es für
1571 renditeorientierte Investor*innen unattraktiv, Fördermittel in Anspruch zu nehmen, die mit sozialen
1572 Bindungen und Verwertungsbeschränkungen verbunden sind. In diese Bresche könnten öffentliche
1573 oder sozial orientierte Wohnungsanbieter*innen springen, die nicht von Renditezielen, sondern von

1574 dem politischen Interesse an der Versorgung der Menschen mit bezahlbarem und gutem Wohnraum
1575 getrieben sind. Wir fordern daher die Neugründung eines neuen landeseigenen
1576 Wohnungsunternehmens.

1577 Die Anhebung der Mietobergrenzen im sozialen Wohnungsbau auf 6,25 Euro bzw. 7,15 Euro pro
1578 Quadratmeter Nettokaltmiete hat außer höheren Mieten nichts bewirkt. Die Investor*innen können
1579 mit hochpreisigen Wohnungen oder Büros weit höhere Profite erzielen.

1580 Die Landesregierung hat beim Bau von Sozialwohnungen völlig versagt. Bereitgestellte Fördermittel in
1581 Höhe von 1,1 Milliarden Euro reichen gemessen an dem Bedarf nicht aus.

1582 **Jetzt handeln – Wohnungsoffensive für Nordrhein-Westfalen**

1583 DIE LINKE will die Versorgung mit Wohnraum nicht dem Markt überlassen. Wohnen ist eine öffentliche
1584 Aufgabe. Es ist die Pflicht des Landes und der Kommunen, menschenwürdige und bezahlbare
1585 Wohnungen sicherzustellen. Wir setzen uns daher für eine Wohnungsoffensive, die sowohl den
1586 Neubau als auch den Bestand im Auge hat, ein. Kommunen und Land sollten jährlich 100.000 eigene
1587 Wohnungen mit unbefristeter Sozialbindung bauen. Diese Wohnungen müssen barrierefrei und
1588 altersgerecht sein. Um diese Wohnungsoffensive zu stemmen, brauchen wir eine neue landeseigene
1589 Wohnungsgesellschaft, die einem sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau verpflichtet ist. Die
1590 Kommunen brauchen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, um vor Ort ein Angebot an eigenem
1591 bezahlbarem Wohnraum ausbauen zu können. Genossenschaften und ähnliche Initiativen, die sich
1592 günstigem Wohnen statt Profiten verschrieben haben, müssen vom Land stärker gefördert werden.
1593 Wir setzen uns auch für eine Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit ein.

1594 Wir wenden uns gegen jede Privatisierung von Wohnungen, bereits privatisierte Bestände sollen wenn
1595 möglich wieder in öffentliches Eigentum überführt werden. Die „Aufwertung“ und Luxussanierung
1596 ganzer Stadtteile muss gestoppt werden. Kommunen müssen befähigt werden, leerstehende
1597 Wohnungen, Büros oder Gewerbeimmobilien in günstigen Wohnraum umzuwandeln. Die schwarz-gelbe
1598 Landesregierung hat 2007 das nordrhein-westfälische Wohnungsbauvermögen in Höhe von 18,7 Mrd.
1599 Euro in die NRW-Bank verschoben. Dieses Vermögen muss komplett für die Förderung von
1600 bezahlbarem Wohnraum in NRW aktiviert werden.

1601 Die Kommunen müssen mit eigenen Wohnungsbaugesellschaften jährlich 100.000 eigene Wohnungen
1602 mit unbefristeter Sozialbindung und garantierten Mieten bauen. Diese Wohnungen müssen barrierefrei
1603 und altersgerecht sein.

1604 Der soziale Wohnungsbau war in den vergangenen Jahrzehnten fast immer Massenwohnungsbau im
1605 Rahmen von Großsiedlungen. Wir wollen einen anderen Weg gehen und architektonisch ansprechende
1606 Wohnungen für verschiedene Lebensentwürfe schaffen: Für Singles, für Familien jeglicher Art, für
1607 Wohngemeinschaften, für Ältere und Jüngere, in kleinen und großen Häusern, innerhalb und außerhalb
1608 der Innenstädte.

1609 Unabhängig von den möglichen Mieten im sozialen Wohnungsbau sollte sich ein landeseigenes
1610 Wohnungsunternehmen an der tatsächlichen Kostenmiete orientieren. Ein Gewinn für das Land soll
1611 hier ausgeschlossen sein. Das Land NRW könnte so gute Wohnungen für 6 Euro Nettokaltmiete zur
1612 Verfügung stellen. Dafür müsste es zu Beginn umfassende Investitionen vornehmen, aber langfristig
1613 würde sich der öffentliche Wohnungsbau selbst tragen.

1614 Die Kommunen brauchen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, um vor Ort ein Angebot an
1615 eigenem bezahlbarem Wohnraum ausbauen zu können. Genossenschaften und ähnliche Initiativen, die
1616 sich günstigem Wohnen vor Profiten verschrieben haben, müssen vom Land gefördert werden.

1617 **Was tun?**

- 1618 • Förderung des Baus von 100.000 günstigen Wohnungen jährlich durch Land und Kommunen
- 1619 • Förderung des Erhalts und des Ausbaus der kommunalen Wohnungsbestände durch das Land
- 1620 • Einfachere Förderbestimmungen, damit Mittel nicht verfallen
- 1621 • Finanzausstattung der Kommunen dem Wohnungsbaubedarf anpassen
- 1622 • Einsatz für ein Bundes-Sofortprogramm von 5 Milliarden Euro für Wohnen in NRW
- 1623 • Unterstützung der Initiative der LINKEN Bundestagsfraktion für eine neue
- 1624 *Wohnungsgemeinnützigkeit*

1625 **Kein Ausverkauf des öffentlichen Grund und Bodens**

1626 In wachsenden Städten wie Köln, Düsseldorf oder Münster fehlen Flächen zum Wohnungsbau.
1627 Allerdings wären genug Flächen vorhanden, wenn es nicht einen übermächtigen Konkurrenten des
1628 Baus günstiger Wohnungen gäbe. Dabei handelt es sich weder um die Industrie noch um den
1629 Umweltschutz. Der größte Konkurrent der günstigen Wohnung ist der frei finanzierte Bau teurer
1630 Wohnungen.

1631 Die gesamte Debatte der etablierten Akteur*innen läuft darauf hinaus, mehr Flächen für
1632 Investor*innen bereit zu stellen. Das Problem fehlender Wohnungen wird argumentativ verdreht, um
1633 den verstärkten Zugriff von Investor*innen auf Grundstücke zu legitimieren. Mit dem Ruf „Wir
1634 brauchen mehr Wohnungen“ wurden die Städte „entwickelt“, freie Flächen an private Immobilien-
1635 Investor*innen verkauft und zubetoniert. Private Immobilienbesitzer*innen eignen sich ein Sahnestück
1636 nach dem nächsten an. Neue „Quartiere“ und Luxusprojekte wirken als Preistreiber in ganzen Städten.
1637 Die fetten Mieten breiten sich aus wie ein Schnupfen in der Kindertagesstätte.

1638 Wer bezahlbaren Wohnraum für die Menschen mit unteren und mittleren Einkommen schaffen
1639 möchte, darf keine weiteren Landnahme-Projekte zur „Attraktivierung“ zulassen. In Städten, in denen
1640 Grundstücke Mangelware sind, ist es zentral, dass die Stadt sämtliche Flächen, derer sie habhaft
1641 werden kann, behält beziehungsweise erwirbt.

1642 **Was tun?**

- 1643 • Die für den Wohnungsbau brauchbaren Grundstücke des Landes oder der Kommunen dürfen
- 1644 *grundsätzlich nicht an private Investor*innen verkauft werden*
- 1645 • Das gesellschaftliche Eigentum an Grund und Boden erhalten und ausweiten
- 1646 • Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit

1647 **Gentrifizierung stoppen – Milieus schützen**

1648 Das Mietrecht setzt der normalen Mieterhöhung im laufenden Mietverhältnis enge Grenzen. So darf
1649 die Miete nur auf die ortsübliche Vergleichsmiete erhöht werden. Altmietler*innen mit niedrigen
1650 Mieten sind daher für Vermieter*innen ein Hindernis, den Profit zu steigern. Gerade in Quartieren mit
1651 steigenden Neuvermietungsmieten besteht daher bei vielen Vermieter*innen ein Interesse an einer
1652 Erhöhung der Miete beziehungsweise dem Austausch der Altmietler*innen durch zahlungskräftigere
1653 neue Mieter*innen.

1654 Eine Möglichkeit sind Modernisierungsmaßnahmen, die zu drastischen Mieterhöhungen führen
1655 können. Auch hier bietet das Mietrecht Restriktionen; es sind jedoch größere Mieterhöhungen
1656 möglich.

1657 Der erste Gewinn nach solchen Operationen ist die höhere Miete. Aber es geht um mehr. Durch die
1658 Verteuerung von zuvor günstigem Wohnraum wird der Austausch der Mieter*innen bewirkt. Das ist
1659 kein bedauerlicher Nebeneffekt, sondern Zweck der Aufwertung.

1660 Nahezu jeder Stadtteil, der eine Gentrifizierung erlebt, einen Austausch der Mieter*innen zugunsten
1661 finanziell besser gestellter Schichten, ist zuvor vernachlässigt worden. Die Eigentümer*innen haben
1662 nur wenig investiert, zum Teil über Jahrzehnte. Diese systematische „Desinvestition“ lohnt sich für die
1663 Vermieter*innen, denn sie haben nur geringe Kosten und kassieren trotzdem Miete. Sie lohnt sich
1664 außerdem, weil so der Boden für die Aufwertung bereitet wird: Durch „energetische Sanierung“,
1665 Neubau oder Aufwertung durch neue Badezimmer, zusätzliche Balkone und so weiter werden die
1666 Mieten erhöht. Viele der Bestandsmieter*innen können sich das nicht mehr leisten und werden an
1667 den Stadtrand verdrängt.

1668 ***Was tun?***

- 1669 • *Landeskonzept, um Verdrängung (Gentrifizierung) zu stoppen*
- 1670 • *Umfassende Anwendung von Milieuschutzsatzungen in den Stadtteilen*
- 1671 • *Stopp der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen*
- 1672 • *Verbot des Abrisses renovierungsfähiger Häuser*
- 1673 • *Verbot der Umwandlungen von Wohnungen in Pensionen oder Hostels*
- 1674 • *Keine Zwangsumzüge für Hartz-IV-Betroffene*

1675 **Privatisierung stoppen – Wohnungen in öffentliches Eigentum**

1676 Investoren wie Vonovia, Deutsche Wohnen, Grand City Real Estate, TAG Immobilien, Vivavest und die
1677 ehemals landeseigene und 2008 privatisierte LEG besitzen in NRW zusammen fast 400.000
1678 Wohnungen mit steigender Tendenz. Nicht selten waren diese vorher im Besitz von Land, Bund,
1679 Kommune, Post oder Bahn. Die Privatisierung öffentlichen Wohnraums muss gestoppt und rückgängig
1680 gemacht werden, damit Mieten bezahlbar bleiben.

1681 ***Was tun?***

- 1682 • *Keine weiteren Privatisierung von Wohnungen*
- 1683 • *Rücküberführung von bereits privatisierten Beständen in öffentliches Eigentum*
- 1684 • *Wohnungsunternehmen demokratisieren, Mieter*innen mehr beteiligen*
- 1685 • *Landesprogramm zur Unterstützung Wohnungsgenossenschaften*

1686 **Leerstand beenden – Spekulation verhindern**

1687 In vielen Städten in NRW stehen Bürogebäude und Wohnungen leer. Selbst in den wachsenden
1688 Städten wie Köln, Bonn, Düsseldorf, Münster und Aachen gibt es Leerstand, in ganz Deutschland
1689 werden aktuell zwei Millionen Wohnungen nicht genutzt.

1690 Es könnte in allen Städten und Gemeinden unmittelbar der Bestand an leerstehenden Wohnungen,
1691 Hotels, Bürogebäuden, Fabriken und anderen Gewerberäumen festgestellt werden. Wohnungen, die
1692 wegen Spekulation, eines geplanten Abrisses oder aus ähnlichen Gründen leer stehen, müssen
1693 Wohnungssuchenden zur Verfügung gestellt werden.

1694 ***Was tun?***

- 1695 • *Erlass eines Zweckentfremdungsgesetzes des Landes NRW*
- 1696 • *Erweiterung der Zweckentfremdungssatzung, Kommunen müssen Leerstand aktivieren und*
1697 *belegen dürfen*

- 1698 • *Beschlagnahmung von Leerstand, um daraus günstige Wohnungen zu machen*
- 1699 • *Legalisierung der Besetzung von Gebäuden, die zur Spekulation leer stehen*
- 1700 • *Bereitstellen von Landesmitteln, um auf kommunaler Ebene Beamt*innen zur Durchsetzung*
- 1701 *des Zweckentfremdungsverbot es einzustellen*

1702 **An der Seite der Mieter*innen**

1703 In vielen Städten in NRW wehren sich die Mieter*innen gegen steigende Mieten, Luxussanierung und
 1704 Verdrängung. DIE LINKE steht an ihrer Seite und beteiligt sich an Aktionen.

1705 In Köln haben 2014 hunderte Menschen mit friedlichen Sitzblockaden versucht, eine Zwangsäumung
 1706 nach einer fingierten Eigenbedarfsklage zu verhindern. Vielerorts mehren sich die Proteste von
 1707 Menschen gegen skrupellose Wohnungspolitik.

1708 DIE LINKE unterstützt die Selbstorganisation von Mieter*innen und Initiativen für eine gerechte
 1709 Wohnungs- und Mietenpolitik. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Kündigungssperrfrist bei
 1710 Wohnungsumwandlung in Eigentumswohnungen flächendeckend in ganz NRW auf 10 Jahre angehoben
 1711 wird, und drängt darauf, dass die Landesregierung ihre im BGB benannte Ermächtigung zu einer
 1712 solchen Bestimmung durch Rechtsverordnung nutzt.

1713 ***Was tun?***

- 1714 • *Aufbau und die Stärkung von Mieter*inneninitiativen und Bündnissen wie „Recht auf Stadt“*
- 1715 • *Förderung von Vereinen zum Schutz der Mieter*innen durch das Land NRW*
- 1716 • *Stärkung der Mieter*innenrechte über Bundesratsinitiative*
- 1717 • *Flächendeckende Verlängerung der Kündigungssperrfrist auf 10 Jahre*

1718 **8. Verkehr: Fahrscheinlos mit Bus und Bahn das Klima schützen**

1719 Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Barrierefreie Mobilität ist aber noch lange nicht überall umgesetzt.
 1720 Viele werden deshalb von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen. Wir verstehen Mobilität als
 1721 Grundrecht, und wollen dessen Ausübung allen ermöglichen.

1722 Wir brauchen zugleich weniger Verkehrsaufkommen. Verkehrslärm belastet viele Menschen,
 1723 besonders in Wohnlagen, die für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sind. Wir wollen
 1724 Mobilität umweltschonend und lebenswert gestalten. Bei der Stadtplanung darf nicht mehr das Auto
 1725 im Mittelpunkt stehen. Eine nachhaltige Infrastrukturentwicklung setzt auf Verkehrsvermeidung und
 1726 ressourcensparsame Verkehrsmittel.

1727 Leider ist das Gegenteil zu beobachten: Ausbildung und weiterführende Schulen werden in die
 1728 Innenstädte verlagert, dezentrale kleine Nahversorger durch wenige große Supermärkte verdrängt.
 1729 Wer vom Dorf in die Städte will, muss oft lange Strecken fahren, meist mit dem Auto, da der ÖPNV
 1730 hier nicht weit genug ausgebaut ist. So entsteht immer mehr Verkehr in beiden Richtungen.

1731 Der motorisierte Individualverkehr ist in den Städten jedoch einer der wichtigsten Verursacher von
 1732 Umweltverschmutzung, Ressourcenverbrauch, Klimawandel und gesundheitlicher Belastungen durch
 1733 Lärm und Feinstaub. Wir müssen unsere Städte so umbauen, dass Fahrräder und öffentlicher
 1734 Nahverkehr absoluten Vorrang haben.

1735 Wir haben das Ziel nachhaltiger Konzepte für Mobilität. Das bedeutet ein vernetzter Umweltverbund –
 1736 zu Fuß, per Rad, mit Carsharing, Bus und Bahn. Dafür bedarf es Mobilitätsstationen in allen Städten
 1737 und Stadtteilzentren als zentralen Verknüpfungspunkten der verschiedenen Verkehrsträger. Wir
 1738 setzen uns für kurze Wege zwischen den Orten von Wohnen, Versorgung, Freizeit, Arbeit und Bildung

1739 sowie für eine fuß- und fahrradfreundliche Siedlungsstruktur ein. Verkehrsberuhigte
1740 Anwohner*innenbereiche sollen systematisch ausgeweitet werden. Dabei ist eine barrierefreie
1741 Ausgestaltung wesentlich.

1742 Wer Lebensqualität in der Stadt will, muss bei der Straßengestaltung ansetzen. Die Straße ist immer
1743 auch ein wichtiger Lebensraum für die Nachbar*innen im Stadtteil, Beschäftigte auf dem Weg zur
1744 Arbeit oder Kinder auf der Suche nach Spielräumen. Straßen müssen so gestaltet sein, dass sich
1745 Menschen gerne draußen aufhalten und fortbewegen. Der Fußverkehr ist die kostengünstige,
1746 energieeffiziente Fortbewegung, aber auch für das gesellschaftliche Miteinander und einen gesunden
1747 Lebensstil unverzichtbar.

1748 Das landeseigene Straßennetz wollen wir in einen guten Zustand bringen, indem wir das Prinzip
1749 „Erhalt vor Aus- und Neubau“ weiter verfolgen. Geschwindigkeitsbegrenzungen sind gut fürs Klima,
1750 zudem tragen sie zu Verkehrssicherheit und weniger Lärm bei. Wir setzen uns für ein generelles
1751 Tempolimit auf Autobahnen ein.

1752 Die Natur gilt es auch beim Straßenbau zu berücksichtigen. Eingriffe, die mit dem Bau und dem
1753 Betrieb von Straßen verbunden sind, müssen in jedem Fall durch begleitende Naturschutzmaßnahmen
1754 ausgeglichen werden. Verkehrspolitik muss aktive Klimaschutzpolitik sein.

1755 ***Was tun?***

- 1756 • *Größtmögliche Vermeidung der Zerschneidung von Flächen von Natur und Landschaft durch*
1757 *Straßenbau und Versiegelung*
- 1758 • *Umweltgerechte und naturschutzkonforme Pflege des Straßenbegleitgrüns sicherstellen*
- 1759 • *Umweltfreundliche Alternativlösungen, frühe Einbindung und echtes Mitspracherecht von*
1760 *Umweltverbänden und Bürger*innen bei der Verkehrsplanung*
- 1761 • *Landesstandards zur Barrierefreiheit in der Verkehrsplanung weiterentwickeln*
- 1762 • *Modellprojekt „Tempolimit in NRW“ auf zwei besonders durch Raser*innen und Verkehrstote*
1763 *auffällig gewordenen Autobahnen starten*
- 1764 • *Modellversuche gegen schwere Baumunfälle mit speziellen Warntafeln und*
1765 *Schutzplankenprogramm an den betroffenen Strecken nach niedersächsischem Vorbild*
- 1766 • *Umwidmung von Flächen für den ruhenden Verkehr, also die Reduzierung von Parkplätzen*
1767 *zugunsten von Fahrradparkhäusern oder bewachten Fahrradabstellanlagen*
- 1768 • *Verringerung des LKW-Verkehrs in Ortschaften durch Verkehrsverlagerung und Vermeidung*
1769 *von Leerfahrten*

1770 **Straßenverkehr**

1771 Das Straßennetz ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Infrastruktur. Der motorisierte Straßenverkehr
1772 bedroht und belästigt uns allerdings auch durch Lärm, Abgase und Unfälle. Wir wollen das bestehende
1773 Straßennetz erhalten, aber eine Verlagerung auf andere Mobilitätsformen erreichen.

1774 ***Was tun?***

- 1775 • *Absoluter Vorrang der Erhaltung von Straßen vor dem Neubau*
- 1776 • *Strengere Umweltprüfung bei Straßenneubauten*
- 1777 • *Einsatz der Fördermittel für umweltfreundliche Mobilität zur Vernetzung von*
1778 *Verkehrssystemen (Intermodalität), anstelle der eindimensionalen Förderung der*
1779 *Elektromobilität*
- 1780 • *Keine Genehmigung von Gigalinern, also LKW mit Überlänge*

- 1781 • *Verstärkte Berücksichtigung von Barrierefreiheit bei Planungen im Straßenbau*

1782 **Keine Privatisierung von Bus und Bahn**

1783 Wir setzen uns dafür ein, dass weder die Verbraucher*innen noch die Beschäftigten im öffentlichen
1784 Verkehr auf der Strecke bleiben. Der Sinn von Bus und Bahn ist nicht die Erzielung einer möglichst
1785 hohen Rendite, sondern die Schaffung von Mobilität für die Menschen. Wir wollen, dass die
1786 Straßenbahn nicht nur dann fährt, wenn sich die Fahrgastzahl rechnet. Wir brauchen ein öffentlich
1787 organisiertes und deutlich verbessertes Netz im öffentlichen Personenverkehr.

1788 Bahnhöfe und Haltestellen sind auf die Bedürfnisse der Fahrgäste auszurichten und müssen
1789 barrierefrei sein. Damit mehr Güter mit der Bahn transportiert werden, sind effiziente Logistikkonzepte
1790 und Verteilzentren zu entwickeln.

1791 ***Was tun?***

- 1792 • *Privatisierung der Bahn verhindern*
1793 • *Unterstützung des Landes bei der Rück-Übernahme von Bus- und Bahnlinien*

1794 **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

1795 Jahrzehntelang hat die anderen Parteien beim Nahverkehr vor allem eine Frage umgetrieben: „Wie
1796 können wir es schaffen, hier weniger Geld auszugeben?“. Und das, obwohl der öffentliche Nahverkehr
1797 in volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung günstiger ist als die Bereitstellung der Straßen für immer
1798 mehr Autos. In der Folge wurde das Netz ausgedünnt, die Taktzeiten verschlechtert, der Nahverkehr
1799 wurde unzuverlässig und hat sich einen immer schlechteren Ruf erarbeitet.

1800 Damit mehr Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzen, muss er besser und einfacher werden. In
1801 einem strategischen landesweiten Nahverkehrsausbauplan wollen wir die Grundlagen für
1802 zukunftsfähigen ÖPNV vom Schienenverkehr über die Stadtbahn, U- und Straßenbahn, den Bus bis hin
1803 zum Ruftaxi schaffen, um die Attraktivität für den ÖPNV und die Fahrgastzahlen zu steigern. Zudem
1804 erreicht der ÖPNV auch Menschen, die sich kein Auto leisten können.

1805 Die zweite große Baustelle beim ÖPNV ist der Fahrpreis. Schon heute sind normale Tickets etwa zur
1806 Hälfte öffentlich finanziert. Dennoch bestimmen komplizierte Tarifsysteme, undurchsichtige
1807 Übergangsregeln von Verkehrsverbund zu Verkehrsverbund und regelmäßige Preiserhöhungen das
1808 Bild. Wir wollen die ÖPNV-Nutzung einfacher und billiger machen, mit der Perspektive auf völlig
1809 fahrscheinlose Nutzung. Dazu gibt es verschiedene Finanzierungsmodelle, die gerechter und
1810 volkswirtschaftlich sinnvoller sind als der Verkauf von Einzeltickets. Muss für einzelne Fahrten nicht
1811 oder nur wenig gezahlt werden, wird das Mobilitätsangebot besser angenommen. Die Straßen werden
1812 entlastet, sodass für unverzichtbare verbleibende Individualfahrten sogar die Bedingungen besser
1813 werden.

1814 ***Was tun?***

- 1815 • *Einen solidarisch finanzierten, fahrscheinlosen ÖPNV*
1816 • *Anerkennung des ÖPNV als Pflichtaufgabe*
1817 • *Mehr Linien und kürzere Taktzeiten für Bus und Bahn in den Flächenkreisen*
1818 • *Die Fusion der einzelnen Betriebe innerhalb des VRR zu einem Nahverkehrsbetrieb*
1819 • *Landes- und Bundesfinanzierung zur Sanierung der U-Bahnhöfe*
1820 • *Kostenlose P&R-Plätze an Knotenpunkten, Busbahnhöfen und Bahnhöfen*
1821 • *Barrierefreiheit im ÖPNV, Orientierungshilfen für Sehbehinderte und Gehörlose*

1822 Schienenverkehr

1823 Die Schiene ist und bleibt eine der besten Möglichkeiten zum Transport großer Passagierzahlen und
1824 Gütermengen. Wir wollen das Schienennetz ausbauen und mehr Verkehr darauf verlagern. Die
1825 Ausschreibung von Schienenverkehrsleistungen, bei denen sich die Wettbewerber*innen vor allem auf
1826 Kosten des Personals unterscheiden können, lehnen wir als inakzeptables Lohndumping ab. Wir
1827 setzen uns ein für eine konsequente und frühzeitige Bürger*innenbeteiligung beim Neu- und Ausbau
1828 von Schienenstrecken für den Güterverkehr, Berücksichtigung von Lärmschutz und
1829 Sicherheitsaspekten. Der Güterverkehr muss auf die Schiene. Dazu sind unter anderem bei der
1830 Einrichtung von Güterlogistikzentren Schienenanschlüsse einzuplanen.

1831 *Was tun?*

- 1832 • *Mehr in Schieneninfrastruktur, Leit- und Sicherheitstechnik investieren*
- 1833 • *Alle Bahnhöfe barrierefrei machen*
- 1834 • *Neubau der Güterstrecke nach Antwerpen („Eiserner Rhein“) mit wenig Belastung für*
1835 *Wohngebiete und gutem Lärmschutz*
- 1836 • *Bessere Maßnahmen zur Lärminderung beim Schienengüterverkehr*
- 1837 • *Den Rhein-Ruhr-Express (RRX) von Dortmund nach Köln viergleisig ausbauen*
- 1838 • *Die Haltepunkte Köln-Mülheim, Mülheim an der Ruhr und Wattenscheid zum ständigen*
1839 *Systemhalt für den Rhein-Ruhr-Express (RRX) machen*
- 1840 • *Den Ausbau des Teilstücks im Bereich Düsseldorf-Kalkum/Duisburg im Sinne der*
1841 *Forderungen der Bürgerinitiativen*
- 1842 • *Zweispuriger Ausbau der Strecken Münster-Lünen und Münster-Rheda-Wiedenbrück,*
1843 *Elektrifizierung der Strecke Münster-Rheda-Wiedenbrück*
- 1844 • *Zusätzliche Sicherheitsstandards- und Vorkehrungen im höchsten Maße entlang der geplanten*
1845 *Betuwe-Linie und ähnlicher geplanter Güterstrecken nach niederländischem Vorbild*
- 1846 • *Alle Züge des Personenverkehrs müssen in ausreichendem Umfang Platz für Gepäck,*
1847 *Fahrräder, Kinderwagen und Rollstühle bieten*

1848 Luftverkehr

1849 Flugverkehr ist eine Umwelt und Anwohner*innen besonders belastende Verkehrsform. Wir wollen die
1850 verursachten Schäden begrenzen. DIE LINKE NRW setzt sich für mehr Bürger*innenbeteiligung beim
1851 Flugbetrieb ein. Nachtflüge lehnen wir ab, da sie für Anwohner*innen in den Flugschneisen zu nicht
1852 hinnehmbaren Ruhestörungen führen. Von Fluggesellschaften fordern wir realistischere Zeitpuffer bei
1853 Landungen, Starts und Umläufen, um die gesetzlich vorgeschriebenen Lande- und Startzeiten
1854 einzuhalten.

1855 *Was tun?*

- 1856 • *Kein weiterer Ausbau von Flughäfen in Leistungsumfang und Fläche*
- 1857 • *Keine Subventionierung des Flugverkehrs mehr durch die niedrige Kerosinsteuer*
- 1858 • *Mehr Lärmschutz bei Starts und Landungen mittels eines Fluglärmaktionsplans*
- 1859 • *Bürger*innenbeteiligung bei der Planung von Flugzeiten*
- 1860 • *Ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr*
- 1861 • *Linien- und Charterflüge über eine Distanz von weniger als 300 Kilometern werden nicht mehr*
1862 *genehmigt*

1863 **Radverkehr**

1864 Das Fahrrad ist ein Teil der Lösung für die Verkehrsprobleme in den Innenstädten. Die Stickoxid-Werte
1865 und die Lärmbelastigung überschreiten seit Langem alle Grenzwerte. Über 90 Prozent der Wege sind
1866 kürzer als 10 Kilometer. Fahrräder sind preiswert, ökologisch und benötigen weniger Geld und Raum
1867 für die Infrastruktur. Nur mit einem größeren Anteil an Fahrrädern können wir die notwendige
1868 Verkehrswende schaffen. Paris, London, Barcelona und New York setzen auf die Erfolge von
1869 Amsterdam und Kopenhagen. Wir wollen, dass der prozentuale Anteil von Fahrrädern am gesamten
1870 Verkehrsaufkommen deutlich erhöht wird. Dazu soll das Radverkehrsnetz und die Infrastruktur zur
1871 Erledigung von Fahrten mit dem Fahrrad einladen. Das Radfahren muss sicherer werden.

1872 ***Was tun?***

- 1873 • *Ausbau eines Radschnellwegenetzes in den Ballungsräumen NRWs*
- 1874 • *Alltagstauglichkeit des Radwegnetzes des Landes erhöhen, bessere Verknüpfung mit den*
1875 *regionalen und kommunalen Radwegenetzen*
- 1876 • *Ausbau von Fahrradständern, Ladestationen für E-Bikes und bewachten Radstationen an*
1877 *Bahnhöfen*
- 1878 • *Pilotprojekt mit kostenlosen Leihfahrrädern in einer Großstadt*

1879 **Wasserwege**

1880 Wasserwege als Transportwege zu nutzen, insbesondere für Güter, entlastet die Straßen. Hierbei darf
1881 aber nicht der Umwelt- und Naturschutz außer Acht gelassen werden.

1882 Neben allen ökologischen Problemen im Rhein und in den angrenzenden Gebieten werden Häfen mit
1883 geringen Investitionsmöglichkeiten und kleine Reedereien mit flussverträglichen Schiffen mit
1884 geringerer Fahrtiefe verdrängt, wenn alles auf eine Infrastruktur für Großanlagen gesetzt wird. Eine
1885 Fahrrinnen-Vertiefung des Rheins ist aus ökologischen Gründen abzulehnen.

1886 Noch immer sind Schiffsmotoren für einen hohen Anteil der Schadstoffbelastung in den Städten
1887 entlang der Flüsse verantwortlich. Damit die Binnenschifffahrt ihr Potential als ökologische Alternative
1888 zum Lkw-Verkehr ausschöpfen kann, muss der Abgasausstoß verringert werden.

1889 ***Was tun?***

- 1890 • *Verbesserung des Übergangs von anderen Verkehrswegen auf das Schiff*
- 1891 • *Keine Vertiefung natürlicher Gewässer*
- 1892 • *Förderung kleiner Reedereien und flussverträglicher Schiffstypen*
- 1893 • *Abgasnormen auch für Schiffe*
- 1894 • *Auflegung eines Forschungs- und Förderprogramms zur umweltfreundlichen Umrüstung von*
1895 *Schiffsmotoren*

1896 **9. Sport: Dabei sein können ist für alle wichtig**

1897 Sport gehört wie Bildung und Kultur zur gesellschaftlichen Teilhabe. Denn Sport bringt Lebensqualität,
1898 verbindet Menschen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung ihrer sozialen Beziehungen. Er
1899 fördert Selbstvertrauen und das Bewusstsein für die eigenen Fähigkeiten. Er fördert die Gesundheit
1900 und die Rehabilitation nach Krankheit und Verletzungen.

1901 Wir sehen die Hauptaufgabe der Sportförderung darin, den Zugang zu sportlicher Betätigung für Alle
1902 zu ermöglichen, nicht nur für einige Wenige. In den Städten und Gemeinden in NRW unterstützt DIE
1903 LINKE bereits jetzt Sportentwicklungspläne und Masterpläne Sport dort, wo diese darauf abzielen,

1904 allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, daran teilzuhaben. Finanzielle Kürzungen bei der
1905 Förderung des Breitensports lehnen wir ab. Sport ist eine öffentliche Aufgabe, der Zugang darf nicht
1906 privaten Gewinninteressen untergeordnet werden

1907 ***Was tun?***

- 1908 • *Sport als kommunale Pflichtaufgabe gesetzlich verankern*
- 1909 • *Stärkung der Sportförderung*
- 1910 • *Höhe der Mittel an den Landessportbund verbindlich ins Gesetz schreiben*
- 1911 • *Erhalt und Ausbau öffentlicher Sportanlagen*
- 1912 • *Erhöhung der Landesmittel für Neubau und Sanierung von Sportstätte*
- 1913 • *Höhere Übungsleiterpauschalen vor allem im Kinder- und Jugendbereich*
- 1914 • *Kostenlose Qualifizierungsmaßnahmen für Übungsleiter*innen*

1915 **Sich gemeinsam bewegen für ein besseres Miteinander**

1916 Sport liefert wertvolle Beiträge dazu, Brücken zwischen Menschen zu schaffen, Toleranz zu fördern
1917 und Vorurteile abzubauen. Er bietet Chancen für interkulturelle Verständigung und kann dazu
1918 beitragen, gesellschaftliche und geschlechtsspezifische Beschränkungen in Frage zu stellen und zu
1919 überwinden. Die positiven Auswirkungen des Sports auf die Förderung von Menschen mit
1920 Behinderungen sind unbestritten.

1921 Um diese Potentiale zu nutzen, wollen wir die bestehenden Projekte gegen Rassismus und Sexismus,
1922 für interkulturelle Arbeit, Inklusion und die Akzeptanz sexueller Vielfalt im Sport ausbauen und
1923 ergänzen. Dabei wollen wir die Zusammenarbeit mit dem Landessportbund stärken.

1924 ***Was tun?***

- 1925 • *Flächendeckend barrierefreie Sportanlagen*
- 1926 • *Förderung der Teilnahme von Geflüchteten am normalen Vereinssport*
- 1927 • *Gezielte Ansprache von Bevölkerungsgruppen die bislang unterrepräsentiert sind*
- 1928 • *Mehr Mittel für Projekte gegen Diskriminierung und Gewalt im Sport*
- 1929 • *Landesweites Programm gegen Homophobie im Sport*

1930 **Olympia: Eine Scheindebatte**

1931 Nachdem sich die Bevölkerung in Hamburg klar gegen olympische Spiele in der Hansestadt
1932 ausgesprochen hat, wird nun in NRW diskutiert, dieses Megaevent in unser Land zu holen. Die CDU
1933 macht kräftig Stimmung dafür. Die Landesregierung hat sich vorsichtiger, aber auch wohlwollend
1934 geäußert.

1935 Bei Licht betrachtet sind die Chancen einer erfolgreichen Olympiabewerbung aber bescheiden. Nicht
1936 zuletzt, weil der Deutsche Olympische Sportbund kein Interesse an dieser Bewerbung zeigt. Da das
1937 Thema derzeit gar nicht ansteht (das Bewerbungsverfahren für die Spiele 2028 startet erst 2019) ist
1938 klar, welchem Zweck die Debatte dient: Mit der Sportbegeisterung der Menschen in NRW soll
1939 Wahlkampf gemacht werden.

1940 Aber auch wenn die Aussicht auf Olympische Spiele in NRW irgendwann realistisch würde, sollte man
1941 skeptisch bleiben. Denn Olympia hat sich an praktisch allen bisherigen Austragungsorten als
1942 vergiftetes Geschenk erwiesen. Explodierende Kosten in Milliardenhöhe, untragbare Auflagen des
1943 Internationalen Olympischen Komitees, Korruptionsskandale, die Erfahrung, dass kaum etwas von
1944 dem geflossenen Geld in der Region bleibt und vieles mehr trüben die Freude über diese eigentlich
1945 schöne Veranstaltung.

1946 DIE LINKE ist der Auffassung, dass eine so folgenschwere Entscheidung jedenfalls nicht über die
1947 Köpfe der Menschen hinweg gefällt werden darf.

1948 ***Was tun?***

- 1949 • *Verzicht auf Olympiavorbereitungen zum jetzigen Zeitpunkt*
- 1950 • *Volksentscheid vor dem Start von Bewerbungsverfahren*
- 1951 • *Ausbau des Breitensportes statt Investitionen für Leuchtturmevents*

1952 **IV. Allen Menschen gute Bildung und Ausbildung garantieren**

1953 Der offene und gleichberechtigte Zugang zu Bildung ist ein im Grundgesetz verankertes
1954 Menschenrecht. Bildung bedeutet nicht nur Wissenserwerb und Qualifizierung. Vor allem für die etwa
1955 3 Millionen Kinder und Jugendlichen in NRW meint Bildung auch die Förderung ihrer persönlichen
1956 Talente und Interessen. Bildungseinrichtungen haben die Aufgabe, die jungen Menschen sensibel und
1957 respektvoll auf ihrem Weg zu kritischen und kritikfähigen, engagierten und friedlichen Erwachsenen zu
1958 begleiten.

1959 Viele der mehr als 250.000 Erzieher*innen, Lehrer*innen und Sozialarbeiter*innen in den Kitas und
1960 Schulen NRWs gehen täglich an ihre Grenzen, um den hohen Anforderungen gerecht zu werden. Die
1961 Arbeits- und Lernbedingungen sind in den Bildungseinrichtungen im Land allerdings höchstens
1962 ausreichend bis mangelhaft.

1963 NRW hat im Vergleich zu den anderen Bundesländern die schlechteste Versorgung mit Kita-Plätzen,
1964 die größten Schulklassen, die geringsten Haushaltsmittel pro Schüler*in und die wenigsten
1965 Hochschullehrer*innen pro Student*in.

1966 Bislang arbeiten immer mehr Beschäftigte zu niedrigen Löhnen und unsicheren Bedingungen, als
1967 Honorarkräfte ohne Sozialversicherung oder in Minijobs. Das ist ungerecht und schlecht für die
1968 Qualität der Bildungseinrichtungen. Wir wollen und brauchen gut qualifizierte Beschäftigte in
1969 unbefristeten, sozialversicherten Arbeitsverhältnissen.

1970 Unser Konzept lautet daher: Bessere Bildung für alle Menschen in NRW. Das heißt für uns: Gebäude
1971 sanieren und durch Neubauten erweitern. Personalausstattung den Bedürfnissen für gutes Lernen
1972 anpassen, individuelle Förderung für alle, statt Selektion und Benachteiligung, flächendeckend gute
1973 Ganztageseinrichtungen und umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderungen.

1974 **1. Kita: Kinder gebührenfrei und besser betreuen**

1975 Kinder brauchen für ihre Entwicklung vielfältige Anregungen, Spielmöglichkeiten und andere Kinder.
1976 Wichtige Ziele sind die freie Entfaltung der kindlichen Persönlichkeit, das soziale Lernen und das
1977 spielerische Erlernen demokratischer Werte. Dies beinhaltet die Gleichberechtigung der Menschen
1978 unabhängig von Geschlecht, sozialem Status oder Religion.

1979 Gelungene Integration beginnt in der Kita. Spracherwerb und das Lernen des Miteinanders ist am
1980 leichtesten in der Kita möglich.

1981 **Kitas als öffentliche Gemeinschaftseinrichtung für ein besseres Zusammenleben**

1982 Kitas begleiten Kinder in ihrer sozialen, sprachlichen und motorischen Entwicklung. Sie sollen aber
1983 auch die Integration verschiedener Milieus und Kulturen, sowie die Inklusion von Kindern mit
1984 Behinderungen unterstützen. Dazu brauchen wir flächendeckend Kitas als
1985 Gemeinschaftseinrichtungen, die nicht in privater Hand sind und sich nicht nur an ausgewählten
1986 soziale Milieus oder Religionsgruppen orientieren. Bislang gibt es nicht nur zu wenige Kitaplätze. Oft
1987 haben Eltern nur die Chance auf einen Platz in einer kirchlichen Kita oder bei einem privaten Träger.
1988 Vielfach ist dies mit zusätzlichen Gebühren verbunden.

1989 ***Was tun?***

- 1990 • *Kitas in öffentlicher und nicht in privatgewerbliche Hand ausbauen*
- 1991 • *Allen Kindern den Besuch in einer öffentlich kommunalen Kita ermöglichen*

1992 **Bessere Kitas sind gebührenfrei**

1993 Genau wie die Schulkinder müssen auch alle jüngeren Kinder Zugang zu gebührenfreien

1994 Bildungseinrichtungen erhalten. Das Ziel einer besseren und gerechten Kitapolitik ist ein

1995 gebührenfreies System, denn Bildung ist keine Ware und Vorschulzeit ist auch Bildungszeit.

1996 Was sich ganz schnell ändern muss: Alle Kommunen erheben je nach Kassenlage unterschiedliche

1997 und teilweise sehr hohe Gebühren. Während beispielsweise in Münster bei einem Elterneinkommen

1998 bis 37.000 Euro im Jahr gar keine Gebühren anfallen, müssen Eltern in Duisburg mit 40.000 Euro

1999 Einkommen bereits 252 Euro an Gebühren zahlen (für Kinder unter 2 Jahren bei 45 Stunden). In den

2000 Ruhrgebietsstädten sind die Kitagebühren bei den mittleren Einkommen am höchsten.

2001 DIE LINKE tritt für die sofortige Abschaffung der Kita-Gebühren ein. Was in Rheinland-Pfalz und Berlin

2002 geht, darf den Familien in Nordrhein-Westfalen nicht vorenthalten werden. Das Land muss die dafür

2003 notwendigen Kosten tragen. Die Kommunen müssen zu diesem Zweck einen Finanzausgleich erhalten.

2004 Solange es noch Kitagebühren gibt, müssen diese landesweit einheitlich, sozial gestaffelt und in der

2005 Höhe strikt gedeckelt sein.

2006 ***Was tun?***

2007 • *Gebührenfreie Kitas für alle Kinder in NRW*

2008 • *Finanzausgleich für die Kommunen*

2009 • *Schnelle Aufstockung der Kita-Finanzierung zur Verbesserung der Qualität*

2010 **Statt Tagespflege als Notlösung Kitas bedarfsgerecht ausbauen**

2011 Obwohl seit 2013 alle Kinder einen Rechtsanspruch haben, fehlen in NRW noch immer über 100.000

2012 Kitaplätze für Kinder unter 3 Jahren. Gerade in den ärmeren Städten und Gemeinden werden immer

2013 mehr Kinder in der Tagespflege statt in der Kita untergebracht. Tagespflege durch Einzelpersonen in

2014 der Privatwohnung kann mit einer viel zu kurzen Qualifizierung von 160 Stunden und ohne

2015 verbindliche Qualitätsstandards kein Ersatz für einen Kitaplatz sein. Großtagespflegeeinrichtungen

2016 müssen dringend in Kitas mit pädagogischen Standards und sozialer Absicherung für die

2017 Beschäftigten umgewandelt werden. Tagesmütter sollen im Rahmen einer Ausbildungsinitiative für

2018 Erzieher*innen Weiterbildungsangebote erhalten.

2019 ***Was tun?***

2020 • *Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz für jedes Kind in jeder Altersgruppe umsetzen*

2021 • *Ausbildungsinitiative für Erzieher*innen, Weiterbildungsangebote für Tagesmütter*

2022 • *Tagespflegeplätze ab sofort schrittweise in Kitaplätze umwandeln*

2023 • *Flächendeckend ausreichend kommunale Kita-Plätze anbieten*

2024 **Mehr Personal für verlässliche Zeiten und bessere Qualität**

2025 Es fehlen nicht nur Kitaplätze, sondern es herrscht auch großer Personalmangel in den bereits

2026 vorhandenen Einrichtungen. Die Kitas benötigen dringend zusätzliche Erzieher*innen für kleinere

2027 Gruppen, um eine kindgerechte Betreuung zu gewährleisten und die Beschäftigten zu entlasten.

2028 Die Erzieher*innen benötigen mehr Zeit für Vorbereitung, Dokumentation und Elterngespräche. In den

2029 Kitas mangelt es an Fachpersonal, etwa für Sprachförderung und Musikerziehung.

2030 Es muss verlässliche Öffnungszeiten geben, auch in den Sommerferien. Für Sonderfälle und

2031 Notsituationen sollen Betreuungskonzepte über die Regelzeiten hinaus gefunden werden.

2032 Mehrwöchige Schließzeiten im Sommer sind eine unnötige Belastung der Familien.

- 2033 **Was tun?**
- 2034 • *Kleinere Gruppen und mehr Fachpersonal für besondere Aufgaben*
- 2035 • *Mehr Arbeitszeit für Vorbereitung, Dokumentation und Weiterbildung*
- 2036 • *Keine Sommerschließzeiten, sondern flexible Urlaubszeiten*
- 2037 • *Flächendeckend verlässliche Öffnungszeiten ab 6 und bis 18 Uhr*

2038 **Ein neues Gesetz für bessere Finanzierung der Kitas**

2039 Viele der Qualitätsmängel der Kitas haben ihren Ursprung im Kinderbildungsgesetz KiBiZ. Eingeführt
 2040 von der CDU-FDP Regierung im Jahr 2008 und trotz aller Ankündigungen kaum verändert durch SPD-
 2041 Grüne ist das KIBIZ vor allem ein Kostensenkungsgesetz zu Lasten der Kinder, der Beschäftigten und
 2042 der Eltern.

2043 Die Fachkraft-Kind-Relation ist zu niedrig und mit den Kindpauschalen hält das KiBiZ an einem
 2044 überholten Finanzierungssystem fest. Daher wollen wir ein neues Kindertagesbetreuungsgesetz
 2045 gemeinsam mit Eltern und Beschäftigtenvertretungen entwickeln, welches bestehende
 2046 gewerkschaftliche Vorstellungen dazu aufgreift (Vorschlag für ein Gesetz zur Erziehung und Bildung in
 2047 Tageseinrichtungen für Kinder (GEBT) der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di).

2048 **Was tun?**

- 2049 • *Feste Gruppenfinanzierung statt Kindpauschalen*
- 2050 • *Übernahme der tatsächlich anfallenden Kosten durch das Land*
- 2051 • *Feste unbefristete Arbeitsverträge für Kita-Beschäftigte*

2052 **2. Schule: Für weniger Druck und bessere Förderung sorgen**

2053 In vielen Ländern Europas sind die Schulen besser ausgestattet als bei uns. Wir finden, dass auch die
 2054 3 Millionen Kinder und Jugendlichen in NRW bessere Schulen verdient haben.

2055 Die Landesregierung hat bereits 2011 in Folge der Bildungskonferenz versprochen, dass in allen
 2056 Schulformen und Schulstufen bis 2020 flächendeckend der gebundene, also gebührenfreie Ganzttag
 2057 eingeführt wird. Bislang ist der gebundene Ganzttag nur in Gesamtschulen und Sekundarschulen
 2058 verbreitet, in anderen Schulformen findet der Ausbau nur tröpfchenweise statt, an der Grundschule
 2059 gar nicht. Die Landesregierung hat weder ein Gesamtkonzept noch einen Finanzplan für den Ausbau
 2060 erstellt. Der Bedarf nach Ganzttagsschulen wächst, doch bisher führt der Personal- und Raummangel
 2061 meist nur zu halbgaren Notlösungen.

2062 Jetzt wird es dringend Zeit: Ab sofort müssen die Schulen mit zusätzlichem Personal und Gebäuden für
 2063 den Ganzttag ausgestattet werden müssen. Dazu gehören auch gesundes Essen, Sport- und
 2064 Grünanlagen, Freizeiträume und Arbeitsplätze für die Lehrer*innen. Dafür muss viel Geld in die Hand
 2065 genommen werden. Investitionen in Bildung sind aber für DIE LINKE unerlässliche Investitionen in die
 2066 Zukunft.

2067 **Bessere Grundschulen mit gebührenfreiem Ganzttag**

2068 Der dringendste Handlungsbedarf besteht bei den 2.800 Grundschulen im Land. Echte
 2069 Ganzttagsschulen gibt es fast keine. Nur etwa 40 Prozent der Grundschul Kinder erhalten einen Platz im
 2070 gebührenpflichtigen sogenannten „offenen Ganzttag“. Dieser wird von Vereinen an einem Teil der
 2071 Grundschulen als Nachmittagsbetreuung mit höchst unterschiedlicher Qualität organisiert.

2072 Die meisten Mitarbeiter*innen im „offenen Ganzttag“ haben schlecht bezahlte, unsichere Jobs. In
2073 vielen Schulen erhalten Kinder nur dann einen Platz, wenn die Eltern umfassende Berufstätigkeit
2074 nachweisen. Der „offenen Ganzttag“ ist heute für alle Beteiligten in hohem Maß belastend und muss
2075 ausgebaut und schrittweise zum gebundenen Ganzttag umgewandelt werden, wie es die
2076 Bildungskonferenz 2011 bereits vereinbart hat.

2077 ***Was tun?***

- 2078 • *Elternbeiträge für den offenen Ganzttag streichen, da Schule gebührenfrei sein muss*
- 2079 • *Ausbau der vorhandenen Plätze, damit jedes Kind bei Bedarf einen Platz erhält*
- 2080 • *Qualifizierte Erzieher*innen und Lehrer*innen im Ganzttag*
- 2081 • *Ausbau der gebundenen Ganzttagsschulen ab sofort, Flächendeckung 2020*
- 2082 • *Für Groß und Klein: Nach 16 Uhr muss Feierabend sein*

2083 Wenn Schüler*innen von 8 bis 16 Uhr in der Schule sind, ändert sich das Lernen. Richtige
2084 Ganzttagsschulen kennen keine Hausaufgaben, denn die Zeiten für Übungen und Training liegen
2085 während der Schulanwesenheitszeit im Ganzttag. Am Ende des Schultags gilt: Alle Bücher, Hefte, und
2086 Materialien bleiben in der Schule.

2087 Die Wirklichkeit sieht für die Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern an vielen Schulen noch anders
2088 aus. Es gibt weiterhin die klassischen Hausaufgaben.

2089 Seit der Bildungskonferenz 2011 hat das Land die Aufgabe, die Schulen bei der Umwandlung zum
2090 rhythmisierten Lernen im Ganzttag zu unterstützen. Hausaufgaben, die noch am Abend und am
2091 Wochenende erledigt werden müssen, sind purer Stress für Kinder und Familien.

2092 ***Was tun?***

- 2093 • *Alle Schulen müssen verlässlich von 8 bis 16 Uhr arbeiten*
- 2094 • *Nach 16 Uhr und am Wochenende haben die Schüler*innen und Familien Freizeit*
- 2095 • *Übungsaufgaben werden in die Schulzeit integriert*
- 2096 • *Schulmaterial bleibt in der Schule, keine täglichen schweren Tornister mehr*

2097 **Freizeit in der Schule mit Partnern gemeinsam gestalten**

2098 Bessere Schulen und weniger Stress für Schüler*innen und ihre Familien bedeutet, dass ein Teil der
2099 Freizeitaktivitäten in den Schultag integriert ist. Die Musikschule, Sportvereine, Theater oder
2100 Kunstprojekte sowie über den Unterricht hinausgehende Angebote, wie Wissenschaftsprojekte,
2101 Arbeitsgruppen und Debattierklubs werden in die Schule hineingeholt und entwickeln in fester
2102 Zusammenarbeit mit den Lehrer*innen und Erzieher*innen ein vielfältiges Angebot.

2103 Damit ein solches Angebot flächendeckend entstehen kann, muss die Landesregierung endlich die
2104 bereits versprochenen Mittel für die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und außerschulischen
2105 Partnern bereitstellen. Dazu gehört auch, dass für solche Angebote keine zusätzlichen Gebühren
2106 erhoben werden.

2107 ***Was tun?***

- 2108 • *Start und Finanzierung umfassender Zusammenarbeit von Schulen und Partnern*
- 2109 • *Gebührenfreie Angebote: Jedem statt nur manchem Kind ein Instrument*
- 2110 • *Sport und Kultur im Ganzttag statt Terminstress und Elterntaxi*

2111 **Bessere Sozialarbeit für alle Schulen**

2112 Die vorübergehende Finanzierung der Schulsozialarbeit durch die Landesregierung läuft 2017 aus. Die
2113 Schulsozialarbeit muss dringend als feste Aufgabe der Schulen mit einem ausreichenden Schlüssel zur
2114 Schüler*innenzahl ins NRW-Schulgesetz aufgenommen werden.

2115 Die Dienstaufsicht soll bei den Schulleitungen, die Fachaufsicht bei den Jugendämtern liegen, damit
2116 die Sozialpädagog*innen von der Schulleitung unabhängige Ansprechpartner*innen sein können.
2117 Gleichzeitig wären damit die Sozialpädagog*innen feste Größen in einem Kollegium. Sie arbeiten unter
2118 den Bedingungen der Tarifbindung (TV-L) und Personalvertretung nach dem
2119 Landespersonalvertretungsgesetz.

2120 ***Was tun?***

- 2121 • *Schulsozialarbeit fest im Schulgesetz mit ausreichendem Schlüssel verankern*
- 2122 • *Finanzierung sichern für feste Stellen als Landesbeschäftigte mit Tarifbindung*

2123 **Schulen demokratisch gestalten**

2124 Autonomie und Demokratie spielen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine wichtige
2125 Rolle. Schüler*innen sollen von Anfang an lernen, ihr Zusammenleben und ihr Lernen selbst zu
2126 gestalten. Das gilt für die Inhalte wie für die Formen des Lernens. Projektorientierung und die
2127 Überwindung von Klassen- und Altersgrenzen sind wichtige Schritte für eine Selbstorganisation des
2128 Lernprozesses. Arbeitsgemeinschaften, die von Schülerinnen und Schülern selbst initiiert werden,
2129 sollen gezielt gefördert werden.

2130 ***Was tun?***

- 2131 • *Entscheidungsstrukturen der Schulen demokratischer gestalten*
- 2132 • *50 Prozent Stimmen in der Schulkonferenz den Schüler*innen*
- 2133 • *Schüler*innenvertretungen zugestehen, sich mit allen Belangen befassen zu dürfen*

2134 **Schluss mit Stress durch Noten, Zeugnisse und Sitzenbleiben**

2135 Bereits Grundschulkinder leiden zunehmend darunter, doch für Jugendliche wird es vor allem an den
2136 Gymnasien zum Normalzustand: Schule bedeutet immer mehr Lernstress bis in den Abend, Angst vor
2137 Noten und Zeugnissen und Sorgen um die Zukunft. Immer mehr Schüler*innen werden krank durch
2138 Stress.

2139 Die UN-Kinderrechtskonvention garantiert das Recht auf Freizeit und Spiel. Wir nehmen die
2140 Diskussion um die Kinderrechte und die Warnungen der Pädagog*innen und Mediziner*innen ernst.

2141 Ebenso wie die Schulforschung und die Bildungswissenschaft wollen auch wir das unzureichende
2142 System der Ziffernnoten überwinden. An ihre Stelle sollen individuelle Beurteilungen treten, die
2143 Fähigkeiten beschreiben und Lernfortschritte berücksichtigen. Ziffernnoten soll es nur noch für die
2144 Abschlusszeugnisse geben, solange diese notwendig für den weiteren Werdegang in Ausbildung oder
2145 Studium sind.

2146 ***Was tun?***

- 2147 • *Individuelle Beurteilungen von Fähigkeiten und Lernfortschritten statt Ziffernnoten*
- 2148 • *Stress und Leistungsdruck abbauen und eigene Motivation fördern*
- 2149 • *„Sitzenbleiben“ abschaffen (Bildungskonferenz 2011)*
- 2150 • *„Kultur des Behaltens“ entwickeln (gemäß Bildungskonferenz 2011)*
- 2151 • *Jahrgangswiederholung nur auf Antrag der Schüler*innen*

2152 • *Schüler*innen gezielt fördern*

2153 **Besser lernen in einer gemeinsamen Schule**

2154 Alle Studien zeigen, dass das mehrgliedrige NRW-Schulsystem im internationalen Vergleich wenig
2155 Chancengleichheit bietet, sozial und ethnisch stark selektiv ist. In erschreckend hohem Maße sind in
2156 NRW insbesondere Kinder aus armen Familien und Kinder aus Migrantenfamilien betroffen.

2157 Wir wollen das Schulsystem weiterentwickeln zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder von der
2158 ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform. Diese Schule bezieht alle Schulformen, auch
2159 Förderschulen und Gymnasien, ein. Die gemeinsame Schule orientiert sich an den individuellen
2160 Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler. Sie ist inklusiv und sozial ausgleichend. Diese
2161 Schule ist jahrgangsübergreifend, fördernd und kennt keine Ziffernnoten. Sie fördert das soziale
2162 Miteinander und den Spaß am Lernen.

2163 ***Was tun?***

- 2164 • *Individuelle Förderung und Rücksicht auf die persönliche Entwicklung*
- 2165 • *Mehr jahrgangsübergreifendes Lernen*
- 2166 • *Klassen auf 20 Schüler*innen verkleinern*
- 2167 • *Teamteaching insbesondere zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen*
- 2168 • *Schulen in NRW schrittweise zu besseren gemeinsamen Schulen umbauen*

2169 **Gesamtschulen dem realen Bedarf anpassen**

2170 Am nächsten kommen die Gesamtschulen der Idee und Praxis einer besseren gemeinsamen Schule.
2171 Statt jährlich mehr als 5.000 Kinder in NRW wegen Platzmangel abzuweisen sollten die
2172 Gesamtschulen sofort ausgebaut und weiterentwickelt werden. Der Landtag soll schnellstmöglich
2173 allen Kindern einen Rechtsanspruch auf einen Gesamtschulplatz gewähren und die Kommunen beim
2174 bedarfsdeckenden Ausbau der Gesamtschulen unterstützen.

2175 ***Was tun?***

- 2176 • *Einen Rechtsanspruch für einen Platz in einer Gesamtschule für jedes Kind*
- 2177 • *Ausbau der Gesamtschulen vor Ort nach Bedarf mit Unterstützung vom Land NRW*

2178 **Schulzeitverkürzung (G8) an Gymnasien sofort zurücknehmen**

2179 Wir setzen uns für den gemeinsamen Besuch einer Schule für alle Kinder bis zur 10. Klasse nah am
2180 Wohnort ein. Für den weiteren schulischen Bildungsweg sollen Oberstufenzentren eingerichtet
2181 werden.

2182 Heute jedoch besuchen rund 40 Prozent aller Schüler*innen in NRW ein Gymnasium und müssen dort
2183 das „Turboabitur“ in 8 statt 9 Jahren machen (G8). Verbessert wurden hierfür weder die
2184 Lernbedingungen an den Schulen noch die Lehrpläne. Der Druck seitens der Betroffenen auf die
2185 Landesregierung ist groß, diese Verkürzung zurückzunehmen. Doch SPD und Grüne zeigen sich
2186 bislang uneinsichtig.

2187 ***Was tun?***

- 2188 • *Die Schulzeitverkürzung auf 8 Jahre muss sofort zurückgenommen werden*
- 2189 • *Das Land muss die Schulen in erforderlichem Maß bei der Umstellung unterstützen*
- 2190 • *Neueinstellungen von Lehrer*innen sind ein positiver Nebeneffekt*

2191 **Oberstufe und Berufskolleg gemeinsam zur besseren Sekundarstufe II entwickeln**

2192 Was in vielen Städten bereits aus der Not geboren wurde, sollte zu einer besseren Schule ab dem 11.
2193 Jahrgang weiterentwickelt werden: Oberstufenzentren mit einem breiten Fächerangebot, die mit
2194 mehreren Schulen der Sekundarstufe I vor Ort kooperieren.

2195 In der Oberstufe steht die Vorbereitung auf den Beruf mit dem Setzen persönlicher Schwerpunkte im
2196 Mittelpunkt. Dafür muss es eine Mindestgröße geben, die Wahlmöglichkeiten in einem breiten
2197 Fächerangebot ermöglicht.

2198 Mit Oberstufenzentren kann zudem die mit dem Rückgang der Schüler*innenzahlen entstandene
2199 Versorgungslücke im ländlichen Raum geschlossen werden.

2200 Zukünftig sollen diese Oberstufenzentren mit den Berufskollegs zu einem umfassenden System der
2201 Sekundarstufe II verbunden werden.

2202 ***Was tun?***

- 2203 • *Gemeinsame Oberstufenzentren für jeweils mehrere Sekundarstufe-I-Schulen einrichten*
- 2204 • *Eine Mindestgröße von Oberstufen festlegen, die ein breites Fächerangebot ermöglicht*

2205 **Inklusion in Regelschulen braucht Ziel, Konzept und viel mehr Personal**

2206 Zwar hat sich die rot-grüne Landesregierung die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den
2207 Regelschulen auf die Fahne geschrieben, in der Praxis ist aber die Umsetzung bisher gescheitert.

2208 Es fehlen klare Zielbestimmungen und ein Umsetzungskonzept, Qualitätskriterien für die Schulen und
2209 eindeutige Aufgabenstellungen für die Sonderpädagog*innen in den Regelschulen.

2210 Vor allem aber stellt das Land NRW den Schulen viel zu wenige Lehrer*innen zur Verfügung, um dem
2211 Anspruch der Inklusion auch nur im Ansatz gerecht zu werden. Hinzu kommen mangelhafte Gebäude
2212 und fehlende Mittel für Hilfsmittel und Materialien.

2213 Durch das Nebeneinander von Inklusion in Regelschulen und Förderschulen wird die
2214 Ressourcenknappheit durch organisatorische Probleme weiter verschärft. Der Umstellungsprozess
2215 von Förderschule zur Regelschule wird derzeit nicht beherrscht. Darunter leiden alle Beteiligten: Die
2216 Schüler*innen mit Behinderungen und deren Familien und die Lehrer*innen spüren die Probleme am
2217 stärksten.

2218 Dass SPD und Grüne im einwohnerreichsten Bundesland der Republik die Inklusion ohne klares
2219 Konzept und Finanzierung angegangen sind, hat auch dem Inklusionsgedanken insgesamt geschadet.

2220 ***Was tun?***

- 2221 • *Garantie auf einen Platz im gemeinsamen Unterricht*
- 2222 • *Qualitätskriterien für guten inklusiven Unterricht*
- 2223 • *Eine Doppelbesetzung für Klassen im inklusiven Unterricht*
- 2224 • *Mindestens 9.000 Lehrstellen zusätzlich für den Inklusionsprozess*
- 2225 • *Integration der Sonderpädagogen in das jeweilige Kollegium der Regelschulen*
- 2226 • *Ausweitung und bessere Ausstattung des Schulversuches PRIMUS*
- 2227 • *Umwandlung der Förderschulen in Orte des Lernens und Förderns*

2228 Inklusive Klassen sollen die in einem ersten Schritt auf 20 Schülerinnen und Schüler bei vier Kindern
2229 im Förderbedarf gemäß AO-SF Verfahren beschränkt werden und eine zweite Lehrer*innenstelle zur
2230 Verfügung gestellt bekommen. Für diese Klassen muss es klare Qualitätsstandards geben.

- 2231 ***Was tun?***
- 2232 • *Aus- und Weiterbildungsprogramm für 1.000 Sonderpädagog*innen pro Jahr*
- 2233 • *Lehrer*innen werden zur Hälfte ihrer Stunden freigestellt für die Weiterbildung*
- 2234 • *Förderzentren zur Unterstützung der Regelschulen bei der Entwicklung zur inklusiven Schule*

2235 **Bessere Schulen integrieren kulturelle Vielfalt und Mehrsprachigkeit**

2236 Rund 30 Prozent aller Schüler*innen in NRW haben einen Migrationshintergrund. Sie haben damit
2237 einen wesentlichen Anteil an der Zukunft unserer Gesellschaft. Kinder mit mehreren Sprachen und
2238 solche, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, werden bislang nicht ausreichend gefördert und mit
2239 ihren besonderen Fähigkeiten unterstützt. Dabei kann kulturelle und sprachliche Vielfalt als Chance
2240 und Bereicherung verstanden werden. Gezielte und allgemeine Sprachförderung muss für alle Kinder
2241 mit entsprechendem Bedarf ausgebaut werden, unabhängig von Herkunft und Muttersprache.
2242 Muttersprachlicher Unterricht sollte in den Grundschulen für mehrsprachige Kinder in der Form von
2243 Ergänzungsunterricht und für alle in weiterführenden Schulen als offene Fremdsprachenangebote
2244 gefördert werden.

2245 ***Was tun?***

- 2246 • *Förderung der Sprachkenntnisse in einem für alle offenen Ergänzungsunterricht*
- 2247 • *Fortbildung der Lehrkräfte mit den Fächern Deutsch als Zweitsprache und Deutsch als*
2248 *Fremdsprache*
- 2249 • *Zweisprachige Alphabetisierung in der Grundschule, wie bereits in Modellen erprobt*

2250 **Geflüchtete Kinder und Jugendliche in Schulen besser unterstützen**

2251 Derzeit werden geflüchtete Kinder in NRW erst beschult, wenn sie einer Kommune endgültig
2252 zugewiesen wurden und dort ihren Wohnsitz haben. Diese Praxis widerspricht der von Deutschland
2253 unterschriebenen UN-Erklärung über die Menschenrechte der Kinder und ist damit rechtswidrig.

2254 Besonders integrationsfeindlich ist der neue Erlass zur Beschulung von geflüchteten Jugendlichen: Mit
2255 ihrem 18. Lebensjahr endet derzeit ihre Beschulung - auch am Berufskolleg, falls sie bis dahin nicht
2256 bereits eine duale Ausbildung oder eine Fachschulausbildung aufgenommen haben. Das hindert sie
2257 vielfach daran, ihre Deutschkenntnisse in den Seiteneinsteigerklassen zu vervollständigen.

2258 Auch eine Integration in Regelklassen gemäß dem erreichten Wissensstand ist oft hinderlich, da die
2259 geflüchteten Kinder dann viel älter als ihre Mitschüler*innen sind. Für diese Gruppen müssen andere,
2260 altersadäquate Lernangebote gefunden werden, die ihrem Lernstand, aber vor allem ihrem
2261 Reifeprozess und ihren Fähigkeiten und beruflichen Interessen entsprechend gestaltet werden.

2262 ***Was tun?***

- 2263 • *Beschulung von geflüchteten Kindern von Anfang an*
- 2264 • *Schulbesuch für geflüchtete Jugendliche bis zum Ende eines ersten Schulabschlusses*
- 2265 • *Einrichtung von speziellen Klassen für geflüchtete Jugendliche gemäß ihrem Lernstand*

2266 **Bessere Bildung ohne bekenntnisorientierten Religionsunterricht**

2267 Wir setzen uns für Religionsfreiheit und für die klare Trennung von Religionsgemeinschaften und Staat
2268 ein. Religionsfreiheit kann nicht bedeuten, dass man nur zwischen verschiedenen großen
2269 Religionsgemeinschaften wählen kann. Tatsächliche Religionsfreiheit ist erst gegeben, wenn es keine
2270 institutionelle Förderung ausgewählter Religionsgemeinschaften und ihrer Organisationen durch den
2271 Staat gibt.

2272 Normen und Werte, gesellschaftspolitische und philosophische Fragen sollten in Schulen in einem
2273 gemeinsamen Unterrichtsfach thematisiert werden. Wir wollen alle Kinder und Jugendlichen
2274 mitnehmen und niemanden diskriminieren. Der gemeinsame religionsübergreifende Unterricht wäre
2275 ein wichtiger Beitrag zur Integration. Das Verbindende und das Kennenlernen verschiedener
2276 Weltanschauungen und Religionen sollte im Mittelpunkt stehen, nicht das Trennende.

2277 Bisher ist das Schulfach „Praktische Philosophie“ in der 5. bis 10. Klasse bzw. Philosophie in der
2278 Oberstufe lediglich Ersatzfach für das Pflichtfach Religion. Die geltenden Philosophie-Lehrpläne wären
2279 viel besser geeignet für einen gemeinsamen Unterricht zum Thema Ethik, Religionen und
2280 Weltanschauungen.

2281 Wir fordern LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames Schulfach.

2282 ***Was tun?***

- 2283 • *LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als reguläres Fach für alle Schüler*innen*
- 2284 • *Schule muss Eltern und Schüler*innen darüber informieren, dass die Abmeldung vom*
2285 *konfessionellen Religionsunterricht jederzeit möglich ist*
- 2286 • *Unterschiedliche Religionen und Weltanschauungen zusammen kennenlernen*
- 2287 • *Garantie auf bekenntnisorientierten Unterricht aus der Landesverfassung streichen*

2288 **Sponsoring und Lobbyismus an den Schulen zurückdrängen**

2289 Da es an den Schulen in NRW seit Jahren an Vielem mangelt, haben Lobbyverbände, aber auch
2290 einzelne Wirtschaftsunternehmen und andere Interessengruppen ein leichtes Spiel, Einfluss auf die
2291 Schulen zu nehmen. Sie stellen zum Teil Lehr- und Unterrichtsmaterial kostenlos zu Verfügung bis hin
2292 zu ganzen Klassensätzen von Laptops. Das geht zum Teil einher damit, dass sie "kompetente
2293 Experten" in den Unterricht schicken, die dann zum Beispiel aus der Sicht des eigenen Unternehmens
2294 oder Interessenverbands zu wirtschaftspolitischen Themen Positionen erläutern können.

2295 Eine andere Folge des Mangels an Geld und Personal ist die deutliche Zunahme der kommerziellen
2296 Anbieter*innen von Nachhilfe. Hier konnte in den vergangenen Jahren ein riesiger Markt entstehen,
2297 obwohl es eigentlich Aufgabe der Schulen sein müsste, Schüler*innen so zu fördern, dass sie nicht
2298 nach der Schule noch Nachhilfe in Anspruch nehmen müssen.

2299 Besonders sichtbar wird der Mangel an Geld und Personal in Zusammenhang mit dem
2300 Unterrichtsausfall. Dieser wird in der Statistik des Schulministeriums zwar immer wieder
2301 heruntergespielt, tatsächlich hat aber eine Untersuchung des Landesrechnungshofs und auch
2302 Stichproben von Elternverbänden gezeigt, dass der Unterrichtsausfall in NRW erheblich ist.

2303 Schließlich sind auch viele Schulgebäude in einem schlechten baulichen Zustand, viele
2304 Toilettenanlagen sind dringend sanierungsbedürftig. Es fehlt an geeigneten Räumen für den Ganzttag,
2305 an Mensen, Fachräumen und Turnhallen.

2306 ***Was tun?***

- 2307 • *Investitionsprogramm für Schulsanierung und Schulneubau (siehe auch III.2) im Umfang von 1*
2308 *Milliarde Euro pro Jahr*
- 2309 • *7.500 zusätzliche Lehrer*innen (Erhöhung der Stellen um 5 Prozent) zur Verbesserung der*
2310 *Unterrichtsqualität und zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls*
- 2311 • *Erhöhung der Sätze für Lehr- und Lernmittel im Rahmen des Inflationsausgleichs der*
2312 *vergangenen 14 Jahre*

- 2313 • *Vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit und damit Abschaffung der Eigenanteile für*
- 2314 *Schulbücher und Taschenrechner*
- 2315 • *Wirtschaftsunternehmen und Interessenverbände dürfen keinen Einfluss auf die*
- 2316 *Schulgestaltung und Unterrichtsinhalte nehmen*
- 2317 • *Nutzung von Open Source*
- 2318 • *Verbot von Herstellerpräferenzen und Kaufzwang; Erstellung von Anforderungsprofilen für*
- 2319 *Lernmittel ausschließlich anhand technischer Daten*

2320 **3. Ausbildungsplätze: Mangel beseitigen und Qualität verbessern**

2321 *„Allen Jugendlichen ist die umfassende Möglichkeit zur Berufsausbildung und Berufsausübung zu*

2322 *sichern.“*

2323 Landesverfassung NRW, Artikel 6

2324 Die Notwendigkeit einer qualifizierten Berufsausbildung ist unbestritten. Dennoch haben in NRW

2325 immer noch fast eine Million der 20-29jährigen keinen beruflichen Abschluss (IT NRW). Immer noch

2326 sinkt die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen und die Zahl der vergeblich nach einer Ausbildung

2327 Suchenden bleibt weiterhin hoch.

2328 Im „Ausbildungskonsens NRW“ wurde 1996 versprochen: „Jeder junge Mensch in NRW, der

2329 ausgebildet werden will, wird ausgebildet.“ 20 Jahre später ist das Versprechen immer noch nicht

2330 eingelöst. Es besteht weiterhin ein deutlicher Bewerber*innenüberhang. Auf 100 Ausbildungsstellen

2331 kommen derzeit 120 Bewerber*innen (BA-Regionaldirektion NRW, Presseinfo vom 28.4.2016).

2332 Den Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen haben die landesweiten und örtlichen Programme,

2333 wie „Kein Abschluss ohne Anschluss“ oder „Neues Übergangssystem Schule – Beruf“) trotz aller

2334 Bemühungen der Beteiligten nicht beseitigen können.

2335 **Ausbildungsqualität im dualen System verbessern**

2336 Angeboten wurden 2015 in NRW rund 120.000 Ausbildungsplätze und damit erneut weniger als im

2337 Vorjahr. Dem Angebot standen etwa 140.000 Bewerber*innen gegenüber. Das Bundesinstitut für

2338 Berufsbildung (BIBB) fasst diesen Personenkreis mit den „Ausbildungsinteressierten“ zusammen, die

2339 ihren Vermittlungswunsch bereits vor dem Stichtag 30.9. aufgegeben haben. Insgesamt suchten

2340 demnach 2014 in NRW fast 200.000 Jugendliche eine Lehrstelle (BIBB-Datenreport 2016). Die Lücke

2341 zwischen Angebot und Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist also noch erheblich größer als

2342 öffentlich dargestellt.

2343 Von allen ausbildungsinteressierten jungen Leuten erhielten nur knapp 60 Prozent eine

2344 Ausbildungsstelle, dies ist nach Berlin die niedrigste Einmündungsquote aller Bundesländer. Zur

2345 Ausbildungsmisere trägt zudem die hohe Quote aufgelöster Verträge bei. Häufig sind schlechte

2346 Ausbildungsbedingungen der Grund für Vertragsauflösungen. Ebenfalls trägt zur Misere bei, dass nur

2347 noch knapp ein Viertel aller NRW-Betriebe ausbildet und die Ausbildungsqualität zum Teil ungenügend

2348 ist.

2349 ***Was tun?***

- 2350 • *Wer nicht ausbildet, soll zahlen! NRW muss sich dafür einsetzen, dass auf Bundesebene*
- 2351 *endlich eine Ausbildungsplatzumlage eingeführt wird*
- 2352 • *Einsetzung unabhängiger „Inspekteur*innen“, welche die betriebliche Ausbildungsqualität*
- 2353 *überprüfen und Betriebe beraten*

2354 **Kapazitäten im schulischen Berufssystem ausbauen**

2355 Das Gros der Schüler*innenschaft im vollzeitschulischen System wird ausgebildet an
2356 berufsqualifizierenden Schulen für Gesundheits-, Sozial- und Erziehungsberufe. Deren
2357 Ausbildungsplatzangebot stagniert seit über einem Jahrzehnt. Viele junge Leute, die an einer
2358 Ausbildung in diesen Berufen interessiert sind, müssen abgewiesen werden. Das hat zur Folge, dass
2359 der weiterhin steigende Bedarf an Fachkräften nicht gedeckt werden kann. Dabei werden
2360 Erzieher*innen, Kranken- und Altenpfleger*innen und auch verschiedene andere Fachkräfte dringend
2361 gebraucht.

2362 ***Was tun?***

- 2363 • *Die Ausbildungskapazität für Gesundheits-, Sozial und Erziehungsberufe sofort deutlich*
2364 *ausbauen*
- 2365 • *Ausbildung von pharmazeutischen und medizinischen Assistenzberufen sowie*
2366 *Gesundheitsfachberufen und mit Anspruch auf elternunabhängiges Bafög*

2367 **Das Übergangssystem weiter umbauen**

2368 Jedem jungen Menschen soll eine Ausbildung gemäß seinen Neigungen und Fähigkeiten ermöglicht
2369 werden. Dafür bedarf es neben einer Ausbildungsplatzoffensive auch öffentlicher und
2370 sozialpädagogisch begleiteter Ausbildungsmaßnahmen anstelle von perspektivlosen Warteschleifen.
2371 Benachteiligten Jugendlichen und Heranwachsenden müssen darüber hinaus notwendige und
2372 geeignete Hilfen zur Verfügung gestellt werden. Die dafür bestehenden gesetzlichen Grundlagen,
2373 insbesondere der § 13 SGB VIII, dürfen nicht der „Schwarzen Null“ zum Opfer fallen, sondern müssen
2374 angesichts sich verschärfender Jugendarbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Schief lagen verstärkt
2375 angewendet werden.

2376 Auch im Jahr 2015 wechselten noch etwa ein Viertel aller Schulabgänger*innen nach der 10. Klasse,
2377 insgesamt circa 61.000 junge Leute, oft solche mit Lernschwächen oder sozialen Problemen in
2378 berufsvorbereitende Maßnahmen. Der Rückgang seit 2005 ist damit in NRW geringer als in vielen
2379 anderen Bundesländern. Das Übergangssystem mit mehreren Milliarden Euro jährlicher Kosten steht
2380 seit Längerem in der Kritik von Politik, Praxis und Forschung. Es besteht aus einem Sammelsurium
2381 von Maßnahmen, in das die nicht in Ausbildung vermittelten Jugendlichen abgeschoben werden,
2382 häufig ohne Aussicht auf eine anschließende qualifizierte Ausbildung.

2383 Dieses System erfüllt seine Aufgabe, in reguläre Berufsausbildung überzuleiten, nur sehr unzulänglich.
2384 Zudem hat es ausgrenzende und diskriminierende Effekte. Daher sollten seine Aufgaben einerseits
2385 dem Schulsystem und andererseits dem dualen System übertragen werden. Auf diese Weise ließen
2386 sich die bisher dem Übergangssystem zufließenden Mittel sehr viel effektiver einsetzen.

2387 In Betrieben ist die „assistierte Ausbildung“ für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf einzuführen.
2388 Deren Ausbildungsdauer muss gegebenenfalls zeitlich gestreckt werden.

2389 ***Was tun?***

- 2390 • *Stopp der Überweisungen in das „Übergangssystem“, stattdessen reguläre Ausbildungsplätze*
2391 *oder schulische Weiterqualifizierung*
- 2392 • *Assistierte Ausbildung für Jugendliche mit Unterstützungsbedarf als flächendeckendes*
2393 *Angebot einrichten*

2394 4. Hochschule: Mehr Studienplätze und sichere Arbeitsplätze schaffen

2395 Hochschulen haben eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie müssen dem wissenschaftlichen
2396 Fortschritt mit friedlichen Zielen verpflichtet sein. NRW hat die höchste Hochschulichte und damit
2397 Studierendenzahlen bundesweit und mehr als 100.000 Beschäftigte. Schon deshalb muss NRW auch
2398 eine Vorreiterrolle als studierenden- und beschäftigtenfreundliches Hochschulland einnehmen – für
2399 das Wohl aller Menschen. Wir setzen uns für demokratisch kontrollierte Hochschulen mit qualitativ
2400 hochwertiger Lehre und Forschung, ausreichenden Studienplätzen für alle Studiengänge und
2401 Abschlüsse, einen Hochschulzugang ohne Selektion, eine gute Betreuungsrelation und Dauerstellen
2402 für das wissenschaftliche Personal ein.

2403 Die staatlichen Hochschulen befinden sich seit Jahren in weitreichenden, betriebswirtschaftlich
2404 geprägten Veränderungsprozessen. Die Universitäten entwickeln sich zu unternehmerischen
2405 Hochschulen, die untereinander im harten Wettbewerb um Exzellenzförderungen und Drittmitteln
2406 stehen, auch weil die staatliche Hochschulfinanzierung nicht ausreichend angepasst wird.

2407 Wesentliche Grundlagen der Veränderungen hochschulpolitischer Rahmenbedingungen liegen unter
2408 anderem in der Bologna-Reform von 1999 mit der Einführung des gestuften Studienabschlusses in
2409 Bachelor- und Masterabschlüssen, die zur Unterteilung in Zwei-Klassen-Akademiker*innen geführt hat.
2410 Vielen Bachelor-Absolvent*innen bleibt die Chance auf einen Masterabschluss verwehrt, mit dem
2411 verkürzten Studium des Bachelor sind sie der Wirtschaft willkommen, weil unterbezahlte,
2412 akademische Fachkräfte.

2413 Flankiert wird der Veränderungsprozess durch vom Bund finanzierte Exzellenzinitiativen,
2414 Exzellenzcluster und Graduiertenschulen. Die sich dadurch verschärfende Konkurrenz zwischen den
2415 Hochschulen führt ebenfalls zu einer Spaltung in Zwei-Klassen-Hochschulen. Einerseits die
2416 Hochschulen, die sich für eine elitäre Spitzenforschung für Master-Studierende etablieren konnten
2417 und andererseits den Hochschulen, die eine Massenausbildung in Form des Bachelor für die
2418 schnellstmögliche Arbeitsmarktverwertung anbieten.

2419 Durch die einseitige Exzellenzförderung bei gleichzeitig zurückfallenden Mitteln durch die allgemeine
2420 Hochschulfinanzierung gerät die Qualität der Lehre zunehmend in den Hintergrund. Die kontinuierlich
2421 steigende Drittmittelfinanzierung aus der Wirtschaft auf inzwischen fast 25 Prozent ersetzt
2422 zunehmend die gesellschaftlich wichtige Grundlagenforschung gegen Auftragsforschung für die
2423 Wirtschaftsinteressen. Der steigende Einsatz von Drittmitteln hat die Zahlen der, zum Teil extrem
2424 kurzfristigen, Befristungen des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen explodieren lassen.

2425 NRW hatte bei dieser Entwicklung eine unrühmliche Vorreiterrolle, als das unter schwarz-gelb
2426 eingeführte Hochschulfreiheitsgesetz den Einfluss der wirtschaftlichen Interessen besonders befördert
2427 und die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Hochschulgremien zugunsten der
2428 Wirtschaftsinteressen zum Beispiel durch die Hochschulräte, stark eingeschränkt hat.

2429 Das heute geltende rot-grüne Hochschulzukunftsgesetz hat sich zwar den landespolitischen Einfluss
2430 zurückgeholt, die durch die Fehlentwicklungen entstandenen Probleme aber nicht ansatzweise gelöst.
2431 Dazu gehören die strukturelle Unterfinanzierung für Hochschulen, die nicht zum exklusiven Club der
2432 Exzellenz-Unis gehören und damit verbunden die sinkende Zahl von wissenschaftlichen Dauerstellen,
2433 zu wenig Studienplätze auch für Masterstudierende und eine schlechte Betreuungsrelation. Ganz zu
2434 schweigen von der Qualität der Lehre, die bei der Vergabe von Exzellenzförderungen und Drittmitteln
2435 komplett leer ausgeht.

2436 **Qualitativ hochwertiger Ausbau der Studienplätze in NRW**

2437 Die Nachfrage nach Studienplätzen ist in den vergangenen Jahren enorm angestiegen. Da mittlerweile
2438 mehr als 60 Prozent aller jungen Erwachsenen in NRW eine Hochschulzugangsberechtigung haben,
2439 müssen die Hochschulen ausgebaut und in die Lage versetzt werden, Studienplätze entsprechend der
2440 gesellschaftlichen Nachfrage vorzuhalten. Tatsächlich ist es aber so, dass die Kapazitäten für die
2441 Hochschullehre kaum ausgebaut wurden. Im Ergebnis ist die Betreuung der Studierenden seit vielen
2442 Jahren in NRW bundesweit am schlechtesten. Hinzu kommt, dass trotz des Anstiegs der Zahl der
2443 Studienberechtigten die soziale Herkunft bei der Entscheidung für ein Studium immer noch eine große
2444 Rolle spielt. Während 75 Prozent der Kinder von Akademiker*innen studieren, studieren 75 Prozent
2445 der Kinder von Nicht-Akademiker*innen nicht.

2446 ***Was tun?***

- 2447 • *Erhöhung der Zahl der Studienplätze in NRW, so dass genügend Plätze für alle*
2448 *Studieninteressierten zur Verfügung stehen*
- 2449 • *Abschaffung des Numerus Clausus und anderer Selektionsinstrumente, mit denen junge*
2450 *Menschen am Studium gehindert werden*
- 2451 • *Verbesserung der Betreuungsrelation von Lehrenden zu Studierenden, so dass sich die*
2452 *Qualität des Studiums wieder verbessert*
- 2453 • *Die Anzahl der Masterstudienplätze muss sich am Bedarf der Studierenden orientieren - nicht*
2454 *an fiktiven Zahlen des Wissenschaftsrates! Jede*r qualifizierten Bewerber*in ist ein*
2455 *Masterstudienplatz gesetzlich zu garantieren. Zusätzliche Zugangskriterien wie Mindestnote,*
2456 *Bewerbungsschreiben oder gar Abiturnote sind zu verbieten*
- 2457 • *Für Studierende mit familiären Verpflichtungen und solche, die einer Erwerbsarbeit während*
2458 *des Studiums nachgehen müssen oder wollen, sollen Hochschulen ihr komplettes*
2459 *Studienangebot auch als echte Teilzeitstudiengänge anbieten*
- 2460 • *Kinderbetreuungsplätze für Studierende mit Kindern an den Hochschulen bedarfsgerecht*
2461 *ausbauen*
- 2462 • *Bundesratsinitiative für die Wiedereinführung des elternunabhängigen BAFöGs und Anpassung*
2463 *der Höhe der BAFöG-Sätze an die heutigen Lebenshaltungskosten*
- 2464 • *Bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende schaffen*

2465 **Gute Arbeitsplätze für alle Beschäftigten an den Hochschulen garantieren. – Die Prekarisierung an den**
2466 **Hochschulen muss überwunden werden**

2467 Ein großer Teil der Beschäftigten an den Hochschulen befindet sich in befristeten Arbeitsverträgen,
2468 häufig mit kurzen Laufzeiten. Unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung ist ebenfalls häufig anzutreffen.
2469 Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Lehraufträgen, die nur stundenweise vergütet werden und mit
2470 keinerlei sozialer Absicherung verbunden sind. Da die gute Ausbildung der Studierenden, aber auch
2471 die Forschung Daueraufgaben sind, bedarf es hierfür auch dauerhaft beschäftigter Mitarbeiter*innen,
2472 die tariflich abgesichert und sozialversichert sind.

2473 ***Was tun?***

- 2474 • *Einen wissenschaftlichen Mittelbau - also Berufsbiografien, die nicht mit dem*
2475 *Professor*innentitel enden - aufbauen und im Hochschulgesetz wie auch im Landeshaushalt*
2476 *verpflichtend verankern*
- 2477 • *Wissenschaftliche Hilfskräfte als Personalkategorie abschaffen und durch deutlich besser*
2478 *entlohnte Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen ersetzen, da beide Stellenkategorien*

- 2479 *ein abgeschlossenes Studium voraussetzen. Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen benötigen*
 2480 *zudem eine gerechte Stellenzuweisung und eine Perspektive, langfristig im Hochschulsystem*
 2481 *arbeiten zu können. Die Kettenzeitverträge sind abzuschaffen*
 2482 • *Die unterschiedliche Entlohnung von FH- und Unibeschäftigten muss ein Ende finden*
 2483 • *Studentische Hilfskräfte benötigen eine professionelle Personalvertretung, um die eigenen*
 2484 *Interessen gegenüber denen der Arbeitgeber*innen zu verteidigen und durchsetzen zu können*
 2485 • *Das Hochschulpersonal wieder zurück in die Landeshoheit überführen*

2486 **Hochschulen, ihre Forschung und Lehre dienen der Gesellschaft und nicht wirtschaftlichen Interessen**

2487 Forschung und Lehre dürfen nicht von wirtschaftlichen Gewinninteressen abhängen. Um breite
 2488 Grundlagenforschung zum Beispiel in der Medizin auch weiterhin an den Bedürfnissen respektive
 2489 Krankheiten der Menschen zu orientieren und nicht an den Gewinnerwartungen der Pharmakonzerne,
 2490 brauchen Forschung und Lehre eine insgesamt ausreichende öffentliche Hochschulfinanzierung.

2491 **Was tun?**

- 2492 • *Die steigende Drittmittelorientierung der Hochschulen muss wieder durch eine ausreichende*
 2493 *öffentliche Finanzierung von Lehre und Forschung ersetzt werden*
 2494 • *Bis dahin müssen Forschungsvorhaben, Projekte und ihre Finanzierungen vollständig*
 2495 *transparent gemacht und die Pflicht zur Transparenz im Hochschulgesetz verankert werden.*
 2496 *Wer, wie das meistens der Fall ist, Forschungsvorhaben aus Drittmitteln und öffentlicher*
 2497 *Förderung finanziert, darf sich nicht mit Geheimhaltungsklauseln rausreden. Nur so lässt sich*
 2498 *eine demokratische, gesellschaftlich orientierte Forschung garantieren*
 2499 • *Forschung für militärische Zwecke muss unter Sanktionen verboten werden. Die Zivilklausel in*
 2500 *das neue Hochschulgesetz als MUSS-Bestimmung einführen*
 2501 • *Interdisziplinäre Studienangebote fördern*

2502 **5. Weiterbildung: Angebote ausbauen, Personal anständig bezahlen**

2503 Der Ausbau der Weiterbildung zu einem gleichberechtigten Teil des Bildungssystems war bereits die
 2504 Forderung des Deutschen Bildungsrates im Strukturplan für das Bildungswesen 1970. Der öffentliche
 2505 Bildungsauftrag für Erwachsenen- und Weiterbildung beinhaltet demnach das Recht auf Lernen in
 2506 jedem Alter für gesellschaftliche, berufliche, kulturelle oder persönliche Ziele: zur Entfaltung einer
 2507 eigenen, selbstbewussten Persönlichkeit und zur Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und
 2508 politischen Leben. Dafür müssen staatliche Rahmenbedingungen und ausreichende öffentliche
 2509 Ressourcen zur Verfügung stehen, um Standards und Strukturen in den Einrichtungen sichern zu
 2510 können.

2511 Demgegenüber ist die aktuelle Entwicklung der Weiterbildung gekennzeichnet durch krasse
 2512 Fehlentwicklungen auf dem Weg zu einem marktanalogen Gebilde. Sie ist gekennzeichnet durch den
 2513 Abbau staatlicher Verantwortung und Förderung, durch Privatisierung und Kommerzialisierung, durch
 2514 Deregulierung und weitergehende Prekarisierung der Beschäftigung sowie soziale Selektion der
 2515 Teilnehmenden.

2516 Auch bei öffentlichen Einrichtungen müssen diese Einrichtungen immer größere Anteile ihrer
 2517 Haushalte ‚am Markt‘ erwirtschaften, um Projektmittel konkurrieren und die Teilnehmenden immer
 2518 höhere Kosten tragen.^[1] Das Postulat des lebenslangen Lernens wird konterkariert und der damit
 2519 verbundene Blick auf die Individualität von Lernprozessen zweckentfremdet, um die Verantwortung für
 2520 Bildungsteilhabe dem Individuum zuzuschreiben und den Staat zum Zweck der Kostenersparnis

2521 weitgehend aus der Verantwortung zu entlassen (vgl. hier wie im Folgenden: Weimarer Thesen 2012,
2522 prekär-Info I/2013 der GEW). Hochgradig gefährdet sind damit die Pflichtaufgabe, der
2523 Versorgungsauftrag und die tatsächliche Offenheit für Alle, wie das NRW-Weiterbildungsgesetz (WbG
2524 NRW) es fordert.

2525 Dagegen setzen wir die Perspektiven für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung
2526 und einen Ausbau der Volkshochschulen, den örtlichen, wohnortnahen Zentren für Weiterbildung.

2527 ***Was tun?***

- 2528 • *Ressourcen für einen tatsächlichen Ausbau des Versorgungsauftrages nach dem*
2529 *Weiterbildungsgesetz NRW (WbG NRW) bereitstellen*
- 2530 • *1 Prozent des Landes-Bildungsbudgets für die Förderung der Weiterbildung aufwenden*
2531 • *Langfristig kostendeckende Finanzierung und koordinierte Verantwortung in der öffentlichen*
2532 *Weiterbildung durch Bund, Länder und Gemeinden*
- 2533 • *Aufstockung der kommunalen Finanzmittel für die Weiterbildung*

2534 **Öffentliche Strukturen fördern und ausbauen**

2535 Gegen die fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir öffentlich geförderte und
2536 verantwortete Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Dies gilt besonders für die bundesweit
2537 über 900 Volkshochschulen, die den Kern der öffentlich geförderten Weiterbildung darstellen. Es muss
2538 verhindert werden, dass sie sich zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen Ausrichtung,
2539 seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegenden Projektfinanzierung unterwerfen müssen.

2540 Volkshochschulen sind bundesweit ortsnah vorhanden und halten die Grundversorgung an
2541 Weiterbildung vor. Viele sind außerdem Ansprechpartnerinnen für die unterschiedlichsten Zielgruppen,
2542 besonders auch für diejenigen, die zu ‚Verlierern‘ am Bildungsmarkt abgestempelt werden. In den
2543 Kommunen tragen sie oft wesentlich dazu bei, den Zusammenhalt von Menschen unterschiedlicher
2544 sozialer und kultureller Milieus zu erhalten und ihre Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft zu
2545 stärken. Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetze können Volkshochschulen eine wichtige
2546 Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern. Eine
2547 Perspektive der VHS und ihrer Angebote liegt in der aufsuchenden Bildungsarbeit bis hin zur
2548 Sozialraumentwicklung sowie in Aufbau und Anleitung virtueller Lernnetzwerke.

2549 Neben der Förderung von Menschen mit Grundbildungsbedarf und dem Nachholen von
2550 Schulabschlüssen zählen wir auch Folgendes zur grundlegenden, allgemeinwohl-bezogenen
2551 Weiterbildung: Integrationskurse für Migrant*innen, Zugänge zum Arbeitsmarkt, Übergänge zwischen
2552 Schule und Ausbildung, ein Zugang zur Hochschule für Berufstätige, Umgang mit neuen Medien; diese
2553 sind ohne oder nur mit geringem Teilnehmer*innenentgelt anzubieten. Die individuell aufzubringenden
2554 Entgelte dürfen nicht zum Teilnahmehindernis werden.

2555 ***Was tun?***

- 2556 • *Das Angebot zur Grundbildung der Bevölkerung entgeltfrei zur Verfügung stellen*
2557 • *Ausweitung der Inhalte des Bildungsurlaubs und weiteren Ausbau des*
2558 *Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes (AWbG-NRW)*

2559 Um Menschen für eine Teilnahme an Weiterbildung zu motivieren, sie über ihre Möglichkeiten zu
2560 informieren, sind wohnortnah Beratungsstellen in öffentlicher Trägerschaft einzurichten. Sie arbeiten
2561 mit Konzepten, die auf die Ratsuchenden ausgerichtet sind. Zu den guten Rahmenbedingungen zählt
2562 auch ein professionelles, wissenschaftlich ausgebildetes Personal mit tariflicher Eingruppierung.

2563 **Prekäre Arbeit abschaffen**

2564 In keinem anderen Bereich des Bildungswesens wird völlig selbstverständlich hingenommen, dass
2565 Unterrichtstätigkeit vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird. Unter ihnen prekär Beschäftigte,
2566 die gering vergütet, das Ausfall- und Krankheitsrisiko ebenso allein tragen wie die Kosten ihrer
2567 sozialen Sicherung. Ihr Einkommen erreicht nach Abzug aller Abgaben oft nur die Höhe von
2568 Geringverdienern, viele müssen „aufstocken“! Damit ist Altersarmut vorprogrammiert. Obschon sie
2569 öffentliche Bildungsaufgaben erfüllen und in staatlichen Einrichtungen tätig sind, können sie nicht die
2570 Bedingungen ihrer Arbeit und ihres Einkommens kollektiv aushandeln; Mitbestimmungsfunktionen
2571 sind ihnen weitgehend versperrt. Ein unerträglicher Zustand.

2572 Durch eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und Weiterbildung können
2573 mehr feste Stellen und tarifliche Bezahlung ermöglicht beziehungsweise entsprechend hohe Honorare
2574 mit sozialer Absicherung (wieder) eingeführt werden.

2575 ***Was tun?***

- 2576 • *Auf Antrag den scheinselfständig Beschäftigten in einem ersten Schritt den Status als*
2577 *arbeitnehmerähnliche anzuerkennen, und ihnen Urlaubsgeld zu zahlen. Längerfristig sollen*
2578 *tarifvertragliche Regelungen für alle pädagogischen Tätigkeiten entwickelt und durchgesetzt*
2579 *werden*
- 2580 • *Bei längerfristigen Angeboten und Maßnahmen sind den Honorarkräften feste bzw. zeitlich*
2581 *befristete Stellen zu tariflichen Konditionen anzubieten*
- 2582 • *Honorarkräfte erhalten pro Unterrichtsstunde ein Honorar von mindestens 36 Euro; der*
2583 *Mindestlohn nach dem Branchen-Tarifvertrag Weiterbildung kann hier keine Anwendung*
2584 *finden*
- 2585 • *Mehr Stellen zu schaffen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD. Das*
2586 *setzt voraus, dass Maßnahmen- und Kurskosten mit realistischen, tariflichen Personalkosten*
2587 *kalkuliert werden und die Förderung entsprechend ausgerichtet wird. Die Mehrkosten sind*
2588 *nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen*
- 2589 • *Den Einsatz multiprofessioneller Teams, u.a. Sozialarbeiter*innen zur Ansprache und*
2590 *Begleitung von längerfristigen und wiederkehrenden Lerngruppen aus den sogenannten*
2591 *bildungsfernen Schichten und aus der Gruppe der „Schulmüden“*
- 2592 • *Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessenvertretung und Mitbestimmung*
2593 *sind (wieder) einzuführen für das Personal und die Teilnehmenden in der Weiterbildung.*

2594 V. Diskriminierung verhindern und Gleichberechtigung verwirklichen

2595 Wir wollen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Formen des Zusammenlebens gleichermaßen
2596 respektiert, geachtet und geschützt wird. Diskriminierung wollen wir überwinden, gleich ob aufgrund
2597 des Geschlechts, des Alters, der Weltanschauung oder Religion, der ethnischen Herkunft, der
2598 sexuellen Orientierung und Identität oder aufgrund körperlicher, geistiger oder psychischer
2599 Beeinträchtigungen. Barrieren müssen fallen, wir wollen sie in der Mobilität, in schulischer und
2600 beruflicher Bildung, im Beruf und in der Kommunikation unter aktiver Einbeziehung der Betroffenen
2601 und ihrer Angehörigen gezielt abbauen.

2602 **1. Frauen: Zeit und Arbeit neu verteilen**

2603 Als LINKE wollen wir keine „Gleichstellungspolitik“, wie sie von anderen Parteien vermeintlich
2604 zugunsten der Frauen vorangetrieben wird. Hier werden Frauen an einem Männerbild gemessen – das
2605 zum Menschenbild wird. Wir lehnen dieses Bild ab. Wir wollen nicht, dass Menschen sich immer weiter
2606 selbstoptimieren, um in immer weniger Zeit immer mehr Profit für Andere zu schaffen. Wir wollen eine
2607 Gesellschaft, in der alle Menschen – ganz gleich, welches Geschlecht sie haben – durch die Garantien
2608 des sozialen Lebens so abgesichert sind, dass sie sich für sich und in Solidarität zu anderen jeden Tag
2609 weiter entwickeln können – nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen.

2610 So ist unser Ziel nicht weniger, als eine andere Aufteilung der vorhandenen (Lebens-)Zeit. Eine
2611 Verteilung, die es Allen möglich macht, Lohnarbeit zu leisten, sich selber weiterzuentwickeln, mit
2612 Freund*innen, Familie oder den Nachbar*innen Zeit zu verbringen und sich dann noch in die Politik
2613 einzumischen. Die ungenutzten Stärken von Frauen als Krisenexpertinnen könnten so ganz anders
2614 zum Tragen kommen und glänzen, wie beispielsweise in Bereichen der Städteplanung oder der
2615 Finanzwirtschaft. Ebenso ließe sich der Wunsch vieler, insbesondere junger, Männer, mehr Zeit für
2616 ihre Familien sowie gesellschaftliche und soziale Beziehungen zu haben, erfüllen.

2617 Die meisten Menschen empfinden die Zeit mit ihren Familien und ihren Freund*innen oder die Zeit für
2618 sich allein als die schönste und wertvollste Zeit im Leben. Viele von uns wünschen sich „mehr“ davon
2619 und freuen sich auf diese Momente – oder bereuen rückblickend, nicht mehr davon gehabt zu haben.

2620 Doch immer häufiger dominiert die Erwerbsarbeitszeit das Leben, sei es in Form längerer Wochen-
2621 oder Lebensarbeitszeiten oder der Ungleichheit der Arbeitszeitverteilung in den Partnerschaften und
2622 Familien durch immer mehr Schicht- und Wochenendarbeit oder durch keine Erwerbsarbeit mit
2623 endlosen Schikanen durch Zwangsmaßnahmen der Argen und einer ständigen Verunsicherung. Immer
2624 mehr Frauen – und auch immer mehr Menschen sagen klar: Die Zeit soll denen gehören, die sie leben.
2625 Doch im Sinne von Wirtschaftsinteressen und Profitorientierung wird „Lebenszeit“ immer weiter
2626 abgebaut.

2627 Warum nehmen wir hin, dass die Politik auch in NRW bei zahlreichen Entscheidungen genau diesem
2628 Trend nachgibt? Warum ist es normal, dass Menschlichkeit nur dann gewährt wird, wenn die
2629 ökonomischen Bedingungen es hergeben?

2630 In unserer profitorientierten Gesellschaft tritt dieser Fall immer häufiger ein: Gesundheit, Kinder,
2631 Senior*innen, soziale Berufe, Mutterschaft – das sind die Bereiche, die dem Rotstift als erstes zum
2632 Opfer fallen. Ein Blick in Kitas, Schulen, Stadtparks, Altenheime, Wohnviertel oder Sportplätze reicht
2633 als Beleg. Überall dort, wo es in erster Linie darum geht, dass Menschen gut und in Sicherheit leben,
2634 wird deutlich, dass heute Angebote meist nur nutzen kann, wer es sich auch leisten kann.

2635 Die Arbeit in diesen Bereichen, egal ob sie entlohnt wird oder nicht, ist im Kapitalismus weniger wert,
2636 sie wird gerne ins „Private“ geschoben, kann ohne Ausbildung erledigt werden oder wird schlicht mies
2637 bezahlt. Erledigt wird sie zum größten Teil von Frauen – unbezahlt, im Schatten und nicht selten mit
2638 Armut einhergehend. Eine Politik, die vom Leben aus handelt, ist eine Politik für alle Menschen. Nicht
2639 weniger fordert DIE LINKE.

2640 **Politik für Frauen geht Alle an**

2641 Wir wollen das nicht länger hinnehmen und setzen uns für eine Politik ein, die Arbeitszeit gerechter
2642 verteilt, soziale Arbeiten wertschätzt und Arbeit von Frauen besser bezahlt. Das Leben und Alles, was
2643 es lebenswert macht, rückt in den Mittelpunkt des politischen Planens und Handelns. Als starke
2644 Stimme für dieses Ziel auf allen Ebenen bieten sich die Gleichstellungsbeauftragten an. Wir wollen
2645 ihren Auftrag entsprechend erweitern und die Befugnisse stärken.

2646 ***Was tun?***

- 2647 • *Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes*
- 2648 • *Befugnisse der Gleichstellungsbeauftragten ausweiten*

2649 **Auf dem Weg für ein gutes Leben für Alle**

2650 Heute leben Frauen wesentlich häufiger in Armut als Männer. Viele von ihnen haben Angehörige
2651 gepflegt, sich um die Familienarbeit gekümmert und wurden für diese gesellschaftlich notwendige
2652 Arbeit nicht bezahlt. Gleichzeitig bekommen sie für gleichwertige Arbeit weniger Geld und sind in
2653 entscheidenden Funktionen in Wirtschaft, Politik oder Gesellschaft weniger vertreten.

2654 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

2655 Der Lohnabstand zwischen den Geschlechtern betrug in NRW im Jahr 2015 rund 22 Prozent. Zumeist
2656 sind es Frauen, die durch Familienarbeit, durch Teilzeit- und Minijobs später nur eine Armutsrente
2657 erhalten und im Alter angewiesen sind auf zusätzliche Leistungen. Und für Frauen in Erwerbsarbeit
2658 gilt: Gleichwertige Tätigkeiten werden extrem unterschiedlich bezahlt. Die sogenannten sozialen
2659 Berufe rund um Erziehung, Pflege und Gesundheit werden im Schnitt deutlich geringer entlohnt als
2660 technische Berufe. Die körperlichen und psychischen Belastungen steigen dabei stetig an. Gleichzeitig
2661 sind Frauen in Leitungspositionen weiter unterrepräsentiert. Wir treten dafür ein, dass die Lohnlücke
2662 geschlossen wird.

2663 ***Was tun?***

- 2664 • *Für mindestens 50 Prozent Frauen in Leitungsfunktionen und Aufsichtsorganen sorgen*
- 2665 • *Aufwertung der sozialen, pflegerischen und Erziehungsberufe*
- 2666 • *Entgeltgleichheitsgesetz für den öffentlichen Dienst*

2667 **Alleinerziehend, weiblich – ein gutes Leben?**

2668 90 Prozent der Alleinerziehenden in NRW sind Frauen und 50 Prozent dieser Frauen leben von Hartz
2669 IV, Tendenz steigend. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach Erziehungspausen gestaltet sich nach wie
2670 vor schwierig. Das höchste Risiko, in Armut aufzuwachsen und dauerhaft in Armut leben zu müssen,
2671 besteht für Kinder aus alleinerziehenden Haushalten.

2672 50 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden erhalten keinen Unterhalt, 25 Prozent bekommen
2673 weniger, als ihnen zusteht. Hinzu kommt eine mangelnde gesellschaftliche Wahrnehmung im Alltag
2674 der enormen Belastung von Alleinerziehenden, was zu sozialer Isolation führen kann.

2675 Wir wollen, dass sich die Lage für Alleinerziehende schnell verbessert.

- 2676 **Was tun?**
- 2677 • *Wiedereinstiegsprogramme in den Beruf für Alleinerziehende anbieten*
- 2678 • *Teilzeitausbildungen mit Kinderbetreuung ermöglichen*
- 2679 • *Verlässliche Finanzierung von Elternzentren sicherstellen*
- 2680 • *Unterstützung von Selbsthilfenetzwerken Alleinerziehender*

2681 **Sexismus die rote Karte zeigen**

2682 Voraussetzung für eine gleichberechtigte Gesellschaft ist, die alltäglichen sexistischen
2683 Diskriminierungen, Erwartungshaltungen, Zuschreibungen, genormte Bilder und Vorbilder
2684 abzuschaffen.

2685 Ein gutes Leben für alle bedeutet auch, individuelle Lebens- und Liebesmuster leben zu können. In der
2686 Realität werden wir in Bildung, Werbung, Berufsalltag oder im öffentlichen Raum mit traditionellen
2687 Rollenbildern konfrontiert, die unser gesellschaftliches Zusammensein maßgeblich beeinflussen. Wir
2688 wollen die einschränkende Dominanz dieser Rollenbilder aufbrechen und damit mehr Freiraum für
2689 individuelle Entfaltung schaffen. Frauen werden sehr viel häufiger Opfer von Sexismus und Gewalt.

2690 **Was tun?**

- 2691 • *Alte Rollenbilder in Bildung und Erziehung aufbrechen*
- 2692 • *Lehr- und Lernmaterialien entsprechend überarbeiten*
- 2693 • *Lehrer*innen und Erzieher*innen entsprechend ausbilden*
- 2694 • *Keine sexistische Werbung mehr auf öffentlichen Flächen*
- 2695 • *Gleichstellung aller sexueller Identitäten*

2696 **Ein gutes Leben bedeutet auch sexuelle Selbstbestimmung**

2697 Die sexuelle Selbstbestimmung ist ein wesentlicher Grundsatz eines linken Feminismus und darf
2698 weder eine Frage des Einkommens, noch der Herkunft sein. Konkret bedeutet dies für Frauen, selbst
2699 über ihren Körper und ihr Leben zu entscheiden und nicht den unterschiedlichen Erwartungshaltungen
2700 einer patriarchalischen Gesellschaft entsprechen zu müssen.

2701 Hierzu gehört eine echte Wahlfreiheit über Verhütung, unabhängig vom finanziellen Status. Der Kampf
2702 gegen die sexuelle Herabwürdigung des weiblichen Körpers im Alltag oder auch die Wahl über
2703 Geburtsformen und Geburtsorte.

2704 **Hebammen absichern**

2705 Die Sicherung des Berufs der Hebammen und die dauerhafte Gewährleistung dieser für Eltern
2706 unverzichtbaren Unterstützung sind hierbei zwingend erforderlich. Es ist nicht hinnehmbar, dass seit
2707 Jahren immer mehr Hebammen aufgrund der Haftpflichtproblematik aus der freiberuflichen
2708 Geburtshilfe aussteigen oder gar den Beruf ganz aufgeben. Bereits jetzt findet nicht mehr jede Frau
2709 eine Hebamme bei der Schwangerenvorsorge und der Wochenbettbetreuung oder für eine
2710 außerklinische Geburt. Insbesondere im ländlichen Raum in NRW mussten bereits Kreißsäle schließen,
2711 da keine Beleghebammen mehr zu finden sind.

2712 **Was tun?**

- 2713 • *Kostenlose Verhütungsmittel für Geringverdienerinnen*
- 2714 • *Weltanschaulich neutrale Schwangerenkonfliktberatung flächendeckend sichern, keine*
2715 *Androhung von Strafen*
- 2716 • *Finanzielle Absicherung der freien Hebammen*

- 2717 • *Wahlfreiheit des Geburtsortes sicherstellen. Hausgeburten dürfen Klinikgeburten nicht*
2718 *nachgestellt werden.*

2719 **Gewaltfrei leben können**

2720 Gewalt gegen Frauen findet zumeist im engen persönlichen Kreis statt, unbeobachtet von der
2721 Gesellschaft. Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist jedoch keine Privatsache, sondern Ergebnis der
2722 gesellschaftlichen Macht- und Ressourcenverteilung. Politik muss Gewalt gegen Frauen bekämpfen
2723 und die Unterstützung der Opfer garantieren.

2724 Linker Feminismus ist antirassistisch, wir lehnen jede Form von Ungleichbehandlung von Tätern
2725 sexueller Gewalt ab.

2726 ***Was tun?***

- 2727 • *Konzept zur Gewaltprävention gegen Frauen*
2728 • *Ausbau und Weiterführung der Online-Beratung für Gewaltopfer*
2729 • *Finanzielle Absicherung der Beratungsstellen und Frauen-Notrufe*
2730 • *Frauen- und Mädchenhäuser flächendeckend finanziell absichern*

2731 **2. Migration und Flucht: Integration sozial und menschlich angehen**

2732 Seit über 100 Jahren beherbergen das Rheinland und Westfalen Europas größte Industrieregion. Ein
2733 Einwanderungsland ist das Gebiet noch länger. An Rhein und Ruhr standen die Waffenschmieden für
2734 zwei Weltkriege mit Millionen Opfern und weitreichender Zerstörung in Europa. Auch heute werden
2735 von den Rüstungskonzernen in NRW die Waffen produziert, vor denen Menschen etwa aus Syrien zu
2736 uns flüchten. Sowohl nach dem zweiten Weltkrieg ab 1945 als auch nach der Wiedervereinigung seit
2737 1990 sind hunderttausende Menschen zu uns gekommen. In den 1960er Jahren schloss die BRD im
2738 Namen der Industrie Anwerbeabkommen mit Ländern Südeuropas. Allein aus der Türkei kamen
2739 mehrere hunderttausend Arbeitsmigrant*innen, die mit ihren Familien hier heimisch wurden. Anfang
2740 der 1990er Jahre erreichten uns viele Menschen, die vor den Kriegen in Jugoslawien geflohen waren.

2741 Die Politik der vergangenen Jahre hat bei der Beseitigung des Investitionsstaus in den Kommunen
2742 ebenso versagt wie bei der Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit bei Einkommen, Vermögen
2743 und Bildungschancen. Überproportional betroffen sind dabei Migrant*innen. Die jahrzehntelange
2744 Verweigerung einer Einwanderungs- und Integrationspolitik gegenüber der sogenannten ersten und
2745 zweiten Generation der Einwander*innen hat zu fortdauernden und kumulierten Benachteiligungen
2746 auch von jungen Menschen mit Migrationshintergrund geführt, die überproportional häufig aus
2747 Haushalten mit geringem oder keinem Erwerbseinkommen kommen. Diese Fehler dürfen nicht
2748 wiederholt werden.

2749 DIE LINKE NRW sieht in der vollständigen gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe von
2750 Migrant*innen die Voraussetzung für eine gut funktionierende Einwanderungsgesellschaft.

2751 **Gleiche soziale und politische Rechte für Alle**

2752 Über zwei Millionen Menschen in NRW sind nicht eingebürgert. Um langjährig hier lebenden
2753 Migrant*innen gleiche Rechte und Aufenthaltssicherheit zu verschaffen, bedarf es deshalb deutlicher
2754 Einbürgerungserleichterungen. Denn es ist undemokratisch, eine große Zahl von Menschen, die ihren
2755 Lebensmittelpunkt in NRW haben, rechtlich zu Menschen zweiter Klasse zu machen. Statt
2756 Sonderregelungen und Erlasse gegen Migrant*innen fordern wir die volle rechtliche Gleichstellung
2757 durch erleichterte Einbürgerung und das Wahlrecht für Alle, die hier dauerhaft leben.

2758 Ergänzt werden muss eine solche Politik durch einen konsequenten Ausbau des
2759 Diskriminierungsschutzes auf allen Ebenen. Das Land NRW muss auf Landesebene alle
2760 diskriminierenden und ausgrenzenden Gesetze und Vorschriften abschaffen und sich auf
2761 Bundesebene für die Beseitigung solcher einsetzen. Das ist auch ein zentraler Baustein im Kampf
2762 gegen Rassismus und Diskriminierung.

2763 ***Was tun?***

- 2764 • *Verfahren der Einbürgerung vereinfachen und Gebühren abschaffen*
- 2765 • *Zulassung von Doppel- und Mehrfachstaatsangehörigkeiten erleichtern*
- 2766 • *Wahlrecht für Alle, die hier dauerhaft leben*
- 2767 • *Bleiberechtsregelung für geduldete und illegalisierte Menschen*
- 2768 • *Antidiskriminierungsgesetz für NRW einführen*
- 2769 • *Förderung der Selbstorganisationen von Migrant*innen*

2770 **Integration durch Bildung**

2771 Die Unterfinanzierung des Bildungssystems ist eine der Ursachen für die in Deutschland immer wieder
2772 nachgewiesene Abhängigkeit des Bildungserfolgs von Kindern vom sozialen Status, Bildungsniveau
2773 und Einkommen ihres Elternhauses. Dies betrifft sowohl Kinder ohne Migrationshintergrund, aber
2774 besonders auch Kinder mit Migrationshintergrund. Gleicher Zugang zu Bildung ist eine grundlegende
2775 Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, individuelles Wohlergehen und soziale Gerechtigkeit in
2776 der Gesellschaft.

2777 Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für eine
2778 gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und
2779 politischen Entscheidungsprozessen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen – wie alle Kinder –
2780 höchstmöglich qualifiziert werden. Insbesondere Sprachförderangebote müssen für alle Kinder mit
2781 entsprechendem Bedarf stattfinden.

2782 Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll als Chance verstanden und gefördert
2783 werden. Kinder mit einer natürlichen Mehrsprachigkeit haben einen Anspruch auf eine Förderung, die
2784 ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Wir wollen an den Schulen ausreichende personelle und
2785 sachliche Ressourcen schaffen, um dies flächendeckend sicherzustellen. Wir setzen uns dafür ein, die
2786 Herkunftssprache als zweite Fremdsprache anzuerkennen und in Schulen als offene Angebote für alle
2787 Schüler*innen anzubieten.

2788 Das bestehende Integrationskurssystem ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig. Es müssen
2789 mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine faire Bezahlung der Lehrkräfte und eine hohe
2790 Qualität der Kurse zu ermöglichen. Zudem müssen Flüchtlinge mit Duldung, Asylsuchende und
2791 Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus einbezogen werden.

2792 Neu hier ankommende Menschen haben vielfach Qualifikationen und Schul- und Berufsabschlüsse
2793 verschiedenster Art. Diese anzuerkennen ist ein wichtiger erster Schritt, um den Betroffenen einen
2794 guten Start und eine erfolgreiche gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

2795 ***Was tun?***

- 2796 • *NRW muss sich für die Aufhebung des grundgesetzlichen Verbot der Bildungszusammenarbeit*
2797 *zwischen Bund und Ländern (Kooperationsverbot) einsetzen*
- 2798 • *Es muss ein Sofortprogramm aufgelegt werden zur Aus- und Weiterbildung von zusätzlichen*
2799 *Lehrkräften, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten, um dem gestiegenen aktuellen Bedarf*
2800 *gerecht werden zu können; in allen Lehramtsstudiengängen mit dem Unterrichtsfach Deutsch*

- 2801 *und allen Germanistikstudiengängen soll Deutsch als Zweitsprache als verpflichtendes Modul*
 2802 *aufgenommen werden, Module der interkulturellen Pädagogik soll es in allen*
 2803 *Lehramtsstudiengängen geben*
- 2804 • *Eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulbedarf muss es für alle Kinder geben;*
 2805 *Willkommens- bzw. Intensivklassen sind in allen Schularten auszubauen; dies muss mit der*
 2806 *Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte, die Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache unterrichten,*
 2807 *und von Schulsozialarbeiter*innen und psychologischen Beratungskräften einhergehen;*
 2808 *geflüchtete Schüler*innen sollen schnellst möglich in das Regelschulsystem integriert werden*
 - 2809 • *Die Schulpflicht muss für alle Kinder und Jugendlichen frühzeitig und unabhängig vom*
 2810 *Aufenthaltsstatus in allen Bundesländern gelten, gleiches gilt für den Rechtsanspruch auf*
 2811 *Kindertagesbetreuung, die bestehenden Kapazitäten sind entsprechend noch stärker*
 2812 *auszubauen, damit die Versorgung quantitativ wie qualitativ für alle Kinder verbessert werden;*
 - 2813 • *Es muss vermehrte Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer*
 2814 *berufsbildenden Schule auch für Geflüchtete geben, die nicht mehr der allgemeinen*
 2815 *Schulpflicht unterliegen; Quereinstiege in die Schul- und Bildungslaufbahn müssen generell*
 2816 *erleichtert werden*
 - 2817 • *Allen eingewanderten und geflüchteten Menschen unmittelbar kostenlose Sprachkurse zur*
 2818 *Verfügung stellen*
 - 2819 • *Feste Stellen und angemessene Bezahlung für Integrationslehrer*innen finanzieren*
 - 2820 • *Integrationskurse für Geflüchtete unabhängig vom Aufenthaltsstatus anbieten*
 - 2821 • *Schulen zur Förderung von Mehrsprachigkeit angemessen ausstatten*
 - 2822 • *Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen erleichtern*

2823 **Integration durch Arbeitsplätze**

2824 Für viel zu viele Menschen bleibt der Arbeitsmarkt verschlossen, obwohl es in den vergangenen Jahren
 2825 eine Beschäftigungszunahme gegeben hat. Besonders Ältere, Menschen mit Behinderungen,
 2826 Alleinerziehende sowie Migrant*innen werden dabei ausgegrenzt. Viele Arbeitgeber*innen geben
 2827 ihnen keine Chance, gleichzeitig wird ein vermeintlicher Fachkräftemangel beklagt. Die
 2828 Langzeiterwerbslosigkeit hat sich bei über einer Million verfestigt.

2829 Der Arbeitsmarkt ist zunehmend fragmentiert. Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Niedriglohn,
 2830 Werkverträge und Minijobs prägen zunehmend die Arbeitslandschaft.

2831 Die schnelle Eingliederung in Arbeit ist ein zentraler Faktor der gesellschaftlichen Integration. Dies gilt
 2832 für alle Menschen. Geflüchtete haben durch Arbeitsverbote, Beschränkungen und
 2833 Nachrangigkeitsregelungen mit besonderen Restriktionen beim Zugang zum Arbeitsmarkt zu kämpfen.
 2834 Diese sind abzubauen. Er kämpfte Mindeststandards wie der gesetzliche Mindestlohn dürfen nicht
 2835 infrage gestellt werden. Gute Arbeit ist Voraussetzung für eine gelingende Integration. Prekäre Arbeit
 2836 dagegen führt strukturell zu Diskriminierung und Ausgrenzung.

2837 **Was tun?**

- 2838 • *NRW setzt sich dafür ein, dass Asylsuchenden sofort nach ihrer Ankunft ermöglicht wird,*
 2839 *Deutsch zu lernen und an einem Integrationskurs teilzunehmen. Diesen Teilnahmeanspruch*
 2840 *sollen auch Geduldete unabhängig vom Duldungsgrund erhalten*
- 2841 • *NRW setzt sich dafür ein, dass das Arbeitsverbot für Asylbewerber*innen in den ersten drei*
 2842 *Monaten entfällt. Die Vorrangprüfung bei der Beschäftigung von Asylsuchenden und*
 2843 *Geduldeten soll abgeschafft werden*

- 2844 • *NRW setzt sich dafür ein, dass Asylsuchende und Geduldete in Ausbildung eine*
- 2845 *Aufenthaltserlaubnis für die gesamte Dauer der Berufsausbildung erhalten.*
- 2846 • *NRW setzt sich dafür ein, dass die Anerkennung ausländischer Bildungs- und*
- 2847 *Berufsabschlüsse vereinfacht und beschleunigt wird*
- 2848 • *Über eine ausreichende Finanzierung der öffentlichen Hand ist der Personalbestand im*
- 2849 *öffentlichen Dienst deutlich und auf ein ausreichendes Maß anzuheben. Darüber hinaus sind*
- 2850 *inklusiv ausgestaltete Arbeitsplätze im Bereich längerfristiger öffentlich geförderter*
- 2851 *Beschäftigung auch für Geflüchtete bereit zu stellen*
- 2852 • *Interkulturell kompetente Fachkräfte in Bildung, Gesundheitswesen und Behörden*

2853 **Für einen radikalen Wechsel in der Flüchtlingspolitik**

2854 In den 1980er- und 1990er-Jahren wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Abschreckung von
 2855 schutzsuchenden Menschen geschaffen: Die Zwangsunterbringung in entpersönlichenden Lagern,
 2856 massive Einschränkungen der Bewegungsfreiheit (Residenzpflicht, Wohnsitzauflagen) und
 2857 sozialrechtliche Diskriminierungen (Arbeitsverbote, Versorgung unterhalb des menschenwürdigen
 2858 Existenzminimums, eingeschränkte Gesundheitsversorgung, die diskriminierende und zudem
 2859 kostenintensivere Praxis, Sachleistungen statt Bargeld und Vieles mehr).

2860 Eine Politik der Ausgrenzung und Entrechtung ganzer Flüchtlingsgruppen verstärkt bestehende
 2861 Vorurteile, indem suggeriert wird, dass gegen einen angeblich verbreiteten Asylmissbrauch harte
 2862 Maßnahmen erforderlich seien. Das ist nicht zuletzt angesichts der dramatisch gestiegenen,
 2863 rassistisch motivierten Angriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsheime unverantwortlich.

2864 NRW soll ein Land sein, das Geflüchteten offen gegenübertritt. Die Integration von Geflüchteten muss
 2865 am ersten Tag ihrer Ankunft beginnen.

2866 Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer Menschen. Viele Menschen in
 2867 Deutschland müssen in Armut leben, sind auf Hartz IV angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten
 2868 Jobs, müssen Aufstockerleistungen beantragen, weil es zum Leben nicht reicht. Sie hätten nicht einen
 2869 Euro mehr in der Tasche, wenn niemand mehr flüchten würde. Die Ursache für Sozialkürzungen,
 2870 Unsicherheit und prekäre Beschäftigung ist eine verfehlte Politik, die nur den Reichen nützt. Statt uns
 2871 gegeneinander ausspielen zu lassen müssen wir gemeinsam dafür streiten, dass es Allen besser geht.

2872 Flucht und Verfolgung sind immer auch individuell. Deshalb wehren wir uns gegen das politische
 2873 Kalkül, Geflüchtete pauschal und abhängig vom Herkunftsland in jene mit einer angeblich ‚guten
 2874 Bleibeperspektive‘ und solche mit einer angeblich ‚schlechten Bleibeperspektive‘ einzuteilen. Seitdem
 2875 der Begriff der „Bleibeperspektive“ mit dem Asylpaket I im Oktober 2015 eingeführt wurde, dient er
 2876 als praktisches Instrument, um Menschen aus bestimmten Ländern Leistungen, Angebote und
 2877 Teilhabemöglichkeiten zu verwehren. Mit der Begründung der ‚schlechten Bleibeperspektive‘ wird
 2878 vielen Geflüchteten zum Beispiel der Zugang zu Sprach- und Integrationskursen verweigert, und ihnen
 2879 wird nicht erlaubt, sich selbst eine Wohnung zu suchen.

2880 Die Menschenrechtssituation zum Beispiel in den nordafrikanischen Ländern Marokko, Algerien und
 2881 Tunesien hat sich nicht maßgeblich geändert. Der politische Vorstoß, sie dennoch zu angeblichen
 2882 ‚sicheren Herkunftsstaaten‘ zu machen, ist daher lediglich ein weiterer Baustein der unmenschlichen
 2883 Flüchtlingsabwehr. Wir lehnen das Konstrukt der angeblich ‚sicheren Herkunftsstaaten‘ ab. Es
 2884 widerspricht grundsätzlich dem als Individualrecht konzipierten Grundrecht auf Asyl. Es dient dazu, die
 2885 Rechte und Widerspruchsfristen von Geflüchteten zu beschneiden, eine fundierte Einzelfallprüfung zu
 2886 vermeiden und Asylanträge schneller abzulehnen, um Menschen schneller abschieben zu können.

2887 Fluchtgründe von Menschen, die in ihren Herkunftsländern als vermeintliche oder tatsächliche Roma
2888 diskriminiert und verfolgt worden sind, werden strukturell nicht anerkannt. Menschen, die aus den
2889 Balkan-Ländern geflohen sind, sammelt die NRW-Landesregierung immer in speziellen
2890 ‚Ausreisezentren‘ genannten Sonderlagern, anstatt sie auf die Kommunen zu verteilen. Ihre Asyl-
2891 Anhörungen dauern häufig nur wenige Minuten, Flüchtlingsräte und Initiativen der Flüchtlingsarbeit
2892 zweifeln an der Rechtsstaatlichkeit dieser Verfahren.

2893 ***Was tun?***

- 2894 • *Keine Zustimmung Nordrhein-Westfalens im Bundesrat für die Erklärung weiterer Länder zu*
2895 *angeblich sicheren Herkunftsstaaten*
- 2896 • *Bundesinitiative: Wiederherstellung des grundgesetzlichen Rechts auf Asyl*
- 2897 • *Sonderlager für Balkan-Flüchtlinge auflösen*
- 2898 • *Eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für alle hier lebenden Menschen ohne deutschen Pass*
2899 *schaffen*
- 2900 • *Jegliche Abschiebep Praxis beenden*
- 2901 • *Auflösung der Abschiebehaftanstalten*
- 2902 • *Verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung*
2903 *schutzsuchender Menschen in den Landesunterkünften und Kommunen einführen*
- 2904 • *Vorrangigkeitsprüfung im ganzen Land NRW aussetzen*
- 2905 • *Versorgung der Betreuungsarbeit für Geflüchtete aus öffentlicher Hand betreiben und*
2906 *finanzieren*
- 2907 • *Qualifizierte Dolmetscher*innendienste für das Gesundheitswesen*
- 2908 • *Entscheidungen der Härtefallkommission und des Petitionsausschusses müssen für die*
2909 *Ausländer*innenbehörden verbindlich sein*
- 2910 • *Die Strukturen der Geflüchtetenarbeit ausbauen und verstetigen. Dafür mehr Personal sowohl*
2911 *in der Verwaltung als auch im Care-Bereich einstellen.*
- 2912 • *Eine*n vom Landtag bestellte*n Flüchtlingsbeauftragte*n ernennen¹*
- 2913 • *Den Zugang zu Sozialberatung und weitere Beratungseinrichtungen gesetzlich verankern*
- 2914 • *Pauschalbetrag für die kommunale Betreuung und Beratung von Asylsuchenden*
- 2915 • *Vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung für Geflüchtete ermöglichen*
- 2916 • *Unterbringung in Wohnungen, statt in Massenunterkünften*
- 2917 • *Verbindliche und einklagbare gute Standards für die Unterbringung und Versorgung*
2918 *schutzsuchender Menschen in den Kommunen*
- 2919 • *Keine Einschränkung der Freizügigkeit von Geflüchteten innerhalb von Nordrhein-Westfalen –*
2920 *Verordnung zur Wohnsitzauflage zurücknehmen*
- 2921 • *Gewährung kostenloser Rechtsberatung für Asylsuchende*

2922 **Flüchtlinge schützen - Faschismus bekämpfen**

2923 Nicht nur gewalttätige Neonazis hetzen mit rassistischen Parolen und gewalttätigen Aktionen gegen
2924 Flüchtlinge und ihre Unterstützer*innen. Rechtspopulistisches, rassistisches Gedankengut ist in der
2925 Mitte der bürgerlichen Gesellschaft angekommen. Die Wahlerfolge der AfD, Aufmärsche der PEGIDA,

¹ Die/der Flüchtlingsbeauftragte soll den Landtag in allen flüchtlingspolitischen Fragen beraten, auf eigene Initiative Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen und Verordnungen abgeben dürfen, gegenüber den zuständigen Behörden Akteneinsichtsrechte besitzen und die Bevölkerung über flüchtlingspolitische Belange informieren. Der/dem Beauftragten wird ein Beirat aus Vertreter*innen der Landtagsfraktionen, der Wohlfahrtsverbände und flüchtlingspolitischen NGOs, sowie Selbstorganisationen von Flüchtlingen beigelegt.

2926 Aktionen, Kundgebungen, Demonstrationen anderer faschistischer Organisationen belegen dies. In
2927 2016 wurden bis Mitte Oktober 797 Straftaten gegen Flüchtlingsheime, davon 740 mit
2928 rechtspopulistischem/faschistischem Hintergrund begangen („BKA Bericht“) In den vergangenen
2929 Jahren ist die Zahl der Angriffe massiv gestiegen, von 69 Angriffen in 2013 auf 199 in 2014.

2930 Das NRW Innenministerium gab bekannt, dass bis zum 05.10.2016 185 „rechtsextremistische
2931 Straftaten“ gegen Flüchtlingsunterkünfte in NRW begangen wurden. Ferner gab es 13
2932 Körperverletzungen, 20 Branddelikte und 75 Sachbeschädigungen.

2933 ***Was tun:***

- 2934 • *Öffentlichkeit für Flüchtlinge weiter sensibilisieren*
- 2935 • *Rassistische/faschistische Strukturen vor Ort erkennen und bekämpfen*
- 2936 • *Selbstorganisation der Flüchtlinge stärken*
- 2937 • *Zusammenarbeit der Flüchtlings- mit antifaschistischen Initiativen ausbauen*

2938 **3. Queer: Gleichstellung und Akzeptanz aller Lebensweisen erreichen**

2939 „Warme Worte kosten nichts“: Unter diesem Motto kann die Queer-Politik der Landesregierung von
2940 SPD und Grünen zusammengefasst werden. Zwar hat die Landesregierung mit dem „Aktionsplan für
2941 Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt- gegen Homo- und Transphobie“
2942 unter Beteiligung von Selbstorganisationen der Lesben und Schwulen unterstützenswerte Ziele
2943 formuliert. Doch zur Umsetzung zahlreicher wichtiger Maßnahmen sind keine finanziellen Mittel
2944 vorhanden. Zudem steht auch nach fünf Jahren eine Verankerung des Aktionsplans als
2945 Querschnittsaufgabe innerhalb der Landesregierung aus.

2946 Gesellschaftlich nimmt zudem die Ablehnung und Ausgrenzung von Schwulen, Lesben und
2947 Transgendern massiv zu, wie Studien und Alltagserfahrungen belegen. Auf die neue Welle von Homo-
2948 und Transphobie muss politisch offensiv reagiert werden. Besonders schwer, sich in der Gesellschaft
2949 zurecht zu finden, haben es intersexuelle Menschen und Transgender. Der gesellschaftliche Druck,
2950 sich eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen, führt zu einem täglichen Kampf um Sichtbarkeit und
2951 Akzeptanz.

2952 Wir setzen uns für eine umfassende Verhinderung der Diskriminierung von Schwulen, Lesben und
2953 Bisexuellen sowie Intersexuellen und Transgendern ein. Das „Verbot“ von Diskriminierungen ist hierzu
2954 nur bedingt tauglich. Vielmehr gilt es, die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung unterschiedlicher
2955 Lebensweisen und sexueller Identitäten im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern.
2956 Insbesondere junge Menschen im Coming-out und in ihren Selbstfindungsprozessen zu unterstützen
2957 und damit ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, in dem Diskriminierungen nicht mehr möglich
2958 sind.

2959 ***Was tun?***

- 2960 • *Fortschreibung und Ausfinanzierung des „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz*
2961 *sexueller und geschlechtlicher Vielfalt- gegen Homo- und Transphobie“*
- 2962 • *Aufbau einer landesweiten kostenlosen Rechtsberatung für Opfer von Homo- und Transphobie*
- 2963 • *Bildungsplan für sexuelle Vielfalt in NRW und ein deutlicher Ausbau des Projekts „Schule ohne*
2964 *Homophobie“ (derzeit nehmen lediglich 17 von über 6.000 Schulen teil)*
- 2965 • *Eine umfassende Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von Schwulen, Lesben,*
2966 *Sexarbeiter*innen, inter- und transsexuellen Menschen in NRW*
- 2967 • *Das Projekt SchLAu NRW (Schwul-lesbische Aufklärung NRW) einbeziehen und stärker fördern*

- 2968 • *Eine Zustiftung des Landes NRW an die ARCUS-Stiftung als Teil der Kollektiv-*
- 2969 *Wiedergutmachung für die Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlicher*
- 2970 *Lebensweisen*
- 2971 • *Arbeitsplätze ohne Diskriminierung als Kriterium für die Vergabe öffentlicher Mittel*
- 2972 • *Verstärkte strukturelle Förderung der Selbstorganisationen von Lesben und Schwulen (LAG*
- 2973 *Lesben in NRW, Schwules Netzwerk NRW, LSVD)*
- 2974 • *Aufbau und Förderung handlungsfähiger Selbstorganisationen „Trans- und Intersexualität“*
- 2975 *fördern*
- 2976 • *Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen an die Staatskanzlei anbinden,*
- 2977 • *Queerpolitik als Querschnittsaufgabe wahrnehmen*
- 2978 • *Eigene Erfassung homo- und transphober Straftaten in der Kriminalstatistik*
- 2979 • *Den Ausbau von Beratungsstellen und niedrigschwelligen Angebote für Sexarbeiter aus dem*
- 2980 *Bereich der mann-männlichen Prostitution, insbesondere im Bereich der Armut- und*
- 2981 *Beschaffungsprostitution*
- 2982 • *Handlungsfähige Selbstorganisationen von Sexarbeiter*innen aufbauen und fördern.*
- 2983 • *Ein landesweites Verbot sogenannter kommunaler „Sexsteuern“*
- 2984 • *Eine umfassende Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichte von Schwulen, Lesben, inter- und*
- 2985 *transsexuellen Menschen in NRW*
- 2986 • *Einrichtung einer Dokumentationsstelle zum § 175 StGB beim Landesjustizministerium, die*
- 2987 *beim Nachweis erlittener Verfolgung behilflich ist*
- 2988 • *Aufbau einer unabhängigen Beratungsstelle, die betroffenen Opfern beim Kampf um*
- 2989 *Entschädigung und Rehabilitation unterstützt*
- 2990 • *Aufbau eines interdisziplinären Instituts zur Erforschung queerer Lebenswelten an einer*
- 2991 *nordrhein-westfälischen Universität, verbunden mit dem Aufbau eines entsprechenden*
- 2992 *Archivs*
- 2993 • *Ausreichende und unabhängige Beratungsangebote für Erziehungsberechtigte intersexueller*
- 2994 *Kinder, um verfrühte operative Eingriffe bzw. hormonelle Medikationen und damit*
- 2995 *einhergehende Traumatisierungen zu verhindern*

2996 **4. Menschen mit Behinderung: Selbstbestimmt leben in einem inklusiven NRW**

2997 Menschen mit Beeinträchtigungen werden durch verschiedenste einstellungs- und umweltbedingte
 2998 Barrieren an einer selbstbestimmten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gehindert. Erst durch die
 2999 Wechselwirkung von Barrieren und Beeinträchtigung wird eine Beeinträchtigung zur Behinderung. Die
 3000 UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland unterschrieben hat, bezieht einen konsequenten
 3001 und radikalen Standpunkt: Sie fordert einen Abbau dieser Barrieren: Die Gesellschaft hat sich den
 3002 (behinderten) Menschen anzupassen – nicht umgekehrt!

3003 Eine barrierefreie Umwelt erleichtert das Leben für alle Menschen. Fahrstühle zu den Gleisen sind
 3004 hilfreich für jeden Menschen mit Gepäck, mit Fahrrad und Kinderwagen, für alte Menschen wie auch
 3005 für Menschen mit Behinderung. Leichte Sprache in Formularen ermöglicht Menschen mit geringen
 3006 Schriftkenntnissen, Älteren oder auch Menschen mit Migrationshintergrund ebenso wie Menschen mit
 3007 Lernbehinderung besser, ihre Rechte zu verstehen und selbstbestimmt soziale Leistungen
 3008 einzufordern.

3009 **Behinderung in NRW – Warum wir noch (lange) nicht zufrieden sind**

3010 In NRW leben etwa 1,7 Millionen Menschen mit anerkannten schweren körperlichen, geistigen
3011 und/oder seelischen Behinderungen. Materielle Barrieren, sowie ein Denken, das Menschen ohne
3012 Beeinträchtigung als Norm setzt und alle aussondert, die dieser »Normalität« nicht entsprechen,
3013 behindern die gleichberechtigte Teilhabe nicht nur von Menschen mit Behinderung in unserer
3014 Gesellschaft, sondern auch von chronisch Kranken, älteren oder pflegebedürftigen Menschen.

3015 Die vielen Einzelmaßnahmen der Landesregierung für diese Menschen bleiben vielfach Stückwerk:
3016 Das Inklusionsstärkungsgesetz brachte nur kleinere Verbesserungen, teilweise sogar
3017 Verschlechterungen für Menschen mit Behinderung. Der Aktionsplan enthält weder überprüfbare,
3018 konkrete, Ziele, noch werden ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt, um ihn umzusetzen. Auch
3019 dem Schulgesetz fehlen die finanziellen und personellen Ressourcen für die geforderte schulische
3020 Inklusion.

3021 Menschen mit Behinderung leben, lernen und arbeiten immer noch oft gesondert in Einrichtungen:
3022 Heime für Menschen mit Behinderung, stationäre Altenpflegeeinrichtungen, Förderschulen und auch
3023 die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM).

3024 Dies widerspricht den anerkannten Menschenrechten, der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-
3025 BRK). Eine gleichberechtigte, selbstbestimmte und gestaltende soziale Teilhabe durch Menschen mit
3026 Behinderung kann jedoch nicht abgesondert, sondern nur inklusiv gelingen.

3027 **Mit gutem Beispiel voran**

3028 „Nichts über uns ohne uns“ heißt eine Forderung der selbstbestimmten Behindertenbewegung. DIE
3029 LINKE NRW will gemeinsam mit den Menschen mit Behinderung und ihren Verbänden in NRW die
3030 Grundlagen dafür schaffen und verbessern. DIE LINKE NRW will dabei selbst mit gutem Beispiel
3031 lernend vorgehen: Sie hat die Umsetzung eines Teilhabekonzeptes für Menschen mit Behinderung
3032 für die Landespartei beschlossen und setzt es Zug um Zug um.

3033 Von der Landesregierung fordern wir die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in NRW auf
3034 der Landesebene und der kommunalen Ebene.

3035 ***Was tun?***

- 3036 • *Die systematische Überprüfung neuer und alter Landesgesetze und Verordnungen auf*
3037 *Konformität mit der UN-Behindertenrechtskonvention.*
- 3038 • *Die Umwandlung des Aktionsplanes NRW in einen verbindlichen Aktionsplan ohne*
3039 *Kostenvorbehalt, mit überprüfbaren Zielen und Fristen.*
- 3040 • *Bereitstellung ausreichender personeller und finanzieller Mitteln zur Umsetzung des*
3041 *Aktionsplanes, mit regelmäßiger Überprüfung des Fortschrittes.*
- 3042 • *Erarbeitung von Aktionsplänen für jede Stadt und jeden Kreis gemeinsam mit den Menschen*
3043 *mit Behinderung und ihren Interessenvertretungen. Bestellung von Inklusionsbeauftragten für*
3044 *deren Umsetzung.*
- 3045 • *Die Förderung von Initiativen und öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen, um auf allen Ebenen*
3046 *der Gesellschaft, einschließlich der Familie, das Verständnis für Menschen mit Behinderung zu*
3047 *erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu unterstützen.*
- 3048 • *Stärkung der Stellung des Landesbehindertenbeauftragten, des Landesbehindertenbeirates*
3049 *und der Behindertenvertretungen in den kommunalen Parlamenten durch eine entsprechende*
3050 *Änderung der Gemeinde-, Kreis- und Landschaftsverbandsordnung.*
- 3051 • *Umsetzung des Wahlrechtes für Alle, auch für Menschen unter vollständiger Betreuung.*

- 3052 • *Umfassende Barrierefreiheit bei Wahlen (Wahllokal, Wahlverfahren, Wahlmaterialien,*
3053 *Wahleinrichtungen).*

3054 **Bauen, Wohnen und Verkehr**

3055 Die materielle Lebensumgebung unserer Gesellschaft ist zu einem großen Teil gebaut: Straßen,
3056 Wohnhäuser, Fabriken, öffentliche Einrichtungen: Überall entscheiden teilweise banale Details wie die
3057 Höhe der Bordsteine und die Konstruktionsweise von Türen über die Bewegungsfreiheit und
3058 Teilhabemöglichkeit vieler Menschen. Wir wollen, dass die Bedürfnisse aller Menschen beim Bauen
3059 berücksichtigt werden.

3060 ***Was tun?***

- 3061 • *Fördermittel für den barrierefreien Umbau von Bestandsgebäuden.*
- 3062 • *Flächendeckende und aufsuchende Wohnberatung*
- 3063 • *Festlegung der DIN 18040 (Barrierefreiheit) als verbindliche „Technische Baubestimmung“*
- 3064 • *Ausstattung der Gebäude des Landes NRW mit Induktionsschleifen*
- 3065 • *Systematischer und flächendeckender Ausbau von Leitsystemen für blinde und sehbehinderte*
3066 *Menschen*
- 3067 • *Förderprogramm des Landes für den barrierefreien Ausbau von Bus und Bahn*
- 3068 • *Verbindlicher Ausbau der Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs bis 2022, Beteiligung des*
3069 *Landes an den Kosten des Ausbaus und die Beteiligung der Betroffenen an den Planungen*
- 3070 • *Schulung des Personals im öffentlichen Personenverkehr zum Thema Inklusion*

3071 **Bildung und Arbeit**

3072 Die Trennung von Menschen mit und ohne Behinderung im Bildungssystem muss ein Ende haben.
3073 Dazu müssen Kitas und Schulen passend ausgestattet werden. Auch im Arbeitsleben sollen Menschen
3074 mit Behinderung als vollwertige Mitmenschen anerkannt und entsprechend entlohnt werden. Um die
3075 gesellschaftliche Aufgabe der Inklusion zu bewältigen benötigen wir zudem mehr Menschen mit
3076 bestimmten inklusionsbezogenen Kompetenzen.

3077 ***Was tun?***

- 3078 • *Förderung der Inklusion in den KiTas durch bessere Sach- und Personalausstattung und eine*
3079 *veränderte Ausbildung von Erzieher*innen*
- 3080 • *Umsetzung der Standards für inklusive Schulen: Barrierefreie Schulgebäude, kleinere Klassen,*
3081 *multiprofessionelle Unterstützungsteams, mehr sachliche und personelle Ressourcen sowie*
3082 *eine entsprechende Lehreraus- und -weiterbildung*
- 3083 • *Förderung der Anwendung des Budgets für Arbeit als Instrument regulärer Beschäftigung für*
3084 *Menschen mit Behinderung auf dem ersten Arbeitsmarkt*
- 3085 • *Schrittweise Einführung einer tariflichen Entlohnung für Werkstattbeschäftigte, zunächst auf*
3086 *Außenarbeitsplätzen*
- 3087 • *Vergabe von öffentlichen Aufträgen bevorzugt an Betriebe mit einem hohen*
3088 *Schwerbehindertenanteil, an Integrationsunternehmen und Betriebe mit*
3089 *Integrationsabteilungen. Dafür eine Änderung des Tariftrue- und Vergabegesetzes*
- 3090 • *Für Gebärdensprachdolmetschung soll ein Studiengang an den Hochschulen in NRW*
3091 *angeboten werden, zusätzlich soll sich das Land NRW für die Schaffung einer*
3092 *Berufsausbildung Gebärdensprachdolmetschung einsetzen*

- 3093 • *Das Land soll sich für die Schaffung einer Ausbildung „Übersetzer*in leichte Sprache“ und*
- 3094 *„Prüfer*in leichte Sprache“ einsetzen*
- 3095 • *Erhöhung des Zuschusses für die Blindenhörbücherei*

3096 **Gesundheit und Pflege**

3097 Der barrierefreie Zugang zum Gesundheitssystem ist von besonderer Bedeutung. Arztbesuche dürfen
 3098 nicht an unzugänglichen, beziehungsweise nicht barrierefreien Praxen scheitern. Daher wollen wir den
 3099 barrierefreien Umbau festlegen und hierfür Fördermittel bereitstellen.

3100 Im eigenen Zuhause zu leben ist ein menschliches Grundbedürfnis. Das wollen wir mit einem Ausbau
 3101 entsprechender Unterstützungsleistungen für alle Menschen ermöglichen. Wer in stationären
 3102 Einrichtungen lebt, hat Anspruch auf Schutz gegen Willkür und Gewalt.

3103 ***Was tun?***

- 3104 • *Barrierefreiheit als Zulassungskriterium bei Arztpraxen und medizinischen Einrichtungen*
- 3105 *einführen*
- 3106 • *Förderung von Umbaumaßnahmen für Barrierefreiheit bei Arztpraxen und medizinischen*
- 3107 *Einrichtungen*
- 3108 • *Traumaambulanzen flächendeckend ausbauen und für bessere Versorgung mit*
- 3109 *Therapeut*innen sorgen*
- 3110 • *Finanzielle Förderung des barrierefreien Wohnungsneu- und -umbaus*
- 3111 • *Förderung von persönlicher Assistenz in jeder Lebenslage*
- 3112 • *Die bedarfsgerechte Bereitstellung von Hilfsmitteln*
- 3113 • *Förderung des Persönlichen Budgets, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt*
- 3114 *wohnen, leben, lernen und arbeiten können*
- 3115 • *Einen Rechtsanspruch auf gleichgeschlechtliche Pflegekräfte*
- 3116 • *Maßnahmen gegen Gewalt in stationären Einrichtungen, insbesondere gegenüber Frauen mit*
- 3117 *Behinderung oder pflegebedürftigen Menschen*
- 3118 • *Eine Stärkung der Heimaufsicht*
- 3119 • *Eine Stärkung der Heimbeiräte*
- 3120 • *Fixierungen und Ruhigstellungen durch Medikamente abschaffen*

3121 **Beratung, Kommunikation und Information**

3122 Auch der Zugang zu Information und Kommunikation muss barrierefrei sein, damit die Inklusion
 3123 gelingen kann. Wir wollen den Weg nicht nur ebnen, sondern auch durch Wegweiser.

3124 Und wer hätte einen besseren Blick auf die Problemlagen als selbst Betroffene? Wir wollen
 3125 Hilfsangebote, in denen Betroffene mitarbeiten, besonders fördern.

3126 ***Was tun?***

- 3127 • *Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations- und anderen Diensten, einschließlich*
- 3128 *elektronischer Dienste und Notdienste*
- 3129 • *Schaffung barrierefreier Verwaltungen – vom Formular bis zum Gebäude*
- 3130 • *Flächendeckender Aufbau und Förderung von unabhängigen Beratungsstellen und*
- 3131 *aufsuchender Beratung, in denen Menschen mit Behinderung Beratung für Menschen mit*
- 3132 *Behinderung leisten (Peer-Counseling)*

3133 VI. Die Zerstörung unserer Umwelt beenden

3134 **1. Umweltschutz: Sich gemeinsam den Konzernen entgegenstellen**

3135 Der Erhalt einer gesunden lebenswerten Umwelt und ein ungezügelter Kapitalismus sind miteinander
3136 auf Dauer unvereinbar. Es gibt keinen ökologischen Kapitalismus, denn die kapitalistische
3137 Wirtschaftsweise verläuft ethisch, sozial und ökologisch ungesteuert nach dem Gesetz der
3138 Profitmaximierung. Erst nach einer sozialistischen Transformation der wirtschaftlichen Verhältnisse
3139 wird es wirklich möglich sein, die Umwelt nachhaltig zu schützen und für unsere Nachkommen zu
3140 erhalten. Wir müssen daher den gegenwärtigen politischen Kurs grundlegend verändern. Wir haben
3141 die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen. Die Auswirkungen
3142 des Klimawandels zwingen zum Handeln.

3143 Umweltschutz ist für uns nicht nur eine Frage des Lifestyles für Leute, die sich etwas teurere
3144 Bioprodukte leisten können. Es geht um Arbeitsbedingungen in Landwirtschaft und Wirtschaft, bei
3145 denen die Menschen sich nicht ihre Gesundheit ruinieren – hier bei uns und im Rest der Welt. Es geht
3146 um gute Lebensbedingungen für alle Menschen, unabhängig von ihrem sozialem Status – in der Stadt,
3147 wie auf dem Land. Moderner Tourismus sollte sozial gerecht, barrierefrei, ökologisch sanft und
3148 ressourcenschonend sein. Wo wir Urlaub machen, sollen sich später auch andere noch erholen
3149 können.

3150 Ökologische Politik müssen wir in NRW vor allem gegen Lobbyinteressen durchsetzen. Die Umwelt
3151 darf nicht den Gewinninteressen von Konzernen und Finanzinvestor*innen ausgeliefert sein. Wir
3152 wollen vorwärts gewandte Arbeitsplätze und Produktionsweisen voranbringen, die Zukunft haben,
3153 statt unsere Zukunft zu bedrohen.

3154 Dabei bleibt uns bewusst, dass im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse mit dem durch
3155 den Konkurrenzdruck erzeugten Zwang zur fortwährenden Steigerung der materiellen Produktion eine
3156 nachhaltige ökologische Politik, ausreichende Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels kaum
3157 möglich sein werden.

3158 ***Was tun?***

- 3159 • *Umweltinitiativen und engagierte Menschen in den Mittelpunkt der Umweltpolitik stellen*
- 3160 • *Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik an strengen Umwelt- und Klimaschutzziele ausrichten*
- 3161 • *Flächenverbrauch und -versiegelung wirksam reduzieren, Bäume besser schützen,*
- 3162 *Grünstreifen naturnäher bepflanzen, Fassaden- und Dachbegrünungen, sowie die*
- 3163 *Regenwassernutzung besser fördern*
- 3164 • *Nationalparks, Natur- und Landschaftsschutzgebiete ausweiten*
- 3165 • *Braunkohletagebau beenden, den Hambacher Forst und die übrigen tagebauegefährdeten*
- 3166 *Landschaften erhalten*
- 3167 • *Kommunen zu Baumschutzsatzungen verpflichtet*
- 3168 • *Projekte der ökologischen Selbstorganisation wie Urban Gardening fördern*
- 3169 • *Lärm- und Lichtverschmutzung ernsthaft reduzieren*
- 3170 • *Die Gefährdung durch Atomanlagen und Fracking bekämpfen*
- 3171 • *Die Landesentwicklungsplanung für Flughäfen zugunsten der berechtigten Interessen von*
- 3172 *lärmgeplagten Anwohnern verändern*
- 3173 • *Ökologischer Landwirtschaft den Vorrang geben, „Grüne Gentechnik“ in NRW verbieten*

- 3174 • *Ausbau der Naherholung, Urlaubs- und Erholungsgebiete sollen möglichst durch den*
- 3175 *öffentlichen Nah- und Fernverkehr erreichbar sein. Auch Menschen mit niedrigen Einkommen*
- 3176 *müssen Reise- und Erholungsangebote nutzen und erreichen können*
- 3177 • *Naturfreundehäuser und vergleichbare Einrichtungen erhalten, um den sanften Tourismus in*
- 3178 *der Natur zu fördern*
- 3179 • *NRW-Pass für günstigen Eintritt in Schwimmbäder, Theater und Museen*
- 3180 • *Die Mitnahme von Fahrrädern in Bus und Bahn erleichtern*
- 3181 • *Zugang zu öffentlichen Plätzen, Wäldern und Seen für alle erhalten, Rad- und Wanderrouten*
- 3182 *ausbauen*
- 3183 • *Stadtranderholung insbesondere für Kinder gewährleisten*

3184 **2. Naturschutz: Artenvielfalt durch den Schutz der Lebensräume**

3185 Jede Landschaft hat ihre Reize und ist geprägt durch ihre speziellen Tier- und Pflanzengemeinschaften.
 3186 Wälder, Flüsse, Sümpfe, Teiche, Moore und Auenlandschaften, Heiden, Mager- und Trockenrasen,
 3187 Brachflächen und landwirtschaftliche Flächen – sie alle tragen ihren Teil zur Artenvielfalt bei. Diese
 3188 Artenvielfalt ist in vielfältiger Weise bedroht. Die Liste der aussterbenden und bedrohten Tier- und
 3189 Pflanzenarten wird auch für NRW stetig länger.

3190 Wälder und Forste dienen dementsprechend nicht nur der Holzproduktion, sondern auch dem Schutz
 3191 der Artenvielfalt, als Wasserspeicher, der Aufnahme von CO₂ aus der Atmosphäre, der Luftreinhaltung
 3192 und als Erholungsgebiet. Dafür brauchen wir eine ökologische Stadt- und Landschaftsplanung. Ein
 3193 flächendeckendes System von Landschaftserhaltungsverbänden soll eine am Naturschutz orientierte
 3194 Regionalplanung fördern und die Umsetzung der Natura-2000-Gebiete organisieren.

3195 ***Was tun?***

- 3196 • *Innerhalb der kommenden Legislaturperiode soll im Bereich Senne/Eggegebirge/Teutoburger*
- 3197 *Wald der zweite Nationalpark Nordrhein-Westfalens ausgewiesen werden. Die militärische*
- 3198 *Nutzung ist einzustellen. Die Nationalparkverwaltung des neuen NP als auch jene des*
- 3199 *Nationalparks Eifel wird als Sonderbehörde in das Landesamt für Naturschutz, Umwelt und*
- 3200 *Verbraucherschutz integriert.*
- 3201 • *Artenschutzprojekte für Leittierarten fördern, den Biotopschutz ausweiten – zum Beispiel*
- 3202 *Laubfroschprojekt im Münsterland, Gelbbauchunkenprojekte im Rheinland oder*
- 3203 *Kreuzkrötenprojekte im Ruhrgebiet*
- 3204 • *Naturlehrpfade ausbauen und wiederherstellen, um die Bedeutung von Naturschutz zu*
- 3205 *verdeutlichen*
- 3206 • *Mehr Personal in den Forstbehörden einstellen*
- 3207 • *Bodenschonende Abbaumethoden vorziehen, zum Beispiel mit Rückepferden*
- 3208 • *Naturnahe Mischwälder fördern statt anfälliger Monokulturen*
- 3209 • *Großzügig Waldgebiete für die natürliche Waldentwicklung zur Verfügung stellen*
- 3210 • *Verbindliche Standards für natur-, umwelt- und klimaverträgliche und nachhaltige*
- 3211 *Forstwirtschaft im Landeswaldgesetz verankern*
- 3212 • *Privatisierung von Waldflächen verhindern, der Wald gehört Allen, Privatwald nach Möglichkeit*
- 3213 *zurückkaufen*
- 3214 • *Landeseigene Waldflächen FSC-zertifizieren*

3215 3. Landwirtschaft: Nachhaltig produzieren ohne Gifte und Antibiotika

3216 Die konventionelle Landwirtschaft zerstört die Grundlagen der Erzeugung unserer Nahrungsmittel und
3217 vergiftet unser Wasser. Sie muss langfristig vollständig durch die ökologische Landwirtschaft ersetzt
3218 werden. Wir wollen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren.
3219 Deshalb müssen wir die Landwirtschaft nachhaltiger organisieren. Hierfür wollen wir die ökologischen
3220 und sozialen Standards verbessern. Unser Ziel ist der Zugang zu gesunden, umweltverträglich und fair
3221 produzierten Nahrungsmitteln für alle. Dafür muss der Einsatz von Pestiziden, Düngemitteln und
3222 Medikamenten weiter gesenkt werden.

3223 Die Landwirtschaft entwickelt sich infolge falscher politischer Rahmenbedingungen weiter Richtung
3224 Massentierhaltung und Monokulturen. Noch immer werden die großen Betriebe der industriellen
3225 Landwirtschaft stärker gefördert als Kleinbetriebe, zum Beispiel durch Mindestgrößen bei
3226 Agrarsubventionen. Dies wollen wir ändern. Auch geben viele Höfe auf, weil es in der Familie keine*n
3227 Nachfolger*in gibt, obwohl andere Menschen gerne Betriebe übernehmen würden.

3228 Der Preisdruck der Handelsketten und der Lebensmittelindustrie führt vielfach zu schlechten und
3229 unsicheren Arbeitsbedingungen, sowie zu Umwelt- und Tierschutzproblemen in der Landwirtschaft.
3230 Insbesondere Saisonarbeiter*innen im Obst- und Gemüseanbau sind oft prekären Arbeits- und
3231 Unterbringungsbedingungen ausgesetzt.

3232 Um einen nachhaltigen Wandel der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft zu
3233 erreichen, sind insbesondere die progressiven Akteur*innen als Träger*innen dieses Wandels zu
3234 unterstützen.

3235 ***Was tun?***

- 3236 • *Nutztiere sollten artgerecht gehalten werden, mit genügend Auslauf und*
- 3237 *Bewegungsmöglichkeiten*
- 3238 • *Den tiergerechten Umbau von landwirtschaftlichen Ställen, Ausläufen und Weiden fördern*
- 3239 • *Tierhaltung an Fläche koppeln, um Gülletourismus und Überdüngung zu vermeiden*
- 3240 • *Einsatz von Medikamenten, insbesondere Antibiotika, in der Tierhaltung strenger regulieren*
- 3241 *und kontrollieren*
- 3242 • *Ökologisch und tiergerecht produzierende Betriebe fördern*
- 3243 • *Regionale Vermarktung und regionale Wirtschaftskreisläufe stärker fördern*
- 3244 • *Unterstützen selbstorganisierter regionaler Produktionsstrukturen wie die Initiativen der*
- 3245 *Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi)*
- 3246 • *Benachteiligung von kleineren Betrieben bei den Beiträgen für die Sozialversicherung und*
- 3247 *Berufsgenossenschaft beenden*
- 3248 • *Außerfamiliäre Betriebsübergaben durch Auflage eines Existenzgründer*innenfonds*
- 3249 *unterstützen*
- 3250 • *Verkauf und Verpachtung landeseigener Landwirtschaftsflächen soll nur nach ökologischen*
- 3251 *und sozialen Vergabekriterien erfolgen*
- 3252 • *Förderung der Forschung an Fruchtfolgen und Mischkulturen*
- 3253 • *Saisonarbeiter*innen besser vor Ausbeutung schützen*
- 3254 • *Für einen gesetzlichen Mindestlohn ohne Wenn und Aber und ohne Ausnahmen*
- 3255 • *Förderprogramm „Vielfältige Kulturen“ im Ackerbau ausbauen*
- 3256 • *Mehr heimische Eiweißpflanzen! Klee, Erbsen und Co. fördern die Bodenfruchtbarkeit und*
- 3257 *ersetzen den Import von auf gerodeten Regenwaldflächen angebautem Gensoja*
- 3258 • *Streuobstwiesen gesetzlich schützen*

- 3259 • *Heimische Insektenvielfalt, insbesondere die Bienen, besser schützen*
- 3260 • *Randstreifen von Herbiziden und Pestiziden freihalten*
- 3261 • *Förderung und Schutz der Einhegung von Feldern mit Hecken*
- 3262 • *Auf Gentechnik verzichten - auch beim Tierfutter*
- 3263 • *Einsatz von Totalherbiziden wie Glyphosat gesetzlich verbieten*

3264 **4. Tiere: Mit Respekt behandeln und artgerechter halten**

3265 DIE LINKE.NRW plädiert dafür, das Verhältnis von Mensch und Tier neu zu bestimmen. Die Menschen
 3266 haben die Verantwortung für die gesamte Natur. Der Schutzauftrag des Staates endet nicht beim
 3267 Menschen. Wir sprechen Tieren das Recht auf eine natürliche, artgerechte Existenz zu, unabhängig
 3268 von ihrem Nutzwert. Wir wollen natürliche Lebensgrundlagen erhalten und Landschaften renaturieren.
 3269 Wir wollen Schinderei und quälereisiche Haltungsweisen beenden und wissen doch, dass keine
 3270 Gefangenschaft jemals 100% artgerecht sein wird. Wir wollen, dass der respektvolle Umgang mit
 3271 Tieren erlernt und praktiziert wird. Statt weiter zunehmender Konzentration von
 3272 Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe für agrarwirtschaftliche Güter wie
 3273 insbesondere Futtermittel, Düngemittel und Schlachttiere gefördert werden. Tiertransporte sind zu
 3274 vermeiden, Schlachttiere müssen grundsätzlich am nächstgelegenen Schlachthof geschlachtet
 3275 werden.

3276 Jagd muss den Kriterien der Nachhaltigkeit entsprechen und darf ethischen Prinzipien nicht
 3277 widersprechen. So muss das erlegte Tier sinnvoll genutzt werden, die bejagte Art darf in ihrem
 3278 Bestand nicht gefährdet sein und zum Zweck der Jagd nicht aktiv gefördert werden. Störungen in der
 3279 Brut- und Aufzuchtzeit von Wildtieren sind zu reduzieren und natur- und artenschutzrechtliche
 3280 Regelungen sind zu beachten. Damit ergibt sich eine Reduzierung der jagdbaren Arten auf weniger als
 3281 10 Tierarten.

3282 ***Was tun?***

- 3283 • *Im Grundgesetz steht dass die Jugendlichen „im Geist der Menschlichkeit, der Demokratie*
 3284 *und der Freiheit, zur Duldung und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zur*
 3285 *Verantwortung für Tiere und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen“ erzogen werden*
 3286 *sollen. Diese Einstellung muss durch einen geeigneten Lehrplan angestrebt werden*
- 3287 • *Ein landesweites Verbot von Vermietung von öffentlichen Flächen an Zirkusse mit Wildtieren*
- 3288 • *Zoos müssen verpflichtet werden zur Arterhaltung beizutragen indem sie sich an*
 3289 *Auswilderungsprogrammen beteiligen*
- 3290 • *Bisherige Zoos sollen in Spezialzoos umgewandelt werden*
- 3291 • *Ein schnellstmögliches Auslaufen der Zoohaltung für all jene Tiere, die in NRW schon*
 3292 *entweder aufgrund der Klimabedingungen oder der arttypischen Ansprüche nicht artgerecht*
 3293 *gehalten werden können.*
- 3294 • *Den Besitz gefährlicher invasiver Arten, außer für wissenschaftlich notwendige Zwecke,*
 3295 *verbieten*
- 3296 • *Reptilien-Börsen verbieten*
- 3297 • *Auch juristischen Personen ermöglichen, Jagd in ihren Wäldern zu verweigern*
- 3298 • *Treib- und Drückjagden verbieten und alle, bereits verbotenen, Schlieffenanlagen schließen*
- 3299 • *Jagdgesellschaften abbauen und anfallende Aufgaben an staatliche Wildschützer*innen*
 3300 *übergeben, die im Sinne der Lebewesen und der Umwelt handeln*

- 3301 • *Die Altersgrenzen von Pferden, die am Spring- und Rennsport teilnehmen, müssen neu*
- 3302 *überdacht werden. Eine Teilnahme an Rennen sollte erst ab 3 Jahren erfolgen.*
- 3303 • *Die Ausbildungsmethoden und die artgerechte Haltung von Pferden sind durch das*
- 3304 *Veterinäramt regelmäßig zu prüfen*
- 3305 • *Das kommerzielle Angebot von Pferdekutschfahrten in städtischen Gebieten, also Gebieten*
- 3306 *wo der Lärm, die Bodenbeschaffenheit und die Luftqualität für die Tiere zur Belastung werden,*
- 3307 *sind einzustellen*
- 3308 • *Vermeidbare Tierversuche verbieten, Forschungsmethoden fördern, die ohne Tierversuche*
- 3309 *auskommen*
- 3310 • *Mehr Amtsveterinär*innen zur Durchsetzung des Tierschutzes einstellen*
- 3311 • *Eine Kastrations- und Registrierpflicht für alle Freigängerkatzen einführen*
- 3312 • *Verkauf von sogenannten Haustieren, außer von Fachhandlungen oder anerkannten*
- 3313 *gewerblichen Privatzüchter*innen, wie zum Beispiel in Baumärkten, verbieten*
- 3314 • *Pelztierhaltung ausschließen und den Handel mit falsch deklarierten Pelzen empfindlich*
- 3315 *bestrafen*
- 3316 • *Qualzüchtungen und Massentierhaltung müssen beendet werden und einer artgerechten*
- 3317 *Haltung weichen*
- 3318 • *Produkte die Bestandteile aus Massentierhaltung enthalten, sind - auch in der Gastronomie-*
- 3319 *zu kennzeichnen*
- 3320 • *Kükenschreddern verbieten*
- 3321 • *Alle Ausnahmen im Tierschutzgesetz, für die schmerzhaften körperlichen Eingriffe an Tieren*
- 3322 *ohne Betäubung, streichen, bis auf die, bei denen der mit dem Eingriff verbundene Schmerz*
- 3323 *geringfügiger ist als die mit einer Betäubung verbundene Beeinträchtigung des Befinden des*
- 3324 *Tieres*
- 3325 • *Lebendtransporte auf maximal vier Stunden begrenzen*
- 3326 • *Landwirte durch Strafen dazu bringen sich an die Gesetze zum Treffen von*
- 3327 *Vorsichtsmaßnahmen gegen den qualvollen Tod von Tieren beim Mähen zu halten.*
- 3328 • *Schutz, Ausweitung und Vernetzung von Naturschutzgebieten fördern*
- 3329 • *Privatisierung von Naturschutzgebieten stoppen*
- 3330 • *Keine Steuer auf Lebewesen, wie z.B. Hundesteuer. Tiere sind keine Gegenstände, die*
- 3331 *besteuert werden müssen*

3332 **5. Wasser: Unsere Lebensgrundlage besser schützen**

3333 Wasser ist lebenswichtig für jeden von uns. Sauberes für jeden verfügbares Trinkwasser ohne
 3334 Rückstände aus Pharmazie oder Chemieindustrie ist ein Menschenrecht. Die Qualität des Wassers
 3335 wollen wir sichern und Privatisierungen verhindern. Den Zustand der Oberflächengewässer wollen wir,
 3336 insbesondere durch weniger Nährstoffeinträge, in einen besseren Zustand bringen. Die
 3337 Regenwassernutzung soll gefördert werden.

3338 ***Was tun?***

- 3339 • *Keine Privatisierung des Trinkwassers, bereits erfolgte Privatisierungen zurücknehmen*
- 3340 • *Die Wasseraufbereitung an Rhein und Ruhr auf den jeweils neusten technischen Standard*
- 3341 *modernisieren*
- 3342 • *Auflagen und Kontrollen bei Mülldeponien und Halden verschärfen*

- 3343 • Gefahren durch austretendes verseuchtes Grubenwasser im Ruhrgebiet abwehren,
- 3344 Wasserhaltung unter Tage aufrecht erhalten um Kontakt zu eingelagerten oder nach Ende des
- 3345 Bergbaus liegengelassenen Abfällen zu vermeiden, Sondermüll dort wo es möglich ist, bergen
- 3346 lassen und in dafür geeignete Sondermülldeponien überführen
- 3347 • Unbehandelte Einleitung von Grubenwasser in Fließgewässer wie Ruhr, Lippe oder Emscher
- 3348 verhindern
- 3349 • Medikamentenrückstände im Wasser bekämpfen
- 3350 • PFT-Belastung in allen Wasserwerken unterhalb des gesundheitlichen Zielwertes von max. 0,1
- 3351 µg/l reduzieren
- 3352 • Der Trinkwassergewinnung den Vorrang geben vor dem Rohstoffabbau
- 3353 • Bewässerung von Parks auf die Bewässerung mit Regenwasser umstellen
- 3354 • Regenwasseranlagen für neu gebaute öffentliche Gebäude vorschreiben

3355 Funktionsprüfung (Dichtheitsprüfung) bürgerfreundlich gestalten

3356 Aus Gründen der Rechtssicherheit favorisieren wir, den Vollzug der Funktionsprüfung auszusetzen, bis
 3357 eine bundeseinheitliche, sozialverträgliche und ökologisch sinnvolle gesetzliche Regelung gefunden
 3358 ist.

3359 *Was tun?*

- 3360 • Den dringend notwendigen Dialogprozess der Landesregierung mit Vertreter*innen der
- 3361 Zivilgesellschaft (wie Anwohnervereinigungen, Umweltverbänden, Mietervereinen und
- 3362 Verbraucherschutzverbänden) über Prüffristen und die Art und Weise der Funktionsprüfung
- 3363 von Leitungen für häusliche Abwässer organisieren

3364 6. Luft: Schadstoffe vermeiden und für mehr Filter sorgen

3365 Luftverschmutzung ist nach wie vor ein großes Problem in NRW. Regelmäßig werden in Städten die
 3366 Grenzwerte für Schadstoffe überschritten. Besonders die Werte für Stickoxide können nicht
 3367 eingehalten werden. Der Verkehr ist daher ins Zentrum der kommunalen Luftreinhaltepläne zu stellen,
 3368 deren Erstellung und Umsetzung landesseitig nachgehalten werden sollte. Doch auch die
 3369 Energieerzeugung durch das Verbrennen fossiler Energieträger wie Braunkohle, Steinkohle und
 3370 Erdgas, sowie durch Müllverbrennungsanlagen belastet die Umwelt.

3371 *Was tun?*

- 3372 • Kraftwerksbetreiber zum sofortigen Einbau von Filteranlagen zur Reduzierung des
- 3373 Quecksilberausstoßes verpflichten
- 3374 • Schärfere Auflagen für Verdunstungskühlanlagen machen, um die Bildung von Legionellen zu
- 3375 verhindern
- 3376 • Niedrigere Grenzwerte für Emissionen der Müllverbrennungsanlagen und höhere Auflagen für
- 3377 die Ausbringung der Reststoffe wie Schlacken erlassen
- 3378 • Strengere Abgasfilterung bei Lkw, Bussen, Baumaschinen, Lokomotiven und im Schiffsverkehr
- 3379 nicht nur bei neuen Motoren vorschreiben
- 3380 • Keine Neuzulassungen mehr für Dieselfahrzeuge im motorisierten Individualverkehr

3381 Der von der Stahlindustrie unter massiver Förderung durch den Bund vorgesehene Weg, bei der
 3382 Verhüttung entstehendes CO₂ unter erheblichem Energieaufwand zum Rohstoff für die Kohlechemie

3383 zu machen, könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein. Konsequenter wäre es die Reduktion des
3384 Eisenerzes auf Wasserstoff- bzw. Methanbasis durch zu führen.

3385 ***Was tun?***

- 3386
 - *Umstellung der Eisenverhüttung auf regenerative Gase*

3387 **7. Bodenschutz**

3388 Das Land NRW ist durch seine lange industrielle Geschichte geprägt. Die zum Teil jahrhundertelangen
3389 Immissionen, haben mancherorts einen stark belasteten Boden zurück gelassen. Die Giftstoffe finden
3390 verschiedene Wege vom Boden in den Menschen.

3391 Auch die industrialisierte Landwirtschaft hat aus dem Habitat an vielen Stellen kaum mehr
3392 bepflanzbare Steppen hinterlassen.

3393 ***Was tun?***

- 3394
 - *Ermittlung von gefährdeten Gebieten mit einer langfristigen flächendeckenden Untersuchung*
 - 3395 • *Finanzielle Unterstützung bei der Bodensanierung*
 - 3396 • *On-site und off-site Sanierung statt Deponierung von belasteten Böden*
 - 3397 • *Erforschung von Verfahren zur Verursacherermittlung bei Immissionen*
 - 3398 • *Wenn möglich, Durchsetzung des Verursacher*innenprinzips*
 - 3399 • *Verringerung der Ausbringung von Düngern, Herbiziden, Pestiziden und Fungiziden*

3400 **8. Energie: Wir brauchen einen sozial-ökologischen Umbau**

3401 NRW ist Energieland Nummer 1 in Deutschland: Mit EON, RW6-E und STEAG sind drei der größten
3402 Energiekonzerne ansässig. Im rheinischen Braunkohlerevier stehen drei der fünf Kraftwerke mit dem
3403 größten CO₂-Ausstoß in Europa. Der durch diese Emissionen verursachte globale Klimawandel bedroht
3404 die Lebensgrundlagen vieler Menschen und ganzer Völker durch den Anstieg des Meeresspiegels und
3405 Wetterextreme wie Dürren und Überschwemmungen. Unser Land muss deshalb seinen Beitrag zum
3406 Erreichen der Klimaschutz-Grenze von 1,5° Celsius leisten. Das Pariser Klimaschutzabkommens vom
3407 Dezember 2015 muss konsequent umgesetzt werden.

3408 **Die zynische Doppelstrategie der Energiekonzerne**

3409 Die Energiekonzerne versuchen einerseits, die umweltschädliche Stromproduktion durch
3410 Kohlekraftwerke so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, andererseits wissen sie, dass die
3411 Energiewende unvermeidlich ist. Sie spalten die Unternehmen auf, um die alten, schmutzigen
3412 Unternehmensbereiche auf Kosten der Allgemeinheit zu entsorgen. Dabei muss die Allgemeinheit
3413 bereits die unmittelbaren Folgen der Klimaerwärmung tragen. Die Konzerne dürfen nicht aus ihrer
3414 Verantwortung entlassen werden.

3415 **Den Kohleausstieg einleiten**

3416 Wir fordern für NRW ein umfassendes Klimaschutzprogramm zur Energieeinsparung und zur Förderung
3417 erneuerbarer Energien.

3418 Ein solches Klimaschutzprogramm erfordert einen verbindlichen Fahrplan für den sofortigen Ausstieg
3419 aus der Braunkohle und den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Steinkohle. Die Fraktion DIE LINKE
3420 im Bundestag hat hierzu mit der Drucksache 18/8131 ein entsprechendes Konzept vorgelegt, das
3421 einen Beginn des Ausstiegs aus der Kohleverstromung spätestens im zweiten Halbjahr 2017 fordert.

3422 Der letzte Kohlekraftwerksblock soll in Deutschland spätestens im Jahr 2035 stillgelegt werden. Das
3423 Konzept sieht ein bundesweites Kohleausstiegsrahmengesetz vor, das die immissionsschutzrechtliche
3424 Privilegierung der Verstromung von Kohle aufhebt und CO₂ als Umweltschadstoff definiert. Der
3425 Ausstiegskorridor für Kohlekraft soll mit dem Ausbaukorridor für Ökostrom korrespondieren. Der
3426 Anteil erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch soll angehoben werden auf 43 Prozent bis
3427 2020, 55 Prozent bis 2025, 70 Prozent bis 2030, 85 Prozent bis 2035 und 100 Prozent bis 2040.

3428 Dieser Rahmen muss für NRW durch ein landesspezifisches Kohleausstiegsgesetz konkret ergänzt
3429 werden.

3430 ***Was tun?***

- 3431 • *Planmäßige Stilllegung von Kraftwerksblöcken auf der Basis von blockscharfen Restlaufzeiten*
3432 *bzw. Reststrommengen*
- 3433 • *Untersagung des Neubaus von Kohlekraftwerken und des Neuaufschlusses von Tagebauen*
- 3434 • *Sofort: Mehr vom Land betriebene Messstationen zur Feststellung der tagebau- und*
3435 *kraftwerksbedingten Emissionen und Luftverschmutzung*

3436 **Den Strukturwandel sozial absichern**

3437 Der hierdurch bedingte Strukturwandel ist in den betroffenen Regionen arbeitsmarkt-, wirtschafts- und
3438 sozialpolitisch abzusichern. Bereits in den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der im Rheinischen
3439 Revier in der Braunkohleindustrie beschäftigten Arbeitnehmer*innen auf nunmehr rund 9.000 deutlich
3440 reduziert. Rechnet man die Arbeitsplätze in der Zuliefererindustrie hinzu, kommt man auf rund 18.000.
3441 Das Kohleausstiegsgesetz NRW muss daher klare und verbindliche Maßnahmen vorsehen.

3442 ***Was tun?***

- 3443 • *Verbot betriebsbedingter Kündigungen*
- 3444 • *Angebot von Altersteilzeit und Vorruhestand mit Verdienstaustausch*
- 3445 • *Zusage von Beschäftigungssicherungsmaßnahmen*
- 3446 • *Schaffung eines Strukturwandelfonds für regionale Investitions- und*
3447 *Wirtschaftsförderungsmaßnahmen unter Beteiligung der Energiekonzerne zur Finanzierung*
3448 *des Fonds*
- 3449 • *Die Ewigkeitskosten müssen durch die Energiekonzerne vollständig abgesichert werden.*
- 3450 • *Beteiligung aller gesellschaftlich relevanten Akteur*innen (Gewerkschaften, Umwelt- und*
3451 *Verbraucher*innenverbände, Energieunternehmen, Vertreter*innen der Kommunen und des*
3452 *Landes, wissenschaftliche Expert*innen für Energie- und Klimapolitik*
- 3453 • *Wirtschaftsförderung und Strukturwandel) in Form eines „Runden Tisches für Kohlekonsens*
3454 *und einen sozialökologischen Strukturwandel“, dessen Ergebnisse in die weitere Planung des*
3455 *Kohleausstiegsprozesses und des Strukturwandels einfließen sollen*

3456 **Bürgerinitiativen unterstützen**

3457 Ein sozialökologischer Umbau und Strukturwandel kann nur unter Beteiligung außerparlamentarischer
3458 Bewegungen erfolgreich sein. Wir unterstützen deshalb die Arbeit der Bürger*inneninitiativen vor Ort
3459 und setzen uns für die Forderungen der Verbände der Bergbaugeschädigten ein.

- 3460 ***Was tun?***
- 3461 • *Eine Änderung des Bundesberggesetzes und der Einführung der Beweislastumkehr für*
- 3462 *tagebaubedingte Schäden, damit Braunkohle-Betroffene die gleichen Rechte erhalten wie*
- 3463 *Menschen im Bereich des Steinkohlebergbaus*
- 3464 • *Die Schaffung einer unabhängigen zentralen Schlichtungsstelle für Bergschäden in NRW*
- 3465 NRW ist Energieland Nummer 1 in Deutschland: Mit Eon und RWE sind hier zwei der größten
- 3466 Energiekonzerne ansässig. Im rheinischen Braunkohlerevier stehen aber drei der fünf Kraftwerke mit
- 3467 dem größten CO₂-Ausstoß in Europa. Unser Land muss seinen Beitrag zum Erreichen der Klimaschutz-
- 3468 Grenze von 1,5° Celsius leisten. Bedrohungen durch Wetterextreme wie Dürren und
- 3469 Überschwemmungen treffen uns alle. Der Markt bietet keine Lösung: Der Verbrauch von Rohstoffen,
- 3470 Wasser, Boden und Energie steigt. Die Folge des verschwenderischen Umgangs mit Ressourcen sind
- 3471 Umweltzerstörung und Bedrohung der Lebensgrundlagen.
- 3472 **Ausstieg aus der Atomenergie mit allen Konsequenzen**
- 3473 Auch wenn in NRW selbst kein Atomkraftwerk in Betrieb ist, bleiben in unserem Land Aufgaben für
- 3474 den Atomausstieg. Wir wollen Atomtransporte durch NRW untersagen. Dies gilt auch für den Atommüll
- 3475 aus dem Forschungszentrum Jülich (KFA). Brennelemente aus Lingen dürfen nicht nach Belgien und
- 3476 Frankreich transportiert werden. Das Zwischenlager Ahaus ist ebenso zu schließen wie die
- 3477 Urananreicherungsanlage Gronau. Die Landesregierung muss endlich dafür sorgen, dass auch die für
- 3478 NRW bedrohlichen Atomkraftwerke in Nachbarländern, wie Tihange und Doel, stillgelegt werden.
- 3479 ***Was tun?***
- 3480 • *Atommüllexport in die USA verhindern*
- 3481 • *Bestmöglich gesichertes neues Zwischenlager in Jülich für die dort entstandenen Abfälle*
- 3482 *errichten*
- 3483 • *Lieferung von angereichertem Uranmaterial aus Gronau einstellen*
- 3484 • *Transport radioaktiver Fracht der Atomindustrie landesweit verbieten*
- 3485 • *Aufklärung und Schutz der Bevölkerung in ganz NRW vorantreiben*
- 3486 • *Bundesratsinitiative: Vattenfall, EnBW, RWE und E.on verpflichten, geldwerte*
- 3487 *Sicherheitsleistungen für die Kosten des Rückbaus von Atomanlagen auf Treuhandkonten zu*
- 3488 *hinterlegen*
- 3489 **Verbot von Fracking und Gasbohren**
- 3490 Die Gasgewinnung durch Fracking birgt zahlreiche Gefahren wie die Grund- und
- 3491 Trinkwasserverseuchung durch Chemikalien und Lagerstättenwasser, entweichendes Methan ist
- 3492 besonders klimaschädlich. Fracking und die Verpressung von Lagerstättenwasser können Erdbeben
- 3493 hervorrufen, wie es jetzt schon in Niedersachsen zu beobachten ist. Die Entsorgung der giftigen
- 3494 Bohrschlämme ist ungeklärt. Und solange die Ursachen der erhöhten Krebsraten an
- 3495 Gasförderstandorten in Niedersachsen nicht aufgeklärt sind, ist es unverantwortlich, Genehmigungen
- 3496 für Fracking auch nur zu erwägen.
- 3497 Entgegen dem Eindruck, den die SPD-Grüne Landesregierung in NRW erwecken will, wird Fracking im
- 3498 Entwurf des Landesentwicklungsplans NRW jedoch nicht umfassend ausgeschlossen.
- 3499 Das Bergrecht berücksichtigt das Allgemeinwohl und die Rechte von Betroffenen nur unzureichend.
- 3500 Wir brauchen mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und ergebnisoffene Genehmigungsverfahren.

- 3501 **Was tun?**
- 3502 • *Fracking im Landesentwicklungsplan vollständig ausschließen*
- 3503 • *Keine Bohrschlämme aus anderen Bundesländern mehr in NRW annehmen*
- 3504 • *Gemeinsam mit den Initiativen gegen Fracking und Gasbohren auf Änderung des*
- 3505 *Bundesberggesetzes drängen*
- 3506 • *Bergrecht grundsätzlich zu reformieren, Vorrang für Mensch, Umwelt und demokratische*
- 3507 *Mitsprache*
- 3508 • *Keine Erteilung neuer Aufsuchungsgenehmigungen, auch nicht für wissenschaftliche Zwecke,*
- 3509 *bereits erteilte Genehmigungen nicht verlängern*

3510 **100 Prozent Erneuerbare Energien**

- 3511 Die Energieeinsparung hat einen besonderen Stellenwert. Daher müssen in allen Bereichen des
- 3512 Energieverbrauchs die Reduktionsmöglichkeiten optimal gefördert und umgesetzt werden.
- 3513 Hierzu müssen energieeffizientere Geräte, Maschinen und so weiter erforscht und genutzt, sowie
- 3514 Lebensstile mit geringerem Energieverbrauch gefördert werden.
- 3515 Um die energiebedingten Emissionen bis zum Jahr 2040 auf Null zu reduzieren werden wir die meisten
- 3516 Primärenergieträger durch Strom aus erneuerbaren Energien ersetzen, Häuser isolieren, die meisten
- 3517 Verbrennungsmotoren durch Elektromotoren ersetzen und Gebäude mit Wärmepumpen beheizen
- 3518 müssen. Da die Kapazitäten durch Biomasse und Erdwärme in Deutschland sehr begrenzt sind werden
- 3519 Photovoltaik und Windenergie den größten Anteil hierzu liefern müssen.
- 3520 DIE LINKE NRW steht daher für den Ausbau der Windenergie und Photovoltaik. In diesem
- 3521 Zusammenhang setzen wir uns für eine grundlegende Neugestaltung des EEG, mit seinen viel zu
- 3522 geringen Ausbaupfaden und den Ausschreibungsverpflichtungen welche die Installation der
- 3523 Erneuerbaren sowie eine genossenschaftliche Umsetzung der Energiewende behindern, ein.
- 3524 Wir wollen den Menschen vor Ort eine Teilhabe an der Energiewende sowie auch ein Höchstmaß der
- 3525 Selbstversorgung mit Strom und Wärme ermöglichen. Deswegen bevorzugen wir regionale Strukturen
- 3526 der Energieversorgung und setzen uns für diese ein.
- 3527 Dennoch besteht für die Umstellung großer Teile unserer Energieversorgung auf Strom ein hoher
- 3528 Flächenbedarf. Wir werden uns daher die Frage stellen müssen, auf welche Weise wir den Strom
- 3529 produzieren wollen und welche Folgen sich daraus für unsere Verteil- und Übertragungsnetze ergeben.

3530 **Was tun?**

- 3531 • *Eine Initiative für ein verbessertes Erneuerbare-Energien-Gesetz, welches den Ausbau der*
- 3532 *Erneuerbaren um den Faktor vier bis fünf beschleunigt und die Ausschreibungspflichten*
- 3533 *abschafft, ins Leben rufen*
- 3534 • *Kommunale Windflächen in Übereinstimmung mit den Anwohner*innen und den kommunalen*
- 3535 *Energieversorgern ausweisen*
- 3536 • *Finanzielle Mittel für die Erforschung angemessener Speicherstrukturen bereitstellen*
- 3537 • *Ausschließlich Abfälle und Gras zur Biogaserzeugung nutzen*
- 3538 • *Bessere Wärmedämmung an allen Schulen, Kindergärten und anderen öffentlichen Gebäuden*
- 3539 • *Installation von Photovoltaik und Solarthermie auf allen zur Verfügung Dachflächen*
- 3540 *öffentlicher Gebäude*
- 3541 • *Installation von Photovoltaik auf allen zur Verfügung stehenden Fassadenflächen öffentlicher*
- 3542 *Gebäude*

- 3543 • *Öffentliche Gebäude mit Wärmepumpen beheizen*
- 3544 • *Image- und Werbekampagne für die Photovoltaik, den Einsatz von Wärmepumpen und die*
- 3545 *Nutzung von Elektroautos*
- 3546 • *Verbesserung der Infrastruktur für die Elektromobilität*

3547 **Energieversorgung ist eine öffentliche Aufgabe**

3548 Energie ist ein Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb muss sie den Bürger*innen gehören, nicht großen
 3549 Konzernen. Wir fordern eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die
 3550 Überführung der Energiekonzerne in öffentliche Hand und ihre demokratische Kontrolle.

3551 ***Was tun?***

- 3552 • *Eine Preisaufsicht über Strom- und Gas Tarife einführen.*
- 3553 • *Energieversorgung vor Ort demokratisch und ökologisch organisieren.*
- 3554 • *Kommunen beim Rückkauf von Stadtwerkeanteilen unterstützen.*
- 3555 • *Stromnetze in die öffentliche Hand zurückholen für eine gerechte Versorgung.*
- 3556 • *Jede*r Bürger*in hat ein Recht auf Energieversorgung. Strom-, Gas- und Wasserabschaltungen*
- 3557 *sind zu verbieten. Eine Grundversorgung muss gewährleistet sein.*

3558 In NRW sind jedes Jahr zehntausende von Haushalten von Stromsperrern betroffen. Damit Menschen
 3559 nicht im Dunkeln sitzen, brauchen wir Sozialtarife für Hartz-IV-Beziehende und Menschen mit
 3560 geringem Einkommen. Wir wollen nicht, dass, wie bislang, Kleinverbraucher*innen hohe und
 3561 Großverbraucher*innen niedrige Tarife zahlen, sondern wer wenig verbraucht, soll weniger pro
 3562 Kilowattstunde zahlen, aber Energieverschwendung teurer werden. Die Befreiung der
 3563 energieintensiven Industrie von Steuern und Abgaben ist zurückzunehmen. Die Kosten der
 3564 Energiewende sind nach dem Leistungsfähigkeitsprinzip zu verteilen.

3565 Die Stadtwerke wollen wir demokratisieren. Sie sollen als partizipative Eigenbetriebe geführt werden.
 3566 Aufsichtsräte sollen sich aus Belegschaften, Umweltschützer*innen und kommunalen Vertreter*innen
 3567 zusammensetzen.

3568 ***Was tun?***

- 3569 • *Sozialtarife für Energie und Wasser einführen*
- 3570 • *Strom- und Gas- und Wassersperren verbieten*
- 3571 • *Energiepreise sozialverträglich an Energieeffizienz, Energieeinsparung, Förderung*
- 3572 *erneuerbarer Energien und Klimaschutz ausrichten*
- 3573 • *Stadtwerke demokratisieren*

3574 Die inzwischen gesetzlich beschlossene Einbauverpflichtung digitaler Stromzähler in Neubauten sowie
 3575 nach und nach für Bestandskunden, bringt wenn man hier nicht handelt, erhebliche
 3576 Datenschutzlücken mit sich. Die von diesen Geräten zwanghaft vorgesehene Datenübermittlung im
 3577 15-Minuten-Takt, wird auch nicht von allen Verbraucher*innen akzeptiert.

3578 Hier ist es wichtig, dass die Versorger*innen auch Alternativen bieten können und dürfen, zum
 3579 Beispiel durch Tarifoptionen.

3580 ***Was tun?***

- 3581 • *Kommunale Stadtwerke politisch unterstützen, ihren Kund*innen die Wahlmöglichkeit zur*
- 3582 *Datenübermittlung ihres Stromverbrauchs anzubieten*

- 3583 • *Auf Bundesebene durch Initiativen das Gesetz im Hinblick des Datenschutzes korrigieren,*
3584 *ohne dabei die Absicht des Energiesparens aus den Augen zu verlieren*

3585 **Abfallvermeidung und vollständiges Recycling**

3586 Viel Abfall bedeutet, dass viele Ressourcen verschwendet werden. Für DIE LINKE NRW steht daher die
3587 Müllvermeidung an erster Stelle. Den dann noch anfallenden Müll wollen wir konsequent recyceln.

3588 Abfall soll nur verbrannt werden, sofern der Rohstoff nicht anderweitig aufgearbeitet werden kann.

3589 Der Abfallwirtschaftsplan NRW enthält hierzu zahlreiche gute Vorschläge. Wir fordern die kurzfristige
3590 Erstellung von Plänen zur Umsetzung derselben.

3591 Den verschwenderischen Umgang mit unseren Ressourcen, wie ihn das Beispiel der inflationären
3592 Nutzung von Coffee-to-go-Bechern zeigt, lehnen wir ab.

3593 Die Masse des heute noch der Verbrennung zugeführten Abfalls könnte durch den verstärkten Einsatz
3594 der Biotonne erheblich reduziert werden. Das Kreislaufwirtschaftsgesetz schreibt die getrennte
3595 Sammlung von Bioabfällen zwingend vor.

3596 In der Praxis entscheidet dies derzeit zumeist jedoch der Grundstücksbesitzer. Die Mieter*innen
3597 haben in der kein Mitspracherecht.

3598 Da der ökonomische als auch ökologische Nutzen der Verwertung von Bioabfällen völlig unbestritten
3599 ist, fordern wir die strikte Umsetzung dieses Gesetzes.

3600 Wir sind der Auffassung, dass den ökologischen Erfordernissen ebenso wie den sozialen Bedürfnissen
3601 der Bevölkerung im Rahmen öffentlich-rechtlicher Unternehmen besser Rechnung getragen werden
3602 kann als in privaten oder PPP-Unternehmen. Daher treten wir für eine Rekommunalisierung der
3603 Abfallwirtschaft als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ein.

3604 ***Was tun?***

- 3605 • *Kurzfristige Einführung eines durch Ausnahmeregelungen qualifizierten Anschluss- und*
3606 *Benutzungszwanges für die Biotonne*
3607 • *Keine neuen Genehmigungen für Müllverbrennungsanlagen*
3608 • *Ausstiegsplan aus der Müllverbrennung erarbeiten und umsetzen*
3609 • *Müllimporte stoppen*
3610 • *Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft*

3611 **VII. Den Rechtsruck aufhalten, Grundrechte stärken**

3612 Wir erleben zu dieser Landtagswahl eine Debatte über „innere Sicherheit“, bei der es vielen gar nicht
3613 um Sicherheit für die Menschen im Land geht. Für uns ist klar: Wir wollen, dass alle Menschen in NRW
3614 vor Gewalt bestmöglich geschützt sind. Der beste Schutz vor Gewalt ist, sie gar nicht erst entstehen
3615 zu lassen. Es gilt, bei den Ursachen anzusetzen. Durch eine soziale Politik wollen wir sozialer
3616 Benachteiligung und Ausgrenzung, belastenden Familienverhältnissen und anderen Umständen, die
3617 Gewalt begünstigen, vorbeugen.

3618 Wir wollen, dass Opfer von Gewalt schnellstmöglich versorgt werden, dass Gewalttäter*innen ermittelt
3619 und vor Gericht gestellt werden. Ganze Bevölkerungsteile oder Religionsgemeinschaften unter
3620 Generalverdacht zu stellen, widerspricht allen demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien. Es
3621 dient auch nicht der Bekämpfung von Straftaten, sondern diffamiert Menschen und schadet dem
3622 Zusammenleben.

3623 Der Umgang mit dem NSU ist bis heute ebenso ein Skandal wie die gesamte Verstrickung des
3624 Geheimdienstes mit der rechten Szene. Im Innenministerium muss das Thema „Rechte Gewalt“
3625 endlich dem Ernst der Lage angemessen behandelt werden. Der „Verfassungsschutz“ war und ist
3626 dabei keine Hilfe. Wir wollen die Geheimdienste auflösen.

3627 Wir brauchen eine demokratisch strukturierte Polizei, die sich auf ihre wesentlichen Aufgaben
3628 konzentriert: Gewalt verhindern, Straftäter*innen ermitteln und die Ordnung des Verkehrs. Wir
3629 brauchen aber keine Verfolgung von Menschen, die Rauschmittel konsumieren und keine
3630 Abschiebungen. Auch für die Polizei gilt: Umdenken, damit es für alle besser und gerechter wird.

3631 Wir wollen die Grundrechte stärken, statt sie immer weiter abzubauen. Das Recht auf Privatsphäre
3632 und informationelle Selbstbestimmung ist für uns unverzichtbar.

3633 Die meisten Menschen im Land wünschen sich anstelle von Kontrolle und Bevormundung deutlich
3634 mehr direkte Demokratie und Möglichkeiten der Mitbestimmung. Wir unterstützen diese Anliegen. Wir
3635 wollen die Hürden für kommunale Bürgerentscheide senken und auch die Wahlen selbst
3636 demokratischer machen.

3637 Antifaschismus ist eine Grundhaltung für DIE LINKE. Wir wollen ohne Nazis leben und bekämpfen
3638 Neofaschismus, Rechtspopulismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit,
3639 Homophobie und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gemeinsam mit
3640 anderen demokratischen Kräften.

3641 **1. Antifaschismus: Zusammen Stärke zeigen gegen Rassismus und Neofaschismus**

3642 Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in NRW. Auch hier brennen
3643 geplante oder bereits bewohnte Flüchtlingsunterkünfte, werden insbesondere Geflüchtete,
3644 Migrant*innen, Schwule und Lesben, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen und viele andere, die
3645 nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, verbal und körperlich attackiert.

3646 Wir setzen uns dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Viele Menschen fühlen
3647 sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte Parteien und
3648 Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Sie greifen bestehende Ressentiments
3649 und anti-europäische Stimmungen auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den
3650 Weg zu bahnen.

3651 Wir müssen Rechte weiter inhaltlich stellen. Wir lassen rassistische, menschenverachtende und
3652 herabwürdigende Äußerungen nicht unwidersprochen stehen, sondern widersetzen uns. In den
3653 Parlamenten, egal ob in den Kommunen oder im Landtag, darf es keine Zusammenarbeit mit
3654 Rassist*innen, Rechtspopulist*innen und Faschist*innen geben. Zustimmung zu ihren Anträgen oder
3655 ihre Einbeziehung in interfraktionelle Initiativen führen zu einer Normalisierung, die es zu verhindern
3656 gilt. Wir werden darauf dringen, dass auch die anderen Fraktionen den Rechten keine Bühne geben.

3657 Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den Weg stellen. Gemeinsam mit
3658 vielen antifaschistischen Aktivist*innen, Gewerkschafter*innen, Initiativen und Organisationen
3659 arbeiten wir in Bündnissen gegen die Rechten. Rechten Aufmärschen widersetzen wir uns mit zivilem
3660 Ungehorsam wie Blockaden und anderen Aktionsformen. Der Staat darf antifaschistisches
3661 Engagement nicht behindern oder kriminalisieren. Faschistische Organisationen müssen konsequent
3662 verboten, rechte Straftaten effektiv verfolgt werden.

3663 **NSU-Terror endlich aufklären**

3664 Die „Sicherheitsbehörden“ in NRW sind tief in die Vorgänge im Zusammenhang mit dem NSU
3665 verstrickt. Der Mord an Mehmet Kubaşık in Dortmund und die Anschläge in der Kölner Keupstraße
3666 durch die Nazi-Terrorist*innen waren möglich, weil sie einen Rückhalt in der neonazistischen Szene
3667 hatten. Die zahlreichen Kontakte der Behörden zu V-Leuten und ihre Bedeutung für die Taten, sind
3668 noch immer weitgehend ungeklärt. Der Landtag hat viel zu spät reagiert und erst Ende des Jahres
3669 2014 einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss eingerichtet. Die Aufarbeitung darf nicht mit
3670 der Landtagswahl enden. Das Land NRW ist es den Opfern, ihren Angehörigen und Freund*innen
3671 schuldig, endlich wirksam aufzuklären. Schluss mit Geheimnissen, alle vorhandenen Informationen
3672 müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

3673 **Den NRW-Geheimdienst abschaffen**

3674 Unter dem Namen „Verfassungsschutz“ treibt der NRW-Landesgeheimdienst sein Unwesen. Trotz
3675 zahlreicher V-Leute und Informationen, die auf den NSU hindeuteten, hat er nichts getan, um die
3676 schrecklichen Taten zu verhindern. Dafür beobachtet er die linke Opposition und gibt alljährlich
3677 Berichte heraus, in denen der Kern der Verfassung entstellt und linke Politik als verfassungsfeindlich
3678 denunziert und diffamiert wird. So werden Zusammenschlüsse innerhalb der LINKEN noch immer als
3679 des „Extremismus“ verdächtig erwähnt.

3680 Geheimdienste sind Fremdkörper in einer demokratischen Gesellschaft. Sie lassen sich weder vom
3681 Parlament, noch von den Gerichten oder der Öffentlichkeit kontrollieren, weil sie selbst darüber
3682 entscheiden, welche Informationen sie herausgeben und was verborgen bleibt. Überdies sind die
3683 Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums selbst der Geheimhaltung unterworfen, so dass
3684 aus der Kontrolle, beispielsweise durch das Parlament, keine Konsequenzen gezogen werden können.

3685 DIE LINKE will den NRW-Geheimdienst abschaffen. V-Leute haben auch in NRW zahlreiche Straftaten
3686 begangen, während sie zugleich für den „Verfassungsschutz“ gearbeitet haben. Die Bezahlung durch
3687 den Geheimdienst konnten sie nutzen, um die neonazistische Szene weiter aufzubauen. Der Einsatz
3688 von V-Leuten muss sofort beendet, ihre bisherige Tätigkeit öffentlich aufgearbeitet werden.

3689 **Gemeinsam stärker: Opfer nicht alleine lassen**

3690 Notwendig ist eine Informations- und Dokumentationsstelle für Menschenrechte, Grundrechte und
3691 Demokratie. Schwerpunktmäßige Aufgabe soll die Dokumentation und öffentliche Aufklärung über
3692 neonazistische und andere gegen die Grundsätze der Verfassung gerichteten Aktivitäten in NRW sein.
3693 Die Einrichtung von Opferberatungsstellen durchzusetzen, war ein Erfolg der LINKEN im Landtag. Wir
3694 wollen sie erhalten und ausbauen.

- 3695 **Was tun?**
- 3696 • *Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Mitgliedern des Landtags sowie der Beamt*innen*
- 3697 *im Landesdienst, insbesondere in den Ministerien, der Justiz und der Polizei*
- 3698 • *Ein konsequentes Vorgehen gegen Hass-Sprache („hate speech“)*
- 3699 • *Keine Diffamierung oder Kriminalisierung antifaschistischer Initiativen*
- 3700 • *Projekte und Initiativen gegen Neofaschismus unterstützen*
- 3701 • *Flächendeckende Informations- und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt*
- 3702 • *Rechte Gewalt- und Wiederholungstaten müssen konsequenter verfolgen*
- 3703 • *Verschleierung rechter Tatmotive durch Strafverfolgungsbehörden beenden*
- 3704 • *8. Mai als Tag der Befreiung vom Faschismus als gesetzlicher Feiertag*
- 3705 • *Die Auflösung des NRW-Verfassungsschutzes*
- 3706 • *Aufarbeitung der bisherigen V-Leute-Praxis beim Verfassungsschutz*
- 3707 • *Den Erhalt der Mahn- und Gedenkstätten antifaschistischen Widerstands*

3708 **2. Nein zum anti-muslimischen Rassismus**

3709 Wir verteidigen die Menschen aus überwiegend muslimischen Ländern gegen den Generalverdacht,
3710 sie seien fundamentalistisch, frauenfeindlich oder gar für den Terrorismus.

3711 Die Eskalation im Mittleren Osten, vor allem der Syrien-Krieg und der Aufstieg extrem reaktionärer
3712 islamistischer Organisation wie dem Islamischen Staat (IS) und deren Terroranschläge in Europa
3713 haben der Islamophobie einen neuen Schub gegeben.

3714 Die dschihadistischen Fanatiker*innen wie der sogenannte „Islamische Staat“ oder andere
3715 salafistische Gruppen sind ebenso wie die europäischen Nazis und Rassist*innen eine gewaltsame,
3716 zerstörerische Reaktion auf die wirtschaftliche und soziale Krise des Kapitalismus. Die reaktionären
3717 Scheinlösungen verstärken sich gegenseitig.

3718 DIE LINKE tritt hingegen dafür ein, gemeinsam, über nationale und religiöse Grenzen hinweg, die
3719 soziale Misere und ihre wirtschaftlichen Ursachen anzupacken. DIE LINKE kämpft gegen die sich auf
3720 den Islam berufende rechte Ideologie. DIE LINKE setzt sich ein gegen alle Formen von Rassismus,
3721 Antisemitismus und Islamhass.

3722 Es gibt weder „den Islam“ noch „die Muslime“. Die große Mehrheit der Menschen aus muslimischen
3723 Ländern hat die gleichen Interessen wie die lohnabhängigen Menschen europäischer Herkunft. Sie
3724 wollen ein sicheres Leben für sich und ihre Angehörigen, ohne Krieg und Verfolgung. Sie wollen eine
3725 bezahlbare Wohnung, eine Arbeit, von der sie leben können, Bildung und Zukunft für ihre Kinder.

3726 Ein „Kulturkampf“ zwischen einem imaginierten Abendland und „den Muslimen“ lenkt von diesen
3727 gemeinsamen Interessen ab.

3728 Gerade der Vorwurf der Frauenfeindlichkeit wird oft von denjenigen Kräften gegen die Muslime
3729 gerichtet, die selbst ein konservatives Frauenbild haben und Sexismus nur kritisieren, wenn er von
3730 Nicht-Deutschen kommt.

3731 Für uns ist Religion Privatsache. Wir verteidigen das Recht auf freie Religionsausübung. Wir lehnen die
3732 Einmischung der christlichen Kirchen in öffentliche Belange ab. Genauso kritisieren wir, wenn
3733 muslimische, meist sehr konservative Organisationen, wie die türkische DITIB versuchen, Macht und
3734 Einfluss zu erweitern.

- 3735 **Was tun?**
- 3736 • *Wir wenden uns gegen die Gleichsetzung von Muslimen mit religiösen Fanatiker*innen und*
- 3737 *Terrorist*innen*
- 3738 • *Wir sind solidarisch mit den multiethnischen und multireligiösen Bewegungen im Mittleren*
- 3739 *Osten, die gegen den rechten islamischen Fanatismus wie IS und El-Kaïda kämpfen*

3740 **3. Grundrechte: Menschen schützen, Überwachung stoppen**

3741 Seit Jahren werden demokratische Rechte durch immer neue Überwachungsmaßnahmen

3742 eingeschränkt. Wer die Eingriffsbefugnisse des Staates noch mehr ausweiten will, entkernt die

3743 Grundrechte, bis von ihnen nichts mehr übrig ist. Bereits jetzt ist Kameraüberwachung allgegenwärtig.

3744 Polizei und Geheimdienste verfügen über gigantische Datenbanken. Die davon Betroffenen wissen

3745 zumeist nicht einmal, dass ihre Daten dort gespeichert sind. Mit der Vorratsdatenspeicherung stehen

3746 alle unter Generalverdacht, während der Staat mit Onlinedurchsuchungen heimlich in

3747 Computersysteme eindringt. Wir wollen Grundrechte schützen und den Überwachungsstaat

3748 eindämmen.

3749 **Was tun?**

- 3750 • *Keine Ausweitung, sondern weniger Kameraüberwachung*
- 3751 • *Die unter rot-grün 2016 eingeführte Regelung zu „Bodycams“ streichen*
- 3752 • *Ein Verbot der Verwendung biometrischer Daten zur automatischen Erfassung*
- 3753 • *Die Speicherung persönlicher Daten bei der Polizei auf Ausnahmefälle beschränken*
- 3754 • *Verbot der Nutzung von stillen SMS, Funkzellenauswertungen und IMSI-Catchern*
- 3755 • *Den Einsatz von „predictive policing“ gesetzlich verbieten*
- 3756 • *Abschaffung der Rasterfahndung, Bundesinitiative gegen Vorratsdatenspeicherung*
- 3757 • *Verbot des Exports von Hard- und Software für Überwachung und/oder Zensur*

3758 **Datenschutz und Privatsphäre bei Behörden**

3759 Zwar ist das Meldegesetz seit November 2015 kein Landesgesetz mehr, sondern ein Bundesgesetz,

3760 aber ist es dennoch in seiner Brisanz nicht unwichtiger geworden. Dies will DIE LINKE NRW

3761 gegebenenfalls durch Bundesinitiativen auch weiterhin deutlich machen. Die zu dem Zeitpunkt

3762 eingeführte Wohnungsgeberbescheinigung bei Umzügen verletzt die Privatsphäre der Bürger*innen,

3763 da anhand dieser genau dokumentiert wird, wer mit wem konkret in welcher Wohnung eines Hauses

3764 wohnt. Ein solch tiefgreifendes Überwachungsinstrument ist nicht zu akzeptieren, denn ab der

3765 Haustür hat der Staat sich nicht einzumischen. Außerdem will DIE LINKE NRW sich im Sinne der

3766 Stärkung der Privatsphäre dafür einsetzen, dass alle Bürger*innen bei den Meldebehörden eine

3767 Auskunftssperre zur eigenen Person ohne Angabe von Gründen veranlassen können.

3768 **Was tun?**

- 3769 • *Die Wohnungsgeberbescheinigung bei Umzug ist wieder abzuschaffen*
- 3770 • *Jede*r Bürger*in soll die Möglichkeit auf die Einrichtung einer Auskunftssperre ohne Angabe*
- 3771 *von Gründen und ohne zeitliche Befristung erhalten*

3772 **Für eine Demokratisierung der Polizei**

3773 Wir wollen eine bürger*innennahe und demokratisch strukturierte Polizei. Demokratie bedeutet

3774 Gewaltenteilung, Verantwortung und Kontrolle. Polizist*innen üben staatliche Gewalt aus. Im Dienst

3775 sind sie nicht nur Bürger*innen wie jede*r andere. Als Beamt*innen haben sie eine enge Bindung an

3776 Recht und Gesetz. Der Staat ist gehalten, die Polizei wirksam zu kontrollieren, Fehlverhalten zu
 3777 ahnden und Bürger*innen vor Übergriffen seitens der Exekutive zu schützen.

3778 In der Öffentlichkeit wird viel über Gewalt gegen Polizist*innen gesprochen. Gewalt durch die Polizei
 3779 aber ist ein Tabuthema. Nach wie vor bestehen strukturelle Defizite bei der Aufarbeitung polizeilichen
 3780 Fehlverhaltens. Anzeigen wegen Körperverletzung im Amt werden fast ausnahmslos eingestellt.
 3781 Zuletzt lag die Verurteilungsquote im Jahr 2010 in NRW bei 0,2 Prozent. Teilweise sehen Opfer aus
 3782 Angst von einer Strafanzeige ab oder werden sogar selbst strafrechtlich verfolgt, weil auf ihre Anzeige
 3783 gegen Polizist*innen zur Einschüchterung mit Gegenanzeigen durch die Polizei reagiert wird.

3784 Ermittlungen gegen Beamt*innen der Polizei müssen unabhängig durchgeführt werden. Es darf nicht
 3785 sein, dass sie ein Büro weiter von Kolleg*innen bearbeitet werden. Für Ermittlungsverfahren gegen
 3786 Polizeibeamt*innen braucht es polizeixterne Stellen mit strafprozessualen Befugnissen, die der
 3787 Sachleitung eines Sonderdezernats der Staatsanwaltschaft für Delikte von Vollzugsbeamt*innen
 3788 unterstehen.

3789 Wir wollen eine*n beim Landtag angesiedelte*n Polizeibeauftragte*n einsetzen, die als
 3790 Monitoringstelle für die Polizei fungiert. Sie/Er soll darüber hinaus Anlauf- und Vermittlungsstelle für
 3791 Bürger*innen sein.

3792 Eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen hat die SPD-Grünen-Koalition nicht hinreichend
 3793 umgesetzt. Damit werden Straftaten von Polizeibeamt*innen in einigen Fällen weiterhin nicht
 3794 aufklärbar sein, weil die Täter*innen nicht identifiziert werden können. Polizeibeamt*innen müssen
 3795 grundsätzlich namentlich gekennzeichnet sein.

3796 Das Pfefferspray sitzt zu locker. Eingeführt als Distanzwaffe, damit Beamt*innen nicht zur
 3797 Schusswaffe greifen müssen, wird es mittlerweile weitgehend hemmungslos eingesetzt. Dabei sind die
 3798 gesundheitlichen Risiken enorm, es kann zu lebensbedrohlichen und mitunter tödlichen körperlichen
 3799 Reaktionen kommen.

3800 Der Staat darf Rechtsbrüche nicht fördern. Daher lehnen wir die polizeiliche Praxis, Straftaten durch
 3801 sogenannte „Agents Provocateurs“ zu provozieren, um sie sodann verfolgen zu können, ab.

3802 ***Was tun?***

- 3803 • *Ermittlungen wegen polizeilichen Fehlverhaltens unabhängig durchführen*
- 3804 • *Schaffung einer/eines Polizeibeauftragten als Monitoringstelle beim Landtag*
- 3805 • *Einbeziehung von Bürger*innenrechtsorganisationen in die Polizeiausbildung*
- 3806 • *Einführung einer namentlichen Kennzeichnung für Polizeibeamt*innen*
- 3807 • *Verbot des Einsatzes von Pfefferspray durch die Polizei*
- 3808 • *Verbot des Einsatzes von Agents Provocateurs sowie von V-Leuten*
- 3809 • *Beendigung diskriminierender polizeilicher Maßnahmen (z.B. „racial profiling“)*
- 3810 • *Erweiterung der Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen*

3811 **Für ein demokratisches Versammlungsrecht**

3812 NRW braucht ein modernes und freiheitliches Versammlungsgesetz. Wer wegen seines politischen
 3813 Engagements private oder berufliche Nachteile befürchten muss, wird seine Rechte nicht unbefangen
 3814 wahrnehmen können. Wir wollen deshalb die anonyme Teilnahme an Versammlungen ermöglichen.
 3815 Das in den 1980er Jahren von CSU-Innenminister Zimmermann eingeführte Vermummungsverbot
 3816 wollen wir abschaffen. Teilnehmer*innen, die sich beispielsweise vermummen, um sich vor
 3817 fotografierenden Nazis zu schützen, werden kriminalisiert. Das Vermummungsverbot schränkt die

3818 Versammlungsfreiheit ein. Es ist zu unbestimmt und dient nicht selten zur Rechtfertigung polizeilicher
3819 Maßnahmen gegen friedliche Versammlungen. Es gilt sogar für den Weg zu einer Versammlung.

3820 In diesem Sinne wollen wir auch das Verbot, sogenannte „Schutzwaffen“ und vergleichbare
3821 Gegenstände auf Versammlungen mitzuführen, ersatzlos streichen. Protektoren und ähnliches
3822 sprachlich in die Nähe von Waffen zu rücken ist unredlich. Mit ihnen können keine Verletzungen
3823 zugefügt, sondern insbesondere Kinder und ältere Menschen können vor Verletzungen bewahrt
3824 werden.

3825 ***Was tun?***

- 3826 • *Keine Anmeldepflichten und weniger versammlungsrechtliche Auflagen*
- 3827 • *Keine Videoüberwachung durch die Polizei*
- 3828 • *Keine namentliche Erfassung von Ordner*innen*
- 3829 • *Aufgabe des Vermummungsverbots sowie des Verbots von „Schutzwaffen“*
- 3830 • *Wasserwerfer abschaffen*

3831 **4. Gewalt: Menschen schützen, Opfern helfen**

3832 Die politische Diskussion wird zunehmend geprägt vom Thema Sicherheit. Wir fragen uns, ob der
3833 Staat wirklich in der Lage ist uns und unsere Familien, die Kolleg*innen, Freund*innen und Nachbarn
3834 vor Gewalt zu schützen.

3835 Für einige ist diese Frage weniger neu. Feminist*innen, Kinderrechtler*innen, Sozialarbeiter*innen
3836 oder Opferberater*innen fragen sich schon lange, wann in der Politik gegen Gewalt und für deren
3837 Opfer endlich mehr getan wird. Stattdessen wird bevorzugt in Wahlkämpfen die Angst der Menschen
3838 vor Gewalt benutzt, um Stimmung gegen eingewanderte Menschen zu machen.

3839 **Gegen Terror hilft kein Krieg**

3840 Immer wenn Gewalt in der Öffentlichkeit verübt wird, erklären Politiker*innen, die innere Sicherheit
3841 müsse gestärkt werden. Sie überbieten sich mit Forderungen, die Grundrechte einzuschränken und
3842 den Staat aufzurüsten. Nicht einmal vor dem im Grundgesetz verbotenen Einsatz der Bundeswehr im
3843 Innern wird zurückgeschreckt.

3844 In der aktuellen Diskussion aber treten die Gefahren des Rechtsterrorismus mehr und mehr in den
3845 Hintergrund. Dabei hat mit dem NSU eine rechte Terrorgruppe über Jahre schwerste Gewalttaten
3846 begangen, bis heute ist die Verantwortung des Staates nicht geklärt. Brandanschläge auf
3847 Flüchtlingsunterkünfte sind an der Tagesordnung. Seit Jahren werden zudem hunderte Haftbefehle
3848 gegen Neonazis nicht vollstreckt, weil diese untergetaucht sind.

3849 ***Was tun?***

- 3850 • *Kein Einsatz der Bundeswehr, keine gemeinsamen Übungen mit der Polizei.*
- 3851 • *Stärkung der schulischen und außerschulischen Demokratieerziehung.*
- 3852 • *Ausbau von Programmen zur Gewaltprävention.*
- 3853 • *Polizei und Justiz für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sensibilisieren.*
- 3854 • *Rechte Straftaten konsequent aufklären.*

3855 **Gewalt gegen Frauen: Konsequenter verfolgen, Opfer besser schützen**

3856 Etwa ein Drittel aller Frauen war schon mindestens einmal Opfer von sexueller Gewalt. Frauen und
3857 Kinder von Gewalttätern lernen die Abgründe des menschlichen Zusammenlebens früh kennen.

3858 Entgegen vieler Vorurteile sind die Täter in den meisten Fällen Bekannte, Verwandte oder
3859 Lebenspartner der Opfer. Nach jahrzehntelangem Ringen der Frauenbewegung wurde die
3860 Vergewaltigung in der Ehe erst 1997 gegen den erbitterten Widerstand der CDU/CSU im Bundestag
3861 als Straftat anerkannt. Bis heute wird erzwungener Sex mit der Ehefrau oder Partnerin in Teilen
3862 unserer Gesellschaft als männliches Recht angesehen, wohingegen eine Vergewaltigung durch andere
3863 Personen als „Missbrauch“ bezeichnet wird.

3864 Nur ein geringer Teil der Gewalttaten in Partnerschaften wird angezeigt. Ein Grund dafür ist die Sorge
3865 von Frauen, dass sie keine Unterstützung erhalten und vor dem Täter nicht ausreichend geschützt
3866 werden. Bei Frauen mit Kindern sind diese Sorgen umso größer.

3867 Wir wollen eine Landespolitik vortragen, die auf allen Ebenen dazu beiträgt, dass die Gewalt gegen
3868 Partnerinnen und Ehefrauen als schwere Verletzung der Menschenrechte zum Thema gemacht wird.
3869 Die Polizei muss schneller und besser geschult beim Opfer sein, wenn sie gerufen wird. Die
3870 flächendeckende Versorgung mit Frauenhäusern muss durch das Land unterstützt und in
3871 Verhandlungen mit Bund und Kommunen sichergestellt werden.

3872 ***Was tun?***

- 3873 • *Kampagne der Landesregierung: Keine Gewalt gegen Frauen*
- 3874 • *Flächendeckend Frauenhäuser mit sicherer Finanzierung*
- 3875 • *Schulung von Polizist*innen zum Umgang mit Opfern sexueller Gewalt*
- 3876 • *Mindestens eine Polizistin einsetzen bei Notrufen von Frauen*

3877 **Gewalt gegen Kinder: Kein kleiner Klaps**

3878 Noch immer wird der kleine Klaps von vielen nicht als Gewalt, sondern als normale
3879 Erziehungsmaßnahme angesehen. Regelmäßig fordern Eltern von Lehrer*innen, dass diese härter
3880 bestrafen sollen, sie sollten die Kinder Nachsitzen lassen oder sogar schlagen. Die Gewalt von Kindern
3881 und Jugendlichen gegenüber Kindern nimmt zu, besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen.

3882 DIE LINKE unterstützt mit Nachdruck die Kampagne „Kinderrechte ins Grundgesetz“. Nicht zuletzt der
3883 Schutz von Kindern vor Gewalt und ihre Recht auf eine gewaltfreie Erziehung und Bildung soll damit
3884 verbessert werden.

3885 Vor allem brauchen wir für die Kinder dauerhafte und sicher finanzierte Maßnahmen der Jugendhilfe,
3886 der Schulsozialarbeit und der Arbeit mit Eltern in Familienzentren.

3887 Gewalt gegen Kinder ist keine Lappalie, sondern eine schlimme Menschenrechtsverletzung. Opfer von
3888 Gewalt werden häufig selbst zu Täter*innen. Auch deshalb muss ein gewaltfreier Umgang miteinander
3889 zu einem zentralen Thema für Kitas, Schulen und die Arbeit der Jugendhilfe werden.

3890 ***Was tun?***

- 3891 • *Kinderrechte ins Grundgesetz und in die Landesverfassung*
- 3892 • *Gewaltfreie Erziehung und Erziehung zur Gewaltfreiheit in Kitas und Schulen*
- 3893 • *Flächendeckende Anti-Gewalt-Projekte mit Kindern und Jugendlichen*
- 3894 • *Elternarbeit in flächendeckenden Familienzentren*
- 3895 • *Ausbau und sichere Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe und Schulsozialarbeit*

3896 **5. Justiz: Große Fische fangen statt Gefängnis für schwarzfahren**

3897 Jede*r muss die Möglichkeit haben, die Gerichte in Anspruch zu nehmen, um seine Rechte
3898 durchsetzen zu können. Immer mehr Menschen haben aber faktisch keinen Zugang zu den Gerichten,
3899 weil sie sich die hohen Gebühren nicht leisten können. Ein geringes Einkommen darf nicht dazu
3900 führen, dass auf Ansprüche verzichtet wird. Die Länder haben den Bund in der Vergangenheit dazu
3901 gedrängt, Beratungs- und Prozesskostenhilfe einzuschränken, um Kosten zu sparen. DIE LINKE wird
3902 darauf hinwirken, dass diese Verschlechterungen zurückgenommen werden.

3903 Notwendig ist eine gute personelle und materielle Ausstattung der Justiz, insbesondere der besonders
3904 belasteten Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichte. Sie müssen die vor ihnen ausgetragenen
3905 Verfahren effektiv und zügig bearbeiten können. Noch immer sind beispielsweise zahlreiche Bescheide
3906 der Jobcenter rechtswidrig, viele Klagen vor den Sozialgerichten sind erfolgreich. Das Land ist in der
3907 Pflicht, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Rechte von Beziehenden von Sozialleistungen zu
3908 wahren. Dazu gehört, die Verfahrensdauer von Gerichtsverfahren deutlich zu reduzieren.

3909 Das weitgehend abgeschaffte Widerspruchsverfahren eröffnete Bürger*innen eine günstige und
3910 einfache Möglichkeit, Behörden zu einer Überprüfung ihrer Entscheidungen zu veranlassen. Heute
3911 müssen sie direkt gegen Bescheide klagen. Wir wollen den Bürger*innen eine Wahlmöglichkeit geben,
3912 Widerspruch einzulegen oder vor dem zuständigen Gericht zu klagen. Jede*r soll den schnelleren oder
3913 erfolgversprechenderen Weg gehen können.

3914 ***Was tun?***

- 3915 • *Widerspruchsverfahren wieder einführen, gekoppelt an eine Wahlmöglichkeit, unmittelbar*
3916 *Klage erheben zu können*
- 3917 • *Mehr Personal für Sozial-, Arbeits- und Verwaltungsgerichte*
- 3918 • *Mehr Personal zur Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung*
- 3919 • *Einrichtung von Richter*innenwahlausschüssen, Selbstverwaltung der Justiz*
- 3920 • *Mehr Beratungs- und Prozesskostenhilfe ohne Rückzahlungspflicht*

3921 **Prävention und Resozialisierung, statt mehr und härtere Strafen**

3922 Noch immer kommen Menschen für kurze Zeit ins Gefängnis, weil sie Geldstrafen nicht bezahlen
3923 können oder wegen Bagatelldelikten wie Schwarzfahren oder Diebstahls geringwertiger Sachen. Diese
3924 Strafen sind nicht nur ohne Maß, sie schaden erwiesenermaßen. DIE LINKE will Ersatzfreiheitsstrafen
3925 sowie Freiheitsstrafen bei Bagatelldelikten daher zugunsten von Auflagen und Weisungen abschaffen.

3926 Härtere Strafen oder neue Gefängnisse werden nicht dazu führen, dass weniger Straftaten –
3927 insbesondere von Jugendlichen – begangen werden. Wer aus Perspektivlosigkeit, wegen einer
3928 Krankheit oder Drogensucht straffällig wird, wird sich von einer hohen Strafdrohung nicht
3929 abschrecken lassen. Die Gesellschaft ist in der Verantwortung, Menschen zu unterstützen, statt sie
3930 wegzusperren. Wir sagen deshalb: Mehr Prävention, statt härtere Strafen.

3931 Jugendgefängnisse sind der ideale Einstieg in eine kriminelle Erwachsenenlaufbahn – die
3932 Rückfallquote beträgt 80 Prozent. Jugendliche brauchen Perspektiven, also in erster Linie eine gute
3933 Ausbildung und im Anschluss einen sicheren Job. Daneben braucht es Jugendsozialarbeit in den
3934 Stadtteilen sowie Maßnahmen gegen Jugendgewalt und Konflikttrainings. Die finanziellen Mittel, die
3935 derzeit für Jugendstrafverfahren aufgewendet werden, wären hier besser eingesetzt.

- 3936 **Was tun?**
- 3937 • *Weniger Freiheitsstrafen: Ausbau von Haftvermeidungs- und Haftverkürzungsprojekten sowie*
- 3938 *stärkere Nutzung von Aufschub- und Bewährungsstrafen*
- 3939 • *Verbesserung der Haftbedingungen, keine Erhöhung der Zahl der Haftplätze*
- 3940 • *Keine Privatisierungen des Strafvollzugs*
- 3941 • *Keine Gefängnisstrafe für Bagatelldelinquenz wie Schwarzfahren und Diebstahl geringwertiger*
- 3942 *Sachen*
- 3943 • *Statt Jugendgefängnissen mehr finanzielle Mittel für Prävention und Jugendarbeit*
- 3944 • *Mehr Sozialarbeiter*innen sowie Vollzugsbeamt*innen*
- 3945 • *Ausbau der Drogenberatungs- und Therapieangebote*
- 3946 • *Möglichkeit der Originalstoffvergabe in Justizvollzugsanstalten*
- 3947 • *Qualifizierte Bildungs- und Arbeitsangebote in Haftanstalten, um auf das Leben in Freiheit*
- 3948 *vorzubereiten*
- 3949 • *Arbeitsschutz und angemessene Löhne für Inhaftierte*
- 3950 • *Keine Abschiebung von Straftäter*innen*

3951 **6. Drogen: Nüchtern aufklären, Cannabis legalisieren**

3952 Trotz der seit Jahrzehnten herrschenden Verbotspolitik sind auch illegale Drogen flächendeckend

3953 verfügbar. Wie die legalen Drogen Tabak, Alkohol und frei verkäufliche Medikamente werden auch

3954 illegale Substanzen gehandelt und konsumiert. Allerdings auf dem Schwarzmarkt, verbunden mit

3955 erheblichen zusätzlichen gesundheitlichen Risiken für die Verbraucher*innen.

3956 Wir sind froh darüber, dass sich an der vorherrschenden Drogenpolitik immer mehr Zweifel breit

3957 machen und die Kritik lauter wird. Denn das Betäubungsmittelstrafrecht erfüllt nicht den Zweck einer

3958 Schutzfunktion. Vielmehr verursachen gerade die Illegalisierung diverser Substanzen und die

3959 Kriminalisierung der Konsument*innen erhebliche Probleme. Die (straf-) rechtlichen Konsequenzen

3960 und Kosten, gesundheitliche und soziale Schäden stehen in keinem Verhältnis zu dem fraglichen

3961 Nutzen der Verbotspolitik.

3962 Drogenkonsum, erst recht übermäßiger, ist problematisch für die Verbraucher*innen und kann auch -

3963 zum Beispiel im Straßenverkehr - zum Risiko für andere werden. Das kann niemand bestreiten.

3964 Schließlich wird es uns tagtäglich von Alkoholkonsumierenden vor Augen geführt.

3965 Den Risiken und negativen Auswirkungen des Drogenkonsums kann man mit den Mitteln des

3966 Strafrechts und der Kriminalisierung allerdings in keiner Weise effektiv begegnen.

3967 Wir setzen uns für eine menschenwürdige Drogenpolitik ein, die präventiv, sachlich und glaubwürdig

3968 Aufklärung über die Wirkung und Risiken der unterschiedlichen Drogen leistet. Dies ist auch die

3969 Bedingung dafür, dass ein selbstverantwortlicher Umgang, also Drogenmündigkeit, mit Rauschmitteln

3970 entwickelt werden kann.

3971 Wenn Drogenkonsum problematische Formen annimmt, muss schnell, unkompliziert und

3972 bedarfsgerecht Hilfe geleistet werden können.

3973 Zu einer humanen und rationalen Drogenpolitik gehören neben Präventions- und

3974 Informationsangeboten vor allem akzeptanzorientierte und niedrigschwellige therapeutische Hilfen.

- 3975 **Was tun?**
- 3976 • *Information und Aufklärung über Genuss- und Rauschmittel an den nordrhein-westfälischen*
- 3977 *Schulen, der die Lebenswirklichkeit von Schüler*innen nicht ignoriert*
- 3978 • *Sachlicher Umgang mit legalen und illegalisierten Drogen durch die Landesregierung*
- 3979 • *Verbot von Werbung für Alkohol und Tabak*

3980 **Wirklich an der Zeit: Legalize it!**

3981 Die volkswirtschaftlichen Kosten für die Strafverfolgung und nicht eingenommenen Steuern werden

3982 von Ökonom*innen auf 3 bis 4 Milliarden Euro bundesweit geschätzt. Die Ausgaben für die

3983 Strafverfolgung belasten den Landeshaushalt. Personal der Polizei wird für unsinnige Aufgaben

3984 gebunden, statt Menschen vor Gewalt zu schützen oder Wirtschaftskriminalität zu verfolgen. Ein

3985 staatlich regulierter Verkauf von Cannabis würde den kriminellen Vereinigungen, die heute am Verkauf

3986 verdienen, den Markt erheblich entziehen.

3987 **Was tun?**

- 3988 • *Strafverfolgung wegen Cannabis durch die Staatsanwaltschaften beenden*
- 3989 • *Bundesinitiative aus NRW zur Legalisierung von Cannabis*
- 3990 • *Als erster Schritt in Richtung Legalisierung von Cannabis ist die Erlaubnis des Anbaus zum*
- 3991 *Eigengebrauch zu gewährleisten. Dies betrifft gleichermaßen die Erlaubnis zur Bildung von*
- 3992 *„Cannabis Sozial Clubs“ als Produzent*innen- und Konsument*innenvereinigungen*
- 3993 • *Staatlich regulierte Verkaufsstellen (z.B. Drogenfachgeschäfte) für kontrolliert angebaute*
- 3994 *Cannabisprodukte*

3995 **Realistische Grenzwerte setzen: Keine willkürliche Entziehung der Fahrerlaubnis**

3996 Nach Meinung des überwiegenden Teils entsprechender Experten ist ein „analytischer Grenzwert“ von

3997 1,0 ng/ml THC im Blutserum viel zu niedrig festgesetzt. In der Praxis bedeutet dies, dass jemand den

3998 Führerschein verliert, obwohl er/sie eben nicht unter der Wirkung von THC am Straßenverkehr

3999 teilgenommen hat! Denn ein Wert von 1,0 ng/ml THC im Blutserum wird häufig auch dann noch

4000 gemessen, wenn der letzte Konsum 10 bis 20 Stunden und länger zurück liegt und keine

4001 beeinträchtigende Wirkung mehr vorliegt. Auch ein hoher Carbonsäurewert (THC-COOH) lässt für sich

4002 allein keine Rückschlüsse auf die aktuelle Fahreignung zu und rechtfertigt keinen vorbeugenden

4003 Entzug der Fahrerlaubnis.

4004 **Was tun?**

- 4005 • *Den Grenzwerts auf 5,0 ng/ml THC im Blutserum heraufsetzen*

4006 **Hilfe statt Verfolgung und Ausgrenzung**

4007 Die Kriminalisierung von Drogengebrauch und Sucht verhindert Hilfe, treibt Betroffene in die Illegalität

4008 und bindet finanzielle und personelle Mittel. Stattdessen wollen wir eine menschliche und vernünftige

4009 Politik in diesem Themenfeld voranbringen.

4010 **Was tun?**

- 4011 • *Zu Ecstasy und Speed neben Aufklärungsarbeit in NRW auch anonym zugängliche „Drug-*
- 4012 *Checking-Projekte“ einsetzen*
- 4013 • *Einen Rechtsanspruch auf Diamorphinbehandlung mit flächendeckenden Vergabestellen*
- 4014 *verwirklichen*

- 4015 • *Sicherung und Verbesserung der Qualität einer flächendeckenden Substitutionsbehandlung,*
- 4016 *auch mittels Berücksichtigung und Umsetzung entsprechender wissenschaftlicher*
- 4017 *Erkenntnisse und Standards. Konkret bedeutet dies unter anderem: Die Behandlung und*
- 4018 *Betreuung muss dem jeweiligen Hilfebedarf im Einzelfall entsprechen. Die Betroffenen*
- 4019 *müssen vollständig über die Behandlung (Möglichkeiten, Verlauf, Regeln) informiert sein. Das*
- 4020 *Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen muss gewahrt sein*
- 4021 • *Niedrigschwellige Abgabe von Notfall-Sets mit dem Medikament Naloxon, um bei akuten*
- 4022 *Überdosierungen von Opiaten Leben retten zu können*
- 4023 • *Die Drogenhilfe weiter ausbauen, insbesondere Projekte wie Spritzenautomaten und*
- 4024 *„Druckräume“ fortführen und weiterentwickeln*

4025 **7. Verbraucher: Wirksamen Schutz sicherstellen**

4026 Eine moderne Verbraucher*innenpolitik ist für uns in erster Linie vorsorgender
 4027 Verbraucher*innenschutz. Angesichts von Privatisierung und Globalisierung braucht es eine aktive
 4028 Verbraucher*innenpolitik, welche die Rechte der Verbraucher*innen in den Mittelpunkt stellt und
 4029 Märkte reguliert. Sie muss sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet sein.

4030 Wir wollen hohe soziale und ökologische Standards für alle Produkte und Dienstleistungen. Wirksamer
 4031 Verbraucher*innenschutz braucht handlungsfähige und durchsetzungskräftige öffentliche
 4032 Institutionen sowie starke, finanziell gut ausgestattete Verbraucher*innenorganisationen. Gleichzeitig
 4033 setzen wir uns für die Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche der öffentlichen
 4034 Daseinsvorsorge ein.

4035 ***Was tun?***

- 4036 • *Zentrale Infrastruktur der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand betreiben.*
- 4037 • *Sozialtarife im Energiebereich.*
- 4038 • *Flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen als gesetzlichen*
- 4039 *Mindeststandard.*
- 4040 • *Kosten bei Dispokrediten und beim Abheben am Geldautomaten senken.*
- 4041 • *Barrierefreie Planungen in allen Bereichen sowie die Beseitigung bestehender Barrieren.*
- 4042 • *Herkunft und Zusammensetzung von Lebensmitteln transparent machen.*
- 4043 • *Anbau gentechnisch veränderte Lebensmittel muss verbieten.*
- 4044 • *Gaststätten gesetzlich zu verpflichten, Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen am Eingang*
- 4045 *auszuhängen.*

4046 **8. Mehr Demokratie: Wahlrecht erweitern, Bürgerentscheide vereinfachen**

4047 Für einen Politikwechsel hin zu mehr Gerechtigkeit reicht eine starke LINKE im Parlament nicht aus.
 4048 Für uns ist klar, dass es eine starke soziale Bewegung und den Druck der Bevölkerung braucht, damit
 4049 sich die Verhältnisse ändern. Demokratie und Mitbestimmung dürfen sich deshalb nicht in
 4050 Parlamentswahlen erschöpfen. Wir wollen Menschen ermutigen, selber Entscheidungen zu treffen,
 4051 Politik vor Ort und politische Initiativen zu entwickeln. Das geschieht bereits in vielen Kommunen. Wir
 4052 beteiligen uns vor Ort und auf Landesebene in Bündnissen und Initiativen und setzen uns ein, die
 4053 Hürden der direkten Demokratie deutlich zu senken.

4054 Bereits 2011 haben wir im Landtag erfolgreich dafür gesorgt, dass die kommunalen
4055 Bürger*innenbegehren einfacher werden und die Abwahl von (Ober-)bürgermeister*innen durch die
4056 Bevölkerung möglich ist.

4057 **Alle Menschen sollen wählen und mitentscheiden dürfen**

4058 In den Parlamenten wird viel über Geflüchtete und über Kinder und Jugendliche geredet. Wir finden es
4059 nicht richtig, dass über die Köpfe der Menschen hinweg über Belange entschieden wird, die sie selbst
4060 unmittelbar betreffen. Weder eingewanderte noch jüngere Menschen dürfen vom Wahlrecht
4061 ausgeschlossen werden.

4062 Bei Wahlen wollen wir eine größtmögliche Beteiligung aller hier dauerhaft lebenden Menschen
4063 erreichen. Es ist nicht einsichtig, warum in Deutschland Millionen von Menschen vom politischen
4064 System ausgeschlossen werden, obwohl sie von allen politischen Entscheidungen betroffen sind. Für
4065 uns zählt der allgemeine Grundsatz, der sich aus den Menschenrechten ableitet: Ein Mensch – eine
4066 Stimme. Wir wollen das Wahlalter für alle Wahlen auf höchstens 16 Jahre herabsetzen. Früher 21,
4067 heute 18 oder 16 Jahre, das sind alles willkürliche Grenzziehungen. Eine sachliche Begründung, warum
4068 man mit 16 eine politische Entscheidung treffen kann und nicht mit 15, gibt es nicht. Wir wollen eine
4069 gesellschaftspolitische Debatte darüber, wie Kinder und Jugendliche besser an politischen
4070 Entscheidungen beteiligt werden können. Sie wollen und sollen mitreden dürfen, wenn es darum geht,
4071 ob wir ihnen eine Welt hinterlassen, in der es noch Energie, Wälder oder sauberes Wasser gibt.

4072 Wir haben konkrete Vorschläge für die ersten Schritte hin zu mehr Beteiligung.

4073 ***Was tun?***

- 4074 • *Das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre senken*
- 4075 • *Bei den Kommunalwahlen den Wähler*innen die Möglichkeit geben, ihre Stimme durch*
4076 *Kumulieren und Panaschieren auf verschiedene Bewerber*innen zu verteilen*
- 4077 • *Kinder und Jugendliche zwingend beteiligen, wenn ihre Interessen bei kommunalen Planungen*
4078 *oder Vorhaben berührt werden (nach dem Vorbild der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein)*

4079 **Bürger*innenbegehren in den Kommunen leichter machen**

4080 Die kommunale Demokratie muss gestärkt und ausgebaut werden. Hierfür müssen die Hürden für
4081 Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide gesenkt, das Verfahren vereinfacht und die
4082 Möglichkeiten, durch Bürger*innenentscheide die Politik in der Kommune bestimmen zu können,
4083 erweitert werden.

4084 ***Was tun?***

- 4085 • *Die Frist, in der Bürger*innenbegehren eingereicht werden können, muss gestrichen werden.*
4086 *Die Bürger*innen sollen Ratsbeschlüsse genauso lange wieder aufheben können wie der Rat*
4087 *dies kann*
- 4088 • *Die Themenausschlüsse bei Bürger*innenbegehren streichen. Die Bürger*innen sollen über*
4089 *alles entscheiden können, über das auch der Rat entscheiden kann*
- 4090 • *Mindestquoren für die Beteiligung an einem Bürger*innenentscheid werden abgeschafft*
- 4091 • *Der Kostendeckungsvorschlag für Bürger*innenbegehren muss abgeschafft werden*
- 4092 • *Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide müssen von der Verwaltung aktiv*
4093 *unterstützt werden. Über die formale Zulässigkeit von Bürger*innenbegehren soll eine*
4094 *rechtsverbindliche Vorprüfung erfolgen*

- 4095 • *Eine unabhängige Beratung der Menschen, die ein Bürger*innenbegehren starten wollen,*
- 4096 *gewährleisten*
- 4097 • *Eine*n Landesbeauftragte*n für direkte Demokratie berufen*
- 4098 • *Die Abstimmung per Brief muss portofrei sein*
- 4099 • *Es müssen genügend Abstimmungslokale zur Verfügung stehen*
- 4100 • *Mehrere Bürger*innenentscheide sollten wenn möglich an einem Tag stattfinden und/oder*
- 4101 *mit Wahlen zusammengelegt werden, damit mehr Menschen zur Abstimmung gehen*
- 4102 • *Bei wichtigen Themen wie der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge bzw.*
- 4103 *wesentlichen Veräußerungen öffentlichen Eigentums sollen obligatorische (also*
- 4104 *verpflichtende) Bürger*innenentscheide stattfinden*
- 4105 • *Einführung und Ausbau von Beteiligungshaushalten durch Einwohner*innenbeteiligung bei*
- 4106 *Aufstellung, Rechenschaftslegung und Prioritätensetzung der Ausgaben durch*
- 4107 *Versammlungen und Voten sowie die Nutzung des Internets*
- 4108 • *Auch unterhalb des Bürger*innenbegehrens müssen durch verpflichtende*
- 4109 *Einwohner*innenbefragungen die kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten gestärkt werden*
- 4110 • *Nicht nur in den Kommunen, auch im Land muss direkte Demokratie verwirklicht werden*
- 4111 • *Die Unterschriftenhürde für die Volksinitiative soll auf 30 000 Unterschriften gesenkt werden.*
- 4112 *Eine erfolgreiche Volksinitiative muss automatisch als Zulassungsantrag auf ein*
- 4113 *Volksbegehren gelten*
- 4114 • *Das Quorum für die Unterschriften für Volksbegehren soll auf zwei Prozent gesenkt werden*
- 4115 • *Haushaltswirksame Volksbegehren müssen zugelassen werden*
- 4116 • *Volksabstimmungen für Verfassungsänderungen sollen verpflichtend eingeführt werden,*
- 4117 *Bürger*innen müssen bei Verfassungsänderungen die letzte Entscheidung treffen*
- 4118 • *Unterschriften sollen auch online gesammelt werden können*

4119 **Für einen transparenten Landtag**

4120 Interessenskonflikte zwischen Abgeordnetenmandat und Unternehmerinteressen müssen wirksamer
 4121 vermieden werden. Bisher müssen Abgeordnete ihre Nebeneinkünfte nur grob angeben. Wir wollen
 4122 eine Veröffentlichung auf Euro und Cent sowie die namentliche Nennung aller Geldgeber. Auch
 4123 Abgeordnete sollen sich am Solidarsystem beteiligen und für ihre Altersversorgung verpflichtend in die
 4124 gesetzliche Rentenversicherung einzahlen.

4125 Der Einfluss von Lobbyist*innen auf das Parlament muss sichtbar gemacht werden. Dazu braucht es
 4126 ein verpflichtendes und sanktionsbewehrtes Lobbyregister.

4127 ***Was tun?***

- 4128 • *Nebeneinkünfte von Abgeordneten vollständig veröffentlichen*
- 4129 • *Die Abgeordnetenversorgung in die gesetzliche Rentenversicherung überführen*
- 4130 • *Den Ausnahmetatbestand für Kirchen-, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im*
- 4131 *NRW-Korruptionsbekämpfungsgesetz streichen*
- 4132 • *Ein verpflichtendes und sanktionsbewehrtes Register für Lobbyist*innen einführen*
- 4133 • *Karenzeit für Minister*innen: Statt der bestehenden Anzeigepflicht muss die Aufnahme einer*
- 4134 *Beschäftigung genehmigungspflichtig sein*

4135 9. Laizismus: Staat und Religion konsequent trennen

4136 Wir verteidigen das Recht aller Menschen auf Freiheit des Bekenntnisses zu Weltanschauungen oder
4137 Religionen. Wir treten ein für den Schutz weltanschaulicher und religiöser Minderheiten. Das erfordert
4138 für uns die institutionelle Trennung von Staat und Glaubensgemeinschaften.

4139 Grundrechte und Arbeitnehmer*innenrechte müssen auch in den Kirchen und
4140 Religionsgemeinschaften und deren Einrichtungen Geltung haben, insbesondere das Streikrecht, das
4141 Betriebsverfassungsgesetz und das Antidiskriminierungsgesetz.

4142 *Was tun?*

- 4143 • *Den Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen umsetzen*
- 4144 • *Das Erziehungsziel „Ehrfurcht vor Gott“ in Artikel 7 der Landesverfassung und im Schulgesetz*
4145 *NRW streichen*
- 4146 • *Die Garantie für den bekenntnisorientierten Religionsunterricht in der Landesverfassung*
4147 *streichen*
- 4148 • *Alle Träger, die staatliche Mittel erhalten, müssen das Streikrecht, das*
4149 *Betriebsverfassungsgesetz und einen nicht diskriminierenden Umgang mit*
4150 *Arbeitnehmer*innen gewährleisten*
- 4151 • *Beendigung der Diskriminierung von Konfessionslosen durch kirchliche Arbeitgeber*innen*
- 4152 • *Das Feiertagsgesetz daraufhin zu überprüfen, inwieweit es zur Wahrung der religiösen*
4153 *Empfindungen der Angehörigen der unterschiedlichen Glaubensgemeinschaften erforderlich*
4154 *ist. Besondere Regelungen für „stille Feiertage“, etwa das Tanzverbot an Karfreitag, sind zu*
4155 *streichen*
- 4156 • *Der Austritt aus der Kirche muss kostenlos sein, die bisherige Gebühr von 30 Euro ist zu*
4157 *streichen*
- 4158 • *LER (Lebenskunde, Ethik, Religionen) als gemeinsames Schulfach, kein Bekenntnisunterricht*
4159 *an staatlichen Schulen*
- 4160 • *Keine öffentliche Finanzierung der Theologie an öffentlichen Universitäten*
- 4161 • *Schluss mit der Finanzierung von Kirchentagen aus öffentlichen Mitteln*

4162 **VIII. Netzpolitik, Medien und Kunst**

4163 In der Digitalisierung sehen wir Chancen für mehr Selbstorganisation und Selbstbestimmung von uns
4164 allen. Wir stehen für freien Informationszugang, direktere Vernetzung und mehr demokratische
4165 Beteiligungsmöglichkeiten.

4166 Das freie Internet kann nur als öffentliches Gut zum Nutzen aller Menschen funktionieren. Die Netze
4167 gehören unter gesellschaftliche Kontrolle und müssen demokratisiert werden. Die Medienvielfalt muss
4168 erhalten werden, die zunehmende Monopolbildung bei Medien und Presse beobachten wir mit Sorge.

4169 **1. Netzpolitik: Für ein freies Internet, das allen gehört**

4170 Wir setzen uns gemeinsam mit immer mehr Menschen für ein freies Internet ohne Zensur ein.
4171 Ausbauintiativen und Genossenschaften sollen verstärkt gefördert werden. Freie W-LAN-Angebote
4172 wollen wir weiter ausbauen. Beim Breitbandausbau sind wir für den flächendeckenden Ausbau der
4173 Glasfasertechnologie. Den Zugang zu digitalen Technologien und zum Internet wollen wir unabhängig
4174 vom Einkommen und sozialen Hintergrund ermöglichen.

4175 Das Land ist zuständig für Bildung und hat im Bereich der digitalen Medien bislang viel zu wenig
4176 unternommen. Schüler*innen und Student*innen sind heute Digital Natives, sie sind mit dem Internet,
4177 mit mobilen Geräten und Apps groß geworden. Sie schauen lieber YouTube als Fernsehen, hören
4178 Musik nicht auf Kasette, sondern im Netz. Für einen großen Teil der Lehrer*innen in Schulen,
4179 Berufskollegs und Hochschulen ist diese Welt noch weitgehend fremd. Hier brauchen wir eine große
4180 Weiterbildungsoffensive im Bereich digitale Medien.

4181 **Netzneutralität gesetzlich garantieren**

4182 Der Einsatz für Netzneutralität wird ein wesentliches Thema der kommenden Jahre sein. Es geht um
4183 die wichtige Frage, ob alle Menschen gleichberechtigt ihre Daten durch die Leitungen schicken
4184 können. Schon heute dominieren mächtige Konzerne im Netz und wollen immer mehr bevorzugt auf
4185 Datenleitungen zugreifen. Wir brauchen hier dringend gesetzliche Regelungen. Wir wollen das Internet
4186 der Menschen, nicht das der Konzerne.

4187 ***Was tun?***

- 4188 • *Den Glasfaserausbau vorantreiben*
- 4189 • *Förderung für freie und nicht kommerzielle W-LAN-Angebote wie Freifunk auch für Kommunen
4190 öffnen*
- 4191 • *Netzneutralität für NRW gesetzlich garantieren und Initiative dazu auf Bundesebene*

4192 **Private Daten schützen, öffentliche Daten nutzen**

4193 Wir setzen uns ein für ein verstärktes Angebot und die Nutzung von Open Data. Das
4194 Informationsfreiheitsgesetz NRW wollen wir zu einem Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild
4195 ausbauen. Staatliche Informationen müssen grundsätzlich in maschinenlesbaren Formaten im Internet
4196 auf einer geeigneten Plattform zur Verfügung stehen. Wir setzen uns für eine Förderung von Open
4197 Access an Hochschulen in NRW ein, das Land muss eine stringente Förderstrategie entwickeln und
4198 umsetzen.

4199 Der Schutz personenbezogener Daten muss gestärkt werden. Dafür wollen wir das Datenschutzgesetz
4200 NRW weiterentwickeln und unnötige Datensammlungen abschaffen.

- 4201 **Was tun?**
- 4202 • *Recht auf Anonymität im Internet und Kontrolle über die eigenen Daten*
- 4203 • *Die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit stärken*
- 4204 • *Über eine Bundesratsinitiative die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung*
- 4205 • *Ein Verbot des Exports von Hard- und Software für Überwachung und/oder Zensur*
- 4206 • *Open Source-Projekte zur „digitalen Selbstverteidigung“ unterstützen*
- 4207 • *Mit allen staatlichen Stellen eine nach RFC 4880 standardisierte sichere Ende-zu-Ende*
- 4208 *verschlüsselte Kommunikation mittels OpenPGP ermöglichen*

4209 **Schutz von Whistleblower*innen**

4210 „Edward Snowden oder Chelsea Manning sind prominente Namen, wenn es um Whistleblowing geht –

4211 zu Recht. DIE LINKE fordert den umfassenden gesetzlichen Schutz von Menschen, die den Mut

4212 aufbringen, Informationen öffentlich zu machen. Sie müssen arbeitsrechtlich geschützt werden und

4213 vor ‚Vergeltung‘ von Arbeitgeber*innenseite sicher sein. Wir wollen auch, dass Whistleblower*innen

4214 vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt sind, sie etwa nicht wegen vermeintlich „übler Nachrede“

4215 belangt werden können.

4216 Veröffentlichungsplattformen, welcher Art auch immer, dürfen nicht gezwungen werden, ihre Quellen

4217 preiszugeben. Whistleblowing ist keine Denunziation und darf nicht kriminalisiert werden.

4218 **Jetzt aber schnell: Weiterbildung in digitaler Kommunikation**

4219 Die neuen Medien und die damit verbundene Digitalisierung prägen die Lebenswelt der Schüler*innen.

4220 In diesem Bereich darf das Feld nicht privaten Unternehmen, Verlagen und Bildungsanbietern

4221 überlassen werden. Wir setzen uns für die Nutzung und die Erstellung offener Lehr- und

4222 Lernmaterialien (Open Educational Ressources, OER) sowie den Einsatz von Open-Source Software

4223 ein.

4224 Digitale Angebote sind intuitiv, ohne Vorwissen, nutzbar. Den verantwortungsbewussten Umgang mit

4225 Medien müssen Kinder und Jugendliche aber erlernen. In der Schule muss Medienbildung stärker

4226 vermittelt werden, dazu zählen Medienkritik, Medienkunde und Mediengestaltung. Unter anderem sind

4227 Datenschutz und Privatsphäre, Cyber-Mobbing und Netiquette sowie digitale Bürger*innenrechte und

4228 Demokratie in Zeiten des Internets zu thematisieren. Die Vermittlung von Medienkompetenz kann

4229 aber nicht auf die Schule beschränkt sein, sondern muss auch an den Hochschulen und in der

4230 Weiterbildung berücksichtigt werden.

4231 **Was tun?**

- 4232 • *Medienbildung im Schulunterricht einen größeren Raum zu geben und durch geeignete*
- 4233 *Angebote auch Eltern einzubeziehen*
- 4234 • *Einen wirksamen Jugendschutz durch Löschung illegalen Materials an der Quelle. Keine*
- 4235 *Netzsperrn und Internetzensur*
- 4236 • *Die Nutzung freier und quelloffener Software fördern.*
- 4237 • *Nutzung und Erstellung offener Lehr- und Lernmaterialien (Open Educational Ressources,*
- 4238 *OER) an Schulen sowie Einsatz von Open-Source Software.*
- 4239 • *Eine Förderstrategie für Open Access an Hochschulen*
- 4240 • *Das Informationsfreiheitsgesetz zu einem Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild*
- 4241 *ausbauen*
- 4242 • *Verwaltungsdaten in offenen Formaten zur Verfügung stellen*

4243 **2. Medien: Die Vielfalt erhalten und Beschäftigte gut bezahlen**

4244 Wir wollen das qualitativ hochwertige und differenzierte Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
4245 in NRW erhalten. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit seinem umfassenden Informations-, Bildungs-
4246 und Unterhaltungsauftrag ist Daseinsvorsorge.

4247 Die früher üblichen Befreiungsmöglichkeiten vom Rundfunkbeitrag, etwa aufgrund niedrigen
4248 Einkommens oder einer Behinderung, werden wieder eingeführt. Die öffentlich-rechtlichen
4249 Rundfunkanstalten sollen auf Sponsoring und Werbung verzichten.

4250 Wir sichern die Rechte der Beschäftigten des WDR. Wir lehnen Verschlechterungen der
4251 Arbeitsbedingungen ebenso ab wie den Ersatz sozialversicherungspflichtiger Stellen durch
4252 Werkverträge.

4253 Freie Radio- und Fernsehprogramme, die von Bürger*innen selbst gestaltet werden, sind ebenso
4254 unverzichtbar in der Medienlandschaft. Wir wollen sie erhalten und weiter aus Landesmitteln fördern.

4255 ***Was tun?***

- 4256 • *Keine Verschlechterungen für die Beschäftigten beim WDR*
- 4257 • *Die früher üblichen Befreiungsmöglichkeiten vom Rundfunkbeitrag werden wieder eingeführt*
- 4258 • *Die Frist von sieben Tagen, nach der Inhalte in den Mediatheken öffentlich-rechtlicher Sender*
4259 *nicht mehr verfügbar sind, abzuschaffen*
- 4260 • *Bürgerfunk, freie Radios und lokale Fernsehprogramme weiter fördern*
- 4261 • *Die Kürzungen beim WDR-Programm ‚Funkhaus Europa‘ zurücknehmen*
- 4262 • *Die laizistisch/säkulare Vertretung im WDR-Rundfunkrat ausbauen; ein säkulares Programm*
4263 *fördern*

4264 **3. Kunst und Kultur für uns alle: Schützen, unterstützen und finanzieren**

4265 Auch unter den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen wollen wir am Anspruch „Kultur für
4266 alle“ festhalten. Kulturelle Selbstverwirklichung und Teilhabe an Kultur dürfen nicht Vorrecht, sondern
4267 sollten Möglichkeit für alle sein. Angesichts zunehmender sozialer Ausgrenzung und einer wachsenden
4268 Zahl von Menschen, die in Armut leben, wird die Forderung nach uneingeschränkter kultureller
4269 Teilhabe immer wichtiger. Die Lebenschancen einer und eines jeden hängen heute vom freien Zugang
4270 zu Informationen und Wissen ebenso ab wie von der Möglichkeit sich zu bilden und mit Künsten und
4271 Medien umzugehen. Für kulturelle Teilhabe zu streiten ist deshalb Teil unseres sozialen Engagements.

4272 NRW ist ein reiches Kulturland. Dies gilt es nicht nur zu erhalten, sondern weiter auszubauen. Denn
4273 die Zukunftsaufgaben der Gesellschaft stellen auch Kunst und Kultur, von der sogenannten
4274 „Hochkultur“ bis zum kleinen Kulturhaus vor Ort, vor neue Herausforderungen. Die Bewältigung des
4275 demographischen Wandels, die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten oder die Entwicklung
4276 der Industrie 4.0 sind Aufgaben, denen sich auch die Kultur stellen muss.

4277 Dabei ist für uns klar, Kultur und Kunst benötigen den Schutz des Staates. In der zunehmenden
4278 Unterwerfung von Kultur unter ökonomische Zwänge sehen wir eine substanzgefährdende
4279 Entwicklung. Wir lehnen es ab, Kunst und Kultur unter einen ökonomischen Legitimationsdruck zu
4280 setzen. Wir stehen für eine ausreichende öffentliche Förderung und eine langfristige Sicherung für die
4281 Gesamtheit der kulturellen und künstlerischen Bereiche.

4282 Um die reiche Kulturlandschaft NRW zu erhalten, wird in allen Regionen ein breites Kulturangebot
4283 benötigt. Dies muss berücksichtigen, dass NRW Einwanderungsland und zunehmend eine

4284 multiethnische Gesellschaft ist. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher, aber auch kultureller
4285 Konflikte in der Welt und unserer Gesellschaft wollen wir den Dialog der Kulturen fördern und
4286 vielfältige Möglichkeiten der Begegnung und des Austauschs schaffen. Kulturelle Vielfalt muss auf
4287 „Augenhöhe“ miteinander stattfinden.

4288 **Kultur ist überall**

4289 Kunst soll auch einen Beitrag zur Verständigung unterschiedlicher Kulturen leisten. Deshalb wollen wir
4290 eine stärkere Einbeziehung der Künstlerinnen und Künstler aus allen Nationen, die in unserer Mitte
4291 leben. Dabei geht es uns nicht einfach um eine finanzielle Förderung migrantischer Kunst, sondern sie
4292 muss Bestandteil kultureller und künstlerischer Arbeit vor Ort sein. Nur wenn sie vor Ort als
4293 Alltagsbestandteil verstanden und gelebt wird, lassen sich Vorurteile abbauen und gegenseitiges
4294 Verständnis entwickeln. Interkultur ist kein Randgebiet.

4295 Kulturelle Bildung findet nicht nur an Schulen statt, sondern auch in Theatern, Kunst – und
4296 Musikschulen, Medienwerkstätten, Bibliotheken oder Museen, Kulturhäusern und soziokulturellen
4297 Zentren. Kulturelle Einrichtungen und Initiativen sind damit nicht nur Kulturanbieter, sondern auch
4298 Lernorte für Demokratie und Dialog, für die Entfaltung von Kreativität und sozialer Kompetenz. Um
4299 dem Anspruch gerecht werden zu können, benötigen die kulturellen Einrichtungen dringend mehr
4300 Personal für die pädagogische Arbeit. Die Kapazitäten für die kulturpädagogische Arbeit sind deutlich
4301 zu erhöhen.

4302 **Kultur ist Investition in die Zukunft**

4303 Kunst und Kultur gibt es nicht zum Nulltarif. Wir halten es für dringend notwendig, den Kulturetat des
4304 Landes unmittelbar wieder mindestens auf die Höhe des Jahres 2012 (200 Millionen) und dann
4305 schrittweise auf 0,5 Prozent des Gesamtetats des Landes zu erhöhen. Das Land muss die
4306 kommunalen Kultureinrichtungen verlässlich institutionell fördern und so dafür sorgen, dass den
4307 Menschen kulturelle Teilhabe zugänglich ist.

4308 Rund 80 Prozent aller kulturellen Ausgaben werden von den Kommunen geschultert. Angesichts leerer
4309 kommunaler Kassen, insbesondere in den Ruhrgebietsgemeinden, wird auch bei Kunst und Kultur
4310 gespart, gekürzt, geschlossen. Mancherorts steht die kulturelle Grundversorgung auf der Kippe. Das
4311 Kulturfördergesetz NRW bietet zwar Ansätze der Verbindlichkeit der Förderung von Kunst und Kultur,
4312 das Land selbst will sich an den Forderungen gegenüber den Kommunen finanziell aber nicht
4313 beteiligen. Das kann nicht der richtige Weg sein. Dabei geht es nicht nur um Entlastung der
4314 Kommunen, sondern vor allem die Erhöhung der finanziellen Mittel für Kunst und Kultur in NRW. Ohne
4315 finanzielle Beteiligung des Landes innerhalb des Kulturfördergesetzes wird die kommunale
4316 Kulturpflege und -förderung sowohl in den urbanen Zentren und auch im ländlichen Raum nicht
4317 dauerhaft und verlässlich gesichert.

4318 Unabhängig davon gibt es in NRW zahlreiche Förderprogramme von den unterschiedlichsten
4319 Institutionen und Ministerien. Kultureinrichtungen vor Ort und die freie Szene haben kaum eine
4320 Möglichkeit, diesen Förderdschungel zu durchschauen und die geforderten Auflagen zu erfüllen.

4321 Wir fordern, die verschiedenen Programme zu konzentrieren und die Antragstellung und die
4322 Förderungsmöglichkeiten für alle kulturellen Ebenen zu ermöglichen, den Zugang zur Förderung zu
4323 erleichtern. Außerdem müssen die Overheadkosten bei diesen Förderprogrammen auf max. 10
4324 Prozent der Fördersumme beschränkt werden. Kulturförderung muss auch bei den kulturellen
4325 Akteur*innen ankommen.

4326 Dazu gehört auch eine Entflechtung der Bereiche der Kreativwirtschaft und der verbindlichen
4327 Festlegung der Förderinstitutionen.

4328 Die Landschaftsverbände sichern durch ihre Museen und die vielfältige Förderung sowie qualitativ
4329 hochwertige Beratung kommunal getragener Kulturarbeit ein gutes, sehr breit gefächertes kulturelles
4330 Angebot. Finanziert wird dies im Wesentlichen von den Kommunen über die Landschaftsumlage. DIE
4331 LINKE NRW sieht eine institutionelle Förderung der Museen der Landschaftsverbände durch das Land
4332 als dringend notwendig an.

4333 **Keine Prekarisierung kultureller Arbeitsbedingungen!**

4334 Von Kunst und Kultur muss man leben können. Wir wollen Kulturförderung so ausbauen, dass
4335 Künstler*innen auch von ihrer Arbeit leben können. Dies muss Bestandteil von
4336 Kulturförderungskriterien werden. Dabei geht es nicht nur um die Höhe von Gehältern oder
4337 Honoraren, sondern auch um Verlässlichkeit und Zukunftssicherheit. DIE LINKE tritt auch im
4338 künstlerischen Bereich in erster Linie für existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige
4339 Arbeitsverhältnisse ein.

4340 Wir LINKEN haben wir ein klares Bekenntnis zur Freiheit der Kunst und der Kulturproduktion.
4341 Sponsor*innen und Mäzen*innen dürfen keinen bestimmenden Einfluss auf öffentliche
4342 Kulturangebote haben. Kunst und Kultur muss nicht nur „Altes“ bewahren, sondern sich auch kritisch
4343 mit der Gesellschaft auseinandersetzen können, ohne bei Kulturförderung ausgegrenzt zu werden.

4344 **Wissen bewahren und zugänglich machen!**

4345 Die Bibliotheken im Land haben eine besondere Bedeutung als Vermittlerin von Informations- und
4346 Medienkompetenz, bei der Verbesserung der Leseförderung und als kulturelles Zentrum des
4347 unmittelbaren Wohnumfeldes. Hierfür benötigen die Bibliotheken dringend eine bessere finanzielle
4348 und personelle Ausstattung. Auch die Bibliotheken müssen sich den verändernden Bedingungen ihres
4349 Umfeldes stellen und entsprechende Angebote entwickeln. Dabei ermuntern wir sie zu einem aktiven
4350 Zugehen auf die Menschen in ihrem Stadtteil. Unser Ziel ist es, auch im ländlichen Bereich ein
4351 flächendeckendes Angebot abzusichern.

4352 **Denkmalschutz ist Landesaufgabe!**

4353 In der laufenden Legislaturperiode hat sich die Landespolitik aus dem aktiven Denkmalschutz
4354 zurückgezogen, indem die Zuschüsse für den Erhalt von Denkmälern praktisch eingestellt und durch
4355 „kostengünstige Darlehen“ ersetzt wurden.

4356 Die negativen Folgen dieser Entscheidung wurden von vielen Seiten fachpolitisch heftig kritisiert. Eine
4357 solche Politik gibt das kulturelle Erbe des Landes dem Verfall preis. Das Land ist nicht nur auf der
4358 gesetzgeberischen Ebene, sondern auch inhaltlich und materiell für den Denkmalschutz zuständig.
4359 Dieser Verantwortung muss es auch nachkommen.

4360 ***Was tun?***

- 4361 • *Änderung der Gemeindeordnung im Landtag: Kultur zur Pflichtaufgabe machen*
- 4362 • *Kostenlosen Eintritt in alle Dauerausstellungen der Landesmuseen ermöglichen*
- 4363 • *Arbeitsmöglichkeiten, Ateliers, Ausstellungsmöglichkeiten und mehr Stipendien im Rahmen*
4364 *öffentlicher Kulturförderung schaffen*
- 4365 • *Selbstverwaltete Kulturhäuser und soziokulturellen Zentren ohne Einflussnahme der Städte*
4366 *und Kommunen auf die Angebote finanziell fördern*
- 4367 • *Unterstützung und Planungssicherheit für die Volkshochschulen garantieren*
- 4368 • *Bei der Besetzung von Stellen an Kunsthochschulen und Jurys Frauen stärker berücksichtigen*
- 4369 • *Freie Kulturszene gleichwertig zur etablierten Kulturszene öffentlich fördern*

- 4370 • *Antirassistische, interkulturelle Angebote mit dem Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt ausprägen gezielt fördern*
- 4371
- 4372 • *Förderung der Inklusion beim Zugang und in der Ausübung von Kunst und Kultur*
- 4373 • *Musik- und Kunstunterricht als fester Bestandteil des Lehrplanes für alle Schulen*
- 4374 • *Wiedereinführung der Zuschüsse für den Denkmalschutz*
- 4375 • *Kein Verkauf von Kunstgegenständen durch öffentliche Institutionen*

4376 **IX. Internationale Solidarität**

4377 Wir stehen für eine solidarische Weltordnung, die nachhaltige Entwicklungsperspektiven für alle
4378 Länder schafft. Frieden ist dafür die wichtigste Voraussetzung. Aber auch ein Ende der Ausbeutung
4379 sowie die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards müssen gewährleistet werden.

4380 Die große Weltpolitik fängt zu Hause an. Fairer Handel, kritisches Engagement in Bezug auf die
4381 Entwicklungsrichtung der EU und Engagement gegen Rüstungsexporte sind nur einige der
4382 Arbeitsfelder, in denen wir hier in NRW etwas zu einer besseren Weltordnung beitragen können.

4383 **1. Konsequenz für Frieden und Abrüstung**

4384 DIE LINKE ist eine Friedenspartei. Wir treten für Gewaltfreiheit ein, ob im Inneren von Gesellschaften
4385 oder zwischen Staaten. Gemeinsam mit Friedensbewegungen und allen friedensorientierten
4386 Partner*innen wollen wir Gewalt vorbeugen und Konflikte zivil lösen. Kriegseinsätze, den Bruch des
4387 Völkerrechts, Menschenrechtsverletzungen und militärische Logiken im Umgang mit Konflikten lehnen
4388 wir ab.

4389 Unser Leitbild ist die Idee des gerechten Friedens. Es braucht mehr als die bloße Abwesenheit von
4390 Gewalt. Frieden gibt es nur, wenn wir soziale, wie ökonomisch und ökologisch nachhaltige
4391 Bedingungen schaffen.

4392 **Rüstungskonzerne auf zivile Produktion umstellen**

4393 Auch in NRW wird an Kriegen und Krisen kräftig verdient. Große Rüstungskonzerne wie Rheinmetall
4394 und Thyssen-Krupp haben hier ihren Sitz und exportieren Waffen, militärische Drohnen und andere
4395 Rüstungsgüter in alle Welt. Mit Erlaubnis der Bundesregierung werden dabei auch autokratische
4396 Regimes beliefert, die gegen die Demokratiebewegungen in ihren Ländern mit brutaler Gewalt und
4397 Repression vorgehen.

4398 Jede Waffe findet ihren Krieg, wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass keine Waffen im Umlauf
4399 sind, statt immer mehr davon zu produzieren. Deshalb wollen wir die Produktion von
4400 Rüstungsunternehmen, erforderlichenfalls im Wege der Vergesellschaftung, auf eine zivile Fertigung
4401 umstellen.

4402 ***Was tun?***

- 4403 • *Ein Verbot von Rüstungsexporten auf Bundesebene.*
- 4404 • *Die Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung umstellen.*

4405 **Urananreicherung beenden, Atomwaffen abziehen**

4406 Die Urananreicherungsanlage Gronau stellt Nuklearbrennstoff für Atomkraftwerke her und eignet sich
4407 zur Herstellung hochangereicherten Urans für Atomwaffen. Zivile und militärische Nutzung von
4408 Atommaterial lassen sich nicht trennen. In Büchel in der Eifel lagern nach wie vor Atombomben der
4409 USA und die Bundeswehr übt im Rahmen der atomaren Teilhabe den Abwurf dieser Bomben. Die USA
4410 planen, ihre Atomwaffen zu modernisieren.

4411 Wir wollen die Urananreicherung in NRW stilllegen. Atomwaffen müssen vollständig aus NRW
4412 abgezogen werden.

4413 **Was tun?**

- 4414 • *Die Urananreicherungsanlage in Gronau stillzulegen und ihre Technologie nicht zu verbreiten*
- 4415 *oder zu verkaufen.*
- 4416 • *Das sofortige Ende der Atomwaffenstationierung in Büchel und den jeweils nur 30 km von*
- 4417 *NRW entfernten belgischen Städten Volkel und Kleine-Brogel.*

4418 **Umbau von Militäreinrichtungen für zivile Zwecke**

4419 NRW beherbergt einige der wichtigsten Militäreinrichtungen in Deutschland. Kalkar und Uedem am
4420 Niederrhein sind Ausgangspunkt für Bundeswehr- und NATO-Kriegsführung. Von hier wird der gesamte
4421 nordeuropäische Luftraum bis nach Russland überwacht, von Geilenkirchen werden Eurofighter und
4422 AWACS-Aufklärungsflugzeuge bis an die russische Grenze herangeführt. Kampfdrohnen, deren
4423 Anschaffung in Planung sind, können auch von hier gesteuert werden.

4424 Auf dem Truppenübungsplatz im ostwestfälischen Senne werden Kampfeinsätze geübt. Ausgerechnet
4425 in der "Friedensstadt" Münster soll das deutsch-niederländische Korps den Hauptteil der sogenannten
4426 NATO-Speerspitze Ost bilden. Diese Eingreiftruppe soll innerhalb weniger Tage in Einsatzbereitschaft
4427 versetzt werden können. In der Tomburg-Kaserne in Rheinbach sind die Cyberwar-Spezialisten der
4428 Bundeswehr angesiedelt. Die Einheit soll nach der neuen Cyberstrategie der Bundesregierung künftig
4429 verstärkt werden. Nicht zuletzt hat das Bundesverteidigungsministerium seinen Sitz auf der Hardthöhe
4430 in Bonn.

4431 **Was tun?**

- 4432 • *Luftkriegszentren in Kalkar und Uedem schließen.*
- 4433 • *Entmilitarisierung des Truppenübungsplatzes Senne.*
- 4434 • *Ende der Beteiligung von Bundeswehreinheiten an der NATO-„Speerspitze Ost“.*
- 4435 • *Umnutzung aller Bundeswehr- und NATO-Einrichtungen für zivile Zwecke.*

4436 **Nationalpark Senne - Modellprojekt für zivilen und ökologischen Umbau**

4437 Die Senne wird seit 1892 als Truppenübungsplatz genutzt. In der Senne werden in künstlichen
4438 Kriegsdörfern auch der Häuserkampf für militärische Interventionen in aller Welt geübt. Bereits 1991
4439 hat der Landtag beschlossen, den Truppenübungsplatz Senne nach der Nutzung durch das Militär in
4440 einen Nationalpark umzuwandeln.

4441 Der Abzug der britischen Streitkräfte bis 2020 ist die Chance, die Senne endlich zivilgesellschaftlich
4442 und ökologisch sinnvoll zu nutzen. Die Landesregierung hält sich im Entwurf des neuen
4443 Landesentwicklungsplan die militärische Teilnutzung offen. Aber nur die vollständige Umwandlung der
4444 Senne in einen Nationalpark trägt zur Erhaltung und zum Schutz der dortigen Flora und Fauna bei. Die
4445 Umwandlung bietet auch wirtschaftliche Möglichkeiten, die einen Verlust der Arbeitsplätze und der
4446 Wirtschaftskraft durch den Abzug der britischen Truppen auffangen können.

4447 **Was tun?**

- 4448 • *Vollständige Entmilitarisierung und sofortiger Abbau der Kriegsdörfer in der Senne.*
- 4449 • *Die Gründung eines Nationalpark Senne auf Landesebene konsequent umsetzen.*
- 4450 • *Sanierung und Renaturierung der Gebiete, die durch die militärischen Übungen verschmutzt*
- 4451 *und zerstört wurden.*
- 4452 • *Konversion der militärischen Einrichtungen durch die Bereiche Bildung, Tourismus, Kultur,*
- 4453 *Gastronomie sowie Natur- und Landschaftspflege.*

- 4454 • *Gründung einer Landesagentur Konversion Senne, die die Entmilitarisierung, Sanierung,*
4455 *Renaturierung, die Umschulung von Arbeitnehmer*innen und den Aufbau neuer*
4456 *Wirtschaftsstrukturen begleitet und fördert.*

4457 **Bundeswehr raus aus Schulen, Jobcentern und anderen Einrichtungen**

4458 Durch eine Kooperationsvereinbarung mit dem Schulministerium hat die Bundeswehr in NRW einen
4459 bevorrechtigten Zugang zu den Schüler*innen. Anwerbeversuche der Bundeswehr gibt es aber nicht
4460 nur hier, sondern auch in Berufskollegs und Arbeitsagenturen, bei Ausbildungsplatzmessen und
4461 Jobbörsen und auf den Straßen und Plätzen in NRW. Die Bundeswehr nutzt an dieser Stelle die
4462 Perspektivlosigkeit, die Zukunftsangst und die Armut vieler junger Menschen für ihre Rekrutierung
4463 aus.

4464 ***Was tun?***

- 4465 • *Kooperationsvereinbarungen des Landes mit der Bundeswehr sofort aufkündigen.*
4466 • *Bundeswehr raus aus Schulen und zivilen Ämtern, kein Werben fürs Sterben.*

4467 **Zivilklausel: Friedliche Forschung an NRW-Hochschulen**

4468 Seit 2014 gibt es im NRW-Hochschulgesetz eine Zivilklausel. Damit darf an Hochschulen nicht mehr
4469 für Rüstung und Militär geforscht werden. Viele halten sich jedoch nicht an diese Vorgabe. Die
4470 Zivilklausel muss konsequent umgesetzt werden. Die Angebote der NRW-Stiftung Umwelt und
4471 Entwicklung wollen wir auf friedenspolitische Projekte ausdehnen.

4472 ***Was tun?***

- 4473 • *Die Zivilklausel konsequent umsetzen.*
4474 • *Ausbau der Friedenswissenschaften an den Hochschulen.*
4475 • *Vergabe von Landesmitteln für Forschungsförderung nur für zivile Vorhaben.*
4476 • *Friedensdienste, internationale Begegnungen und Städtepartnerschaften ausbauen.*

4477 **Die Umstellung der Rüstungsindustrie ist möglich**

4478 Wer heute im Rüstungsbereich arbeitet, wird bei einer Umstellung auf zivile Produktion nicht
4479 arbeitslos werden. Die hochqualifizierten Fachkräfte würden den Fachkräftemangel in der zivilen
4480 Industrie lindern. Viele der Rüstungsbetriebe sind Mischkonzerne, die Beschäftigte in zivilen Bereichen
4481 weiterbeschäftigen können. In die Forschung, Entwicklung und natürlich den Absatz dieser
4482 todbringenden Güter fließen Jahr für Jahr Milliarden aus Steuermitteln. Diese könnten anderweitig
4483 eingesetzt werden.

4484 Die Forschung zur Rüstungskonversion, also zur Umstellung von militärischer auf zivile Produktion, soll
4485 sowohl mit öffentlichen Geldern als auch durch die betroffene Privatwirtschaft und ihre Verbände
4486 finanziert werden.

4487 ***Was tun?***

- 4488 • *Förderung von Rüstungsforschung und der Herstellung von Rüstungsgütern beenden.*
4489 • *Stattdessen Forschung zur Umstellung militärischer auf zivile Produktion.*
4490 • *Paritätisch besetzte Ausschüsse zur Umstellung auf alternative Produktion.*

4491 **Landesprogramm zur Umstellung militärischer Standorte**

4492 Militärischen Liegenschaften können kommunal für Wohnraum, Sport, Bildung, Kultur oder
4493 Gesundheitseinrichtungen genutzt werden. Möglich ist auch eine wirtschaftliche Nutzung durch die
4494 Ansiedlung von produzierendem Gewerbe und Dienstleistungsunternehmen oder eine touristische
4495 Nutzung von Naturreservaten. Die Erfahrung zeigt, dass Kommunen von einer Standortschließung
4496 profitieren können, wenn sie sich frühzeitig beteiligen. Kommunen müssen für diese Aufgabe die
4497 entsprechende Unterstützung vom Land bekommen.

4498 ***Was tun?***

- 4499 • *Einrichtung eines Landesamtes für Konversion und Abrüstung.*
- 4500 • *Vorrang öffentlicher Nachnutzung bei Standortschließungen militärischer Liegenschaften,*
4501 *unter anderem durch ein Vorkaufsrecht für Kommunen.*
- 4502 • *Konversionsbeauftragte einsetzen, um in Zusammenarbeit mit den betroffenen Kommunen*
4503 *Konzepte für eine Umwandlung militärischer Flächen und Liegenschaften sowie für die*
4504 *Schaffung alternativer Arbeitsplätze zu erarbeiten.*

4505 **3. Nein zur EU der Banken und Konzerne – Nein zu den Freihandelsverträgen**

4506 Immer noch werden die EU und ihre Institutionen als Garanten für Frieden und Wohlstand für Alle
4507 dargestellt. Doch die Realität sieht anders aus. Unter den europäischen Institutionen werden
4508 demokratische Rechte abgeschafft, Militarisierung vorangetrieben und soziale Standards abgebaut.

4509 Die großen europäischen Nationen benutzen die EU und den Euro um die Interessen ihrer Banken und
4510 Konzerne durchzusetzen und hinterlassen dabei eine Spur der sozialen Verwüstung in Europa.
4511 Griechenlands Versuch, eine sozialere Politik durchzusetzen und aus der Schuldenspirale
4512 auszubrechen, wurde hart bestraft, Portugal muss jederzeit mit ähnlichen Maßnahmen rechnen, in
4513 Frankreich hat die neoliberale sozialdemokratische Regierung unter Hollande die französische Agenda
4514 2010 unter dem Namen 'Loi Travail' per Dekret ohne parlamentarische Mehrheit trotz des heftigen
4515 Widerstands der französischen Arbeiterklasse durchgesetzt. Die herrschende Politik der Institutionen
4516 ist deutlich: Die Kosten der Krise werden Armen und Mittelschichten aufgebürdet, während eine kleine
4517 Minderheit immer reicher wird.

4518 **Austeritätspolitik**

4519 Das deutsche Kapital dominiert den Euroraum, sowohl wirtschaftlich als auch politisch. In Ländern wie
4520 Griechenland und Italien, Portugal und selbst in Frankreich führte diese Dominanz zu beschleunigter
4521 Deindustrialisierung. Gerade das Beispiel Griechenland zeigt, dass der Euro und die Europäische Union
4522 nicht zum Wohlstand für Alle beitragen, sondern die Interessen von Banken und Konzernen im Fokus
4523 stehen. Die sogenannten Eurorettungspakete waren nichts weiter als Finanzhilfen für Banken.
4524 Bezahlen müssen die arbeitenden Menschen durch einen weiteren Abbau sozialer Standards und
4525 Infrastruktur in allen Ländern der Europäischen Union. Nicht nur die „Agenda 2010“-Politik wird in
4526 andere Länder exportiert, sondern auch die Schuldenbremse.

4527 Die Europäische Union steht für sogenannte Austeritätspolitik. Diese in den Mitgliedsstaaten
4528 durchzusetzen und zu überwachen, ist derzeit ihre vorrangige Aufgabe. Dies geht einher mit einem
4529 Generalangriff auf die Rechte der abhängig Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften. Was in
4530 Frankreich unter dem Etikett "Reform des Arbeitsgesetzes" stattfindet, lief vor wenigen Jahren in
4531 Italien unter dem Label "Abschaffung des Art. 18 des Arbeitsgesetzes", in Deutschland hatte die
4532 „Agenda 2010“ einen ähnlichen Effekt und in Griechenland wurden Rechte der Beschäftigten und ihrer
4533 Gewerkschaften regelrecht liquidiert.

4534 Wir sind solidarisch mit den Kämpfen der Beschäftigten in Deutschland, Griechenland, Italien, Spanien
4535 und allen anderen Ländern. Statt einer Politik im Interesse der Konzerne treten wir für soziale und
4536 ökologische Standards ein. Wir wollen mit den Menschen, die von der Verarmungspolitik der EU
4537 betroffen sind, gemeinsam erfolgreich gegen die herrschende Austeritätspolitik vorgehen. Der Kampf
4538 gegen die Austeritätspolitik ist ein Kampf für eine bessere und sozialere Währungsunion. Sollte sich
4539 der Euro aber als dauerhaft unvereinbar mit einer auf sozialen Ausgleich setzenden Politik erweisen,
4540 dann darf der Bruch mit dem Euro kein Tabu sein. Die Länder, die den Euro verlassen wollen, um eine
4541 progressive Sozial- und Wirtschaftspolitik durchzusetzen, können sich auf unsere Solidarität verlassen.

4542 Es scheint vielleicht so, dass die Wirtschaft in NRW von der deutschen Exportstärke profitiert. Aber
4543 tatsächlich leidet NRW unter der jahrelangen Vernachlässigung der Binnenkonjunktur. Löhne und
4544 Gehälter in Deutschland wie in NRW blieben weit hinter den Möglichkeiten zurück. Durch die auf
4545 europäischer Ebene durchgesetzte Lohndumpingspirale wird der nötige Strukturwandel an Rhein und
4546 Ruhr erschwert.

4547 Das Dogma der EU sind die im Lissabon-Vertrag für alle Ewigkeiten festgeschriebenen Marktfreiheiten
4548 um jeden Preis: Waren, Kapital, Dienstleistungen oder Arbeitnehmer*innen. Eine notwendige
4549 Regulierung dieser Märkte wird abgelehnt.

4550 Europaweite Ausschreibungen ohne ein durch klare soziale Standards abgesichertes Vergaberecht
4551 führen zu einem Unterbietungswettbewerb im Kampf um die größten Töpfe. Diese führen zu
4552 schlechteren Arbeitsbedingungen und Löhnen. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs gegen den
4553 Mindestlohn im Tariftreue- und Vergabegesetz NRW und das Ruffert-Urteil gegen die Vorgabe von
4554 Tarifgittern bei Ausschreibungen sind Ausdruck einer EU-Gesetzgebung, die soziale Standards
4555 geringer bewertet als die Profitinteressen der Konzerne. Das bestehende Euro-Regime, also die
4556 Währungsunion mit den vertraglich verankerten Institutionen und Regeln des EZB-Eurosystems ist mit
4557 einer sozialen und demokratischen Entwicklung Europas unvereinbar. DIE LINKE ist daher bereit, den
4558 Euro als Gemeinschaftswährung in Frage zu stellen.

4559 **NRW in der EU**

4560 Auch schon ohne Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP wirkt sich die Politik der EU massiv auf
4561 die Lebenssituation der Menschen in NRW aus: Rund 80 Prozent der EU-Gesetzgebung beeinflusst
4562 direkt oder indirekt die Handlungsspielräume der Kommunen und auch des Landes NRW.

4563 Negative Beispiele sind der Einsatz von Glyphosat, die erneut von der EU angestoßene Debatte zur
4564 Privatisierung des Trinkwassers und der Zwang zu EU-weiten Ausschreibungen.

4565 Andererseits bietet die EU Fördermittel, ohne die NRW und viele Kommunen kaum mehr
4566 handlungsfähig wären.

4567 Hierfür zwei Beispiele: der „Europäische Hilfsfonds für besonders von Armut betroffene Personen“ und
4568 das Programm „Starke Quartiere – starke Menschen“, das ohne Mittel aus dem Europäischen
4569 Sozialfonds so kaum möglich wäre.

4570 Aber die Vergaben von EU-Fördermitteln nach Wettbewerbsregeln lehnen wir ab. Die EU-typischen
4571 Projekte führen nicht zu nachhaltigen Lösungen.

4572 ***Was tun?***

- 4573 • *Die Verwendung von EU-Fördermitteln in NRW auf nachhaltige Lösungen ausrichten*
- 4574 • *Eine Bundesratsinitiative, um negative Folgen der neoliberalen EU-Politik für das Land, die*
4575 *Kommunen und die Menschen vor Ort einzudämmen. Wir brauchen eine Neuaushandlung der*
4576 *EU-Verträge im Interesse der Mehrheit der Menschen statt der Konzerne*

4577 • *Die Rechte des „Rats der Gemeinden und Regionen Europas“ stärken*

4578 Der Brexit ist nur ein erstes Erdbeben, dessen Ursache eine EU und ein Währungsraum sind, die
4579 immer offensichtlicher Europa spalten, statt zu einen. Diese Entwicklung hat in Europa für erhebliche
4580 Unruhe gesorgt.

4581 **Nein zu TTIP, CETA und TISA**

4582 DIE LINKE NRW versteht sich als Teil des Widerstands gegen die Durchsetzung der undemokratischen
4583 Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA. Denn die Folgen werden auch das Land NRW und seine
4584 Kommunen treffen: Entscheidungen von Land und Kommunen können vor internationalen
4585 Schiedsgerichten/Investorengerichten landen, wenn sie die Profitinteressen der Konzerne berühren.
4586 Dies betrifft konkret die Politik und das Leben vieler Menschen in NRW: Aufgaben der kommunalen
4587 Daseinsvorsorge geraten noch stärker unter Ausschreibungsdruck als bisher. Zuschüsse für die
4588 öffentliche Daseinsvorsorge werden erschwert und der Liberalisierungsdruck steigt. Kommunale
4589 Hoheitsrechte wie die Organisationsfreiheit sind betroffen, dies vor allem aufgrund der weitreichenden
4590 Marktzugangs-, Nichtdiskriminierungs- und Investitionsschutzregeln. Maßnahmen der
4591 Kommunalpolitik, wie die Steuerung von Gewerbeansiedlungen, der Erhalt von Sparkassen oder der
4592 Mieterschutz könnten als TTIP-Verstöße unter Druck geraten. Das Tariftreuegesetz bei der öffentlichen
4593 Auftragsvergabe, das mit maßgeblicher Unterstützung der DIE LINKE NRW im nordrhein-westfälischen
4594 Landtag verabschiedet werden konnte, stünde zur Disposition. Auch eine Rekommunalisierung des
4595 Gesundheitswesens käme unter die Räder, weil internationale Investoren durch die
4596 Freihandelsabkommen Bestandsschutz genießen würden. Zusätzlich sind Fracking-Verbot und
4597 Kohleausstieg in Gefahr.

4598 CETA und TTIP schützen die 'legitimen Gewinnerwartungen' der Investoren wie es in den
4599 Vertragstexten heißt. Nicht geschützt werden die legitimen Erwartungen der Bürger*innen sauberes
4600 Trinkwasser trinken zu können oder den Schutz der Erdatmosphäre vor weiterer Erwärmung durch
4601 eine ökologische Energiewende mit Wind- und Sonne aufrecht zu erhalten. Jede Form staatlicher oder
4602 kommunaler Regulierung steht zur Debatte. Aus diesem Grunde unterstützt DIE LINKE NRW
4603 ausdrücklich die Volksinitiative gegen TTIP und CETA in NRW. Zwingen wir die Landesregierung zu
4604 einer klaren Kante gegen diese Abkommen.

4605 **NRW braucht dringend einen sozialpolitischen Kurswechsel**

4606 Für DIE LINKE NRW ist besonders entscheidend, dass die Menschen im Mittelpunkt der Politik stehen.
4607 Für uns gilt: Menschen vor Profite! Deshalb unterstützen wir die Menschen dabei, selbst für ihre
4608 Belange aktiv zu werden und sich gegen jede Form von Ungerechtigkeit und Ausbeutung zur Wehr zu
4609 setzen. Deshalb machen wir uns für eine direkte Demokratie stark, in der die Menschen nicht nur alle
4610 paar Jahre zur Wahlurne gehen dürfen, sondern über ihre täglichen Belange selbst entscheiden
4611 können. Deshalb unterstützen wir betriebliche und gewerkschaftliche Kämpfe und stehen an der Seite
4612 von Erwerbslosen- und Flüchtlingsinitiativen oder Umweltverbänden. Wie bei den Protesten gegen
4613 TTIP und CETA oder gegen den Braunkohlekaahlschlag im Hambacher Forst. Deshalb ist für DIE LINKE
4614 NRW der außerparlamentarische Widerstand entscheidend, um die gesellschaftlichen Verhältnisse in
4615 Richtung einer alternativen Politik zu verändern.

4616 Da die Landtagswahl aber auch mit der Frage verbunden ist, welche Parteien die zukünftige
4617 Landesregierung stellen werden, sagen wir unmissverständlich, dass DIE LINKE NRW sich nur dann an
4618 einer Regierungskoalition beteiligen wird, wenn damit ein deutlicher Politikwechsel verbunden ist.
4619 Sozialabbau, Stellenstreichungen, Privatisierungen oder eine repressive Flüchtlingspolitik sind mit der
4620 LINKEN auf keinen Fall zu machen. Deshalb werden wir uns zum Beispiel an einer Politik, die weiter

4621 auf die sogenannte Schuldenbremse setzt oder Flüchtlinge abschiebt, keinesfalls beteiligen. DIE LINKE
4622 tritt perspektivisch für eine sozialistische Gesellschaftsordnung ein, in der die wesentlichen
4623 Produktionsmittel nicht mehr in den Händen weniger Konzerne liegen, sondern Allen gehören und die
4624 gesellschaftliche Produktion von den Bedürfnissen der Menschen statt vom Profitinteresse bestimmt
4625 wird.